



Nr. 91, September 2012

Euro-Krise und Alternativen der Linken

Giacché - **Falsche Priorität - Schuldenabbau in EU und Italien**/Etxezarreta/Navarro/Ribera/Soldevila - **Krise in Spanien und EU**/Miliós - **Griechenland: Krise und politischer Wandel**/Lapavítsas - **Soll Griechenland den Euro aufgeben?**/Dräger - **Strategielose Gewerkschaften und Linke**/Bischoff/Weber - **Regulierter Finanzsektor?**/Bömer - **Alternativen der Euro-Memo-Gruppe**/Busch/Hirschel - **Gewerkschaften und Eurokrise**

Energie, Klima, Wachstumskritik

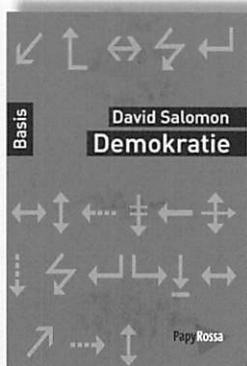
Brouns - **Widersprüche der „Energiewende“**/Massarat - **Warum Marktkräfte das Klima nicht schützen können**/Leidig - **Enquête-Kommission Wachstum**/Tjaden - **Wachstumskritik**

Geschichte

Schleifstein - **Historische Krisen und ihre Verarbeitung**/Hobsbawm - **Nach dem Kalten Krieg**/Röhr - **Okkupationspolitik in Litauen**

Und: Biver - **Fallstricke der Autonomie**/Peter - **Postmoderner Linksradikalismus**/Vellay - **Entfremdung: Lukács Ontologie**/Binus - **Votum für Monopoltheorie**

Sowie: Berichte, Buchbesprechungen



David Salomon Demokratie

Basiswissen
Politik / Geschichte / Ökonomie

»Demokratie« – liberale Nebelkerze oder realer Einfluss der Subalternen auf ihre gesellschaftlichen Existenzbedingungen? Ausgehend von diesem Gegensatz führt David Salomon in Begriff und Geschichte der Demokratie ein. Er verweist auf die Dialektik von Demokratie und Sozialismus und bilanziert bisherige Versuche, sie zu erkämpfen.

Pocketformat | 131 Seiten | € 9,90

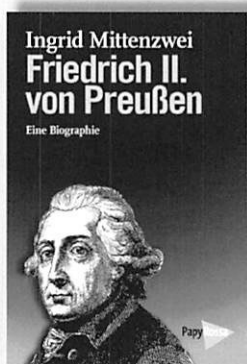


Guido Speckmann / Gerd Wiegel Faschismus

Basiswissen
Politik / Geschichte / Ökonomie

Guido Speckmann und Gerd Wiegel entfalten Begriff und Geschichte des Faschismus in drei Schritten: Zuerst stellen sie die wichtigsten Analysen vor. Sodann überprüfen sie deren Tragfähigkeit anhand der faschistischen Bewegungen und Regime in Deutschland und Italien. Abschließend fragen sie nach den faschistischen Potenzialen der Gegenwart.

Pocketformat | 127 Seiten | € 9,90



Ingrid Mittenzwei Friedrich II. von Preußen

Eine Biographie. Mit einem Nachwort von Jan Mittenzwei

Ingrid Mittenzwei stellt umfassend die Politik des preußischen Königs und nicht zuletzt seine Kriege dar. Zugleich zeichnet sie ein differenziertes Bild seiner Person und der Menschen aus seiner Umgebung. Zudem setzt sie sich kritisch mit schönfärberischen Legenden auseinander.

Paperback | 298 Seiten | € 16,90

PapyRossa Verlag

Luxemburger Str. 202 | 50937 Köln

Tel. (0221) 44 85 45 | www.papyrossa.de | mail@papyrossa.de

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

**Vierteljahresschrift
23. Jahrgang
Heft 91 (September 2012)**

Herausgegeben vom Forum Marxistische
Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.)
und dem IMSF e.V.

Redaktionsbeirat:

Dr. Joachim Bischoff
Prof. Dr. Dieter Boris
Prof. Dr. Frank Deppe
Prof. Dr. Werner Goldschmidt
Prof. Dr. Horst Heininger
Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling
Dr. Harald Werner

Redaktion:

Dr. Jörg Goldberg, Dr. André Leisewitz, Dr. Jürgen Reusch,
Dr. David Salomon, Guido Speckmann, Dr. Gerd Wiegel

5 Editorial

8 Alessandro Mazzone (1932-2012) zur Erinnerung

Euro-Krise und Alternativen der Linken

Vladimiro Giacché

9 Die falsche Priorität: Schuldenabbau in Europa und Italien

Miren Etxezarreta / Francisco Navarro / Ramón Ribera / Victòria Soldevila

21 Boom und Krise der spanischen Wirtschaft und die Rolle der EU

Jannis Milios

34 Ökonomische Krise und politischer Wandel in Griechenland

Costas Lapavitsas

43 Soll Griechenland den Euro aufgeben?

Klaus Dräger

48 „Euro-Krise“ – strategielose Gewerkschaften und Linke

Joachim Bischoff / Norbert Weber

59 Regulierter Finanzsektor?

Fünf Jahre nach Ausbruch der großen Krise

Hermann Bömer

74 Die Krise der europäischen Integration und die Alternativen der europäischen Memorandumgruppe

Klaus Busch / Dierk Hirschel

81 Gewerkschaften und Eurokrise

Energie, Klima, Wachstumskritik

Bernd Brouns

86 Widersprüche der „Energiewende“

Zwischenbilanz der schwarz-gelben Energiepolitik

Mohssen Massarat

97 Sinns „Paradoxon“ oder warum Marktkräfte das Klima nicht schützen können

- Sabine Leidig*
113 **Enquête-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“
 – eine kritische Zwischenbilanz**
- Karl Hermann Tjaden*
121 **Bemerkungen zur Wachstumskritik**
-

Geschichte

- Josef Schleiﬀstein (1915-1992)*
126 **Historische Krisen und ihre Verarbeitung**
 Das Beispiel des August 1914
- Eric Hobsbawm*
132 **Nach dem Kalten Krieg. Erinnerungen an Tony Judt**
- Werner Röhr*
138 **Deutsche Okkupationspolitik in Litauen**
-

Weitere Beiträge

- Nico Biver*
146 **Fallstricke der Autonomie**
 Die Linksfront in Frankreich nach den Parlamentswahlen
- Lothar Peter*
156 **Postmoderner Linksradikalismus – Aufbruch zu neuen Ufern?**
- Claudius Vellay*
170 **Entfremdung aus Sicht der Lukácsschen Ontologie**
 Materialistische Ethik diesseits von Religion und Glauben (Teil I)
- Gretchen Binus*
185 **Ein Votum für die Monopoltheorie**
-

Berichte

- Dirk Krüger*
191 **Jürgen Kuczynskis Leben und Werk in Elberfeld (Wuppertal)**
 Wuppertal, 12. Mai 2012
- Andreas Diers*
194 **Gramsci-Tagung**
 Esslingen, 7. bis 10. Juni 2012

Maria Diedrich / Thomas Möller

195 Gewerkschaftsforschung

Jena, 29. bis 30. Juni 2012

199 Buchbesprechungen

Eine neue Engels-Biographie (Thomas Kuczynski zu Tristram Hunt)

Anthropologie statt Ökonomie (Ulrich Busch zu David Graeber)

Agenten des Finanzkapitals (Conrad Schuhler zu Chr. Prager und W. Rügemer)

Unsicherheit als Profitquelle (Jörg Goldberg zu Hermannus Pfeiffer)

Katze und Krokodil (Georg Fülberth zu Wolfgang Pohrt)

Kapitalismustransformation ohne Linke? (Sebastian Klauke zu Paul Mattick)

Feindbild Islam (Karin Kulow zu Werner Ruf)

Militarisierung und Rohstoffkonflikte (Florian Flörsheimer zu Luedke/Strutynski)

221 Autorinnen und Autoren

4 Impressum

Impressum

„Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung“ wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.) und vom IMSF e.V. (Frankfurt/M.)

Redaktionsbeirat: Dr. Joachim Bischoff, Prof. Dr. Dieter Boris, Prof. Dr. Frank Deppe, Prof. Dr. Werner Goldschmidt, Prof. Dr. Horst Heininger, Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling, Dr. Harald Werner.

Redaktion: Dr. Jörg Goldberg, Dr. André Leisewitz, Dr. Jürgen Reusch, Dr. David Salomon, Guido Speckmann, Dr. Gerd Wiegel.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Z. erscheint vierteljährlich. Der Abonnementpreis (vier Hefte) beträgt Euro 33,50. Bei Bezug aus dem Ausland Euro 40,-. Das Einzelheft kostet Euro 10,-. Abo zum reduzierten Preis (Studenten u.a., gegen Nachweis) Euro 26,50, Ausland Euro 34,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen. Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 502 01, Konto: 34595. Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Postfach 500936, 60397 Frankfurt am Main, Tel./Fax. 069/53054406.

e-mail: redaktion@zme-net.de; internet: www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de

Beltz Bad Langensalza GmbH, Bad Langensalza. ISSN: 0940-0648. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 25. 7. 2012.

Editorial

Seit der durch den Zusammenbruch der Hypothekenmärkte in den USA ausgelösten (nicht verursachten) Krise der entwickelten kapitalistischen Länder sind fünf Jahre vergangen, ohne dass Aussicht auf eine nachhaltige Stabilisierung bestünde. Im Gegenteil: Nach einer trügerischen Erholung im Jahre 2010 verfestigten sich Depressionserscheinungen. Das dominierende Wirtschaftsmodell, der finanzmarktgetriebene Kapitalismus, treibt die Realökonomie in die Stagnation und bedroht selbst die Dynamik in der ehemaligen Peripherie. Ein Ausweg ist nicht sichtbar. Denn das der Krise zugrunde liegende Missverhältnis zwischen der spekulativ aufgeblähten Finanzsphäre und einer stagnierenden Realwirtschaft wird nicht aufgelöst. Ansätze dazu scheitern immer wieder an der Macht der Finanzindustrie, die alle Maßnahmen zu ihren Lasten erfolgreich zu hintertreiben versteht. Jede akute Zuspitzung wird von der Politik mit immer neuen Geldspritzen bekämpft, was vorübergehend Erleichterung bringt, das Grundproblem jedoch verschärft.

Dass die Krise keine Krise der Staatsverschuldung ist, macht *Vladimiro Giacche* deutlich: Es handelt sich um eine Überschuldung der Gesamtwirtschaft, die öffentlichen Schulden sind nur der kleinere Teil. Die Unfähigkeit der nationalen und supranationalen wirtschaftspolitischen Akteure, die Krise zu beherrschen, ist dabei auch dem neoliberalen Krisenverständnis geschuldet. Wie er am Beispiel Italien zeigt, stehen die Verteilungsrelationen und der Sozialstaat im Mittelpunkt: Für das Kapital sind zu hohe Löhne, unflexible Arbeitsmärkte und zu viel soziale Sicherheit die Ursachen der Schwäche der Industrieländer. Die Krise wird funktionalisiert, um die Arbeiter- und Bürgerrechte auf den Stand des 19. Jahrhunderts zurückzuschrauben.

Die Funktionalisierung der Staatsverschuldung für Zwecke des Klassenkampfes von oben zeigt sich besonders deutlich am spanischen Beispiel. *Miren Etxezerreta* zufolge gibt es zwar in Spanien durchaus ein Schuldenproblem, dieses besteht aber vor allem in der privaten Auslandsverschuldung, während die öffentliche Verschuldung deutlich unter dem Durchschnitt der übrigen Euro-Länder liegt. Erst die großzügigen öffentlichen Hilfen für die Banken haben daraus ein Staatsschuldenproblem gemacht, welches nun durch neoliberale Spar- und Strukturprogramme bekämpft wird, die die Rezession verschärfen.

Griechenland ist bekanntlich jenes Land, in dem – auch vor dem Hintergrund traditioneller Strukturschwächen – die Krise am heftigsten wütet. Dies ist aber *Jannis Milios* zufolge nicht primär dem Druck der starken EU-Länder, an der Spitze Deutschland, geschuldet. Es sind vielmehr die griechischen Eliten, die die Krise nutzen, um die von ihnen seit 20 Jahren verfolgten sozialreaktionären Ziele endlich zu verwirklichen. Die griechische Linke könnte den Krisenkurs noch stoppen, allerdings nur in einem europäischen Rahmen. Das sieht *Costas Lapavistas* anders. Er meint, nur ein Austritt Griechenlands aus der Eurozone, die Einstellung des Schuldendienstes und eine Restrukturierung der griechischen Wirtschaft und Gesellschaft im Interesse der abhängig Beschäft-

tigten könnten verhindern, dass Griechenland in einer lang anhaltenden Depression versinkt. Dieser Weg berge viele Risiken in sich – die aber gegen die Perspektive eines dauerhaften Niedergangs abzuwägen seien.

Klaus Dräger befasst sich mit den Positionen der europäischen sozialdemokratisch/grünen Linken, aber auch mit denen der Gewerkschaften und der ‚Linken der Linken‘. Den ersteren bescheinigt er, dass sie bei aller Rhetorik konsequent an ihrer „sozialliberalistischen“ Variante des Neoliberalismus festhalten und sich – wenn sie wie in Frankreich die Regierung übernehmen – mit rein symbolischen Korrekturen der konservativen Austeritätspolitik zufrieden geben. Den Alternativen der Gewerkschaften und der Linken wirft er dagegen vor, dass diese bei ihren Einzelvorschlägen die politischen Kräfteverhältnisse ausblenden: Nur ein allgemeiner sozialer Aufruhr könne die EU-Eliten zum Einlenken bewegen.

Ein Kernaspekt der Krise und des gegenwärtigen kapitalistischen Entwicklungsmodells war und ist die Verselbständigung des Finanzsektors, u.a. eine Folge des Deregulierungswahns der 1990er Jahre. Notwendig wäre eine Re-Regulierung der Finanzindustrie, verbunden mit einer drastischen Reduktion des Gewichts der Finanzsphäre. *Joachim Bischoff und Norbert Weber* schildern den (unbefriedigenden) Stand der Regulierungsreformen und zeigen, dass die expansive Geldpolitik der Notenbanken die Bereinigung der Hypertrophie des Finanzsektors eher verhindert hat. Kernpunkt einer wirksamen Reform müsse eine Restrukturierung der Realökonomie, nicht eine Sanierung der Bankbilanzen sein.

Hermann Bömer stellt die Entstehung und Entwicklung der linken Euromemo-Gruppe im Kontext der EU-Politik dar und geht auf deren Alternativposition ein. Da die Krise und deren Formwandel von der Banken- zur Staatsschuldenkrise nur vor dem Hintergrund der erfolgreichen Verteilungsoffensive des Kapitals verstanden werden könne, schlägt die Gruppe eine offensive, durch veränderte und gestärkte EU-Institutionen gestützte soziale und ökologische Reformpolitik vor. Es bestehe aber auch das Risiko einer „wirtschaftlichen und sozialen Großkrise“.

Für *Klaus Busch und Dierk Hirschel* hat die aktuelle Krise einen Konstruktionsfehler der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion offen gelegt. Bei gemeinsamem Binnenmarkt und gemeinsamer Währung bleibt das System der konkurrierenden Wettbewerbsstaaten bestehen. Die Folge sind wachsende Ungleichgewichte, wobei vor allem Deutschland profitiert. Trotzdem halten die Autoren eine Renationalisierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik für den falschen Weg. Sie sind für „mehr Europa, aber anders“. Sie plädieren für ein europäisches Aufbau- und Entwicklungsprogramm zur Überwindung der Wachstumsschwäche, das durch eine europaweite Vermögensabgabe finanziert werden könnte.

Ökonomisch-ökologische Krise: Die grün-schwarze Energiepolitik hat seit dem Atomausstiegsbeschluss mit einem grundlegenden Widerspruch zu kämpfen: Die bestehende Energieversorgungsinfrastruktur ist mit einem Umstieg auf erneuerbare Energien nicht vereinbar. Die Bundesregierung bleibt jedoch den Interessen der dominierenden Energieversorgungsunternehmen verpflichtet. Aus der

„Energiewende“ wird, so *Bernd Brouns*, daher ein „weiter so“. In der Klimapolitik erweisen sich die Kyoto-Mechanismen als ungenügend. Sie sind nachfrageorientiert und vernachlässigen die Angebotsseite. *Mohssen Massarat* betont in Auseinandersetzung mit dem konservativen Wirtschaftswissenschaftler Hans-Werner Sinn die Notwendigkeit einer präzisen Analyse der auf den Ressourcenmärkten herrschenden Machtverhältnisse, wenn eine wirksame, politisch festgelegte Mengenbewirtschaftung von Kohlenstoffen (Energieträgern) realisiert werden soll. *Sabine Leidig* gibt einen Überblick zu Arbeit der Enquête-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“. Sie erwartet von ihr zwar „kaum wegweisende Ergebnisse“, nimmt sie aber als Anregung für die Linke, die eigenen konzeptionellen Defizite hinsichtlich Wachstumskritik, sozial-ökologischer Umbauprozesse und einer „Theorie des grünen Sozialismus“ zu bearbeiten. Eine Strategie, die Wachstum von Umwelteingriffen, Konsum, Warenproduktion und Profit zurückschrauben will, muss sich, so *Karl Hermann Tjaden*, auf den Mechanismus der kapitalistischen Produktion selbst konzentrieren und im Sinne eines „Akkumulations-Stopps“ das überproportionale Wachstum des Einsatzes von Sachanlagen und Sachmitteln zu Lasten der Beschäftigung von Arbeitskräften einschränken.

Geschichte: „Historische Krisen und ihre Verarbeitung“ ist er Titel eines Beitrags von *Josef Schleifstein* vom Juni 1990, den wir aus Anlass seines 20. Todestages (24. Juli 2012) nachdrucken. Das damals noch ganz gegenwärtige „Scheitern des ersten praktischen Gestaltungsversuchs einer Alternative zur kapitalistischen Gesellschaft“ erfordere, so Schleifstein, eine „grausamgründliche Selbstkritik“, wie dies Rosa Luxemburgs mit Blick auf den August 1914 verlangt hatte. *Werner Röhr* bespricht die materialreiche Darstellung von Christoph Dieckmann zu den Massenverbrechen der deutschen Besatzer und ihrer litauischen Helfer im Litauen der Jahre 1941 bis 1944. *Eric Hobsbawm* würdigt das Lebenswerk des britischen Historikers Tony Judt, mit dem ihn eine streitbare und oftmals kontroverse Freundschaft verband.

Weitere Beiträge: *Nico Biver* analysiert die französischen Parlamentswahlen, die nach den Präsidentschaftswahlen eine herbe Enttäuschung für die Linksfrente Mélanchons brachten, und zeichnet die strategischen Diskussionen nach, die nach der Wahl innerhalb des Bündnisses begonnen haben. *Lothar Peter* charakterisiert zeitgenössische Beiträge zu Revolution und Kommunismus von Badiou, Žižek, Holloway und Onfray als „postmodernen Linksradikalismus“. Er kritisiert die empirische Blindheit der Autoren, die sie von einer „politischen Praxis“ isolieren, die an den konkreten Widersprüchen und krisenhaften Entwicklungen der modernen kapitalistischen und patriarchalen Gesellschaft anknüpft. *Claudius Vellay* debattiert die Kategorie der Entfremdung unter Rückgriff auf die „Ontologie des gesellschaftlichen Seins“ von Georg Lukács vor dem Hintergrund der Hypostasierung der Kategorie (Frankfurter Schule) einerseits, ihrer grundlegenden Verwerfung (Althusser-Schule) anderer-

seits. *Gretchen Binus* plädiert dafür, die marxistische Monopoltheorie für die Analyse des Gegenwartskapitalismus – gerade angesichts der globalen Finanzkrise – fruchtbar zu machen.

Der Fortgang der Finanzmarkt- und EU-Krise wird uns auch in Z 92 (Dezember 2012) beschäftigen. Den Schwerpunkt werden Beiträge zu Gewerkschaftsfragen bilden.

Alessandro Mazzone (1932-2012) zur Erinnerung

Der italienische marxistische Philosoph, unser Freund und Genosse Alessandro Mazzone, ist am 1. Juni 2012 in Rom verstorben, kurz nach seinem 80. Geburtstag. Durch seine Beteiligung an der „AG Marx-Engels-Forschung“ des IMSF in den 80er Jahren und an den Diskussionen der „Marx-Engels-Stiftung“ in Wuppertal, seine Mitgliedschaft im wissenschaftlichen Beirat der „Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. N.F.“ und in der Berliner „Leibniz-Sozietät“ war er in der marxistischen Linken der Bundesrepublik vor und nach 1989/90 präsent.

Mazzone studierte in Pavia, München und Mailand. Zu seinen Lehrern rechnete er u.a. Ludovico Geymonat und Galvano della Volpe. „Philosophisches Studium im Nachkriegsitalien bedeutete: Humanitates und Neuanfang, Aufbruch und Öffnung, (noch) ungebrochene Gewissheit, die eigene Bildung in den Aufbau der aus dem antifaschistischen Widerstand entstandenen Republik einbringen und entfalten zu dürfen.“ Zeitweilig Lektor am Dolmetscherinstitut in Heidelberg, lehrte er an den Universitäten Santiago de Cuba (1963) und Messina (ab 1964), war Gastdozent an der FU in Berlin (1977/78) und seit 1988 Lehrstuhlinhaber für Philosophie und Geschichte an der Universität Siena.

Sandro Mazzone war in vieler Hinsicht Mittler zwischen dem marxistischen Denken in Italien und Deutschland. Als Mitarbeiter am Gramsci-Institut in Rom verfolgte er Ende der 70er Jahre den Plan einer ersten größeren Gramsci-Ausgabe in der Bundesrepublik. Ideologie- und Geschichtstheorie waren seine Themen. 1981 erschienen in Messina seine „Questioni di teoria dell'ideologia“. In der Zeitschrift „proteo“ des „Centro Studi Formazioni Economico-Sociali“ (Rom) veröffentlichte er in den letzten Jahren eine Artikelserie zu Klassen, Klassenkampf und Hegemonie heute. 2002 hatte er in Rom einen Sammelband zur Bedeutung der neuen MEGA herausgegeben „MEGA²: Marx ritrovato“. Ihm kommt, so sein Schüler Roberto Fineschi, das historische Verdienst zu, „di aver portato in Italia la MEGA“, die MEGA in Italien bekannt gemacht zu haben.

Sandro war uns nicht nur ein wichtiger Impulsgeber und Diskussionspartner, sondern auch ein guter Freund. Er wird uns fehlen. Buon viaggio, Sandro.

Redaktion

Vladimiro Giacché

Die falsche Priorität: Schuldenabbau in Europa und Italien

1. Das Ende einer Ära und der Wechsel von Privat- zu Staatsschulden

Die gegenwärtige Krise in den USA, der EU und Japan kann als das „Ende des Großen Schuldenzyklus“ (Mauldin, Tepper 2011) charakterisiert werden, also das Ende eines auf Kredit und Finanzsystem gestützten Wachstumsmodells. Mit anderen Worten: als das Ende einer Phase, in welcher Finanzblasen und der Kreditboom eine eminent wichtige Rolle spielten a) als Reaktion auf Überproduktion, b) bei den Maßnahmen gegen die Folgen von sinkenden Reallöhnen und sinkender Gesamtnachfrage und c) dabei, westlichen Unternehmen und Investoren in der Finanzsphäre höhere Renditen als im produktiven Bereich zu ermöglichen.

Der plötzliche Crash dieses Wachstumsmodells enthüllte, wie man an der Pleite der *Lehman Brothers* im Herbst 2008 beispielhaft beobachten konnte, den unhaltbar hohen Fremdfinanzierungsgrad der großen Finanzinstitute der westlichen Welt (dabei bildete die exzessive Kreditvergabe im amerikanischen Häusermarkt nur die Spitze des Eisbergs). Die daraus resultierende finanzielle Schiefelage drohte die Kapitalzirkulation zeitweilig einzufrieren (in den letzten Monaten von 2008 waren wir sehr nahe an einem Kollaps des internationalen Finanzsystems) und war Grund eines massiven Einbruchs des internationalen Handels und der weltweiten Industrieproduktion (viertes Quartal 2008 bis drittes Quartal 2009).

Die Krise stellt dabei selbst eine wichtige Anpassung dar, im Sinne einer *Zerstörung von Kapital*. Für Karl Marx ist diese Zerstörung von Kapital (von realem Kapital ebenso wie von fiktivem Kapital) notwendig, um wieder Profite zu ermöglichen und einen neuen Akkumulationszyklus in Gang zu setzen (Marx 1861-1863: 496f.; siehe auch Giacché 2011: 28-29).

Die Kapitalvernichtung 2007 und in den folgenden Jahren war in der Tat gewaltig (ein Arbeitspapier der Asiatischen Entwicklungsbank vom März 2009 nahm an, dass der Verlust an Wert nahe an das GDP eines Jahres heranreichte; siehe Loser 2009: 7), aber eine drohende Welle von Pleiten großer Konzerne und Aktiengesellschaften konnte verhindert werden.

Wie? Dank riesiger Rettungspakete und staatlicher Intervention, die durch eine *gigantische Transformation privater in staatliche Schulden* von staten ging oder – einfach ausgedrückt – durch eine beispiellose Sozialisation der Verluste. Dabei ging es um eine Größenordnung von rund 14.000 Billionen Dollar (Bank of England 2009: 20).

Das Ergebnis: In Europa (inklusive des Vereinigten Königreiches), den USA und Japan wie auch den meisten anderen OECD-Ländern gab es keinen

Schuldenabbau, wenn wir die Schulden eines Landes insgesamt, also staatliche und private Verbindlichkeiten, betrachten. Doch vor allem nahm die staatliche Schuld immer mehr zu (*und tut dies noch immer*). Dies ist nicht bloß die Folge der staatlichen Rettungspakete, sondern wurde auch durch das Einbrechen der Einnahmen des Fiskus (dank stockender Wirtschaft und einem in der Krise abgesunkenen BIP) bewirkt. Dies ebnete den Weg für eine weitere Schuldenkrise: die Krise der Staatsschulden. Folgt man den Vorhersagen des IWF von 2009, dürfte die Relation zwischen öffentlichem Schuldenstand und dem BIP der meisten entwickelten Industrienationen bis 2014 im Vergleich zu 2007 um 36 Prozent gestiegen sein, mit einer durchschnittlichen Gesamtverschuldung von 114 Prozent des BIP. Dieses Verhältnis könnte auf 150 Prozent des Brutto-Inlands-Produkt ansteigen, im Falle eines lang anhaltenden wirtschaftlichen Abschwungs, der nicht sicher ausgeschlossen werden kann (IWF 2009).

2. Die „Staatsschuldenkrise“ in Europa und die Priorität des Schuldenabbaus

In Europa begann die Krise der Staatsschulden im November 2009 und sie wütet noch immer. Und so verstanden europäische und nationale Politik *den Abbau der öffentlichen Schulden* als fundamentalen Schritt, um die Krise zu bekämpfen.

Die Priorität auf die Verminderung der Staatsschulden zu legen, scheint im ersten Moment offensichtlich zu sein. Und in der Tat wurden diese Maßnahmen ohne große öffentliche Debatte anberaunt, man sah sie als absolute Notwendigkeit an, bei der sich Sozialisten wie auch Volksparteien und Konservative Parteien einig waren. Auf diese Weise bekam das Konzept eines „*pensée unique*“ („Einheitsdenken“) eine ganz besondere Bedeutung.

Doch die Entscheidung, die Priorität auf die Verminderung der öffentlichen Verschuldung zu legen, war eine politische Entscheidung, und es gibt viele Gründe, diese Vorgehensweise in Frage zu stellen und abzulehnen. Einige dieser Einwände werde ich im Folgenden kurz ausführen.

Zu aller erst *sollten wir uns immer die gesamte Verschuldung ansehen und nicht allein ihren staatlichen Anteil*. In diesem Zusammenhang muss angemerkt werden, dass die privaten Verbindlichkeiten (Private Haushalte + nichtfinanzielle Unternehmen + Finanzinstitute) trotz der staatlichen Rettungspakete zugunsten des privaten Sektors *stets* den größeren Teil der noch ausstehenden Schulden ausmachen. Der Verschuldungsgrad der Privaten Vermögen befindet sich im Moment, vor allem im Finanzsektor, auf einem unhaltbaren Niveau. Wenn wir nach Großbritannien schauen, können wir sehen, dass allein die Aussenstände der Finanzinstitute die des Staates um das Dreifache übersteigen. Dazu kommt, dass rund um den Globus Unternehmen in den nächsten fünf Jahren an die 30 Trillionen Dollar allein dafür benötigen werden, um die bestehenden Schulden zu refinanzieren (Watkins 2012). So wird offensichtlich, dass die Priorität, die auf den Abbau der öffentlichen Schuldenlast gelegt wurde, eine politische Entscheidung unter vielen Möglichkeiten darstellt (zum Beispiel eine starke Reduzierung privater Schulden durch Konkurse oder eine volle Nationalisierung in Not geratener Privatfirmen).

Zum zweiten können wir uns nicht umfassend mit den öffentlichen Verbindlichkeiten auseinandersetzen, ohne auch die Zahlungsbilanzdefizite einzubeziehen. Dies ist ein wichtiges Thema. Dabei sollte die externe Bonität eines Landes nicht mit dem Verschwinden des Haushaltsdefizits verwechselt werden. Und die externe Bonität ist wichtiger als letzteres. So bemerkte Patrick Artus von Natixis in seiner jüngsten Arbeit, „ein Euro-Land, das zwar ein hohes Haushaltsdefizit, aber keine Zahlungsbilanzdefizite mehr hat, kann kaum in die Verlegenheit einer Finanzkrise geraten: Es kommt sehr selten vor, dass heimische Investoren und Banken eine Refinanzierung des Defizits ihres eigenen Landes ausschlagen.“ Anders gesagt, Investoren und Banken haben einen starken Heimvorteil (soll heißen, sie ziehen – *ceteris paribus* – nationale Bonds ausländischen vor). „Im Gegensatz dazu kann ein Euro-Land, das sein Haushaltsdefizit reduziert, aber weiterhin ein Zahlungsbilanzdefizit aufweist, in Schwierigkeiten geraten. Es ist in diesem Zusammenhang bei weitem schwerer, nicht-heimische Investoren zu überzeugen, das Zahlungsbilanzdefizit und die Auslandsschulden eines Landes zu refinanzieren, als einheimische Investoren hierfür zu gewinnen.“ (Artus 2012). Und es ist kein Zufall, dass alle europäischen Länder, die in die aktuelle „Staatsschuldenkrise“ geraten sind, in den letzten Jahren ein evidenten Handelsbilanz- und Leistungsbilanzdefizit aufwiesen: Zum Beispiel lag das Handelsbilanzdefizit von Griechenland im Jahr 2008 bei mehr als 20 Prozent.

Doch es gibt auch viele andere Länder in Europa, die seit mehreren Jahren hohe Haushaltsdefizite und negative Handelsbilanzüberschüsse aufweisen. Und das nicht nur unter den „üblichen Verdächtigen“ (den so genannten PIIGS): Frankreichs Zwillingsdefizit beispielsweise ist groß und stetig wachsend.

Drittens scheint gemeinhin die Reduzierung von Defizit – oder besser: das Erzielen eines Überschusses – als der effektivere Weg, öffentliche Schulden zu reduzieren. Aber, wenn diese Schuldenreduzierung nicht richtig durchgeführt wird, kann sie sogar zu einer größeren Schuldenlast führen. Denn tatsächlich resultiert aus einer strikten Fiskalpolitik eine Verminderung der Binnennachfrage, was zum Einbrechen der Realwirtschaft und damit des BIP führt, wodurch sich im Gegenzug die Schuldenquote verschlechtert. Dies ist genau das, was in Griechenland nach der Implementierung der Austeritätsprogramme durch die Troika (EZB EU und IWF) im Mai 2010 passiert ist: Die Verschlechterung der Schuldenquote (von 145 Prozent im Jahr 2010 auf 162 Prozent in 2011 und bis auf nahezu 180 Prozent in diesem Jahr) ist entscheidend durch den Kollaps der Realwirtschaft hervorgerufen worden.

Die erst vor kurzem veröffentlichten Wachstumsprognosen beinhalten düstere Aussichten für alle Länder der Euro-Zone, die auf Austeritätspolitik gesetzt haben: Italien (2012: -2,6 Prozent; 2013: -2,9 Prozent), Spanien (2012: -1,5 Prozent; 2013: -1,7 Prozent), Griechenland (2012: -6,7 Prozent; 2013: -6,2 Prozent), Portugal (2012: -4,3 Prozent; 2013: -3,0 Prozent); Irland (2012: -1,3 Prozent; 2013: -1,3 Prozent) (IMK 2012:4).

Und das gleiche gilt für das Vereinigte Königreich, das dank harter Sparmaßnahmen in eine tiefe „Double-Dip“ Rezession geschliddert ist, wobei die Erho-

lung noch langsamer von statten geht, als nach der Großen Depression (Klein 2012, Koo 2012b). So schrieb Martin Wolf in einem Artikel gegen Camerons Austeritätspolitik: „In ihrer Angst vor dem Gespenst eines Preissturzes der Gilts [der staatlichen Schuldverschreibungen in England, V. G.] verdammt die Regierung das Vereinigte Königreich zur Stagnation.“ (Wolf 2012)

Viertens hängt am Abbau der öffentlichen Schulden ein ganzer Rattenschwanz von Folgen:

a) *Weniger Investitionen* (z.B. für Infrastruktur, für Bildung und Forschung), was einen bedeutenden Einfluss auf die gesamte Faktor-Produktivität hat und auf lange Sicht die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes untergräbt.

b) *Senkung der Löhne* durch Beschneidung des Sozialen Sektors und Eingrenzung der Anspruchsberechtigten (was wir für gewöhnlich Sozialstaat nennen). Jeder Einschnitt in soziale Leistungen ist im Grunde genommen eine Kürzung der indirekten Lohnbestandteile, jede Kürzung der Rentenbezüge eine Kürzung späterer Lohnzahlungen. Formal ausgedrückt bedeutet dies, dass ein Teil der sozialen Reproduktionskosten, die vom Staat geleistet wurden, nunmehr wieder dem Individuum aufgebürdet werden, wie dies vor Einführung von sozialstaatlichen Leistungen der Fall war. Diese Art der indirekten Lohnkürzung sollte zu den direkten Lohnkürzungen hinzugerechnet werden, eine unmittelbare Folge der Krise, da durch die steigende Arbeitslosigkeit die Verhandlungsmacht der Arbeiterklasse geschwächt ist. Und last but not least sind die in vielen Ländern derzeit stattfindenden, so genannten „Strukturreformen“ zu berücksichtigen, die für die Beschäftigten eine Schwächung vertraglicher Garantien bedeutet.

Daher ist es nicht übertrieben zu sagen, dass in erster Linie die Arbeiter die Zeche für die Krise zu zahlen haben.

c) *Privatisierungen* und die weiter verminderte Rolle des Staates in der Wirtschaft.

Die Idee hinter diesen Maßnahmen ist, laut deren Fürsprechern, einfach. Lohnkürzungen erhöhen die Profite und Privatisierungen bieten privaten Unternehmen beste Möglichkeiten in den Sektor der öffentlichen Dienstleistungen einzusteigen.

Doch gibt es auf Grundlage der vergangenen Erfahrungen auch ausgesprochen triftige Gründe, die gegen diese Maßnahmen vorgebracht werden können:

– Lohnkürzungen

- können für die Investition des privaten Sektors in Forschung und Entwicklung abschreckend wirken. In Italien lag der Anteil der FE-Investitionen am BIP über rund 20 Jahre bei ungefähr 1,2 Prozent, einer der niedrigsten in der EU, doch zugleich einer der Hauptgründe für die äußerst schwache Entwicklung der Arbeitsproduktivität Italiens seit den 1990er Jahren;
- können die Profite erhöhen ohne irgendeinen positiven Effekt auf die Investitionen zu haben, was nun der Fall in Italien zu sein scheint, doch auch für Spanien, Portugal und natürlich Griechenland gilt;

- können gravierend auf private und öffentliche Nachfrage wirken. Noch schlimmer: Der Rückgang der Nachfrage kann auftreten ohne durch steigende Exporte und Unternehmens-Investitionen ausgeglichen zu werden (wie in Griechenland): In diesem Fall erweisen sich Lohnkürzungen als – einfach gesagt – eine Selbstmord-Strategie.
- Der Gewinn für die privaten Unternehmungen durch die Privatisierung
- kann – auf „systemischer Ebene“ – durch den Verlust der staatlichen Kontrolle in strategisch wichtigen Sektoren oder Unternehmen übertroffen werden (z.B. im Bankensektor, in der Telekommunikation usw.) ;
- Privatisierungen können zudem einen gegenteiligen Verdrängungseffekt auf die produktiven Investitionen haben. In Italien scheint dies der Fall zu sein: Die Privatisierungen der 90er Jahre, die umfangreich und an die 110 Milliarden Euro schwer waren, bewogen viele italienische Kapitalisten, ihr Kapital aus den der globalen Konkurrenz ausgesetzten Branchen zugunsten der heimischen, stärker geschützten Sektoren der öffentlichen Dienstleistungen abzuziehen. Und so war das folgende Jahrzehnt ein verlorenes in Bezug auf das wirtschaftliche Wachstum: Es war sogar das Jahrzehnt mit dem niedrigsten Wachstum seit dem zweiten Weltkrieg (dies ist übrigens auch der Grund für die Spitze in der Schuldenquote in Italien nach 2008/09).

3. Die Situation in Italien: Der „Fiskalen Disziplin“ folgt eine schwere Rezession

Wenn wir uns Italien genauer anschauen, können wir recht einfach sehen, dass auch dieses Land in die „Griechische Falle“ tappen wird. Vom Sommer 2011 bis zum Juli 2012 stimmte das italienische Parlament über nicht weniger als fünf verschiedenen Haushalts-Korrekturmaßnahmen ab: Dabei sind die ersten drei noch dem Kabinett Berlusconi-Tremonti anzulasten, wohingegen die letzten beiden auf das Konto der Regierung Monti gehen. Der Umfang dieser Maßnahmen in Prozent des BIP beträgt nahezu 5 Prozent für 2012, 6,2 Prozent für 2013 und fast 7 Prozent für 2014. Ihre Größe in absoluten Zahlen beläuft sich auf mehr als 77 Milliarden Euro für 2012, ungefähr 100 Milliarden für 2013 und 114 Milliarden Euro für 2014. Die negativen Konsequenz einer so gewaltigen Kürzung der öffentlichen Haushalte kann realistisch mit einem Rückgang von 0,5 Prozent des BIP für jeden Prozentpunkt fiskalischer Korrektur veranschlagt werden: Wir können daher annehmen, dass Italiens BIP 2012 2,5 Prozent und 2013 3,1 Prozent einbüßen wird. Diese Daten bewegen sich sehr nahe an den weiter oben bereits erwähnten negativen Prognosen des IMK (-2,6 Prozent für 2012 und -2,9 Prozent für 2013). Die Effekte eines solchen Rückgangs des BIPs sind dramatisch hinsichtlich steigender Arbeitslosigkeit, Pleiten und dem Rückgang der staatlichen Steuereinnahmen u.s.w.

Doch wir müssen auch einer anderen negativen Folgeerscheinung Aufmerksamkeit schenken, der Verschlechterung der Schuldenquote (Verhältnis Schulden zu BIP). Die Schuldenquote wächst durch das Einbrechen des BIP. Von 120

Prozent im Jahre 2011 wird sie auf annähernd 124 Prozent im Jahr 2012 steigen (daher wird die Schuldenquote am Ende dieses Jahres den bisherigen Rekord von 122 Prozent aus dem Jahre 1994 übertreffen). Und wenn man den jüngsten Prognosen des Forschungsinstituts der Confindustria (dem italienischen Pendant zum BDI) Glauben schenken will, dann wird die Schuldenquote sogar 125,8 Prozent des BIPs im Jahr 2013 erreichen (im Dezember 2011 lag die Voraussage für 2013 bei „gerade mal“ 121,3 Prozent) (Paolazzi 2012). All dies greift die Tragfähigkeit der Schuldenlast im Sinne der Zahlungsfähigkeit des Landes weiter an.. Und natürlich schlägt sich dieser Ausblick in den momentan zu zahlenden Zinsen für italienische Staatstitel und besonders für die langjährigen Staatsanleihen (Buoni Pluriennali des Tesoro, BTP) nieder. Die Kluft zwischen BTP und Bundesanleihen mit zehnjähriger Laufzeit lag am 13. Juli 2012 bei ungefähr 480 Basispunkten, während die Zinsen von BTP-Anleihen mit zehnjähriger Laufzeit sich um 6 Prozent herum bewegten: ein unerträglich hohes Niveau. Mit einem Wort: Die Austeritätspolitik konnte weder das Anwachsen der Verschuldung noch den Druck der Spekulanten auf den italienischen Staat abmildern. Im Gegenteil, der Effekt dieser Maßnahmen besteht darin, eine neue, schwere Rezession in Italien auszulösen.

Von einem politischen Standpunkt aus kann die Situation folgendermaßen beschrieben werden: Die von Mario Monti geführte Regierung wird von fast allen im Parlament vertretenen Parteien unterstützt, also von der *Partito Democratico* (Mitte-links), *Unione di Centro* (Mitte) und der *Partito della Libertà* (Berlusconis rechter Partei). Allein die Partei *Italia di Valori* (die Partei des ehemaligen Staatsanwaltes Di Pietro) und die *Lega Nord* stehen gegen die Regierung (wobei bedacht werden muss, dass Di Pietro für die ersten Haushaltskürzungen unter Monti stimmte und die *Lega Nord* Koalitionspartner der Regierung Berlusconi war). Die eigentliche Opposition befindet sich außerhalb des Parlaments: die *Federazione della Sinistra* (Föderation der Linken, ein Zusammenschluss der zwei kommunistischen Parteien, der *Partito di Comunisti Italiani* und der *Partito della Rifondazione Comunista*) organisierte die einzige landesweite Kampagne gegen die Regierung Monti am 12. Mai diesen Jahres. Mit 40.000 Teilnehmern war die Demonstration ein Erfolg. Auf der Demo waren Aktivisten der *Federazione delle sinistra* und auch einige Mitglieder der *Sinistra Ecologia e Libertà (SEL)* vertreten, der linken Partei um Nichi Vendola, Präsident der Region Apulien (der eigentlich gegen die Kampagne war). Die Unterstützung der Regierung Monti durch die *Partito Democratico* untergräbt zusätzlich die Möglichkeit einer starken Opposition der Gewerkschaften: Während die *FIOM* (das italienische Gegenstück zur IG Metall) und die *USB (Unione Sindacale di Base)*, eine kleine linke Gewerkschaft gegen Monti sind, kann das von der *Confederazione Generale del Lavoro* nicht behauptet werden (*CGIL*, in der Vergangenheit eine linksgerichtete Gewerkschaft, die der früheren *Kommunistischen Partei Italiens* nahe stand und heute der *Partito Democratico*); die anderen Gewerkschaften, *CISL* (katholisch) und *UIL* (sozialistisch) unterstützen offen die Regierung.

In dieser politischen Landschaft ist es sehr schwer, eine starke soziale Bewegung gegen die Regierung auf die Beine zu stellen: In dieser Hinsicht wird der nächste

Herbst äußerst wichtig sein. Dann nämlich werden viele Italiener sich einer Rezession gegenüber sehen, die zunehmend einer Depression ähneln wird, und das Land wird vor harte Entscheidungen gestellt sein, wobei die Möglichkeit eines Austritts aus dem Euro nicht ausgeschlossen werden kann.

Mit Blick in die nahe politische Zukunft des Landes, dem im nächsten Frühling Parlamentswahlen bevorstehen, scheint eine Allianz zwischen *PD*, *UDC* und (womöglich) *SEL* auf der einen Seite und der *PDL* und der *Lega Nord* auf der anderen Seite als möglich. In diesem Fall werden die *FdS* und vielleicht auch die *IdV* an den Rand der politischen Bühne gedrängt werden. Dies ist sehr gefährlich, da das undemokratische Wahlrecht in Italien die Parteien bestraft, die sich keiner Allianz anschließen. Auf der anderen Seite könnten die offensichtlichen Fehler der Monti-Administration für die sie unterstützenden Parteien massive Stimmenverluste bedeuten. Doch es kann nicht ausgeschlossen werden, dass dies in erster Linie dem *Movimento 5 Stelle* („Fünf Sterne Bewegung“) zu Gute kommen würde, einer Bewegung des Entertainers Beppe Grillo, dessen Anti-Parteien Rhetorik für viele Wähler anziehend klingen könnte.

4. Europa: Fehlschlag des Krisenmanagements und Gefahr eines Auseinanderbrechens der Währungsunion

Kurz gesagt, in Europa wurde

- eine Krise der Zahlungsbilanzdefizite zwischen europäischen Ländern als eine Haushaltsdefizit-Krise behandelt;
- das Schuldenproblem von der begrenzten Perspektive der Staatsschulden aus betrachtet und nicht als Ganzes.
- Mehr noch: Im Namen des Maastricht-Vertrages wurde jeder Intervention der EZB eine Absage erteilt, die das Ziel verfolgte, die Spekulation um die Staatsschulden verschiedener EU-Länder einzudämmen (ganz zu schweigen von Bemühungen um eine direkte Refinanzierung staatlicher Schulden). Der Vertrag wurde sehr simpel und dogmatisch im Namen von „Geldwertstabilität“ mit dem Kampf gegen Inflation gleichgesetzt. Auf diese Weise blieb ein mächtiges Werkzeug gegen die Destabilisierung der Währungsunion – besser noch: die einzige Waffe, die funktionieren könnte – ungenutzt.

Interessanterweise haben sich andere Zentralbanken in dieser Krise ganz anders verhalten. Schauen wir uns in diesem Zusammenhang die Federal Reserve und die Bank of England an. Beide haben einen großen Teil der neuen Staatsanleihen direkt aufgekauft. Die Fed monetarisierte seit 2008 rund 60 Prozent der zusätzlichen staatlichen Anleihen und Anleihen öffentlichen Unternehmen; die Bank of England hat ab März 2009 rund 60 Prozent der staatlichen Netto-Neuverschuldung abgelöst (s. Grice 2012:6-7).

Die EZB lehnte es dagegen ab, irgendetwas Ähnliches zu tun. Sie gab stattdessen Darlehen an die europäischen Privatbanken; diese sollten ihrerseits Staatsanleihen kaufen. So sollte das Problem indirekt angegangen werden.

Diese 1.000 Milliarden Euro umfassenden langfristigen Finanzierungsgeschäfte, die im Dezember 2011 getätigt wurden, erwiesen sich schon innerhalb von wenigen Monate als nicht erfolgreich.

Was ist die Folge all dieser Aktivitäten?

- Zum einen vergrößern sie die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den Ökonomien der Eurozone.
- Und im Gegenzug wird dadurch die Geldpolitik der EZB letztlich unangemessen und ineffektiv für *alle* Länder der Eurozone. Die Zinspolitik der EZB ist im Moment zu expansiv für Deutschland, während ihre Geldpolitik die peripheren Länder nicht mehr wirksam beeinflussen kann, weil hier die hohen Zinsen auf öffentliche Schuldverschreibungen wirkungsvoller sind als die Zinsmargen der EZB.
- Die genannten Maßnahmen beschleunigen die Renationalisierung von Kapital, die seit 2008 stattfindet – wie in den 1930ern, als der Abzug von Auslandskrediten aus Deutschland durch die USA eine herausragende Rolle im zweiten, fatalen Teil der Großen Krise spielte.
- Und sie bereiten den Weg für den Exit eines oder mehrerer Länder aus dem Euro vor, letztlich sogar für das Auseinanderbrechen des Euro

Dazu meint George Soros: „Bei Ausbruch der Krise war ein Auseinanderbrechen der Eurozone unvorstellbar: Vermögen und Verbindlichkeiten in der gemeinsamen Währung waren so miteinander verwoben, dass das einen unkontrollierbaren Zusammenbruch gegeben hätte. Doch mit Voranschreiten der Krise hat sich die Eurozone entlang den nationalen Grenzen neu ausgerichtet.“ (Soros 2012)

Dies kann verheerende Folgen für die Zukunft Europas und der internationalen Stabilität haben, und zwar nicht nur unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Es wäre nicht das erste Mal in der Neuzeit, dass die Behandlung der Geldwertstabilität als oberste Priorität zu einem Desaster führt. Zu Recht haben in diesem Zusammenhang Leo Panitch und Sam Gindin uns in einem in der *Financial Times* vom 11. Mai veröffentlichten Brief auf eine Passage aus Karl Polanyis großem Werk „*Die große Transformation*“ aufmerksam gemacht, die sich auf die 1920er Jahre bezieht: „Die Rückzahlung von Auslandskrediten und die Rückkehr zu stabilen Währungen wurden als Prüfsteine rationaler Politik gewertet; und kein privates Leid, keine Verletzung der Souveränität wurde als ein zu großes Opfer gewertet, wenn es um die Wiederherstellung der monetären Bonität ging. Die Entbehrungen der durch die Deflation arbeitslos Gewordenen; die Notlage der öffentlichen Bediensteten, die ohne Federlesens entlassen wurden, ja sogar der Verzicht auf nationale Rechte und der Verlust verfassungsmäßiger Freiheiten wurden als angemessener Preis für die Erfüllung der Forderung nach einem ausgeglichenen Budget und einer gesunden Währung betrachtet, jenen vorrangigen Grundsätzen des Wirtschaftsliberalismus.“ (Polanyi 1978: 142)

Diese Worte kommen uns in Europa sehr bekannt vor. Der Totem der Geldwertstabilität, kombiniert mit den Slogans des „Wirtschaftsliberalismus“ in der spezifischen Form des Neoliberalismus der Reagan-Thatcher-Ära, werden nun

als Lösung für unsere neuen Probleme in einer völlig anderen Zeit des Kapitalismus angepriesen: Mehr Markt und weniger Staat, mehr Deregulierung und weniger Rechte für die Arbeiter. „Mehr davon!“ sozusagen. So, als ob nur die Berliner Mauer gefallen und die Wall Street so stark wäre, wie nie zuvor.

5. Keine Reform in Sicht? Finanzanalysten gegen Politiker

Im Zuge dieser Ideologie des „Mehr davon!“ wurde weder eine grundlegende Reform der Finanzmärkte eingeleitet, noch ist eine solche für die Zukunft der westlichen Ökonomien insgesamt abzusehen.

Der internationale Finanzstabilitätsrat (Financial Stability Board) brachte keine bessere Regulation der Finanzmärkte.

In den USA wurde das Dodd-Frank-Gesetz, ein einigermaßen ambitioniertes Finanzreformprojekt, das im Nachgang der Lehmann-Brothers Pleite geplant und von Obama noch als der „stärkste Schutz von Konsumenten im Finanzbereich in der Geschichte“ angepriesen wurde, im Kongress von Wall Street Lobbyisten im wahrsten Sinne des Wortes „gekillt“ (Taibbi 2012). Nicht ein mal die „Over the Counter“(OTC) Märkte wurden besser reguliert (was bedeutet, dass sie überhaupt nicht reguliert sind). Und der Markt für CDS-Risikoabsicherung (Credit Default Swaps) ist konzentrierter denn je, mit vier amerikanischen Banken, die einen überwältigenden Marktanteil haben (94 Prozent).

Die Ironie dabei: Während die Politik unbeirrbar an den guten alten neoliberalen Dogmen festhält, scheinen einige der einflussreichsten Finanzanalysten und Finanzmanager ernsthaft besorgt zu sein und die Austeritätspolitik offen in Frage zu stellen. Schon am 22. August des letzten Jahres befand Kate Mackenzie in der *Financial Times* die Tatsache für „interessant, dass – während die Politiker noch vorsichtiger, und, seien wir ehrlich, auch reaktionärer werden – manche der ganz großen Schwergewichte der Weltwirtschaft und der Finanzsphäre mit Vorschlägen ankommen, die sie im Vergleich zu den meisten Politikern wie Kommunisten aussehen lassen.“ (Mackenzie 2011)

Es macht also Sinn, sich ein paar dieser „Vorschläge“ noch mal ins Gedächtnis zu rufen:

- *Das Paradoxon von Überproduktion und Unterkonsumtion* (so sagt es George Magnus von UBS): „Je mehr Menschen Armut ausgesetzt sind, desto weniger sind sie im Stande, all die Waren und Dienstleistungen zu konsumieren, die die Unternehmen herstellen. Wenn eine Firma die Kosten senkt, um die Einnahmen zu steigern, ist das klug, aber wenn alle das tun, unterminieren sie das volkswirtschaftliche Einkommen und die effektive Nachfrage, von der sie hinsichtlich ihrer Einnahmen und Profite abhängig sind. Dieses Problem ist in der heutigen entwickelten Welt offenkundig. Wir haben eine bedeutende Produktionskapazität, doch in den mittleren und niedrigeren Einkommensklassen finden wir ausgreifende finanzielle Unsicherheit und niedrige Konsumtionsraten.“ (Magnus 2011; diesem Standpunkt sehr ähnlich auch Roubini 2011).

- *„Austerität ist die falsche Politik.“* (So Dhaval Joshi, BCA Research: siehe Joshi 2011). Etwas freundlicher formuliert es Magnus: „Politiker müssen Jobs ganz oben auf die Agenda setzen und andere unorthodoxe Maßnahmen ergreifen. Die Krise ist keine vorübergehende und wird sicherlich nicht durch ideologische Vorliebe für Sparmaßnahmen der Regierung beendet werden.“ (Magnus 2011).

Dazu kommt, wie Patrick Artus ausführt, dass „Investoren keine drastische Reduktion der Haushalts-Defizite verlangen, sondern einen glaubhaften und spezifischen mittelfristigen Plan für den Abbau der Defizite; einen Plan, der das Wachstum kurzfristig nicht zerstört und der mit Maßnahmen kombiniert wird, die das Wachstum auf lange Sicht fördern.“ (Artus 2011). Sogar die Ratingagentur Standard & Poors meldete Zweifel an der Austeritätspolitik an. In ihrem am 26. April veröffentlichten Statement zur Herabstufung Spaniens können wir lesen: „wir glauben, dass die verstärkte Austeritätspolitik in Spanien wahrscheinlich die mannigfachen Risiken für Wachstum mittelfristig vervielfachen wird.“ (zit. in Spiegel 2012)

- *„Wir sollen zu einer richtigen Balance zwischen Markt und der Bereitstellung öffentlicher Güter finden.“* (Nouriel Roubini). „Die richtige Balance heute erfordert die Schaffung von Jobs zum Teil durch finanzielle Anreize bei Investitionen in produktive Infrastruktur. Auch braucht es mehr progressive Besteuerung; mehr kurzfristige Steuer-Anreize gepaart mit mittel- und langfristiger Haushalts-Disziplin; Unterstützung durch die monetäre Autoritäten als Kreditgeber der letzten Instanz, um ruinöse Anstürme auf die Banken zu verhindern; Verminderung der Schuldenlast für insolvente Privathaushalte und andere zerrüttete Wirtschafts-Akteure; und striktere Überwachung und Regulation eines aus den Rudern geratenen Finanzsystems; Banken und oligarchische Trusts, die „too-big-to-fail“ sind, müssen aufgebrochen werden. Zur gleichen Zeit werden die entwickelten Industrienationen in Humankapital, in Ausbildung und sichere soziale Netze investieren müssen, um die Produktivität zu steigern und den Arbeitskräften zu ermöglichen, in einer globalen Ökonomie wettbewerbsfähig, flexibel und erfolgreich zu sein.“ (Roubini 2011).
- *Die Alternative könnte eine Katastrophe sein.* „Die Alternative ist, wie in den 1930ern – dauerhafte Stagnation, Depression, Währungs- und Handelskriege, Kapitalkontrollen, Finanzkrisen, Staatsbankrotte, und massive soziale und politische Instabilität.“ (Roubini 2011)

6. Zusammenfassung: Was auf dem Spiel steht

Roubinis Warnung sollte nicht ungehört verhallen. Die Geschichte lehrt uns, dass mit Krisen wie der jetzigen vorsichtig umgegangen werden muss.

Eine einfache Auflistung der Hauptprobleme, denen wir in den meisten westlichen Ländern gegenüberstehen, scheint mir der bessere Weg zu sein, uns an die Notwendigkeit zu erinnern, unkonventionelle Maßnahmen zu ergreifen.

- Zunehmende Ungleichheit. In fast allen westlichen Ländern vertiefen sich die sozialen Gräben, und die Schere zwischen „working poor“ und Reichen geht immer weiter auseinander, worauf uns John Plender vor nunmehr schon vier Jahren in einem sehr wichtigen Artikel aufmerksam gemacht hat (Plender 2008).
- Sinkende Löhne.
- Hartnäckige Arbeitslosigkeit und immer weniger Partizipationsmöglichkeiten (in USA, EU, Japan).
- Zerstörung von Produktionskapazitäten/Deindustrialisierung in den meisten entwickelten Ökonomien. Außer in Deutschland ist die industrielle Produktion in Europa immer noch schwach und der gegenwärtige Stand der industriellen Produktion in Frankreich, Spanien und Italien lässt sich mit dem der Jahre 1997, 1996 und 1987-1988 vergleichen (Koo 2012 a: Beispiel 6).
- Der Untergang der so genannten „Mittelklasse“. In der jetzigen sozialen Umwelt erweist sich die von Peter Glotz in den 1980ern prognostizierte „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ als ein offensichtlich zu optimistischer Ausblick.
- Zusammenbruch des Vertrauens in die Institutionen, also die Legitimationskrise der heutigen Demokratie. In Europa nimmt diese Krise vor allem im Erstarken der extremen Rechten (und gar offen faschistischen Bewegungen) Gestalt an, aber auch in Form der „Keine-Parteien-Bewegung“ (so wie die „Piraten“-Partei in Deutschland und die politische Bewegung des Entertainers Grillo in Italien), Ein-Punkt-Bewegungen und so weiter. Auf diese Weise wird das „Einheits-Denken“ offenbar von einem „Nicht-Denken“ oder der Fokussierung auf „Ein Ziel“ kontrastiert: Also von politischen Bewegungen ohne Vorstellung von einer anderen Gesellschaft und so auch ohne Strategie.

Die Arbeiterorganisationen müssen genauso wie die oppositionellen Bewegungen gegen die „Austeritäts“ Politik, die versuchen, in Europa Gestalt anzunehmen, sich vollkommen darüber bewusst sein, was tatsächlich am Ende der finanzmarkt- und schuldenfinanzierten Wachstums- und neoliberalen Ära auf dem Spiel steht: Ein Rückfall hinsichtlich der Arbeiter- und Bürgerrechte, welcher die Uhr wieder aufs 19. Jahrhundert zurückstellen und zugleich das Risiko von imperialistischen Kriegen um Kapital und natürliche Ressourcen wachsen lassen würde. Eine wirksame Bewegung gegen all dies kann nur auf der Grundlage eines Projekts einer anderen Gesellschaft entstehen: Ein Projekt, das auf eine neue Form der geplanten Entwicklung zielt, verwurzelt in einer neuen Balance zwischen Staat und Markt, zwischen öffentlichem und privaten Sektor. Sozialismus. Das ist immer noch der beste Name dafür.

Übersetzung: Alan Ruben van Keeken

Literatur

- Artus, Patrick (2011): „European leaders' poor understanding of how investors and banks will react”, *Flash Economics* n. 891, Natixis Economic Research, December 6 2011.
- Artus, Patrick (2012): „In the euro zone, a country which reduces its fiscal deficit but not its external deficit is not immune to a crisis”, *Flash Economics*, No. 284, Natixis Economic Research, April 23.
- Bank of England (2009): „Financial Stability Report”, London, June 2009.
- Boone, Peter / Johnson, Simon (2012): „As European Austerity Ends, So Could the Euro”, *Bloomberg*, May 13, 2012,
- Giacché, Vladimiro (2011): „Marx, the Falling Rate of Profit, Financialization, and the Current Crisis”, *International Journal of Political Economy*, vol. 40, no. 3, Fall 2011, pp. 18-32.
- Grice, Dylan (2012): „La Grande Illusion”, *Societe Generale*, May 17, 2012.
- Joshi, Dhaval (2011): „Austerity is the Wrong Policy”, *BCA European Investment Strategy. Weekly Bulletin*, Montreal, BCA Research, November 24 2011.
- Klein, Ezra (2012): „Europe Debacle Is Full of Lessons, but Which Are True?”, *Bloomberg*, May 2, 2012.
- Koo, Richard (2012 a): „The World in Balance Sheet Recession: What Post-2008 West Can Learn from Japan 1990-2005”, Tokyo, *Nomura Research Institute*, April 2012.
- Koo, Richard (2012 b): „Optimists forced to retreat”, *Nomura Equity Research*, May 8, 2012.
- IMF (2009): „Fiscal implications of the global economic and financial crisis”, *IMF Staff Position Note*, 9 June 2009.
- IMK (2012): „Fiskalpakt belastet Euroraum”, *Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung*, Report N. 71, März 2012.
- Loser, Claudio M. (2009): *Global financial turmoil and Emerging Market Economies: Major Contagion and a shocking loss of wealth?*, ADB, March 2009.
- Mackenzie, Kate (2011): „Finance, more progressive than policy?”, *FT.com*, August 22, 2011 [<http://ftalphaville.ft.com/blog/2011/08/22/659001/finance-more-progressive-than-policy/>]
- Magnus, Georg (2011): „Give Karl Marx a Chance to Save the World Economy”, *Bloomberg*, August 28, 2011
- Marx, Karl (1861-3): *Theorien über den Mehrwert*. K. Marx, F. Engels, Werke, Bd. 26.2., Berlin, Dietz, 1967.
- Mauldin, John / Tepper, Jonathan (2011): *Endgame. The end of the debt super-cycle and how it changes everything*, New Jersey, John Wiley and Sons.
- McKinsey (2010): „Farewell to cheap capital?”, *McKinsey Global Institute*, December 2010.
- Paolazzi, Luca (2012): *Sullo scenario globale pesa la crisi europea*, *Confindustria-CentroStudi*, *Scenarieconomici*, 28 giugno 2012.
- Plender, John (2008): „Mind the gap. Why business may face a crisis of legitimacy”, *Financial Times*, April 8, 2008.
- Polanyi, Karl (1978): *The Great Transformation*, 1944; dt. Ausg. Frankfurt/Main.
- RBC (2012): „Is LTRO Support Now Reverse in Gear?”, *RBC Capital Markets*, April 24, 2012.
- Roubini, Nouriel (2011): „Is Capitalism Doomed?”, *Project Syndicate*, August 15, 2011.
- Soros, George (2012): „Europe's future is not up to the Bundesbank”, *Financial Times*, April 11, 2012.
- Spiegel, Peter (2012): „Eurozone crisis: Markets fret that austerity medicine will kill patient”, *Financial Times*, May 8, 2012.
- Taibbi, Matt (2012): „How Wall Street Killed Financial Reform”, *Rolling Stone*, No. 284, May 24, 2012.
- Watkins, Mary (2012): „S&P warns of \$46tn refinancing challenge”, *Financial Times*, May 10, 2012.
- Wolf, Martin (2012): „Cameron is consigning the UK to stagnation”, *Financial Times*, May 18, 2012.

*Miren Etxezarreta / Francisco Navarro / Ramón Ribera /
Victòria Soldevila*

Boom und Krise der spanischen Wirtschaft und die Rolle der EU*

1. Ein kurzes Schlaglicht auf die spanische Ökonomie

Im Vergleich zu den reichen Teilen Europas war Spanien historisch gesehen immer schon ein armes Land. Doch nach der Entwicklung, die in den 60er Jahren einsetzte und nach der vollständigen Einordnung des Landes in den entwickelten Kapitalismus¹ fühlte sich Spanien, auch durch die Integration in die europäische Wirtschaftsgemeinschaft, bald als vollwertiges Mitglied der „ersten Welt“. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts finden wir ein Land mit dem Einkommensniveau und der ökonomischen Struktur ähnlich dem der zweit-plazierten Länder der EU. Spanien stieg zur fünften Industrienation in Europa auf. Auch die spanischen Eliten wähten sich nicht mehr als Repräsentanten eines zurückgebliebenen Landes, sondern als Führer einer wirtschaftlich bedeutenden, industrialisierten Nation, selbst wenn Spanien von der übrigen Welt und vom restlichen Europa weiterhin nur als sekundäre Wirtschaftsmacht wahrgenommen wurde. Festzuhalten ist, dass Spanien zumindest ökonomisches Wachstum und industrielle Strukturen „entwickeln“ konnte.

Die Entwicklung der spanischen Ökonomie lässt sich in Kürze wie folgt darstellen: In den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts beginnt die erste Phase der Industrialisierung und Urbanisierung an Fahrt aufzunehmen. Die Binnennachfrage wuchs aufgrund der steigenden Einkommen, der Export profitierte von niedrigen Löhnen und der Unterdrückung der Arbeiterbewegung, speziell der Gewerkschaften. In den 80ern erfolgte die Integration Spaniens in die Europäische Union mittels eines Wirtschaftsmodells, das auf niedrigen Lohnstückkosten und der herausragenden Stellung der Automobil- sowie Nahrungsmittelindustrie basierte. Das Land war unter den Bedingungen der *Einheitlichen Europäischen Akte* gezwungen, mit anderen europäischen Industrien zu konkurrieren. Spanien wurde ein zunehmend interessanter Markt für die großen Staaten der EU.

Dieses zunächst effiziente Modell verfiel aber im Zuge der gestiegenen internationalen und europäischen Konkurrenz (vor allem seitens osteuropäischer und asiatischer Länder); 1994 erreichte die Arbeitslosigkeit unter der erwerbsfähigen Bevölkerung 24,1 Prozent. Der Druck auf die Löhne stieg und prekäre

* Gekürzte und aktualisierte Fassung eines Beitrags zum 17. Workshop „Alternative Wirtschaftspolitik in Europa“, Wien, September 2011.

¹ Dies unter besonderen Bedingungen, wie der Diktatur Francos im 20. Jahrhundert, der Planung eines neuen Putschs 1981 und so weiter. Für eine detaillierte Darstellung dieses Prozesses: M. Etxezarreta, (Hrsg.). *La reestructuración del capitalismo en España*. Editorial Icaria. Barcelona, 1991.

Arbeitsverhältnisse breiteten sich aus (Schattenwirtschaft, befristete und kurzzeitige Stellen machten laut offizieller Statistiken mehr als 33 Prozent der Arbeitsverträge aus, die Dunkelziffer lag Schätzungen zufolge mit 50 Prozent weitaus höher), so dass die Binnennachfrage zurückblieb. Die Wirtschaft erholte sich etwas nach vier Abwertungen des Peso zwischen 1992 und 1994, wobei prekäre Beschäftigungsverhältnisse weiter zunahmen und der Aufbau der späteren Immobilienblase einsetzte. 2000 lag die Arbeitslosigkeit noch bei 20,4 Prozent, vier Jahre später war sie bereits auf 12,2 Prozent gesunken. Doch aufgrund der Verträge von Maastricht musste Spanien, um an der Eurozone teilhaben zu können, ein weiteres Anpassungsprogramm durchführen; ohne die Möglichkeit der Abwertung der eigenen Währung fiel es dem Land jedoch immer schwerer, intern und extern wettbewerbsfähig zu bleiben. Das war zunächst wenig problematisch, weil die Zugehörigkeit zur Eurozone die Finanzierung eines wachsenden Außenhandelsdefizits durch Auslandskapital erlaubte. Angesichts der Probleme dieses Modells suchte sich das Kapital Anlagensphären in Bereichen, in denen der internationale Wettbewerb nicht relevant war (Bauindustrie, großen Einkaufszentren) sowie Staatsunternehmen, die privatisiert wurden (Energieversorgung, Kommunikation) oder die Spekulation an den Finanzmärkten. Auf der Seite der Nachfrage wurde das Erreichen (mittel)europäischer Konsumstandards durch billige Kredite erleichtert und gefördert, vor allem um Immobilien zu kaufen. Dies begründete den Boom der Bauwirtschaft.

Zwischen 2000 und 2007 boomte die spanische Wirtschaft. Seite an Seite mit dem „Irischen Tiger“ wuchs sie schnell; sie wurde bewundert wegen ihrer Liberalisierungsprozesse, ihrer Offenheit für die internationalen Märkte und spanische „Global Player“, wie beispielsweise Telefonica, Ferrovial oder die Santander Bank tauchten auf den internationalen Märkten auf. Obamas Verkehrsminister besuchte Spanien, um sich ein Bild von den beeindruckenden neuen Hochgeschwindigkeitsbahnen zu machen. Die Arbeitslosigkeit hatte 2007 ihren niedrigsten Stand seit dem Sturz Francos erreicht, obwohl in nur zehn Jahren rund vier Millionen Arbeitsimmigranten aufgenommen worden waren. Hochdynamisch war vor allem der Immobilienmarkt, die Wohnungspreise stiegen rapide an. Nachdem das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Spaniens das von Italien 2007 überflügeln konnte, fühlte sich der sozialistische Ministerpräsident Zapatero so sicher, dass er ankündigte, Spanien werde in einigen Jahren Frankreich überholt haben. Nach dem Amtsantritt des Kabinetts Aznar bemühte sich das Land, als ökonomische Kraft anerkannt und in die G8 aufgenommen zu werden. Wieder hatte Spanien eine „Armada Invencible“², dieses Mal bestehend aus Geschäftsleuten, der Finanzwelt und einer Armee von Investoren.

Dennoch, trotz „ordentlicher“ Zahlen beim Pro-Kopf-Einkommen, deutlicher Einkommenssteigerungen für den Großteil der Bevölkerung, einer signifikan-

² Die Armada (oder 'Armada Invencible', wie sie in Spanien genannt wurde) war die spanische Flotte, die 1588 gegen England segelte. Trotz ihres Namens wurde sie vernichtend geschlagen.

ten Verbesserung der Lebensqualität und dem Übergang von einem weithin rural geprägten armen Land zu einer industrialisierten und urbanisierten Nation sah die soziale Situation alles andere als glänzend aus. Der Reallohn stieg nur geringfügig seit der Integration in die EEC (mit Ausnahme der beginnenden Neunziger Jahre) und sowohl Einkommen als auch Lohnquote entwickelten sich schwächer als im Rest der EU-15; mehr noch, Spaniens Lohnquote schrumpfte während der gesamten Zeit, ähnlich wie in der gesamten EU.

Die soziale Lage blieb unbefriedigend. Die Versorgung mit Bildung, Gesundheit und anderen sozialen Leistungen ist lückenhaft, die Ausgaben für den sozialen Bereich sind anteilmäßig niedriger als in den meisten anderen europäischen Staaten. Die vergleichsweise große Lücke auf dem Gebiet sozialer Rechte, gerissen von der Franco-Diktatur, wirkte immer noch nach. Sie bestand in wenn auch verkleinerter Form fort als Spanien der EU beitrug, auch weil der Steuerdruck wesentlich niedriger war als in der Europäischen Union insgesamt.

Wenn man die allgemeine Einkommensverteilung betrachtet ist zu beobachten, dass eine größere Armut und ein größeres Armutsrisiko bestehen als im Rest der EU-15. In anderen Worten, wir haben zwar ein „korrektes“ ökonomisches Wachstum, dem aber die soziale Entwicklung weit hinterherhinkt. Dabei besteht kein Zweifel, dass dies dem Erbe der Franco-Diktatur und der Kontinuität konservativer Kräfte und Politiken seit dem Ende der Diktatur geschuldet ist.

Da der Kapitalismus aber krisenhaft ist mussten früher oder später die Widersprüche des Kapitals hervortreten und schließlich explodieren; eine massive Umstrukturierungswelle ist die Folge. Als die Weltwirtschaftskrise in Spanien Einzug hielt, verpuffte all die neue ökonomische Macht, das Wachstum brach ein und Spanien wurde eines der Länder, welches von der Finanzkrise am stärksten getroffen wurde. Und wieder war die „Armada Invencible“ besiegt worden.

Aufstieg und Fall des so genannten „Spanischen Wirtschaftswunders“ waren so eindrucksvoll, weil dessen Grundlage von Beginn an instabil war. Diese prekären Fundamente erklären sich durch die Form der Integration der spanischen Wirtschaft in die globalen Kapitalkreisläufe in der letzten Hälfte des vorigen Jahrhunderts und besonders durch die Entwicklung in den letzten 15 Jahren. Kernelemente waren dabei die Abhängigkeit von billigem Auslandskapital, die Dominanz weniger großer Konzerne („nationale Champions“) und die durch billiges Geld angetriebene Immobilienblase. Als die Widersprüche des Kapitals schließlich in der jüngsten Krise global zu Tage traten, musste die spanische Ökonomie daher wie ein Kartenhaus zusammenfallen.

2. Krise, Verschuldung und Strukturanpassungsprogramme

2.1 Erste Auswirkungen 2007-2009

Als die Finanzkrise in den Vereinigten Staaten ihren Anfang nahm und sich auf der ganzen Welt ausbreitete, blieben die spanische Regierung und sogar

der Finanzsektor zunächst größtenteils optimistisch. Spanische Banken schienen nicht übermäßig in die Hypothekenprobleme Amerikas verwickelt zu sein. Aufgrund einer Bankenkrise, die Spanien in den 80ern durchgemacht hatte, waren die Geldhäuser strikter reguliert und hatten höhere Kapitalreserven als der Rest der Banken im Westen. Die Prognosen schienen nicht so düster. Die spanische Regierung blieb dabei, dass die heimische Wirtschaft in der Finanzkrise eine „weiche Landung“ hinlegen werde. Dies war die offizielle Position bis zum Frühling 2008³. Allerdings musste sich die sozialistische Partei (PSOE), die sich, wenn auch geschwächt, an der Macht halten konnte, nach den Parlamentswahlen im März desselben Jahres der Finanzkrise stellen. Die Regierung (und die wichtigsten wirtschaftlichen Akteure) betrachteten die Probleme der spanischen Wirtschaft als Folgen eines vorübergehenden, von außen induzierten Schocks. Man sah keine hausgemachten Strukturprobleme, nicht einmal der aufgeblasene Immobiliensektor oder die niedrige Produktivität der lokalen Wirtschaft wurden problematisiert.

Über zwei Jahre hinweg, 2008 und 2009, bemühte sich die sozialistische Regierung, mit Hilfe eines Bündels eher chaotischer Maßnahmen die schlimmsten Folgen der Krise abzuwenden. Dabei war keine klare und konsequente Linie zu erkennen. Eine ganze Bandbreite unterschiedlicher und teilweise gegensätzlicher Schritte wurde unternommen. Zur Legitimation dieser „Reformen“ wurde der Erhalt der sozialen Rechte der Bevölkerung propagiert, während das Gros der Maßnahmen tatsächlich dem Finanz- und Industriekapital zu Gute kam und schon Form und Inhalt späterer und härterer Einschnitte vorwegnahm. Freilich erwiesen sich die Versuche, Wachstum und Beschäftigung wiederzubeleben als schwach und zögerlich. Sie dienten vorläufig dazu, die Finanzindustrie von dem Druck zu entlasten, den die internationalen Finanzmärkte und große spanische Vermögen auf sie ausübten. Zu dieser Zeit, 2009, war die Arbeitslosigkeit bereits wieder auf über 19 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung gestiegen. Es gab wenig Unterstützung für Arbeitslose oder von Zwangsäumung bedrohte Familien, also für die Menschen, die am meisten von der Krise betroffen waren, da in immer mehr Fällen Hypotheken nicht mehr bedient werden konnten.

Doch dabei blieb es nicht. Die Situation verschlechterte sich zusehends. Wachstum, Investitionen und Konsumtion kollabierten, die Arbeitslosigkeit stieg weiter und viele Arbeiter wurden erfolgreich von ihren Firmen ‚angehalten‘, zum Erhalt ihres Arbeitsplatzes niedrigere Löhne zu akzeptieren. Prekäre Arbeitsverhältnisse nahmen zu (mehr als 94 Prozent der neu abgeschlossenen Verträge waren befristet). Die zwei großen Gewerkschaften des Landes (CC.OO und UGT) erwiesen sich als willfähige Unterstützer des Regierungskurses und stimmten allen derartigen Abkommen zu. Ihr einziges Ziel schien die Erreichung besserer Abfindungen für jene Arbeiter zu sein, die wegen der eingebrochenen Produktion entlassen worden waren. Es schien, als

³ Im März 2008 fanden Parlamentswahlen statt und der Wille, die Krise bis nach den Wahlen zu verdrängen, war ein ebenso wichtiges Element der Realitätsverweigerung.

akzeptiere die spanische Arbeiterschaft die neue Situation und bis auf wenige Ausnahmen regte sich kein Widerstand.

Zusammenfassend lässt sich für die Jahre 2008-2009 festhalten, dass die Arbeiterklasse zwar schon damals hart unter der Krise und den Maßnahmen der Regierung leiden müssen. Doch bis dahin hatte sie nicht reagiert. Die Schlussfolgerung, dass die internationale Finanzkrise Arbeitslosigkeit, niedrigere Löhne und prekäre Arbeitsverhältnisse nach sich ziehen müsse, schien in der Bevölkerung akzeptiert worden zu sein.

2.2. Die Schuldenkrise und die Reformpolitik

Von 2008 bis 2010 stiegen Defizit und Schuldenlast der spanischen Ökonomie rapide an und ihre Abhängigkeit von ausländischen Krediten trat deutlich hervor. Die Auslandskredite, die die Basis der „Prosperität“ und des Wachstums im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts gewesen waren, rückten nun in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit und veranschaulichten die prekäre Natur dieses Wachstums und die verletzliche Situation der spanischen Wirtschaft.

Das gestiegene staatliche Defizit war sowohl den generösen Rettungspaketen für den Finanzsektor und anderen Programmen zur Bekämpfung der Finanzkrise geschuldet, sowohl den exorbitant gestiegenen Kosten für die Arbeitslosenunterstützung als auch dem krisenbedingten Rückgang der Staatseinnahmen: 2009 sanken die Steuereinnahmen aufgrund der schlechten Wirtschaftslage um 17 Prozent. Seit den 80ern war das Steuersystem darauf ausgerichtet gewesen, die Abgaben für Wohlhabende, Unternehmen und das Finanzsystem zu verkleinern (besonders für Investmentfonds und Pensionsfonds). Die Krise zerrüttete die finanzielle Situation des spanischen Staates. Diese Verschlechterung wurde noch verschärft durch den unbeirrbaren politischen Willen, die steuerlichen Privilegien der Oberschicht zu verteidigen und weiter auszubauen: So wurden die Steuern auf Unternehmensprofite und Kapitalerträge, wenn überhaupt, nur minimal erhöht, die Besteuerung von Eigentum und Erbschaften dagegen ganz gestrichen, während die Umsatzsteuer und andere Verbrauchssteuern erhöht wurden.

Dabei ist allerdings zu unterscheiden: Die Verschuldung der öffentlichen Hand insgesamt ist nach wie vor gering im Vergleich zu anderen Ländern, während die private und besonders die Verschuldung gegenüber dem Ausland hoch ist. Wie gezeigt lässt sich dies auf die traditionell defizitäre Leistungsbilanz sowie auf die angehäuften Verbindlichkeiten der Finanzinstitutionen (Banken und Sparkassen) zurückführen, die gewaltige Kredite vom Ausland benötigten, um ihre eigenen Kreditgeschäfte mit der Immobilienbranche auszuweiten. 2009 wurde klar, dass die spanischen Finanzinstitutionen zwar nicht von den Subprime-Geschäften in den USA tangiert wurden, mit ihren eigenen Immobilien- und Baugeschäften aber gewaltige Probleme angehäuft hatten.

Die staatliche Schuldenquote Spaniens liegt mit 60 Prozent des BIP (2010) weit unter dem Durchschnitt der EU und selbst Deutschlands (85 bzw. 83 Prozent). Wenn Spanien sich nur um diese Schulden kümmern müsste, sähe es selbst mit dem durch die Rating Agenturen hochgetriebenen Risikoaufschlag

nicht so aus, als könnte es zum großen Problem werden, die anfallenden Zinsen zu bezahlen: Die staatliche Zinslast war 2010/11 mit 2,2 Prozent des BIP eher niedriger als in anderen Perioden.

Es scheint, als würde in der öffentlichen Debatte bewusst verschleiert, wer welche Schulden bei wem hat und wer für diese gerade zu stehen hat. Die spanische Gesamtverschuldung beläuft sich nämlich derzeit auf stolze 400 Prozent des BIP, wovon nur 60 Prozent auf die öffentliche Hand entfallen, die sich ihrerseits zu mehr als der Hälfte national refinanziert, während die Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland insgesamt bei 170 Prozent des Bruttoinlandsproduktes liegen. Unter der Hand wurde ein Zusammenhang zwischen den öffentlichen und den privaten Schulden und deren Auslandsteilen hergestellt. Das wirkliche Problem ist die hohe private Auslandsverschuldung, nicht die eher niedrige inländische Staatsverschuldung. Im spanischen Fall stellt sich noch deutlicher als anderswo die Frage, warum sich die spanische Bevölkerung und der spanische Staat überhaupt um die privaten Schulden (hauptsächlich die der Banken und Unternehmen) kümmern sollten und warum es nicht möglich sein soll, private Schuldner und Gläubiger mit sich und ihren finanziellen Problemen allein zu lassen. Eine relevante und interessante Frage, selbst wenn sie etwas naiv erscheinen mag. Misswirtschaft haben vor allem die Privaten betrieben, weniger die öffentliche Hand.

Es geht also im Wesentlichen um die privaten Auslandsschulden Spaniens. Trotzdem begannen die globalen Finanzmärkte und internationalen Institutionen, allen voran der IMF und besonders die EU, die spanische Regierung zu den wohlbekannten Strukturanpassungsprogrammen zu drängen und bewirkten 2010 eine einschneidende Veränderung in der Politik des Landes. Schon im Januar hatte die spanische Regierung einige Sanierungsmaßnahmen eingeleitet; im Mai 2010 wurde sie dazu gedrängt, ein hartes Austeritätsprogramm auf den Weg zu bringen: Dies umfasste drastische Budgetkürzungen in Höhe von 50 Milliarden Euro in den nächsten drei Jahren⁴, die unter anderem die Kürzung der Gehälter der Bediensteten im Öffentlichen Dienst um durchschnittlich 5 Prozent, das Einfrieren der Pensionen für ein Jahr, eine Liberalisierung des Arbeitsrechts sowie die Privatisierung der Altersvorsorge enthielten. Zudem erfolgte eine Verschiebung der Prioritäten der Krisenbekämpfung: Keine Rede war mehr von der Ankurbelung des Wachstums, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oder der Aufrechterhaltung des Sozialsystems; das alleinige Ziel der Maßnahmen war nunmehr der Abbau von Staatsschulden und die Kontrolle der privaten Verbindlichkeiten. Für diese „Entschlossenheit“ wurden Zapatero Gratulationen von Frau Merkel und Herrn Sarkozy zuteil.

Seitdem wurden immer wieder neue Spar- und Anpassungsprogramme aufgelegt – von Kürzungen oder der Abschaffung vieler sozialer Ausgaben über

⁴ Die Dimension des Einschnitts wird deutlich, wenn man sie mit dem Umfang der in den ersten beiden Jahren der Krise durchgeführten Maßnahmen vergleicht: Deren Gesamtvolumen belief sich auf rund 15 Milliarden Euro für die nächsten 3 Jahre und 20 Milliarden für die nächsten 10 Jahren (nicht gerechnet die Ausgaben zur Stützung der Banken).

bedeutende Einschnitte bei öffentlichen Investitionsprogrammen bis hin zur Ausweitung der Privatisierung auch auf die letzten in staatlicher Hand verbliebenen Unternehmen und in zunehmendem Maße auch der Sozialsysteme. Hinzu kam die Anhebung der Mehrwertsteuer. So soll das öffentliche Defizit auf Maastricht-Niveau abgesenkt werden.

Wie zu erwarten war, vertieften diese Maßnahmen die Krise in Spanien noch mehr. Gegen den Willen und die Erwartungen der Regierung gab es nur schwächste Anzeichen auf Besserung, eher könnte man sagen, dass diese gar nicht vorhanden waren. Mit einer am Boden liegenden Bauindustrie, erschreckenden Arbeitslosenzahlen, gesunkenen Löhnen und ohne Kredit hinkte die Nachfrage den Anforderungen der Industrie hinterher und führte zur Pleite vieler kleiner Firmen und so zu noch mehr Arbeitslosen. Die Exporte konnten sich mehr oder weniger auf dem vorherigen Level halten und zogen zeitweise sogar etwas an, hatten sich doch andere europäische Länder zunächst von der Krise etwas erholen können. Schlussendlich erwiesen sie sich jedoch nicht als ausreichend um Wirtschaftswachstum zu generieren, Mitte 2012 stehen die Zeichen in der EU auf Rezession.

Die Situation in Spanien wird seit 2010 von hoher Arbeitslosigkeit, sinkender Nachfrage, gewaltigen, besonders im Ausland ausstehenden Verbindlichkeiten und einem sehr schwachen Produktionssektor gekennzeichnet. Von den drei Hauptbranchen, welche die spanische Ökonomie zur Zeit des Wirtschaftsbooms vorantrieben hatten: der Bau- und Autoindustrie sowie der Tourismusbranche, ist die erste total bankrott, die zweite hat ernsthafte Probleme und die letztgenannte konnte sich nur „dank“ der Unruhen in den nordafrikanischen Urlaubsländern halten. Das Grundlegende an der spanischen Krise ist also nicht allein die (private!) Verschuldung des Landes, sondern auch das tief greifende Problem der Schwäche des produktiven Sektors. Dessen Mängel sind offensichtlich und eines der ausgegebenen Ziele der Politik ist eine „Änderung des Wirtschaftsmodells“, was allerdings leichter gesagt als getan ist. Zu versuchen, dem deutschen Modell nachzueifern, ist schon ein „alter Hut“. Spanien hat weder die Investitionskraft noch die nötige Technologie noch genug ausreichend gut qualifizierte Fachkräfte, ganz zu schweigen von den unternehmerischen und politischen Führungskräften, um dieses Ziel zu erreichen, noch weniger, wenn man bedenkt, dass man sich mitten in einer Weltwirtschaftskrise befindet.

Dabei versucht die spanische Regierung eine (unmögliche?) Doppelrolle zu bewältigen: Auf der einen Seite besteht sie darauf, nicht wie Griechenland und Portugal zu sein, auf der anderen Seite argumentiert sie, dass wir, um nicht gerettet werden zu müssen, die bittere Pille der Sparmaßnahmen zu schlucken haben. Und diese sind in der Tat hart. Man könnte in diesem Zusammenhang abwägen, ob es sinnvoll wäre, die Einschnitte zu akzeptieren um nicht in die Verlegenheit zu geraten, von der EU ‚gerettet‘ werden zu müssen, sollte irgend ein Unterschied bestehen zwischen den peripheren und ‚geretteten‘ Ländern und denen, die bis jetzt noch nicht in den Genuss von europäi-

schen „Hilfsgeldern“ gekommen sind, wie beispielsweise Spanien. Warum aber sollte man vor den mit der „Rettung“ verbundenen Auflagen Angst haben, wenn die gleichen Maßnahmen bereits durchgeführt werden?

Darüber hinaus wurden zur selben Zeit weitere Schritte angekündigt, den Arbeitsmarkt zu entgrenzen und zu flexibilisieren: Weitere Ausbreitung befristeter Stellen und die Möglichkeit Arbeiter bis zu ihrem 30. Lebensjahr als Praktikanten anzustellen.

Wie zu erwarten, verringerten diese Maßnahmen zwar die staatliche Schuldenlast, vertieften aber gleichzeitig die Krise. So ist es gut möglich, dass der Patient an der Behandlung zu Grunde geht. Ebenfalls bekannt sind die janusköpfigen Konsequenzen dieser Aktionen: Zum einen sind die Bevölkerungen dieser Länder drastischen Sparmaßnahmen ausgeliefert, die viele Menschen in ihrer Existenz bedrohen, nicht nur die besonders betroffenen armen und schwachen, sondern auch die Mittelschicht; zum anderen zeigt uns unsere Analyse, dass diese Programme die Probleme nicht lösen werden, die zur Wirtschafts- und Schuldenkrise geführt haben, weil sie unfähig sind, Wachstum zu generieren. Vielmehr ist das Gegenteil der Fall: sie führen tiefer in die Rezession unseres Landes. Neoliberale Angebotspolitik ist nicht die richtige Medizin für unsere Probleme und die Situation, die durch diese Maßnahmen herbeigeführt wird, wird die desaströse Lage nur verschlechtern, wie man in den bis jetzt „geretteten“ Ländern deutlich sehen kann, besonders in Griechenland.

3. Die Rolle der Europäischen Union im Spanischen Krisenmanagement

Wie wir bereits erwähnten, wurde zu Beginn der Krise die Präsenz der EU in Spanien (die Situation in anderen peripheren Ländern sah wohl ähnlich aus) bis auf die geldpolitischen Maßnahmen der EZB kaum wahrgenommen. Erst nach dem zweiten Treffen der G20 Staaten nach dem Ausbruch der Krise präsentierte die EU ihr erstes Rettungspaket und wir alle wissen, dass dabei nur 60 Millionen Euro aus EU-Fonds kamen, während die anderen 170 Millionen sich aus nationalen Programmen zusammensetzten.

Es ist festzuhalten, dass die EU erst richtig aktiv wurde, als aufgrund der Schulden der peripheren Länder der Euro als Währung in Frage stand.⁵ Nun begannen die internationalen Finanzmärkte wie auch der IWF eine gewichtige Rolle zu spielen, doch wir denken, dass die Leitlinien der europäischen Führungseliten und die Regierungen der führenden Länder (vor allem der mächtigeren Länder wie Frankreich und Deutschland, aber auch die Niederlande und Österreich sind relevant)⁶ alle in die gleiche Richtung weisen: nämlich die Verhängung extrem harter Maßnahmepakete neoliberalen Charakters über die

⁵ Und damit auch die gewaltigen Forderungen privater Banken der Kernstaaten, besonders Frankreichs und Deutschlands, gefährdet wurden.

⁶ Das Vereinigte Königreich scheint in all diesen Geschehnissen eher abwesend zu sein und an Seite seiner amerikanischen Freunde und der Londoner Finanzindustrie zu stehen.

Bevölkerungen der EU-Länder – natürlich mehr über die der peripheren Länder, doch auch die anderen werden nicht verschont bleiben. Seit 2010 scheint sich die EU gezwungen zu sehen, eine große Anzahl eher hektischer Maßnahmen zu veranlassen, um den Euro zu retten und sich selbst zusammenzuhalten (6 Maßnahmen zu Fragen der Governance, Euro-Plus Pakt, Euro-Stabilitätspakt...). Es ist nicht klar, ob diese ihren Zweck erfüllen werden. Dazu heißt es in der *Financial Times*: „Aufmerksamkeit und Wohlwollen können Krisen abwenden, die durch schwache Antworten auf kleinere Probleme entstehen. Aber die Ursachen der globalen Instabilität – hohe Schulden, unausgewogener Handel und Wachstum, expansive Geldpolitik und unruhige Wähler – können Probleme hervorrufen, welche die Handelnden ohnmächtig werden lassen, selbst wenn die jetzige Krise nicht stark genug ist, um alle Schutzmauern einzureißen.“

Manche dieser Maßnahmen sollen den Euro unterstützen, manche das Finanzsystem der Mitgliedsstaaten und ihre Börsen retten. Im Fokus stehen auch die Großbanken der Kernstaaten, die in schwächere Mitgliedsstaaten investiert haben und sich nun mit der Schuldenproblematik konfrontiert sehen: Daher der ESFS, die europäische Finanzstabilisierungsfazilität und der darauf folgende dauerhafte Rettungsschirm, der ESM, der europäische Stabilitätsmechanismus. Auch hat die EZB sich nach der erneuten Warnung vor einer Rezession in den Ankauf spanischer und italienischer Schuldtitel geflüchtet, was die finanzielle Misere beider Länder vorübergehend gelindert hat⁷. Doch im Tausch für die Unterstützung der EU nötigt diese die schwachen Länder (wobei immer mehr Länder bald unter die Kategorie „schwach“ fallen werden) dazu, Strukturanpassungsprogramme aufzulegen, die wiederum jedes Wachstum und jede Erholung in den betroffenen Ländern abwürgen und das Wohlergehen der Bevölkerungen bedrohen. Doch das scheint nicht genug für das zu sein, was sich heutzutage „die Märkte“ schimpft, denn jede Veränderung der Situation lässt nur wieder erneut die Alarmglocken schrillen. Und so dreht sich die Krise weiter im Kreis. Wieder einmal müssen die Schwächsten allein für ihre Probleme geradestehen. Und der einzig positive Vorschlag – die Steuer auf Finanztransaktionen – hier muss abgewartet werden, wie und wann sie umgesetzt und für was die eingenommenen Gelder verwendet werden.

Was die Vorschläge für die Schaffung einer Wirtschaftsregierung für die Eurozone angeht, muss festgehalten werden, dass es sich dabei um einen gefährlichen Vorstoß handelt, solange zumindest, wie die EU ihre bisherige „Philosophie“ und Politik nicht ändert: Noch kann der kleine Spielraum, der den nationalen Regierungen der Mitgliedsstaaten geblieben ist, in manchen Fällen für progressive Politik genutzt werden (so wie es in Spanien *nicht* passiert), und Raum für den Widerstand sozialer Kräfte und den Kampf gegen die herrschende Elendsverwaltung bieten. Würde dieser verschwinden, so verschwände

⁷ Nicht genug, meint der genesische Wirtschaftsprofessor C. Wyplosz, festhält, dass „die EZB eine starke Position vertreten muss und für alle staatlichen Schulden zu garantieren hat. Sie müssen ihre Atomwaffen rausholen.“ FT, 13/8/2011

mit ihm auch der nationale Rahmen für diese Proteste. Auch zeigen die Bemühungen mancher Länder (darunter Finnland, die Slowakei, Österreich und die Niederlande), mit Griechenland bilaterale Verträge zur Einhaltung der Auflagen des zweiten Rettungspaketes aufzusetzen, welche ungläubliche Ausmaße die Situation schon erreicht hat⁸. Die Maßnahmen verschärfen sich jeden Tag und scheinen absolut irrational zu sein, mit Ausnahme des allen durchdringenden Konzeptes der Fixierung aufs Geld. Jeder (mit ausreichender Macht) ist sich selbst der nächste – das scheint die Devise zu sein, über welche die Herrschenden komplett ihren Verstand verloren zu haben scheinen. Manchmal beschleicht einen der Eindruck eines völligen Ausverkaufs der europäischen Union.

So weit es Spanien betrifft scheint es uns, als ob dieses Europa, jenes neoliberale und postneoliberale Europa, das die Staatengemeinschaft seit unserem Beitritt dominierte, für unser Land keinen großen Gewinn bedeutet hat. Es mag sein, dass unsere Wirtschaft etwas mehr gewachsen ist, als wenn wir nicht beigetreten wären, und selbst das scheint nicht sicher⁹, doch es zeigt sich, dass unsere Mitgliedschaft in der Union eher dazu beigetragen hat, die Ungleichgewichte zu verstärken, die sowieso schon vorhanden waren: Unsere Produktionskapazitäten wurden in wenigen Segmenten mittelmäßig werthaltiger und gering qualifizierter Arbeit konzentriert und viele kleine Firmen mit schlechter technologischer Ausstattung bleiben übrig, während ein substantieller Teil des mehr dynamischen Kapitals ins Ausland floss. Unsere Außenhandelsbilanz verschlechterte sich zusehends trotz gesteigerten Exports, weil die Importe noch rascher zunahmten, teilweise erzwungen von den ausländischen Besitzern der heimischen Großunternehmen. Wegen der Mitgliedschaft in der Eurozone sind wir unfähig, unseren Export anzukurbeln. Die soziale Seite betreffend sind bereits genug Worte gefallen über die spanische Misere und die entsprechenden Versäumnisse. Die Perspektive von ‚mehr Europa‘ ist nicht so glänzend für die Peripherie. Kein Wunder also, dass die meisten Menschen in diesen Ländern, die einst glühende Verehrer der europäischen Idee waren, diese nun ablehnen. Dieses Europa ist schlecht für Spanien und die spanische Bevölkerung. Entweder müssen wir die europäischen Institutionen von Grund auf verändern, oder wir müssen uns über andere Wege unterhalten. Es scheint ungläublich, dass das Finanzkapital heute die ganze Welt erpressen kann. Die Finanzmärkte sind mehr denn je schamlose Herrscher der Welt. Sie sichern sich Vorteile ohne jede Zugeständnisse. Welcher Zukunft blicken wir nach einer solchen Situation entgegen? Was hat der Spätkapitalismus den Menschen dieser Welt noch zu bieten?

⁸ Es scheint, als sei Deutschland nicht auf diese bilateralen Verträge vorbereitet, doch andere Informationen lassen annehmen, dass Finnland bereits eines mit Griechenland unterzeichnet hat. Die Situation ist ziemlich verwirrend.

⁹ Der Verlust von Wachstum durch die Austeritätspolitik seit den Verträgen von Maastricht müsste mit dem möglichen Wachstum durch die Mitgliedschaft in der europäischen Union verglichen werden.

Anhang: Einige spanische Besonderheiten

Die politische Struktur und die Autonomen Regionen

Ein Wort zur Rolle der politischen Strukturen des Landes. Es ist wohl bekannt, dass in Spanien drei Regionen, das Baskenland, Katalonien und Galizien, immer auf ihre Unabhängigkeit gepocht haben oder zumindest eine weitreichende Autonomie verlangten. Als Franco starb, war dies eins der großen Probleme in der Neuordnung des Landes. Um zu verhindern, dass die drei Regionen bevorzugt wurden, – die ersten zwei waren bekannt dafür, der Zentralregierung ablehnend gegenüberzustehen – wurde ein System der Autonomen Regionen (AACC) für alle spanischen Landesteile geschaffen, welches 17 autonome Gemeinschaften umfasste, die in einer so genannten asymmetrischen föderalen Struktur organisiert wurden. Es handelt sich dabei um ein komplexes System, mit 14 Gemeinschaften (inklusive Katalonien und Galizien) innerhalb des generellen Regulationsregimes und das Baskenland, Navarra und die Kanaren mit unterschiedlichen Strukturen.¹⁰

Neben dem Baskenland, Katalonien und Galizien, die mehr Autonomie forderten, gab es nun ein absolut neues System von 14 Regionen, die historisch gesehen niemals irgendeinen Grad an Autonomie verlangt hatten. Dies führte zu einer Reorganisation auf allen Ebenen, mit einer Umverteilung öffentlicher Gelder und der Erhöhung der Anzahl der zu wählenden Politikerinnen und Politiker. In der ersten Phase – die der neuen Verfassung von 1978 – schien jeder mit dieser Einigung glücklich zu sein, bis auf eine kleine rechte, zentralistische Minderheit. In der Periode des Wirtschaftsbooms – 1995-2006 – gab es auch keine Probleme, da genug Geld für alle zur Verfügung stand. Wichtiger noch, die Gemeinschaften innerhalb des Staates bekamen in zunehmendem Maße nationalstaatliche Kompetenzen in nahezu allen Politikfeldern zugestanden: Bildung, Gesundheitswesen, Sozialstaat, Kulturpolitik, Wirtschaftliche Entwicklung und in manchen Fällen sogar die Polizeigewalt. In vielen Regionen erreichte die AACC die Stufe einer Regierung, die einen Großteil der Sozialleistungen für die Arbeiter auf diesem Feld anbot. Im Kontrast zur Dezentralisierung der Mittel blieben die Einnahmequellen aber fest in der Hand der Zentralregierung, ohne ein transparentes System, wie in vergleichbaren Föderalstaaten (wie beispielsweise Deutschland) auszubilden. Tatsächlich war es so, dass dort, wo die Kompetenzen der Gemeinschaften zunahmen, die nationalstaatliche Aufbringung von Geldmitteln in Stocken geriet oder Engpässe auftraten. Zusätzlich vergrößerten viele autonome Gemeinschaften während des wirtschaftlichen Aufschwungs mit mehr als dubiosen Mitteln ihre finanziellen Spielräume, was oft allein herrscherische Züge annahm oder in

¹⁰ Das Baskenland und Navarra sind „formale“ Gemeinschaften. Vereinfacht gesagt haben die beiden neben vergrößerten Kompetenzen die Möglichkeit, quasi-nationalstaatliche Steuern einzunehmen, wobei sie dann alle fünf Jahre mit der Zentralregierung ausmachen müssen, wieviel an sie zurückfließt (conciertos). Die Kanaren und die autonomen Städte Ceuta und Melilla haben ebenso einen besonderen, noch mal anderen Status.

Vetternwirtschaft ausartete. So ist mittlerweile normal und weithin bekannt, dass manche autonome Gemeinschaften Probleme haben, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Doch als durch die Krise und die Strukturanpassungsprogramme die regionalen Haushalte zerrüttet, Schuldenberge angehäuft und Sparprogramme nötig wurden, meldeten sich wieder Stimmen aus der politischen Rechten und von Wirtschaftsvertretern, die dieses Arrangement in Frage stellten; die Verteilung von Macht und Geldmitteln zwischen den Regionen geriet in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen. Dabei wurde das System der AACC für einen bedeutenden Teil der Schulden verantwortlich gemacht. Tatsächlich ist die Zentralregierung gezwungen, auf die Autonomen Regionen einzuwirken um die Versprechen der Defizitreduktion einhalten zu können.

Dennoch scheint es für die Autonomen Regionen schwierig zu sein, ihr Defizit zu verringern, da das Gros der sozialen Dienste von ihnen gewährleistet wird und die höchsten Ausgaben aus Personalkosten und Grundversorgung bestehen. Es ist zweifelhaft, ob die Angriffe auf die autonomen Regionen nur dem Defizit gelten, das durch diese Aufwendungen entsteht oder ob es sich vielmehr um eine Attacke auf den Wohlfahrtsstaat insgesamt handelt; auch denkbar wäre der Versuch, wichtige Elemente der Macht wieder zu zentralisieren. Was wird das Ergebnis dieser Debatte sein? Schwierig zu sagen, doch es scheint, als ob dieser Streit nicht das Potential hat, die regionale Organisation des Landes maßgeblich zu ändern – politisch undenkbar für die drei ursprünglichen autonomen Regionen wie für die regionalen Politiker, die danach streben, ihre Macht und ihre Posten zu behalten. Doch es könnte sein, dass eine gewisse Reorganisation untereinander, und innerhalb der verschiedenen Haushaltstöpfe durchaus stattfinden könnte. Wir erwähnen das hier, da es für viele ausländische Beobachter von besonderem Interesse zu sein scheint.

Die Sparkassen

Ein anderer interessanter Punkt könnte die Restrukturierung der Sparkassen (Cajas de ahorros) sein. Diese waren eine Art „halbstaatlicher“ Institution, die sehr oft im Rahmen sozialer und regionaler Verpflichtungen und Übereinkünfte entstanden und aufgrund dieser Organisation eng an die regionale Politik angebunden waren. Seit 1978 haben sie sich in ihren Geschäftspraktiken aber immer mehr gewöhnlichen Banken angenähert, bewahrten dennoch einen Teil ihrer Verpflichtungen und waren generell wichtige Kreditgeber regionaler Regierungen – die in manchen Fällen sehr teure Prestigeprojekte finanzierten – und sogar politische Parteien. Sie stellen einen sehr wichtigen Teil des spanischen Finanzsystems dar. 2006 hielten sie 52 Prozent der gesamten Bankeinlagen. Zudem zählten die Sparkassen zu den Hauptgläubigern der Bauindustrie, die Hypotheken vieler Familien liefen über sie und nicht wenige Cajas besaßen eigene Immobilienfirmen. Als die Krise sich mehr und mehr zuspitzte, fanden sich viele der „Cajas“ verstrickt in ihre Hypothekengeschäfte, standen vor dem Scherbenhaufen bankrott gegangener Baufirmen und saßen auf einem Berg unverkäuflicher Wohnungen. Ihre Jahresbilan-

zen waren voll von Hypotheken, die zu ihren originalen Werten bewertet wurden – eine grobe Fälschung, um die größten Verluste zu kaschieren. Offensichtlich führte dies zu vielen Liquiditäts- und Solvenzproblemen derjenigen Sparkassen, die in schwerwiegende finanzielle Probleme geraten waren. Dies bot eine einmalige Gelegenheit für die spanischen Banken (welche die Sparkassen schon immer als starke Konkurrenz betrachtet hatten) und vor allem für den Vorsitzenden der spanischen Zentralbank, viele der Sparkassen des Landes in ordinäre Banken umzuwandeln, stets mit dem Argument der Ineffizienz, hervorgerufen durch die politischen Elemente in den „Cajas“. Die Bank von Spanien propagierte ein System, durch das die Sparkassen zu Teilhabern der von ihnen selbst gegründeten Banken würden, finanziert mit Hilfe staatlicher Gelder und bei gleichzeitiger Öffnung für privates Kapital. Von ehemals 45 Sparkassen verbleiben zum jetzigen Zeitpunkt nur noch 17, die restlichen sind nach einer 16 Milliarden Euro¹¹ schweren, durch komplizierte finanzielle Operationen durchgeführten Rettungsaktion in Banken umgewandelt worden. Manche Cajas beschwerten sich darüber, dass diese Operation unnötig war (obgleich andere praktisch pleite waren), doch die meisten von ihnen wurden nur wieder aufgepöppelt um Sparkassen-Banken (mit der Betonung auf Banken) zu werden, andere wiederum gaben an, alleine überleben zu können, einige wenige der gesunden Sparkassen entschieden sich, so zu bleiben, wie sie waren und die stärksten und finanziell tadellosesten nutzten die Gesetze um sich neu aufzustellen. Zusammengefasst: Die ernsthaften finanziellen Probleme einer Anzahl von Sparkassen wurden als Aufhänger genutzt, um die Hälfte des spanischen Finanzsystems zu privatisieren, welches einen bis dahin bedeutenden halbstaatlichen Wohlstand hatte akkumulieren können. In Spanien sagen wir dazu „operación redonda“.

Übersetzung: Alan Ruben van Keeken

¹¹ Staatliche Stellen lassen verlautbaren, dass sie das Geld den neu geschaffenen Sparkassen-Banken nur leihen, doch es ist nicht klar, ob und wann sie dieses Geld zurückbekommen werden.

Ökonomische Krise und politischer Wandel in Griechenland

1. Die Nationalwahlen vom 6. Mai und 17. Juni 2012

Die Nationalwahlen vom 6. Mai 2012 in Griechenland haben gezeigt, dass sich die politische Szene des Landes in einem Prozess der radikalen Umstrukturierung befindet (s. Tabelle 1).

Parteien	Okt. 2009	Mai 2012	Juni 2012
ND	33,47	18,85	29,66
SYRIZA	4,60	16,78	26,89
PASOK	43,92	13,18	12,28
ANEL	-	10,61	7,51
KKE	7,54	8,48	4,50
XA	(0,29)	6,97	6,92
DEMAR	-	6,11	6,26
LAOS	5,63	(2,90)	(1,58)
Parteien <3 Prozent	(4,84)	(19,02)	(5,98)

Die beiden seit dem Fall der Junta (1974) regierenden Parteien, die konservative Nea Demokratia (ND) und die sozialdemokratische PASOK haben dramatisch an Einflüsse und zusammen knapp 50 Prozent der Stimmen verloren (Maiwahlen).

Die Koalition der Radikalen Linken (SYRIZA) vervierfachte dagegen ihr Wahlergebnis (von 4,6 Prozent auf 16,78 Prozent). In allen Arbeitervierteln der Großstädte des Landes wurde SYRIZA die stärkste Partei und erreichte im Schnitt Ergebnisse von ca. 25 Prozent der Stimmen.

Die rechtsradikale LAOS, die seit November 2011 Teil der Koalitionsregierung unter dem Bankier Papademos zusammen mit PASOK und ND war, blieb unter der 3,0 Prozent-Grenze und verfehlte damit den Einzug ins Parlament. Die faschistische Gruppe Goldene Dämmerung (Chrissi Avgi: XA) erzielte einen enorme Zuwachs und kam von 0,29 auf 6,97 Prozent.

Zwei neue Parteien, die aus Spaltungen existierender Parteien entstanden sind, konnten einen gewissen Einfluss unter den Wählern erlangen: Die „Unabhängigen Griechen“ (ANEL) lehnten die Austeritätsagenda der ND und der Papa-

demos Regierung ab und gründeten im Februar 2012 eine eigene Partei. Die Demokratische Linke (DEMAR) wurde von der „rechten“ Fraktion der SYRIZA gegründet und trat im Juni 2010 aus der SYRIZA aus.

Alle kleineren Parteien, die die 3 Prozent-Grenze für den Einzug ins Parlament nicht erreicht haben, kamen zusammen auf den relativ hohen Anteil von 19,02 Prozent.

Obwohl die drei Parteien ND, PASOK und DEMAR bei den Maiwahlen eine Mehrheit im Parlament von 168 der 300 Abgeordneten hatten, bildeten sie keine Regierung, sondern verkündeten Neuwahlen für den 17. Juni 2012. Die Ergebnisse der Maiwahlen brachten somit keine Legitimationsbasis für die bisher regierenden Parteien und ihre Verbündeten. SYRIZA, die die Massenbewegungen der Werktätigen und Arbeitslosen für mehrere Jahre unterstützt hatte, hätte eine solche Regierung ohne weiteres destabilisieren können.

Die Wahlen vom 17. Juni waren ein Kampf zwischen „dem System“ auf der einen Seite (bestehend aus den bisher regierenden Parteien, den Massenmedien, den Großunternehmern, die ihren Beschäftigten mit Entlassung drohten, falls sie für SYRIZA stimmten, der deutschen und anderen europäischen Regierungen usw.), und SYRIZA auf der anderen Seite.

„Das System“ behauptete, dass im Falle eines Sieges von SYRIZA eine ökonomische Katastrophe und der Austritt Griechenlands aus der Eurozone die unvermeidliche Folge wäre. Die Verunsicherung der Wähler war also ihrer hauptsächlichsten politischen Ziel. Unter dem Druck und der Dynamik von SYRIZA verständigten sich die zwei bisher regierenden Parteien, ND, PASOK, aber auch die DEMAR, über die Notwendigkeit einer zukünftigen allmählichen Abschwächung der Austeritäts- und Kürzungspolitik. SYRIZA kämpfte dagegen für die sofortige Annullierung aller Austeritätsmaßnahmen der letzten Jahre, den Anstieg der Staatseinnahmen durch stärkere Besteuerung von Großvermögen und Gewinnen, um den Staatshaushalt auszugleichen, für eine Reform des Staates und die Bekämpfung der Korruption, und andererseits für eine Neuverhandlung der Staatsschulden mit den EU-Behörden und dem IWF nach dem Vorbild der Vereinbarung über die bundesrepublikanische Staatsschuld im Jahre 1953.¹ Gleichzeitig verteidigte SYRIZA das Programm der Europäischen Linken für eine radikale Reform der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) und der Architektur der Eurozone. Die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE), die eine sektiererische Politik der separaten eigenen Kundgebungen und Streiks verfolgte, beschrieb das Programm von SYRIZA als unrealistisch im Rahmen des Systems des Privateigentums über die Produktionsmittel und lehnte alle Vorschläge von Seitens der SYRIZA für die Bildung einer großen Koalition aller linken politischen Kräfte ab.

Am 17. Juni kam es zu einer Polarisierung der Wähler zwischen ND und SY-

¹ Sie dazu das ökonomische Programm der SYRIZA: <http://www.left.gr/article.php?id=2406>; <http://www.scribd.com/doc/96840147/THE-ECONOMIC-PROGRAM> ProzentCE Prozent9C ProzentCE Prozent95-OF-SYRIZA-EKM.

RIZA, was vor allem auf Kosten der ANEL, der KKE und der kleineren Parteien ging, die bei den Mai Wahlen die drei Prozent Grenze nicht erreicht hatten (s. Tabelle 1). Der knappe Sieg der ND über SYRIZA hatte deutliche Klassenmerkmale - die wohlhabenderen Mittelschichten und die Angehörigen der herrschenden Klassen haben massiv für die ND gestimmt -, war aber auch ein Ergebnis der massiven Beeinflussung der Wähler. Folgende Resultate sind charakteristisch für das Verhalten der Wähler: Bei der Altersgruppe 18-24 Jahre kam SYRIZA auf 37 Prozent und die ND nur auf 11 Prozent der Stimmen, während bei der Altersgruppe „mehr als 65 Jahre alt“ das Bild umgekehrt war: ND 48 Prozent, SYRIZA 13 Prozent.²

Das Wahlergebnis vom Juni erlaubte den drei Parteien der neoliberalen Ordnung, ND, PASOK und DEMAR, eine Koalitionsregierung zu bilden. Die Wirtschaftskrise und die sich verschärfenden Klassenauseinandersetzungen, die den politischen Umbruch der Mai- und Juni-Wahlen hervorgerufen haben, werden auch die (Un)Fähigkeit der neuen Regierung bestimmen, die neoliberale Agenda der Umverteilung von Reichtum und Herrschaft zugunsten der herrschenden Klassen fortzusetzen.

2. Wirtschaftskrise und Austeritätspolitik: Die Krise als Gelegenheit für die kapitalistische Offensive

Die globale kapitalistische Krise ist wahrscheinlich die größte seit dem zweiten Weltkrieg. Jedoch ist die Krise des griechischen Kapitalismus tiefer als in den meisten europäischen bzw. entwickelten kapitalistischen Ländern. Der kumulative Rückgang des Bruttoinlandprodukts seit 2008 beträgt 20 Prozent in konstanten Preisen, was die größte Rezession seit dem 2. Weltkrieg bedeutet. Die offizielle Arbeitslosigkeit stieg von 8,5 Prozent in 2007 auf 22,5 Prozent im Juli 2012. Die Bruttokapitalinvestitionen gingen auf das Niveau von 1996 zurück.

Die herrschenden Klassen versuchen die Ausbeutung der Arbeitskraft zu erhöhen und den Sozialstaat abzubauen, um die Last der Krise auf die Schultern der Arbeiterklasse und der Selbständigen abzuwälzen. Die Löhne wurden zwischen 2010 und 2012 im Durchschnitt um 20 Prozent gesenkt, was ihre reelle Kaufkraft betrifft. Ca. 33 Prozent der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze.

Es scheint, dass die Regierenden und ihre Berater sich überschätzt haben, was Ausmaß und die Dauer der Krise betrifft. Am Anfang glaubte man, dass die Krise international 2010 zu Ende gehe und infolgedessen auch Griechenland auf den Wachstumspfad zurückkehren und seine Staatsfinanzen in den Griff bekommen würde. Der „Gewinn der Krise“ wäre die Abschaffung jeglichen Schutzes der Arbeit, die Demontage der Sozialversicherungssysteme und die Privatisierung öffentlichen Eigentums gewesen, die im und mit dem Schock der Krise durchgesetzt werden konnten.

² SYRIZA wurde in allen Altersgruppen bis zu den 54-Jährigen stärkste Partei, bei älteren Wählern überzog die ND.

Die Situation änderte sich als sich zeigte, dass es sich nicht um eine Bankenkrise handelte, sondern um eine echte Wirtschaftskrise (d.h. um eine Überakkumulationskrise). Der Einbruch der Staatseinnahmen aufgrund der verminderten Wirtschaftstätigkeit und die Unmöglichkeit, infolge der Arbeitslosigkeit, der Rettungsaktionen für die Banken und der Zinszahlungen für die öffentlichen Schulden die Staatsausgaben entsprechend zu vermindern, ließen das Haushaltsdefizit auf fast 15 Prozent des BIP anwachsen.

Bis Ende 2009/Anfang 2010 gab es noch Möglichkeiten, einen Ausweg aus der Fiskalkrise zu finden. Die Zinsen für griechische Staatsanleihen waren noch niedrig und die zweite Bankenkrise noch nicht ausgebrochen. Eine schnelle Steuerreform, die hohe Einkommen, große Vermögen – wenn nötig in konfiskatorischer Höhe – und den Luxuskonsum entsprechend den Bedürfnissen der Staatsfinanzen belastet hätte, hätte zu einer Lösung geführt.

Jedoch hatten bürgerliche Kräfte andere Pläne. Schon als Oppositionsführer hatte Giorgos Papandreou Gespräche mit dem damaligen IWF-Direktor Strauss-Kahn über eine Intervention des Fonds in Griechenland geführt. Kurz nach seinem Wahlsieg sprach er öffentlich von der „maroden“ griechischen Wirtschaft und der Unfähigkeit des griechischen Staates, die Krise zu meistern.

Die internationalen Märkte hatten daraufhin das Investitionsrisiko in griechische Wertpapieren als hoch bewertet, worauf deren Zinssätze in die Höhe schossen. Kurz danach wurde das Memorandum über die so genannte Stabilisierungshilfe zwischen der „Troika“ aus IWF, EZB und EU-Kommission und der griechischen Regierung unterschrieben.

Seit Mitte 2011, als sich die Schuldenkrise der Staatsfinanzen auf Grund der Rezession und des Beharrens auf einer Steuerpolitik der permanenten Entlastung des großen Kapitals verschärfte, verhandelte die Troika mit der griechischen Regierung und mit Banken und Fonds über einen Schuldenerlass („Haircut“) in Höhe von 100 Milliarden Euro seitens des „privaten Sektors“ und ein neues Kreditpaket in Höhe von 130 Milliarden Euro von der Troika. Die Voraussetzung für das zweite Kreditpaket war ein neues Sparprogramm, das unter anderem die Verminderung des Mindestlohns von 751 auf 585 Euro, d.h. um 22 Prozent enthielt.

3. Vom dynamischen Wachstum zur Rezession

Die akute Krise des griechischen Kapitalismus ist nicht entstanden eil es ihm an Dynamik gefehlt hätte oder weil er vom deutschen bzw. „Nordeuropäischen“ Kapitalismus niederkonkurriert worden wäre. Ganz im Gegenteil ist die heutige Krise gewissermaßen ein Resultat der spezifischen Dynamik, die der griechische Kapitalismus im Rahmen der Eurozone erlangte. Die Intensität der Krise ist im Zusammenhang mit drei Faktoren zu erklären

- Die neoliberale Politik, die die griechischen Regierungen der vergangenen Jahrzehnte verfolgten, wies selbst extreme Besonderheiten auf;

- die Intensität der globalen Überakkumulationskrise und der Bedeutungszuwachs der Finanzmärkte wurden von den griechischen Regierungen unterschätzt. Sie wirkten im Lande als starke Disziplinierungsmechanismen;
- die Struktur der Eurozone, die eine schnelle Konvergenz des Entwicklungsniveaus der EU-Länder begünstigte, verstärkte auch Asymmetrien, die das Euro-Gebäude verletzlich machen.

3.1. Hohe Staatsschulden als Ausdruck der Klassenpolitik

Der griechische Kapitalismus entwickelte sich mit sehr hohen Wachstumsraten während der anderthalb Jahrzehnte vor Beginn der Krise. Im Zeitraum 1995-2008 erlebte Griechenland einen realen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 61,0 Prozent, Spanien von 56,0 Prozent und Irland von 124,1 Prozent, ganz im Gegensatz zu dem, was mit den höher entwickelten europäischen Volkswirtschaften geschah. Das BIP-Wachstum im gleichen Zeitraum betrug 19,5 Prozent für Deutschland, 17,8 Prozent für Italien und 30,8 Prozent für Frankreich.

Jedoch schwankte die Staatsschuld Griechenlands während dieser ganzen Periode um die 100 Prozent des BIP, d.h. sie blieb prozentual fast konstant. Das war das Ergebnis einerseits einer ständigen Verminderung der Steuerkoeffizienten für Großunternehmen und -vermögen und andererseits der graduellen Abschaffung der Kontrollmechanismen gegen Steuerhinterziehung, auf dessen Basis ein Klassenbündnis zwischen Großkapital und den Mittelklassen errichtet wurde.

Wenn in Griechenland die Besteuerung des Kapitals in der Höhe des europäischen Mittelwerts gelegen hätte, dann hätte der Staat zwischen 1998-2008 zusätzlich 95 Milliarden Euros eingesammelt. Fast die Größe des 1. „Hilfspakets“. Dann wäre Griechenland mit einem Schuldquotienten zum BIP von 88 Prozent statt 115 Prozent in die Krise gegangen.

3.2. Die Krise als „Hebel“ für eine Umstrukturierung der Gesellschaft zugunsten der Interessen des Kapitals

Die bürgerlichen Parteien und insbesondere die seit Oktober 2009 regierende „sozialistische“ PASOK haben die Krise unterschätzt und sie vor allem als eine Chance für Maßnahmen betrachtet, die alle bürgerliche Regierungen in den letzten 20 Jahren durchzusetzen versuchten, die jedoch ständig am Widerstand der Betroffenen scheiterten.

Kurz nach der Verabschiedung des 1. Memorandums äußerten Regierungsvertreter, dass die Troika – wenn es sie nicht gäbe – erfunden werden müsste. Noch heute nehmen bürgerliche Politiker und Journalisten in öffentlichen Äußerungen eher am Tempo der Maßnahmen Anstoß als an deren Inhalt.

Nach allen Informationen wurde das Troika-Programm zum größten Teil von griechischen Politikern bzw. Unternehmervereinigungen geschrieben. Die griechische Regierung sowie die EU-Behörden haben alle Mittel genutzt, um die

Bedingungen für die Unterzeichnung und Durchsetzung des Programms zu schaffen. Diese Schlussfolgerung bekräftigt auch der Athener Staatsanwalt für Wirtschaftskriminalität. Er hat eine Untersuchung eingeleitet, die klären soll, ob 2010 auf Druck von Eurostat und der griechischen Regierung das griechische Amt für Statistik Zahlen gefälscht hat, damit ein höheres Staatsbudgetdefizit herauskommt – um auf diese Weise leichter Sparmaßnahmen durchsetzen zu können.

Die prekäre Lage eines ständig wachsenden Teils der Bevölkerung gefährdet allerdings auch die Stabilität der bürgerlichen Macht und insbesondere der politischen Institutionen, auf die sie sich stützt.

3.3. Neoliberale Strategien und die Struktur der Eurozone

Der Euro hat ein strategisches Ziel, das von den herrschenden Klassen in der gesamten Eurozone angestrebt wird: Die Liberalisierung des Waren- und Kapitalverkehrs und die Intensivierung der Konkurrenz zwischen den Einzelkapitalen als Mittel, um die Arbeitskraft „elastischer“ zu machen und die Umstrukturierung ökonomischer und politischer Verhältnisse zu Gunsten des Kapitals zu erreichen. Diese Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) bringt eine extreme Variante der internationalen Konkurrenz hervor, die auf der ständigen „Anpassung“ der Arbeit beruht.

Es ist weithin bekannt, dass die Liberalisierung des Kapitalverkehrs in Verbindung mit festen Wechselkursen (oder besser einer einheitlichen Währung) notwendigerweise den Verlust über die Kontrolle der Geld- und Kreditpolitik nach sich zieht. Damit werden wirtschaftliche Verhältnisse geschaffen, die die traditionelle Wohlfahrtspolitik zerstören. Dass die Produktivität schneller steigt als die Reallöhne, ist die Voraussetzung, die gewährleistet, dass die Kapitalakkumulation fortgesetzt werden kann.

Der Binnenmarkt hat also alle europäischen kapitalistischen Systeme im Klassenkampf gegen die Arbeiterklasse begünstigt. Jedoch hat er auch eine typische Asymmetrie zwischen den europäischen Sozialformationen geschaffen, die dem ähnelt, was in der Geschichte des Kapitalismus die „holländische Krankheit“ genannt wurde: Diejenigen Länder, die im internationalen Vergleich eine überdurchschnittlich hohe nationale Profitrate und daher auch überdurchschnittliche Wachstumsraten erzielten (und das ist vor allem bei Irland, Griechenland und Spanien der Fall), wurden gleichzeitig mit einer positiven Kapital- und einer negativen Handelsbilanz konfrontiert.

Die Symbiose von Volkswirtschaften mit unterschiedlichem Entwicklungsniveau unter der gleichen Währung (und derselben Geldpolitik) hat in einem hohen Maße die unterschiedlichen Wachstumsraten und die Profitabilität beeinflusst. Das relativ schnelle Wachstum der so genannten „Peripherie“ (zusammen mit dem moderaten Wachstum des so genannten „Zentrums“) reduzierte deutlich die Entwicklungskluft zwischen den europäischen Staaten und Regionen.

Gleichzeitig wurden die höheren Wachstumsraten in den „peripheren“ EU-Volkswirtschaften sowohl von einer schnellen Senkung der Kosten von inländischen Anleihen und einem deutlichen Zustrom ausländischer Ersparnisse (in verschiedenen Formen) begleitet. Dies verursachte anhaltende Überschüsse in der Kapitalbilanz. Die gleichzeitigen Defizite in den Leistungsbilanzen spiegeln genau diese Erhöhung der Binnenmarktnachfrage und den Zufluss von ausländischen Investitionen (insbesondere Portfolio-Investitionen) wider.

Diese Art der Symbiose im EU Binnenmarkt ist instabil und anfällig für eine Neubewertung des finanziellen Risikos seitens der Geldmärkte. Aus der Wirtschaftskrise resultierte also ein Stopp der Kapitalströme nach Griechenland und den anderen „Risikostaaten“, die jetzt die Zahlungsbilanzdefizite hauptsächlich durch Anleihen finanzieren müssen.

Was ich hier betonen möchte ist folgendes: Die Widersprüche, die sich durch die Krise verschärft haben, sind eher soziale Konflikte als Staats- bzw. nationale Konflikte. Wenn Merkel dem griechischen Premierminister Ratschläge erteilt oder ihn ermahnt, dann versucht sie nicht die Vorherrschaft Deutschlands über Griechenland zu erreichen, dann arbeitet sie vielmehr an der Durchsetzung eines Konzepts, das den Klasseninteressen der griechischen und der europäischen Bourgeoisie entspricht.

4. Massenmobilisierungen, linke Alternativen und die abnehmende Legitimität der bürgerliche Parteien

In den ersten März-Tagen 2010, als die Regierung mit der Zahlungsunfähigkeit drohte, war die Bevölkerung schockiert. Außerdem protestierte die Gewerkschaftsführung nur sehr zurückhaltend und zeigte sich unwillig, die Lohnabhängigen zu mobilisieren. Erst langsam bildete sich Widerstand, vor allem als das Ausmaß der Einschnitte bekannt wurde (die bei weitem nicht so drastisch waren wie das, was in den Jahren 2011 und 2012 folgte). Erst im Mai 2010 kam der Widerstand mit Massendemonstrationen und Streiks richtig in Gang.

Bei einer der größten Kundgebungen im Athener Stadtzentrum wurden Brandsätze gegen ein Bankgebäude geworfen; vier Menschen, die sich darin aufhielten, kamen im Feuer um. Dies hat sich für lange Zeit auf die Mobilisierung ausgewirkt. Abscheu oder auch Angst hielt viele Menschen von der Teilnahme an weiteren Demonstrationen ab.

Ein Höhepunkt der Bewegung waren – nach ägyptischem und spanischem Vorbild – die Besetzungen öffentlicher Plätze in den meisten griechischen Städten. Parallel gab es tägliche Auseinandersetzungen in Betrieben, in den Schulen und Hochschulen, in den Wohnvierteln, usw. Auf den besetzten Plätzen blieben ganze Nächte lang oft Tausende, die heftig und lang über Fragen der Wirtschaftspolitik, über Demokratie, über den Charakter der EU und der Währungsunion diskutierten; es wurden Fachleute bestellt, die Referate hielten, über die dann diskutiert wurde – nach strengen Regeln, ohne Zwischenfälle oder Streit. Besonders kontrovers wurde die Frage der parlamentarischen

Arbeit diskutiert. Es fanden tatsächlich Lernprozesse statt. Abgeordnete und Funktionäre der Linken lernten, dass sie sich nicht einfach hinstellen und den Menschen sagen konnten, wo es lang geht. Sie konnten aber auch über die Notwendigkeit der parlamentarischen Arbeit diskutieren und viele davon überzeugen, dass diese Sinn und Zweck hat. Inzwischen ist es so, dass sich praktisch nur noch Politiker der Linken öffentlich zeigen können.

Ergebnis der Protest- und Widerstandsbewegung war, dass die Regierung praktisch zweimal gestürzt wurde. Im Juni 2011 nahm der Ministerpräsident allerdings seinen Rücktritt nach sechs Stunden zurück, als klar wurde, dass keine Koalition gebildet werden konnte und dass bei Wahlen die bürgerlichen Parteien auf ein historisches Tief absinken würden. Fünf Monate später war es dann soweit. Nachdem am 28. Oktober Demonstranten in mehreren Städten die Militärparade zum griechischen Nationalfeiertag verhindert hatten, verkündigte Papandreou ein Referendum über das Abkommen mit der Troika an. Das sollte im Januar oder Februar stattfinden. Viele Politiker seiner Partei, darunter auch Minister, verweigerten ihm die Gefolgschaft, ein Minister erklärte sogar, dass dieses Referendum (das doch sein Ministerpräsident verkündet hatte) nicht stattfinden werde.

Das Referendum hatte Erpressungscharakter: Wenn Ihr nicht zustimmt, gehen wir pleite, und es können keine Renten mehr bezahlt werden. Das implizierte die unwahre Behauptung, dass die griechischen Steuereinnahmen nicht für die laufenden Ausgaben reichen würden. Sie reichen aber durchaus, wenn man aufhört, die Staatsschuld zu bedienen und die Militärausgaben um 20 Prozent kürzt. Wie auch immer, auch so war der Ausgang des Referendums ungewiss – daher die Aufregung in der Regierungspartei, aber auch in Brüssel, Berlin und Paris. Merkel und Sarkozy forderten, das Referendum mit der Frage des Verbleibs Griechenlands in der Eurozone zu verbinden oder überhaupt abzusagen. Nun war klar, dass die Regierung nicht mehr weiter konnte, und es wurde die Dreiparteienkoalition aus PASOK, Nea Demokratia und Rechtsaußen (LAOS) gebildet. Bei der Ernennung des neuen Ministerpräsidenten, des Bankiers Papademos, wurde eindeutig die Geschäftsordnung des Parlaments verletzt. Aber auch die (erfüllte) Forderung der Troika an alle Regierungsparteien, sich schriftlich für alle Zukunft auf den Sparkurs der Troika zu verpflichten, schränkt die parlamentarische Demokratie ein, weil die innerparteiliche Willensbildung nicht mehr frei ist und die Wähler keine echte Alternative mehr haben werden. Diese Methode wurde auch in Irland, Portugal, Spanien und Italien angewandt – sie ist die institutionelle Absicherung der TINA (*There Is No Alternative*)-Doktrin. Diese Situation hat eine politische Krise verursacht, die das bürgerliche Parteiensystem in Griechenland erschütterte.

Als die Schuldenkrise des Staates sich fortsetzte, wurde ein zweites „Hilfepaket“ für Griechenland verabschiedet, unter der Bedingung weiterer Austeritätsmaßnahmen gegen die Lohnabhängigen. Am 12. Februar 2012, dem Tag der Verabschiedung des „Pakets“ im griechischen Parlament, hatten 400.000 bis 500.000 Menschen in Athen gegen die Koalitionsregierung demonstriert.

Selbst die brutale Gewalt der Polizei konnte bis spät in der Nacht die Demonstrationen nicht auflösen.

Bei allen Massenmobilisierungen waren immer die Mitglieder und Kader der SYRIZA präsent. Sie haben alle solidarischen Initiativen bzw. solche für demokratische Prozesse und direkte Demokratie unterstützt, an allen öffentlichen Diskussionen teilgenommen, gegen die nationalistischen Losungen des Austritts Griechenlands aus der Eurozone³ oder des Boykotts der deutschen Importe in Griechenland usw. argumentiert. Präsent auf öffentlichen Plätzen waren aber auch die XA-Leute, die versucht haben, die Gefühle des Fremdenhasses, des Nationalismus und des Rassismus unter den Leuten zu verbreiten.

5. Die Perspektive einer Regierung der Linken bleibt offen!

Die Krise hat schnell die politische Szene verändert. Die Wahlen haben der bürgerlichen Koalitionsregierung Legitimation verschafft, aber nur auf der Basis des Versprechens, dass die Austeritätspolitik in absehbarer Zeit gestoppt wird. Wenige Wochen nach den Wahlen wurde aber klar, dass die neue Regierung der alten neoliberalen Politik der reaktionären Umstrukturierung der Gesellschaft treu bleibt.

In dieser labilen politischen Situation sind verschiedene Möglichkeiten denkbar: Ein Aufstand wie im Dezember 2008, aber vielleicht mit stärkerer Teilnahme der Arbeiterklasse, oder eine Regierung der Linken.

Griechenland ist so stark in sein internationales Umfeld – d.h. vor allem in die EU – eingebunden, dass ein nationalstaatlicher Ausweg aus der Krise kaum möglich ist. Insofern, aber auch aus Gründen linken Selbstverständnisses, ist auch eine linke Politik nur in einem europäischen Rahmen möglich, d.h. sie bleibt zwar nationale Politik, weil die Nationalstaaten Politik betreiben, sie muss aber die europäische Dimension mit einbeziehen, vor allem die Vernetzung des europaweiten Widerstands und seine Einbindung in eine europäische Perspektive.

Für die Linken kann das Ziel nichts weniger sein als eine massive Bewegung gegen Neoliberalismus und Kapitalismus, zur Transformation der griechischen und europäischen Gesellschaft auf der Basis der sozialen Interessen der Bevölkerung und der Solidarität.

³ S. Christos Laskos, John Milios und Euclid Tsakalotos, „Austrreten oder nicht? Über kommunistische Dilemmata in der Euro-Krise“, in: Express, Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, 4/2012 und 5/2012, http://www.labournet.de/diskussion/eu/wipo/euro_dilemmata1.html und http://www.labournet.de/diskussion/eu/wipo/euro_dilemmata2.html.

Costas Lapavitsas

Soll Griechenland den Euro aufgeben?

**Ein Gespräch mit dem Sender „The Real News Network“
(TRNN)¹**

TRNN: In Europa ist die Eurozone dabei, sich weiter zu zerlegen. Griechenland ist wohl am stärksten betroffen, wenn die europäischen Banken und politischen Führer immer neue und strengere Austeritätsprogramme fordern. Papandreou, der alte Premierminister, ist weg vom Fenster, der neue heißt Papademos. Was also steht Griechenland bevor? Das alles werden wir mit Costas Lapavitsas besprechen, Wirtschaftsprofessor an der Universität London und regelmäßiger Kolumnist des „Guardian“. Danke dass Sie gekommen sind, Costas.

CL: Danke für Die Einladung.

TRNN: Wie steht es also mit dem Kampf des griechischen Volks gegen die Austeritätsmaßnahmen? Der neue Premierminister wird ja als Technokrat bezeichnet. Er kommt aus der europäischen Bankenwelt. Wohin wird das alles führen?

CL: Zunächst möchte ich hervorheben, dass wir derzeit eine unter demokratischen Gesichtspunkten unglaubliche Entwicklung erleben. Die EU und die europäische Währungsunion haben ja vor allem die Aufgabe, die Demokratie zu verteidigen und sicherzustellen, dass sich der freie Wille der Völker durch Wahlen und anderes ausdrücken kann. Aber was wir in den letzten Wochen in Griechenland und – noch krasser – in Italien (immerhin ein großes Land) erlebt haben ist das direkte Gegenteil. Hier wurden Regierungschefs und ganze Regierungen auf der Grundlage der Prioritäten und des Drucks der Finanzmärkte und einzelner großer Finanzakteure ausgewechselt. Wenn das unter Demokratie verstanden wird, dann läuft da etwas ganz und gar falsch. Dies sind besorgniserregende Entwicklungen und sehr, sehr schlechte Vorzeichen für die Zukunft der politischen und demokratischen Prozesse in Europa. Hier müssen die Völker Europas sehr aufmerksam sein und ihre Rechte verteidigen.

Dies ist der erste Punkt, den ich ansprechen möchte. Was nun die Inhalte der Politik angeht: Ja, in Griechenland ist ein gewählter Regierungschef gegangen und ein nicht-gewählter Premier ist gekommen, entsprechend dem Wunsch der Banken und anderer Institutionen; an der Politik selbst aber hat sich nichts geändert. Der neue Premier hat sehr deutlich gemacht, dass er exakt die gleiche Politik der Austerität und der internen Abwertung – d.h. Löhne und Preise zu senken – betreiben wird wie sein Vorgänger, und zwar mit noch mehr Entschlossenheit als bisher. Da aber der Vorgänger gerade wegen dieser Politik gescheitert ist, glaube ich nicht, dass der neue Regierungschef eine besonders lange Halbwertszeit haben wird; Papandreou ist ja letzten Endes nicht wegen per-

¹ Das Gespräch wurde vor den Doppelwahlen im Mai/Juni 2012 geführt.

sönlicher Schwäche gescheitert, sondern es war seine Politik, die ihn zu Fall gebracht hat.

TRNN: Das griechische Volk hat sich also auf eine neue Runde der Austerität einzustellen. Dazu gehört wohl auch die Privatisierung öffentlicher Unternehmen, worüber meines Erachtens nicht genug gesprochen wird: Privatisierungen dürften ein sehr wichtiges Element dessen sein, woran Finanzinvestoren und Banken interessiert sind. Aber welche Wahl hat denn das griechische Volk? Was kann es fordern? Letzten Endes, meine ich, läuft es doch nur auf Eines hinaus: Sollte Griechenland die Eurozone verlassen?

CL: Genau das. Die Griechen stehen vor sehr harten Entscheidungen. Davon muss man ausgehen. Dies ist keine leichte Wahl für Griechenland und – das meine ich – keine leichte Wahl für die gesamte Peripherie der Eurozone. Schließlich steht Spanien nicht viel besser da als Griechenland, Italien geht's ziemlich schlecht und auch Irland geht's nicht besonders gut. Wo sollte man aufhören?

Aber zurück zu Griechenland. Um entscheiden zu können, was zu tun ist, braucht man einen klaren Maßstab. Was sind die Alternativen, zwischen denen abzuwägen ist? Und diesen Maßstab liefern nicht die Jahre 2005, 2006, als Geld billig war, als der Konsumstandard hoch war, als alles so weiter zu laufen schien, als wir eine Art Prosperität erlebten, und zwar wesentlich auf der Grundlage billiger Kredite. Das kommt nicht wieder. Das kann also nicht der Maßstab für Entscheidungen sein. Der wirkliche Maßstab ist: Was wird aus dem Land, wenn die aktuelle Politik weitergeführt wird? Griechenland steckt inmitten einer tiefen Depression. Das Inlandsprodukt wird dieses Jahr (2012, der Übers.) voraussichtlich um 7 Prozent zurückgehen, ein unglaublicher Einbruch. Die Arbeitslosigkeit geht gegen 18 Prozent, bei der Jugend gegen 45 Prozent.

Wenn dieser Schrumpfungsprozess beendet sein wird – wahrscheinlich erst im übernächsten Jahr, nächstes Jahr wird's weiter zurückgehen – wird das Land wahrscheinlich in eine lang anhaltende Periode der Stagnation eintreten, mit sehr niedrigem Wirtschaftswachstum, hoher Arbeitslosigkeit. Griechenland wird dann ein unbedeutender, stagnierender und überalterter Winkel Europas sein; denn die Jugend wird das Land verlassen – sie verlässt es schon heute. Darum geht's, an diesem Maßstab haben wir die Alternativen zu messen. Darüber müssen die Griechen entscheiden.

Meines Erachtens sollten die Griechen zwei Dinge tun – darüber habe ich mich schon vielfach in Artikeln und Forschungsberichten geäußert, zusammen mit meinen Kollegen vom Forschungszentrum Geld und Finanzen in London.

Das Erste ist: Griechenland sollte Insolvenz anmelden, also den Default erklären. Denn die derzeitigen Schulden sind schlicht nicht rückzahlbar. Eine solche Default-Erklärung mag niemand, sie ist nicht einfach. Die Wahrheit ist aber, dass die politischen Entscheidungsträger das Land in ein System integriert haben, in dem es möglich war, Schulden zu machen, die nicht rückzahlbar sind. Darum geht es, eine sehr einfache Tatsache. Selbst die EU räumt das heute ein, sie hat ja selbst bereits eine gewisse Art von Insolvenz akzeptiert. Der Schuldenverzicht, den die EU akzeptiert, ist aber ein Default im Interesse der Gläubiger. Deswegen wird er

nicht funktionieren. Ich schlage dagegen eine Insolvenz im Interesse der Schuldner vor, d.h. im Interesse des Landes und seiner Bevölkerung.

TRNN: Und wie soll der nun aussehen?

CL: Dies muss ein demokratischer und souveräner Prozess sein – souverän in dem Sinne, dass Griechenland die Bedingungen für die Gläubiger festlegt. Wissen Sie, es ist längst überfällig, dass auch in der Welt der Finanzen die Mitverantwortung der Kreditgeber für eine vorsichtige und verantwortungsvolle Kreditvergabe akzeptiert wird. Es ist ganz klar, dass europäische und andere Banken nicht verantwortungsvoll handelten, als sie den Ländern der Peripherie so großzügig Kredite einräumten. Es ist nicht fair, wenn sie nun keinerlei Einbußen hinnehmen wollen und die gesamte Verantwortung auf die Schuldnerländer abwälzen. Griechenland muss also in der Lage sein, als souveränes Land die Bedingungen einer Schuldenstreichung für die Gläubiger festzulegen und sich so von einem relevanten Teil der Schuldenlast zu befreien, jener Last, die letzten Endes untragbar ist. Denn die Schulden erdrücken die griechische Wirtschaft und Gesellschaft. Sie nehmen dem Land den Atem.

TRNN: Und was ist der zweite Punkt?

CL: Zunächst noch was zum ersten Punkt. Die Schuldenstreichung muss im Rahmen eines demokratischen Prozesses ablaufen, sie darf nicht bloß Sache einer Regierung sein, selbst wenn diese demokratisch zustande gekommen ist. Alle Schichten der Bevölkerung müssen einbezogen werden. Im Prozess der Schuldenabschreibung muss die demokratische Stimme des Volkes, der Zivilgesellschaft, der organisierten Arbeiterbewegung gehört werden. Sie haben ein Recht zu wissen, worum es bei den Schulden geht. Sie haben ein Recht darauf, zu entscheiden, was und wie genau zurückbezahlt werden soll. Soweit noch zum ersten Punkt.

Was das zweite Element angeht, so würde ich ganz entschieden dafür plädieren, die Währungsunion zu verlassen. Der Beitritt war ein furchtbarer Fehler. Der Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit ist auch Ergebnis dieses Schritts. In der Folge entstanden große Leistungsbilanzdefizite. Die angehäuften Schulden sind zu einem guten Teil Resultate dieser Defizite. So lange das Land sich nur im engen Rahmen der Währungsunion bewegen kann, muss es sich den Austeritätsprogrammen, der Privatisierungs- und Liberalisierungspolitik unterwerfen, welche die EU aufzwingt. Die Zukunft wird, wie schon beschrieben, eine lang anhaltende Stagnation, ein lang anhaltender Niedergang sein. Griechenland muss die Eurozone verlassen. Wir müssen aus der Falle der gemeinsamen Währung ausbrechen. Wir brauchen eine eigene nationale Währung. Wir müssen wieder in der Lage sein, eine eigene Geld- und Fiskalpolitik durchzuführen. Nur dann kann das Land den notwendigen langen und schwierigen Kampf um eine Restrukturierung der Wirtschaft im Interesse der arbeitenden Menschen, im Interesse der Bevölkerungsmehrheit führen und so einen Wachstumspfad einschlagen. Ich glaube, dass das gelingen kann; dazu wird aber ein kompliziertes und sehr detailliertes Programm notwendig sein, wesentlich auf der Grundlage einer sozialen und nationalen Wiederbelebung.

TRNN: Es ist ja nicht so, dass Griechenland nicht über Reichtümer verfügt. Der griechischen Oberschicht ist es in dieser ganzen Zeit ja nicht schlecht gegangen. In welchem Verhältnis steht das zu den Aufgaben, die erledigt werden müssen?

CL: Das ist eine ganz zentrale Frage, und zwar in mehrfacher Hinsicht. Es war die griechische Oberschicht, die entschieden hat, Griechenland in die Währungsunion zu führen. Eine fürchtbare Entscheidung. Eine Entscheidung, die nicht funktioniert hat. Und nun fordert diese Oberschicht das griechische Volk auf, einen gewaltigen Preis zu zahlen, entweder, um diese Wahl nicht rückgängig machen zu müssen, oder aber, um diese Entscheidung zu revidieren, aber ohne dass die Eliten die Kosten zu tragen haben. Wenn Griechenland also den Euro verlässt und dies so tut, wie ich vorschlage, so muss dies im Rahmen einer tief greifenden sozialen Strukturveränderung erfolgen. Und ein Kernelement muss die Umverteilung sein. Griechenland braucht eine Umverteilung von Einkommen und Vermögen, ich würde fast sagen: mehr als jedes andere Land der Währungsunion. Griechenland ist ein Land mit extrem ungleichen Verteilungsverhältnissen. Die Reichen und auch die nicht-ganz-so-Reichen, sogar die wohlhabenderen Mittelschichten zahlen einfach keine Steuern. Das ist ein gewaltiger Einkommens- und Vermögensvorteil gegenüber der Mehrheit der Bevölkerung. Das muss aufhören. Das muss rückgängig gemacht werden. Das aber ist nicht möglich im Rahmen der bestehenden sozialen Zustände. Also: Exit Euro. Wenn das mit dem Willen der Bevölkerung und im Rahmen einer breiten Mobilisierung geschieht, dann gibt es eine gute Chance, diese Entwicklungen rückgängig zu machen und die dringend notwendige Umverteilung durchzusetzen. Mehr soziale Gleichheit ist eine grundlegende Voraussetzung für Wachstum. Das ist unabdingbar. Nur so können die Reichen, kann die griechische Elite dazu gebracht werden, ihren Beitrag zu leisten. Eine weitere Sache, die Griechenland für eine Gesundung braucht – soweit die Eliten betroffen sind – ist natürlich eine öffentliche Kontrolle und öffentliches Eigentum im Bankensektor. Die griechischen Banken sind eigentlich zahlungsunfähig. Sie haben einen Haufen von griechischen Staatsanleihen, die sie abschreiben müssten. Der Wert der griechischen Banken liegt daher gegenwärtig bei Null. Wenn sie frei verkäuflich wären, wäre der Börsenwert Null. Sie müssen entschädigungslos verstaatlicht und unter nationale Kontrolle gebracht werden. Im Folgenden müssten sie restrukturiert und dazu gebracht werden, sich auf ihre eigentliche Aufgabe konzentrieren, die Finanzierung der Binnenwirtschaft. Es geht um die Unterstützung der Klein- und Mittelbetriebe, die Finanzierung der Produktion, die Schaffung von Arbeitsplätzen. Denn die größte Tragödie, die Griechenland gegenwärtig erlebt, ist die Zerstörung der Beschäftigung. Es gibt heute Hunderttausende von Familien in Griechenland, in denen niemand mehr Arbeit hat.

TRNN: Costas, das hört sich ja wie ein Programm für eine politische Bewegung an. Gibt es denn eine solche Bewegung mit einem solchen Programm?

CL: Es gibt keine bestimmte Bewegung, die so etwas vertritt. Und genau das ist bis jetzt Teil der Tragik der gegenwärtigen politischen Bewegungen. Allerdings

werden diese Dinge breit diskutiert. Die Leute sind sich der angesprochenen Probleme bewusst und Teile dieser Vorschläge wurden schon von politischen Parteien aufgenommen. Das Kernproblem allerdings, das was die politischen Parteien in Griechenland nur schwer akzeptieren können, ist die Aufgabe des Euro. Das ist wirklich schwierig. Und das Problem ist: Ein Austritt ist wirklich schwierig, er wäre ein Schock; niemand kann sagen, dass es leicht wäre...

TRNN: Ja, es wäre ein Schritt ins Unbekannte.

CL: Genau. Jedenfalls teilweise ins Unbekannte. Dabei gibt es allerdings auch eine ideologische Seite, denn bei Geld geht es immer auch um Ideologie. Die Leute identifizieren sich mit der Währung, sie wird Teil von ihnen. Und es ist sehr schwer zuzugeben, dass die Übernahme des Euro als nationale Währung ein Fehler war. Jetzt müssen wir zu einer schwächeren und engeren Form des Geldes zurückkehren. Das können die Leute nur schwer akzeptieren. Da weigern sie sich, oder zumindest einige von ihnen. Die Kombination dieser beiden Elemente – der Schritt ins Unbekannte, die damit verbundenen Gefahren einerseits und die ideologische Seite andererseits – führt dazu, dass politische Parteien diesen Schritt nicht wagen. Eine weitere sicherlich sehr wichtige Sache sind die geopolitischen Implikationen. Denn was wir hier diskutieren hat ernste geopolitische Folgen, wie immer, wenn es um Währungen geht. Wenn man sich entschlossen hat, sich der Europäischen Währungsunion anzuschließen und man scheitert, dann ist ein Austritt auch eine geopolitische Entscheidung; viele griechische Parteien fürchten diese Folgen. Sie sind nicht bereit, diesen offen ins Auge zu sehen und dem griechischen Volk entsprechende Vorschläge zu machen.

TRNN: Aber was wären denn die Folgen? Marginalisiert zu werden? Oder was sonst?

CL: Ja, da ist die Angst vor einer Marginalisierung, von Europa abgeschnitten zu werden. Die Angst vor verstärkten Spannungen mit Nachbarländern. Die Unsicherheit, wie wohl Griechenland als kleines Land seinen Weg in der Welt machen kann. Alle diese Ängste werden von der Regierung gepflegt und von denen, die in der Eurozone bleiben wollen. Der Euro wird noch immer als sicherer Hafen für Griechenland dargestellt. Eigentlich ist das lächerlich, angesichts der Tatsache, dass der Euro die schwerste Wirtschaftskrise in der Geschichte des Landes verursacht hat. Doch die Rede vom sicheren Hafen kommt noch immer an, jedenfalls in einem gewissen Ausmaß. Und solange politische Parteien, eine einzelne politische Partei oder eine Parteienallianz, auf diese Ängste keine befriedigende Antwort haben, solange diese den Menschen nicht versichern, dass sie auf ihre eigene Kraft vertrauen können, dass sie nicht in einem dunklen Abgrund verschwinden werden, dass sie das Land mit Hilfe ihrer Fähigkeiten umgestalten können, solange werden die Menschen unentschlossen bleiben. Und solange wird sich die Lage nicht beruhigen.

TRNN: Vielen Dank, Costas, dass Sie zum TRNN gekommen sind.

Übersetzung: Jörg Goldberg

Klaus Dräger

„Eurokrise“ – Strategielose Gewerkschaften und Linke

Was kritische Stimmen voraussagten, ist inzwischen eingetreten: Die leichte Erholung der Weltwirtschaft infolge der Konjunkturprogramme wichtiger Länder wie USA, China, Brasilien, Deutschland und Frankreich 2009 und 2010 hielt nur bis Ende 2011. Seit 2012 schwächt sich das Wachstum global und sogar in den wachstumsstarken Schwellenländern China und Brasilien wieder ab.

In der Europäischen Union haben insbesondere die Kürzung öffentlicher Ausgaben (Austeritätspolitik), Druck auf Löhne und Tarifsysteme, Privatisierung und die weitere Deregulierung der Arbeitsmärkte nicht nur die südlichen Länder (Griechenland, Portugal, Spanien und Italien) in die Rezession zurückgeworfen, sondern z.B. auch reiche Länder wie Luxemburg, die Niederlande und Großbritannien.. Für die Eurozone wird mit einem Minuswachstum von 0,3 Prozent gerechnet. In den meisten übrigen EU-Ländern stagniert die Wirtschaft.

So wundert es nicht, dass aus den Gewerkschaften und den Parteien des Mitte-Links-Spektrums (Sozialdemokraten, Sozialliberale und Grüne) der Ruf erklang, die Politik der „Haushaltskonsolidierung“ zeitlich länger zu strecken und parallel europäische „Wachstumsimpulse“ zu setzen. Man könne nicht länger nur „einseitig die wirtschaftlich Schwachen belasten“, auch die „starken Schultern“ müssten mehr in die Pflicht genommen werden.

Die ‚Linke der Linken‘¹ schöpfte Hoffnung aus der Griechenland-Wahl vom Mai 2012, aus der das Bündnis der radikalen Linken Syriza als zweitstärkste Kraft hervorgegangen war. Gemeinsam mit François Hollande und der absoluten Mehrheit der französischen Sozialisten in Nationalversammlung und Senat könne eine Dynamik zu einer „europäischen Linkswende“ aufgebaut und zumindest allmählich ein Gegengewicht zu den Spardiktaten der deutschen Kanzlerin Angela Merkel entwickelt werden.

Mitte-Links auf altbekannten Pfaden

Daraus ist nichts geworden. Die französische „Linksregierung“ wollte Alexis Tsirpas, dem Frontmann von Syriza, nicht einmal ein informelles Gespräch anbieten. Ihr Europaminister Pierre Moscovici forderte schlicht, dass Griechenland alle Auflagen des Memorandums der Troika von Europäischer Kommission, Internationalem Währungsfonds und Europäischer Zentralbank erfüllen müsse. Die Auflagen neu zu verhandeln komme nicht in Frage. Bei der Griechenlandwahl im Juni 2012 kam Syriza nochmals deutlich gestärkt auf den zweiten Platz. Aber es reichte nicht für die von ihr angestrebte „Koali-

¹ Z.B. DIE LINKE in Deutschland, Front de Gauche in Frankreich, Izquierda Unida in Spanien, die Rot-Grüne Einheitsliste in Dänemark usw.

tion der Linken“. Konservative (ND), Sozialdemokraten (PASOK) und die Demokratische Linke (DIMAR) bildeten die neue Regierung, welche den bisherigen Austeritätstkurs fortsetzen will.

François Hollande gewann seinen Präsidentschaftswahlkampf unter anderem mit der Forderung, den Fiskalpakt neu zu verhandeln. Nun will aber auch Frankreichs sozialistische Regierung ihn ohne Abstriche ratifizieren. Der EU-Gipfel im Juni 2012 beschloss zwar einen „Wachstumspakt“ – 120 Mrd. € sind dafür offiziell vorgesehen. Seine Finanzierung steht auf wackligen Beinen: 55 Mrd. € aus bisher angeblich ungenutzten EU-Strukturfördermitteln, das Eigenkapital der Europäischen Investitionsbank soll um 10 Mrd. € aufgestockt werden (womit sie angeblich ein Kreditvolumen von 60 Mrd. €, ‚hebeln‘ kann), 4,5 Mrd. € privater Investitionen sollen über EU-Projektbonds für Infrastrukturvorhaben mobilisiert werden.

Ob dies den EU-Staaten helfen kann, die dies am dringendsten brauchen, ist fraglich. Angesichts der drastischen Ausgabenkürzungen in den am härtesten von der Krise betroffenen südlichen und östlichen Peripherieländern der EU ist kaum davon auszugehen, dass dort entsprechende Investitionsprojekte an den Start gebracht werden können – sie müssten von diesen klammen Staaten ja kofinanziert werden. Elie Cohen (2012) rechnet ansonsten nüchtern vor: „Diese Initiative (...) mobilisiert etwa ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts der EU, d.h. jährlich etwa 0,2 Prozent des BIP, wenn die Maßnahmen sich über fünf Jahre erstrecken. Nur für Frankreich bedeutet aber die Einhaltung des geplanten Defizitabbaus einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von 1,5 Prozent, allein in 2013!“

Dieser „Wachstumspakt“ ist wieder einmal nur symbolische Politik. Das Muster ist bekannt: Theo Waigels „Stabilitätspakt für den Euro“ wurde Ende der 1990er Jahre durch den „Druck“ des französischen sozialistischen Premierministers Lionel Jospin zum „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ umgetauft. In der Substanz blieb er unverändert.

SPD und Grüne in Deutschland gaben ihre früheren Forderungen nach Eurobonds auf. Sie stimmten dem Fiskalpakt und dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (Euro-Rettungsfonds) zu – gegen das bloße Versprechen der Bundesregierung, sie werde sich für eine Finanztransaktionssteuer in der EU einsetzen. Die italienischen *Democratici* stützen gemeinsam mit Berlusconi's Rechten weiterhin die Austeritätspolitik und die neoliberalen Strukturereformen der ohne demokratische Wahl installierten ‚Expertenregierung‘ von Mario Monti. Die Sozialdemokratien Spaniens, Griechenlands und Portugals hatten zuvor schon die Zukunft ihrer Parteien und ihre Regierungsmacht auf dem Altar einer angeblich alternativlosen Sparpolitik geopfert.

Wahlkampfsituationen sind eine Sache – man möge mir aber ein einziges Beispiel nennen, wo Mitte-Links sich anschließend „im wirklichen Leben“ gegen die Interessen „der Finanzmärkte“ gestellt oder Austerität und neoliberale Strukturereformen abgelehnt hätte. Die Mitte-Links-Kräfte in der EU vertreten vielmehr seit mindestens zwei Jahrzehnten eine „sozialliberalistische“ Variante neoliberaler Politik und setzten sie an der Regierung um.

Gewerkschaften, soziale Bewegungen (inklusive ihrer wissenschaftlichen Beratungsnetzwerke) und die ‚Linke der Linken‘ in Europa lehnen dies ab. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) und auch der DGB sind gegen den Fiskalpakt wie zuvor gegen den Euro-Plus-Pakt. Die Hoffnungen auf Frankreichs Sozialisten, SPD, Grüne, italienische Demokraten usw., die in den Jahren der Oppositionstätigkeit dieser Kräfte bei den Gewerkschaften wieder wuchsen – sie sind offenbar auf Sand gebaut. Seit Ende der 1990er Jahre – Stichwort „Dritter Weg“ Schröders und Blairs, Agenda 2010 in Deutschland usw. – sind Gewerkschaften und linke Kräfte damit konfrontiert, dass ihre Kernanliegen im parlamentarischen Raum nicht einmal von den einschlägigen Mitte-Links-Bündnissen unterstützt werden, wenn diese Wahlen gewonnen haben.

Daraus ergibt sich für Gewerkschaften, soziale Bewegungen und die ‚Linke der Linken‘ ein doppeltes Problem. *Erstens*: Welche alternative Programmatik wird von ihnen jeweils vorgeschlagen, um die Finanz- und Wirtschaftskrise, die ‚Eurokrise‘ etc. zu überwinden? *Zweitens*: Mit welcher Strategie kann diese gegenüber rechten wie Mitte-Links-Regierungen stark und durchsetzungsfähig gemacht werden?

Europäisch koordinierte Gegenmobilisierung?

Der EGB hatte nach dem Kriseneinbruch Ende 2007 zwei Jahre gebraucht, um 2010 zumindest eine vorläufige programmatische Alternative für Europa zu formulieren. Aus meiner Sicht hatte diese durchaus Substanz und bot vielfältigen anderen gesellschaftlichen Kräften Anschlussmöglichkeiten für ihre jeweiligen Anliegen. Im Mittelpunkt stand die Forderung nach einem europäischen ökologisch-solidarischen Zukunftsinvestitionsprogramm, das weit über die bisher in den Gewerkschaften üblichen Rufe nach ‚Konjunkturprogrammen‘ hinausging. Es war mindestens auf fünf Jahre angelegt, um einen ‚Pfadwechsel‘ nach der ‚Großen Rezession‘ 2007-2009 in der EU zu befördern. ‚Eurobonds‘ für Investitionen sollten es finanzieren und jährlich mindestens 1 Prozent des EU-BIP dafür aufbringen. ‚Public sector led investment‘ – also gebündelte öffentliche Investitionen und ihre gezielte Lenkung in bedürftige Regionen und Branchen zur Einleitung einer ökologisch und sozial nachhaltigen Entwicklung – das war die Grundphilosophie des EGB-Vorschlags.²

Im ‚Begleitprogramm‘: Brechung der Macht der Finanzmärkte (Verbote von bestimmten Finanzinstrumenten; Banken und Finanzindustrie sollten schrumpfen und auf eine dienende Funktion für Verbraucher und Realwirtschaft reduziert werden); neue ökologische und soziale Industrie- und Dienstleistungspolitik inklusive Fördermaßnahmen für die dazu nötigen Kompetenzen, Ausbildung und Weiterbildung der Beschäftigten; höhere Löhne, ‚gute Arbeit‘ und verbesserte soziale Sicherungssysteme zur Stabilisierung der Massenkaufkraft, radikale Politik der Umverteilung von Einkommen und

² Der DGB fordert jetzt ein ähnliches europäisches Zukunftsprogramm, das über eine Vermögensabgabe der Reichen finanziert werden soll.

Vermögen usw. Es wurde verbunden mit dem Angebot „europäischer Aktionstage der Gewerkschaften“ (und sozialer Bewegungen), um in diesem Rahmen parallel sowohl auf EU- als auch nationaler Ebene Druck gegen die von den EU-Eliten und nationalen Regierungen ab Ende 2009 eingeleitete Rückkehr zu Sparpolitik und neoliberalen Strukturreformen aufzubauen.

Vorläufige Bilanz: Auf nationalstaatlicher Ebene unterstützten die Gewerkschaften der nordischen und exportorientierten EU-Staaten diesen Ansatz bestenfalls sehr verhalten. Die Umwelt- und Sozialverbände verstanden die Öffnung des EGB gegenüber ihren Anliegen nicht recht und verhandelten lieber mit der EU-Kommission über die neue neoliberale ‚Europa 2020 Strategie‘ (ohne positive Ergebnisse für sie), und überwiegend in den Staaten der EU-Südperipherie kam es in diesem Rahmen zu machtvollen Demonstrationen oder Generalstreiks.

Ironie der Geschichte: Ein EGB-Generalsekretär wie der Brite John Monks, der zuvor stets von der europäischen gewerkschaftlichen Linken als „Weichei“ betrachtet wurde, weil er den Vertrag von Lissabon als „Fortschritt zum sozialen Europa“ pries und eine Politik im Geiste der Modernisierung der „Sozialpartnerschaft“ propagierte, entschied sich plötzlich für eine Strategie der „gewerkschaftlichen Gegenmacht“ in Europa. Rigoros lehnte er die Konzeption der Euro-Rettungsschirme EFSF und ESM und die damit verbundenen Änderungen des EU-Vertrags ab, wie auch die Vorschläge der EU zur ‚wirtschaftspolitischen Steuerung‘ und den Euro-Plus-Pakt. Trägheit und Ignoranz vieler nationaler Gewerkschaftsdachverbände – vor allem die deutschen, niederländischen und skandinavischen wähten sich ja 2010/2011 auf der sicheren Seite eines erneuten Wirtschaftsaufschwungs durch ihre ‚kluge Beschäftigungspolitik‘ in der Krise – sowie der übliche Opportunismus der NGO’s im Umwelt- und Sozialbereich („Europa 2020 positiv begleiten, um Fördermittel für uns herauszuholen“) strangulierten die Perspektive eines allgemeinen „sozialen Aufruhrs“ in Europa, den die EU-Eliten zuvor so sehr befürchtet hatten (Dräger 2011).

Unter Monks’ Nachfolgerin Bernadette Segol an der Spitze des EGB wurde die Programmatik von 2010 dann auch schrittweise abgemildert, wie der jüngste EGB-Vorschlag für einen EU-Solidarpakt (2012) verdeutlicht. Ebenfalls Ironie der Geschichte: Selbst dieses abgespeckte Konzept wird von den Mitte-Links-Kräften in der EU praktisch nicht unterstützt.

Über die Vorschläge und vielfältigen Wendungen von Gewerkschaften, NGO’s und der ‚Linken der Linken‘ in Europa in dieser Hinsicht wäre noch viel Kritisches zu berichten. Leider fehlt im Rahmen dieses Beitrags der Platz dafür. Deshalb konzentriere ich mich insbesondere auf die Rezepte der entsprechenden Akteure aus Deutschland.

Grundsatzkritik an der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ...

Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memorandum)* legte im Februar 2011 ein Sieben-Punkte-Programm gegen die Eurokrise vor. Darin

prangerte sie zu Recht die „Fehlkonstruktion der Wirtschafts- und Währungsunion seit dem Vertrag von Maastricht 1992“ an: die willkürlichen Verschuldungsobergrenzen (3 Prozent des BIP für öffentliche Haushalte, 60 Prozent des BIP für öffentliche Gesamtverschuldung), die einen Zusammenhang von Verschuldung und Inflation behaupteten, der auch nach Auffassung von Mainstream-Ökonomen in den 20 Jahren zuvor nie beobachtbar war;³ die negative Koordinierung der Wirtschafts- und Fiskalpolitik, die ausschließlich auf niedrige Inflation und Schuldenabbau fixiert war und auf positive Maßnahmen zur Herstellung realwirtschaftlicher Konvergenz in der WWU völlig verzichtete; die No-Bailout-Klausel und die einer demokratischen Kontrolle entzogene Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank usw.

Weil auch unter dem Dach der Währungsunion der erbitterte „Standortwettbewerb“ fortgesetzt wurde, verschärften sich die bestehenden Unterschiede in der Produktions- und Dienstleistungsstruktur, bei Produktivität und Lohnstückkosten, und mit ihnen wuchsen die Leistungsbilanzungleichgewichte innerhalb der EU. Die Ökonomien innerhalb der Eurozone (aber auch in der EU insgesamt) entwickelten sich seit der Einführung des Euro immer weiter auseinander, statt zu konvergieren.⁴ Es ist klar, dass eine Währungsunion solche Spannungen auf Dauer nicht aushalten kann.

Ein weiterer fundamentaler Kritikpunkt an der Fehlkonstruktion der Eurozone ist die Vergemeinschaftung der Geldpolitik ohne gemeinschaftliche Fiskal- und Wirtschaftspolitik und einen handlungsfähigen EU-Haushalt. Eine Währung ist nur dann auf Dauer überlebensfähig (souverän), wenn sie einen staatlichen Unterbau hat, d.h. eine Regierung, die Steuern erheben kann, einen Haushalt, der zur Korrektur und Bewältigung wirtschaftlicher Schocks eingesetzt werden kann und ein „Schatzamt“, das dies alles zügig organisieren kann. Die Mitgliedstaaten der Eurozone haben ihre währungspolitische Souveränität verloren, ohne dass der Euro zu einer „souveränen Währung“ geworden wäre. Der Euro hat nur die Europäische Zentralbank und ihre geldpolitischen Instrumente, der Unterbau fehlt ihm. Der EU-Haushalt ist mit seinen 1 Prozent des EU-27 BIP im Vergleich zum Bundeshaushalt der USA (24 Prozent des US-BIP) ein Witz – schnelles Reagieren und Gegensteuern auf einen gleichmäßigen Schock wie die Finanz- und Wirtschaftskrise 2007/2009 ist mit ihm nicht möglich.

In der EU (und Eurozone) müssen also die Mitgliedstaaten mit ihren nationalen Haushalten gegen Krisen agieren, sich langwierig auf ein gemeinsames Vorgehen einigen (oder nicht) – daher die Politik des Durchwurstelns mit den stets sich als unzureichend erweisenden Euro-Rettungsschirmen. Dabei bleiben die EU-Regierungen gegenüber den Finanzmarktakteuren stets im Hinter-

³ Vielmehr stieg in den 1980er und 1990er Jahren die öffentliche Verschuldung, während die Inflationsrate sank – nach der Maastricht-Philosophie hätte steigende öffentliche Verschuldung zu höherer Inflation führen müssen.

⁴ Dazu hatten z.B. das IMK (2005) und das französische OFCE (2007) stichhaltige Analysen vorgelegt. Vgl. auch Joachim Becker (2011).

treffen. Die nationalen Zentralbanken hingegen sind darauf angewiesen, dass die EZB ihnen mit Reserven aushilft (was diese tun oder lassen kann). In den USA mag ein einzelner Bundesstaat pleite gehen, ohne dass der Dollar in den Abgrund gerissen wird – in der Eurozone ist das nicht der Fall.⁵

... aber ja zum Ausbau der Euro-Rettungsschirme

Die Memo-Gruppe unterstützte den Aufbau der Euro-Rettungsschirme EFSF und ESM im Umfang von insgesamt 750 Mrd. € (zusammen mit Mitteln des IWF) und forderte ihren Ausbau. Mit einem „ausreichenden Volumen“ sollten Spekulant abgewehrt, steigende Risikoaufschläge für Staatsanleihen z.B. Griechenlands, Irlands, Portugals usw. verhindert und die Finanzmärkte beruhigt werden. Die von notleidenden Mitgliedstaaten zu erfüllenden Bedingungen für Kredite aus den Euro-Rettungsschirmen – drastische Austeritätspolitik, Privatisierungen, Senkung der Löhne und Umsetzung neoliberaler Strukturreformen – lehnte sie klar ab. Alternative Bedingungen – z.B. die Verpflichtung zu höheren Steuern auf Vermögen, Unternehmensgewinne und hohe Einkommen, zur Einführung von Kapitalverkehrskontrollen um Kapitalflucht zu verhindern, zu Investitionen in den sozial-ökologischen Umbau – wurden nicht vorgeschlagen. Gefordert wurde eine koordinierte expansive Finanzpolitik der EU-Staaten und ein langfristig angelegtes öffentliches Investitionsprogramm der EU. Dessen Umfang wurde allerdings nicht beziffert. Nimmt man die ursprünglichen Forderungen des EGB (fünf Jahre lang jährlich 1 Prozent des EU-BIP – rund 126 Mrd. € – für ein europäisches Investitionsprogramm) als Maßstab, wäre es wahrscheinlich auch hart gesottenen „Schuldenhydraulikern“ bei den für Euro-Rettungsschirme, Investitionsprogramme usw. insgesamt aufzubringenden Summen schwindelig geworden.

Ähnlich wie die Memo-Gruppe lehnen der *DGB* und das gewerkschaftsnahe *Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)* die scharfen Auflagen für Euro-Rettungskredite ab. Der *DGB* fordert ein Zukunftsprogramm für Wachstum und Beschäftigung, beklagt die mangelnde Regulierung der Finanzmärkte und fordert einen höheren Beitrag von Vermögenden, Kapitaleinkünften und hohen Einkommen zur Bewältigung der Krise. Letzteres hinderte den *DGB* allerdings nicht daran, Ende September 2011 gemeinsam mit Arbeitgeberpräsident Hundt den Bundestag aufzufordern, dem Euro-

⁵ Jörg Goldberg (2011) hat dieses Problem m. E. indirekt sehr treffend angesprochen. Warum können sich die USA, Großbritannien oder Japan bei deutlich höheren Staatsschulden (USA, Japan) im Vergleich zur EU und einem hohen Leistungsbilanzdefizit (USA) und somit ‚objektiv‘ hohem ‚Insolvenzrisiko‘ zu günstigen Zinsen (1,4 – 1,6 Prozent) auf den Finanzmärkten refinanzieren, Spanien, Italien etc. aber nicht? „Es liegt die Vermutung nahe, dass die Finanzmärkte – und das sind wenige ‚systemrelevante‘ Investoren – und deren politische Einschätzungen eine viel größere Rolle spielen als vermeintlich ‚objektive‘ Verschuldungskennziffern.“ USA, Japan und Großbritannien haben den Vorteil, dass sie sich in eigener souveräner Währung verschulden können und notfalls die nötige Palette an Instrumenten haben, höhere Schulden zu ‚monetisieren‘. Ausführlicher dazu aus Sicht der post-keynesianischen ‚Modern Monetary Theory‘: Wray (2011).

Rettungsschirm EFSF zuzustimmen. Das Ratifizierungsgesetz sah aber die vom DGB kritisierten harschen Bedingungen für die Kreditvergabe vor, was die Gewerkschaftsführer durchaus wussten. In staatsmännischer Pose hatten der DGB-Vorsitzende Michael Sommer und die Vorsitzenden aller Einzelgewerkschaften mit großformatigen Anzeigen in Tageszeitungen trotzdem für die Zustimmung zum EFSF geworben: „Ja zu Europa – ja zum Euro“.

Der Hintergrund: „Die Konsequenz einer Verschärfung der Euroraumkrise bis hin zu einer Insolvenz wäre nicht nur für die Länder in Finanzierungsschwierigkeiten, sondern auch für Deutschland sehr negativ.“ (IMK 2011) Insbesondere wenn größere Länder (wie z.B. Spanien, Italien) in eine Abwärtsentwicklung gerieten, verschlechtern sich die „Absatzchancen für Deutschlands Exportindustrie“. So gesehen wären Hilfen für die betroffenen Länder „also auch Hilfen für die deutsche Wirtschaft“.

Noch deutlicher wurde die IG Metall (2011): „Die deutsche Wirtschaft ‚lebt‘ wie kaum eine andere Volkswirtschaft vom Export. Die Kunden im Ausland sichern bei uns Millionen von Arbeitsplätzen. Die wichtigsten Abnehmer deutscher Waren sind die Europäer. (...) Die gemeinsame Währung hat gerade die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Produkte enorm erhöht. Wenn die hoch verschuldeten Länder aus der gemeinsamen Währung ‚hinausgeworfen‘ werden, werten sie ihre Währungen ab, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. (...) Eurobonds, Rettungsfonds und andere Hilfeleistungen an Defizitländer sollten an Bedingungen geknüpft werden, die das Ziel haben, Schulden abzubauen: Das heißt, die Länder sollen Maßnahmen ergreifen, die die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Wirtschaft verbessern und Wirtschaftswachstum fördern. Hierzu müssen die Krisenländer zwar selbst beitragen, zum Beispiel durch effektivere Steuersysteme, allerdings brauchen sie auch Unterstützung etwa durch einen neuen ‚Marshallplan‘.“

Ihr Vorsitzender Berthold Huber sagte dem Deutschlandradio (11.10.2011): „Wir sind die Gewinner des Euros und wir müssen als Bundesrepublik Deutschland größten Wert darauf legen, dass dieser Euro erhalten bleibt. Da fühle ich mich auch mit den Arbeitgebern ziemlich einig.“

Der Euro und die EU müssen nach dieser Wahrnehmung also gerettet werden, um das langfristige Überleben des aggressiven deutschen „Exportweltmeistermodells“ abzusichern. Das beherzte Bekenntnis solcher Gewerkschaftsspitzen zu EU und Euro dient in erster Linie der vermeintlichen Sicherung „deutscher nationaler Interessen“. Kapital und Arbeit in Deutschland sitzen dabei im gleichen Boot (vgl. Streeck 2012). Gut – den Griechen, Portugiesen, Iren usw. muss mit Strukturbeihilfen und nicht näher ausgeführten ‚Marshallplänen‘ irgendwie geholfen werden. Aber in erster Linie sollen sie Schuldenabbau betreiben und die „internationale Wettbewerbsfähigkeit“ ihrer Wirtschaften wieder herstellen – was implizit auch jahrzehntelange ‚Lohnmoderation‘ der dortigen Gewerkschaften einschließt.

In seinem Buch „Kurswechsel für Deutschland: Die Lehren aus der Krise“ (2010) hatte Huber für ein neues Gesellschaftsmodell plädiert: Deutschland

müsse weiterhin eine Industriegesellschaft bleiben, aber ökologischer und sozialer werden und deshalb ein *binnenwirtschaftliches Entwicklungsmodell* anstreben. In die gleiche Richtung argumentierte früher auch das IMK. Sicher – das geht nicht von heute auf morgen. Ist das aber ein Grund, die schon mal gewonnenen „Lehren aus der Krise“ gleich wieder zu vergessen und den demonstrativen Schulterchluss mit dem deutschen Kapital zu üben?

Eurorettung – Spiel auf Zeit?

Im Kern ging es den deutschen Gewerkschaften bei ihrer Zustimmung zu den Euro-Rettungsschirmen darum, in einer zugespitzten Krisensituation „Zeit zu gewinnen“. Den zeitlichen Aufschub durch die Errichtung der vermeintlichen ‚Brandmauern‘ nutzten jedoch andere: die ‚systemrelevanten Finanzinvestoren‘, um ihr Geld aus griechischen Anleihen, spanischen und italienischen Banken usw. abzuziehen und die Risikoaufschläge für spanische und italienische Anleihen weiter hochzutreiben – sowie Angela Merkel, um immer schrillere Auflagen für Austeritätspolitik und neoliberale Strukturereformen auf EU-Ebene zu verankern (Euro-Plus-Pakt, EU-Richtlinien zur ‚Economic Governance‘, Fiskalpakt usw.). Ersteres führte dazu, dass für das Risiko eines Zahlungsausfalls Griechenlands, Irlands, Portugals usw. jetzt die SteuerzahlerInnen aus den anderen Euro-Ländern haften. Mit den Rettungsschirmen wurde eine Transferunion zugunsten von Banken und Finanzinvestoren geschaffen und nicht den EinwohnerInnen dieser Länder geholfen. Letzteres führt dazu, dass Insolvenzen der Länder in Finanzierungsschwierigkeiten wahrscheinlicher werden, weil Austerität und neoliberale Strukturereformen die Rezession dort vertiefen und bei allen kurzfristigen „Erfolgen“ beim Abbau von Haushaltsdefiziten die öffentliche Gesamtverschuldung wächst, da das BIP über Jahre hin schrumpft.

Weder EFSF noch ESM können eine Verschärfung der Finanzierungskrise von Ländern wie Italien (Schuldtitel von 2 Billionen € stehen zur Umschuldung an) und Spanien (800 Mrd. €) bewältigen. Interventionen des ESM zur Stützung der Anleihen dieser Länder dürften die Lage eher noch verschlimmern: Sobald die Finanzinvestoren den Eindruck gewinnen, dass die Mittel des ESM schrumpfen, werden sie Anleiheverkäufe vorziehen, um später nicht auf an Wert verlierenden Papieren sitzen zu bleiben. Fazit des belgischen Ökonomen Paul De Grauwe (2012): „So werden die Interventionen des ESM die Krisen noch beschleunigen statt sie einzudämmen.“

Auf John Maynard Keynes können sich die Befürworter der Euro-Rettungsschirme jedenfalls nicht berufen. In seiner Schrift ‚The Economic Consequences of the Peace‘ (1920) ging er hart mit jenen Regierungen zu Gericht, die Deutschland nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg horrenden Reparationszahlungen aufbürdeten. Die Schuldenlast Deutschlands müsse vielmehr auf eine wirtschaftlich tragfähige Höhe vermindert werden, um einen Wirtschaftsaufschwung und dauerhaften Frieden in Europa zu ermöglichen. Einer Strategie des „Schuldenaudits“ und der Entschuldung der Krisenstaaten stehen viele gewerkschaftsnahe Ökonomen (IMK 2011a, Busch 2012) aber eher ablehnend

gegenüber. So auch neuerdings die deutsche Memo-Gruppe (2012, S. 167): „Auf entfesselten Finanzmärkten ist ein Schuldenschnitt ein Spiel mit dem Feuer.“ Weil die Finanzinvestoren dabei mit drastischen Verlusten zu rechnen haben, treiben sie die Risikoaufschläge für Anleihen anderer gefährdeter EU-Staaten hoch. Hinzu kämen die Kosten für eine Rekapitalisierung der von einem Schuldenschnitt betroffenen Banken und Versicherungen in der EU.

In der Tat: Eine solche Strategie steht und fällt mit der Brechung der Macht der Finanzmärkte – von der Einführung von Kapitalverkehrskontrollen, der Zerschlagung des Schattenbankensystems und Verboten spekulativer Instrumente (CDS, Derivate etc.) bis hin zur Sozialisierung der Banken. Es geht um ‚regime change‘ und nicht bloße „Regulierung der Finanzmärkte“, wie sie derzeit von der EU als ‚liberale Regulierung für mehr Transparenz‘ gestaltet wird. Wenn der Finanzsektor so drastisch geschrumpft und die Banken auf ihre dienende Funktion für Realwirtschaft und VerbraucherInnen reduziert werden, ist ihre Rekapitalisierung jedenfalls billiger als die zu erwartenden Verluste aus den Rettungsschirmen bei einer Insolvenz von Krisenstaaten. Wäre bereits 2010 ein Schuldenschnitt für Griechenland zu Lasten der privaten Gläubiger eingeleitet worden – 2009 betrug seine öffentliche Gesamtverschuldung ‚unhaltbare‘ 129,4 Prozent seines BIP – wäre der Rekapitalisierungsbedarf deutlich geringer gewesen als die über 220 Mrd. € zu erwartenden Verluste der Euro-Rettungsschirme, wenn das Land in den nächsten Jahren – wie von vielen Beobachtern erwartet – insolvent ginge (Schuldenstandsquote 2011 bereits 165,3 Prozent des BIP, Tendenz steil ansteigend).

Ausblick

Die Schwäche der „Alternativkonzeptionen“ von Gewerkschaften und alternativen Linken liegt zum einen in ihrer Fixierung auf einzelne Instrumente oder „Modelle“, die den systemischen Zusammenhang der Krisen außer Acht lassen.⁶ Die realen politischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, die Strategien der EU-Eliten werden von ihnen weitgehend ausgeblendet – dazu einige Beispiele:

Eine Teilvergemeinschaftung der Schulden der Mitgliedstaaten mit gemeinsamer Haftung durch Eurobonds klingt gut, würde sie doch den wirtschaftlich schwächeren EU-Ländern auf den ersten Blick niedrigere Zinskosten bringen. Ein Wechsel bestehender öffentlicher Schulden auf Eurobonds bewirkt aber weder Entschuldung noch neue fiskalische Schuldenkapazität für die Eurozone. Alle maßgeblichen Eurobonds-Vorschläge in dieser Hinsicht (Stabilitätsbonds der Europäischen Kommission, das Konzept von Juncker und Tremonti usw.) sehen genau wie bei den Euro-Rettungsschirmen vor, dass die Mitgliedstaaten bei einem Tausch ihrer Schuldtitel (bis zur Maastricht-Grenze von 60 Prozent ihres BIP) in gemeinschaftliche Eurobonds

⁶ Diesen Aspekt kann ich aus Platzgründen hier nicht weiter ausführen. Vgl. dazu u.a. Michel Husson (2011).

„strikte Konditionen“ à la Fiskalpakt zu erfüllen hätten.⁷ Was wäre damit gewonnen?

Die Europäische Zentralbank soll als „Kreditgeber letzter Instanz“ die Mitgliedstaaten mit unbegrenzter Liquidität versorgen und so die Angriffe der Spekulanten zunichte machen? Das könnte sie durchaus (De Grauwe 2011), aber der EZB-Rat will es nicht. Die Anleihekäufe der EZB zur „Entlastung“ Spaniens und Italiens wurden stets erfolgreich mit Druck zu Austerität und Strukturereformen garniert, Berlusconi so aus dem Amt gejagt. Wie bringt man aber absolut unabhängige Zentralbanker zum Umlenken? Durch gut gemeinte Memoranden?

Endlich eine „demokratische europäische Wirtschaftsregierung“ einschließlich der Kompetenz errichten, „die Richtung der Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten zu bestimmen“, indem das Europäische Parlament nach dem Mitentscheidungsverfahren in die Prozesse der derzeitigen „wirtschaftspolitischen Steuerung“ einbezogen wird (Busch 2012, S. 43)? Da dies als kurzfristige Lösung vorgestellt wird, bis später einmal im Rahmen einer „echten Föderalverfassung“ mit voll demokratisiertem Europaparlament und einer zweiten Kammer der Mitgliedstaaten die „Politische Union“ vollendet ist, stellt sich die Frage: Hat der Verfasser nicht bemerkt, dass die Mehrheit des EP bei den EU-Verordnungen zur ‚Economic Governance‘ sein Mitentscheidungsrecht nutzte, um dem Rat „automatischere Sanktionen“ beim Stabilitätspakt und eine gestärkte Rolle der Kommission abzurufen (vgl. Dräger 2011a)? Warum sollte eine neoliberale Mehrheit des Europäischen Parlaments ausgerechnet die alternativen Vorschläge aus den Gewerkschaften umsetzen wollen?

Wer sind dann aber die Akteure, um einen Politikwechsel voranzutreiben? Roosevelt’s New Deal in den 1930er Jahren, der vielen in den Gewerkschaften und der alternativen Linken als Vorbild für die heutige Krisenbekämpfung dient, war die Reaktion auf massive Kämpfe der Gewerkschaften, Kriegsveteranen und armen Farmer. Erst die Angst des Großkapitals, dass die Situation außer Kontrolle geraten könnte, machte es zu Zugeständnissen bereit. Ohne verallgemeinerten „sozialen Aufruhr“, den die EU-Eliten in der Krise 2008/2009 befürchteten, wird sich weder in Deutschland noch in der EU etwas zum Positiven bewegen.

Literatur

- Anderson, Perry (2012): After the Event (Debating Europe); in: New Left Review 73, January-February 2012, pp. 47-61
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2011): Sondermemorandum Euroland in der Krise – Ein Sieben-Punkte-Programm zur Wirtschafts- und Währungsunion, Februar
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2012): Memorandum 2012. Europa am Scheideweg – Solidarische Integration oder deutsches Spardiktat, Köln
- Becker, Joachim (2011): EU: Von der Wirtschafts- zur Integrationskrise, in: Z 85, März 2011, S. 10-30

⁷ Griechenland hätte im Übrigen dann immer noch „Junkbonds“ im Umfang von 100 Prozent seines BIP, Italien von 60 Prozent und Portugal von 40 Prozent.

- Busch, Klaus (2012): Scheitert der Euro?; Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Februar
- Cohen, Elie (2012): L'initiative de croissance Hollande; Telos, 25.06.2012
- De Grauwe, Paul (2012): The European Central Bank as the lender of the last resort; voxeu 18.8.2011, <http://voxeu.org/article/european-central-bank-lender-last-resort>
- De Grauwe, Paul (2012): Why the EU summit decisions may destabilize bond markets; voxeu, 2.7.2012; <http://voxeu.org/article/why-eu-summit-decisions-may-destabilise-government-bond-markets>
- Dräger, Klaus (2011): Sado-monetarism rules ok?! EU Economic Governance and its consequences, Analysis and Reflection Paper for the 17th Euromemo Conference in Vienna, 16 – 18 September 2011, Cologne, 3 September; http://www2.euromemorandum.eu/uploads/background_paper_draeger_sado_monetarism_rules_ok_eu_economic_governance_and_its_consequences.pdf
- Dräger, Klaus (2011a): Europäische Wirtschaftsregierung. EU auf dem Weg zum „Deutschen Europa“?; in: Widerspruch 61, 31. Jg./2. Halbjahr 2011
- EGB (2012): Ein Sozialpakt für Europa; 6.6.2012; <http://www.etuc.org/a/10141>
- ETUC (2010): The Economic Crisis – New Sources of Finance, 10 March 2010
- ETUC (2010a): A major investment stimulus to get Europe into jobs and out of debt; Economic discussion note 2010 – 13, 27 September 2010
- Goldberg, Jörg (2011): Staatsverschuldung und Finanzmärkte; Buchbesprechung zu Jürgen Leibiger „Bankrotteure bitten zur Kasse“; in: Z 88, Dezember, S. 205 – 208
- Huber, Berthold (2010): Kurswechsel für Deutschland. Die Lehren aus der Krise, Frankfurt/M.
- Huber, Berthold (2011): dradio Interview „Wir sind die Gewinner des Euros“, http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/1575529/
- Husson, Michel (2011): Eine kooperative Lösung für Europa, in: Sand im Getriebe (Newsletter attac), Nr. 93, Frankfurt/M., S. 13-16
- IG Metall (2011): Schuldenkrise in der Euro-Zone. 10 Gründe für den Euro und die Währungsunion, 18.11.2011
- IMK (2005): Gustav Horn u.a.: Quo vadis Euroraum?, IMK Report Nr. 1, August
- IMK (2011): Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik 2011. Der Euroraum in Trümmern?, IMK Report Nr. 59, Januar
- IMK (2011a): Gustav Horn u.a.: Schuldenschnitt für Griechenland – ein gefährlicher Irrweg für den Euroraum, IMK Report Nr. 63, Juni
- OFCE (2007): Catherine Mathieu u. Henri Sterdyniak: How to deal with economic divergences in EMU?; OFCE Working Paper No. 2007-14, May
- Streeck, Wolfgang (2012): Markets and Peoples. Democratic Capitalism and European Integration; in: New Left Review 73, January/February 2012, pp. 63-71
- Wray, L. Randall (2011): The Unusual Case of Euroland: The Non-Sovereign Nature of the Euro and the Problems Raised by the Global Financial Crisis; MMP Blog # 16, September 18; <http://neweconomicperspectives.org/2011/09/mmp-blog-16-unusual-case-of-euroland.html>

Regulierter Finanzsektor?

Fünf Jahre nach Ausbruch der großen Krise

Fünf Jahre sind seit dem Ausbruch der Finanzkrise 2007 vergangen und die Globalökonomie und das internationale Finanzsystem haben – trotz etlicher Regulierungen der Finanzmarktarchitektur – noch immer nicht aus dem Teufelskreis herausgefunden. Im Gegenteil: Die Ungleichgewichte sind im Sommer 2012 größer als je zuvor, da die miteinander verknüpften Schwachstellen sich weiter gegenseitig verstärken. Die Ziele einer Rückkehr zu beschleunigter Kapitalakkumulation und entsprechendem Wirtschaftswachstum, einer zukunftsorientierten Wirtschaftspolitik und eines stabilen Finanzsystems liegen nach wie vor in weiter Ferne. Und obwohl auf internationaler Ebene Fortschritte bei der Regulierung erzielt worden sind, bedroht der Zustand des Finanzsektors noch immer die Stabilität der Globalökonomie und der Euro-Zone.

In den zurückliegenden Jahren ist an der Finanzmarktregulierung etliches verbessert worden.¹ Warum konstatiert dann die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, gleichsam die globale Notenbank aller Zentralbanken, im Juni 2012 doch eine massiv zugespitzte Situation? Nach der Krise war der internationale Finanz- und Bankensektor mit kurz- und langfristigen Herausforderungen konfrontiert. Auf kurze Sicht mussten die Banken in ihren Bilanzen ihre Kreditvergabepraxis sanieren. Das hieß: Abschreibung notleidender Aktiva (= Verluste für die Anspruchsgruppen) und Rekapitalisierung (was mit öffentlichen Mitteln erleichtert werden konnte). Diese Sanierung ist bis heute nicht abgeschlossen, weil das Platzen der großen Vermögenspreisblase (vor allem im Bereich der Immobilienpreise) anhält und immer weitere notleidende Aktiva produziert. Sind die Bilanzen saniert, werden die Banken besser imstande sein, ihre Liquiditätspositionen sowohl national als auch international zu stärken, indem sie sich auf traditionelle Finanzierungsquellen stützen. Auf lange Sicht müssen die Banken über eine ausreichende Finanzkraft verfügen, damit sie ihre wesentliche Aufgabe ohne staatliche Unterstützung erfüllen können. Und da die neuen regulatorischen Rahmenbedingungen auf ihre Gewinne drücken werden, müssen sie sich stärker auf die Steigerung ihrer Kosteneffizienz konzentrieren als bisher.

Diese umfassenden Veränderungen sind mit der Notwendigkeit einer Reduktion des gesellschaftlichen Gewichts der gesamten Finanzsphäre verbunden, die sich infolge der vermögensgetriebenen Kapitalakkumulation herausgebildet hatte und deren Schrumpfung unvermeidlich ist. Sicherlich kann die Frage aufgeworfen

¹ Vgl. Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (2012); siehe auch Dullien (2012a und b). Auch die aktuellen Schwierigkeiten bei der Rekapitalisierung der spanischen Banken zeigen die Schwächen der Regulierung. Bereits die Schaffung einer europäischen Bankenaufsicht einschließlich eines Abwicklungsregimes verlangt von den Euro-Staaten einen erheblichen Verzicht auf Souveränität zugunsten der Euro-Ebene.

werden, ob eine Aufhebung der Fehlentwicklung überhaupt erfolgreich sein kann. Aber auch unter dem Blickwinkel systemimmanenter Reformen kann nicht davon gesprochen werden, dass die Redimensionierung der Sphäre des Geld- und Finanzkapitals abgeschlossen ist, was nachfolgend entwickelt werden soll.

Systemimmanente Regulierungsanforderungen

Die Finanzkrise legt klare Schlussfolgerungen für die Regulierungsinstanzen nahe, die für die Wiederherstellung und Sicherung der Finanzstabilität zuständig sind. Es geht um folgende Bausteine:

- Erhöhung der Eigenkapitalausstattung der Banken und Verbesserung von Haftungs- und Kontrollstrukturen.
- Deutliche Verbesserung der Einlagenversicherungen und deren Einbindung in ein europäisches System; dazu gehören auch Insolvenzrecht und entsprechende Abwicklungsfonds, die von den Finanzinstituten selbst aufgebaut werden müssen.
- Schattenbanken und Ratingagenturen müssen strikten gesellschaftlichen Regeln und Kontrollen unterworfen werden.
- Schließlich sind die bisherigen Aufsichtssysteme auszubauen und auf europäischer Ebene zu installieren.

Diese Bausteine sind auch in einem Strategiepapier zum EU-Gipfel Ende Juni 2012 skizziert, das EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy, EU-Kommissionschef José Manuel Barroso, Eurogruppenchef Jean-Claude Juncker und EZB-Präsident Mario Draghi vorlegten, in dem eine „eine Verständigung auf den weiteren Weg für die Eurozone“ vorgeschlagen wird. Als Zwischenschritt forderten die Spitzenpolitiker die Einführung einer Banken-Union und Gemeinschaftsanleihen (siehe hierzu ausführlicher Bischoff/Detje 2012).

Stabilisierung der Banken

Eine zentrale Botschaft der Krise lautet, dass die Banken ihre Liquiditätspositionen – die inländischen wie die internationalen – fehlgesteuert und es versäumt hatten, für risikoarme und damit sichere sowie diversifizierte Ertragsquellen zu sorgen und die Kosten unter Kontrolle zu halten. Eine weitere Botschaft war, dass undurchsichtige Bilanzen die Risikoanalyse erheblich erschwerten und so verhinderten, dass die Schwäche der Eigenkapitalpolster der Banken rechtzeitig bemerkt wurde. Das Hauptproblem bestand in dem hohen Abschreibungsbedarf notleidender Aktiva, vor allem aus dem Hypothekarebereich.

Die Schlussfolgerungen für die Finanzinstitute waren: Verschärfung der Bilanzierungsvorschriften, Erhöhung des Eigenkapitals und Ausbau der regulatorischen Aufsicht. Verlustabsorbierendes Eigenkapital erhöht die Widerstandskraft der Banken und stellt sicher, dass sie stets Zugang zu den Finanzierungsmärkten haben. Aus den diversen Stresstests wurden Auflagen zur Erhöhung des Eigenkapitals abgeleitet und auf den Weg gebracht, aber die Zeit reichte nicht aus, zu einer hinreichenden Erhöhung zu kommen.

Was ist davon in den letzten Jahren umgesetzt worden? Banken in aller Welt haben in den letzten Jahren ihre Eigenkapitalbasis verstärkt. Im Zeitraum von 2008 bis 2011 erhöhten große europäische Banken ihre Kernkapitalquote um 20 Prozent, große US-Banken um 33 Prozent und große japanische Banken um 15 Prozent. Bei einer Basisquote von 4-6 Prozent bezogen auf die Bilanzsumme sind diese Erhöhungen noch deutlich zu gering!²

Die Faktoren hinter diesem Anstieg der Eigenkapitalquote waren in jedem Bankensystem andere. Zum Beispiel erhöhten japanische Banken im genannten Zeitraum ihre Eigenkapitalquote, indem sie ihr Kernkapital um 60 Prozent aufstockten; gleichzeitig weiteten sie ihre Bilanzen erheblich – um 20 Prozent – aus. Bei US-Banken dagegen wuchsen sowohl das Eigenkapital als auch die Bilanzsummen langsamer, und bei den europäischen Banken ging ein langsames Wachstum des Eigenkapitals einher mit schrumpfenden Bilanzsummen. Obwohl diese Bilanzentwicklungen die globale Konjunkturerholung eher bremsen, entsprechen sie auch einer auf lange Sicht wünschenswerten Konsolidierung des Bankensektors. In der Summe haben sich die bisherigen Ansätze der Erhöhung des haftenden Eigenkapitals als unzureichend erwiesen.

Neu ist, dass mit der vorgesehenen Einführung des *Basel-III-Abkommens* Kapitalpolster eingeführt werden, auf die Banken zurückgreifen können, ohne ihre Solvenz zu gefährden. Ebenfalls neu sind Aufschläge auf das regulatorische Eigenkapital, die dem systemischen Risiko einzelner Banken Rechnung tragen. Erstens soll ein *Kapitalerhaltungspolster* dazu beitragen, den Geschäftsbetrieb der Bank fortzuführen, wenn ihre Eigenkapitalquote sinkt, indem z.B. Dividenden oder Bonuszahlungen eingeschränkt werden. Zweitens soll ein *antizyklisches Kapitalpolster* dazu beitragen, Banken vor Risiken zu schützen, die über den Finanzzyklus hinweg entstehen. Dieses Kapitalpolster wird in guten Zeiten aufgebaut und kann in angespannten Zeiten aufgelöst werden. Drittens schließlich gilt für systemrelevante Finanzinstitute (SIFI) oder für Banken, die besonders groß, global vernetzt und komplex sind, eine *zusätzliche Eigenkapitalanforderung*, um Risikokonzentrationen einzudämmen. Diese internationalen Standards stellen Mindestanforderungen für die Regulierung dar. Einige Länder konnten sich dafür entscheiden, höhere Standards einzuführen, um besonderen nationalen Risiken Rechnung zu tragen.

Unsere erste Schlussfolgerung lautet daher:

- Banken in die Verantwortung nehmen, Maximalgrößen definieren, Geschäftsbanken riskante Eigengeschäfte untersagen.

² Über Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Kapitalerhöhung gibt die Auseinandersetzung in der EU Aufschluss: Die Europäische Union kann die neuen Eigenkapitalregeln für Banken kaum fristgerecht am 1. Januar 2013 einführen. In Brüssel mehren sich die Anzeichen, dass das Gesetzespaket zur Umsetzung der Basel-III-Eigenkapitalregelungen erst mit Verspätung in Kraft tritt. Grund für die Verzögerung ist, dass sich die drei gesetzgebenden EU-Institutionen Parlament, Finanzministerrat (Ecofin) und EU-Kommission nicht über die neue Capital Requirements Directive (CRD IV) und die dazugehörige Verordnung (CRR IV) einigen können. Die Verabschiedung im Europaparlament musste auf Herbst 2012 verschoben werden.

Banken müssen bereit sein, Verantwortung für ihre Geschäftstätigkeiten zu übernehmen. Hierzu gehört auch die persönliche Haftung der handelnden Bankvorstände. Es kann nicht sein, dass, immer mit dem KO-Argument „Systemrelevanz“, Steuergelder zur Rettung bereitgestellt werden müssen. Auch der Ruf nach immer kräftigeren Eigenkapitalausstattungen der Banken ist wenig zielführend zur Bekämpfung der Ursachen, da dieses Eigenkapital ebenfalls aus öffentlichen Töpfen bereitgestellt werden muss. Private Investoren sind erst wieder dabei, wenn es lukrativ wird. Banken dürfen niemals wieder Bilanzsummen erreichen, die schon allein aufgrund ihrer Dimension eine Institutsinsolvenz nicht zulassen. Zudem müssen riskante Eigengeschäftsfelder aus den Banken herausgelöst, diese aus den Haftungsverbänden der Geschäftsbanken ausgeschlossen werden und ausschließlich zu Lasten der handelnden Personen gehen.

Eine zweite Schlussfolgerung heißt:

- Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in die Schranken verweisen.

Seit Jahren verdienen sich einige wenige Wirtschaftsprüfungsgesellschaften eine goldene Nase. Wenn es den Banken gut geht, sind sie dabei, wenn es den Banken schlecht geht, sind sie auch wieder dabei. Zudem spielen sie sich als unabhängige Gutachter auf, verdienen hieran auch wieder, tätigen sogar eigene Geschäfte und verfolgen Eigeninteressen über Tochterunternehmen und Beteiligungen. Als Beispiele seien an dieser Stelle KPMG und PwC genannt: Beide Wirtschaftsprüfungsgesellschaften begutachten im Auftrag der Bundesregierung einen Großteil derjenigen Unternehmen, die staatliche Hilfen aus dem 480 Milliarden schweren Bankenrettungsfonds oder aus dem 115 Milliarden budgetierten Wirtschaftsfonds Deutschland haben wollen. Zusätzlich beurteilt PwC seit Jahren im Auftrage der Bundesregierung die Anträge auf Hermes-Bürgschaften. Auch ist diesen Gesellschaften mittlerweile ein nicht unerheblicher Einfluss auf die Gestaltung von Gesetzen gestattet worden.

Drittens:

- Eine mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattete Kontrollinstanz schaffen.

An dieser Stelle hat die Politik bisher weitgehend versagt. Anstatt endlich eine funktionierende und mit Kompetenzen ausgestattete Kontrollinstanz zu schaffen, sind tatsächlich Tendenzen erkennbar, dass man genau das Gegenteil erreichen will. Aktuell ist zudem in der Diskussion, diese Kontrollinstanzen auf EU-Ebene zu installieren.

Bankenaufsicht national

Im Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Bundesregierung werden auch die auf den internationalen Konferenzen geforderten neuen Regulierungen für den Finanzsektor angesprochen. Es geht um höhere Kapitalanforderungen, die Überprüfung der Bilanzstandards, die Kontrolle der Ratingagenturen, bessere Boni- und Anreizstrukturen.

Ohne tiefgehende Analyse und Diskussion ist eine Neuregelung der Ban-

kenaufsicht in Deutschland vereinbart worden: Bisher sind sowohl die *Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)* als auch die *Bundesbank* an der laufenden Überwachung der Finanzinstitute beteiligt. Dabei hat die Bundesbank eine eher technische Aufgabe. Sie ist für die Aufdeckung von Fehlentwicklungen zuständig, über deren Konsequenzen, etwa die Schließung einer Bank, dann die BaFin entscheidet.

Neben der Sicherung von Geldwertstabilität, einem stabilen Finanz- und Währungssystem, einem sicheren Zahlungsverkehr, der Bankenaufsicht u.a. gehört es auch zu den Aufgaben der Bundesbank, im Auftrage der „Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH“ und für Rechnung des Bundes Auktionen (so genannte Tenderverfahren) von Einmalemissionen des Bundes (unverzinsliche Schatzanweisungen, Bundesschatzanweisungen, Bundesobligationen, Bundesanleihen) durchzuführen. Aktuell gibt es hierbei eine Neuausrichtung, die sich nahtlos an eine Kette von folgenschweren Fehlentscheidungen der derzeitigen Bundesregierung anschließt.

Für Privatanleger wird es keine neu aufgelegten Bundesschatzbriefe und Finanzierungsschätze des Bundes mehr geben. Vorteil dieser Anlageformen waren nicht nur die kostenlosen Möglichkeiten der Kontoführung direkt bei der Bundesfinanzagentur, sondern gleichzeitig auch die Anlage- sowie Mündelsicherheit. Ausweichen müssten demnächst Anleger auf Bundesanleihen, die jedoch ein kostenpflichtiges Depotkonto bei einer normalen Bank erfordern und Kursabschläge bei vorzeitiger Liquidierung bedeuten können. Der Bund hätte bei der folgenschweren Entscheidung nicht nur betriebswirtschaftliche Gründe in den Vordergrund stellen dürfen, sondern sich gleichzeitig an seine politische Verantwortung erinnern müssen. Er beraubt sich damit eines wichtigen volkswirtschaftlichen Steuerungsinstrumentes. Die Entscheidung bedeutet auch, dass zukünftig private anlagesuchende Sparer von den beratenden Banken in eigentlich ungewollte spekulative Anlageformen gedrängt werden können.

Bei der Bankenaufsicht arbeitet die Bundesbank derzeit noch mit der BaFin zusammen und ist maßgeblich beteiligt

- am Erlassen allgemeiner Regeln (z.B. Grundsätze und Verordnungen);
- bei der laufenden Aufsicht. Ausgenommen sind (hoheitliche) Einzelmaßnahmen gegenüber Instituten, die der Bundesanstalt (BaFin) vorbehalten sind;
- an den bankenaufsichtlichen Prüfungen sowie
- an der internationale Kooperation / Koordination auf dem Gebiet der Aufsicht.
- Darüber hinaus ist sie beim Krisenmanagement eingebunden.

Die Aufgaben der BaFin sind nicht auf die Zulassung, Überwachung und – falls erforderlich – Schließung einzelner Institute beschränkt. Sie kann auch durch allgemeine Anordnungen Regeln für die Durchführung von Bankgeschäften und Finanzdienstleistungen sowie zur Begrenzung von Risiken festlegen. Hiervon kann sie durch den Erlass von Grundsätzen und Rechtsverord-

nungen Gebrauch machen. Darüber hinaus hat die BaFin auch Missständen im Kredit- und Finanzdienstleistungswesen entgegenzuwirken, die die Sicherheit der den Instituten anvertrauten Vermögenswerte gefährden, die ordnungsmäßige Durchführung der Bankgeschäfte oder Finanzdienstleistungen beeinträchtigen oder erhebliche Nachteile für die Gesamtwirtschaft herbeiführen können.

Die Aufsicht der Institute soll künftig unter dem Dach der Deutschen Bundesbank gebündelt werden. Um gleichwohl die Unabhängigkeit der Bundesbank zu erhalten und nicht eine Unterstellung unter das Finanzministerium in Kauf nehmen zu müssen, soll die Abteilung Bankenaufsicht von den übrigen Bereichen der Bundesbank abgegrenzt werden. Außerdem soll die Entscheidung, ob eine systemrelevante Bank geschlossen werden soll, künftig weiterhin das Finanzministerium verantworten. Das heißt aber, dass dort ebenfalls ein entsprechender Prüfungsapparat aufgebaut werden muss.

Wird diese Neuregelung die Gefahr von Banken Krisen vermindern und eine wirksame gesellschaftliche Kontrolle darstellen? Verfolgt man das politische Gezerre um die Verbesserung der Bankenaufsicht, dann sind weder eine härtere Regulierung noch eine nachhaltige Kontrolle in Sicht. Wenn nicht gegengesteuert wird, wird die Bundesbank demnächst allein für die Kontrolle zuständig sein und muss sich die BaFin auf die Wertpapier- und Versicherungsaufsicht beschränken. Dieses wäre jedoch genau die falsche Konsequenz aus dem Desaster auf den Finanzmärkten.

Der Grund, weshalb die BaFin im Ergebnis der schweren Finanzkrise eher zurückgestuft als gestärkt werden soll, liegt auf der Hand. Entscheidend für die Vermeidung von künftigen Finanzkrisen ist nicht die Kontrolle, sondern die Beschneidung des Geschäftes der Bankinstitute: Um Finanzkrisen zu verhindern, muss den Finanzunternehmen untersagt werden, Risiken aus den von ihnen vergebenen Krediten komplett weiterzuverkaufen. Es spricht viel für den Vorschlag, den Banken, die im Rahmen von Verbriefungen Forderungen verkaufen, zwingend vorzuschreiben, einen erheblichen Teil der Kreditrisiken in den eigenen Büchern zu behalten. Genau das aber wollen die Banken nicht.

In diesem Zusammenhang müsste auch das Strafrecht präzisiert werden. Das unverantwortliche Zocken mit fremdem Geld und ohne persönliches Risiko ist Betrug und Veruntreuung in einem besonders schweren Fall. Reine Rückgriffsforderungen an das Management wird die Bank über Managerpolicen abdecken, die Prämien hierfür trägt sie sowieso. Deren Inanspruchnahme würde wieder zu Lasten der Versicherten-Solidaritätsgemeinschaft gehen und trifft damit nicht die für die Katastrophe verantwortlichen Manager persönlich!

Europäische Bankenaufsicht

Die Europäische Banken-Aufsichtsbehörde EBA (*European Banking Authority*) wurde im November 2010 in Folge der weltweiten Bankenkrise gegründet. Offiziell nahm sie zum 1. Januar 2011 ihre Arbeit auf. Oberstes Ziel der EBA ist die Verhinderung von Finanzkrisen. Um mögliche Probleme frühzeitig zu erkennen, führt die EBA die so genannten Stresstests bei europäischen Ban-

ken durch. Getestet wird dabei, wie gut die einzelnen Institute mögliche wirtschaftliche Krisen überstehen würden.

Die Führungsriege der Behörde setzt sich aus den Chefs der nationalen Bankenaufsichtsbehörden zusammen. Die EBA arbeitet eng mit den nationalen Aufsichtsbehörden zusammen, hat aber in Streitfällen das letzte Wort. Zusammen mit ihnen und der *Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung* (Frankfurt/Main) sowie der *Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde* (Paris) soll sie eine möglichst einheitliche Finanzaufsicht in Europa garantieren und nationale Alleingänge verhindern.

Das Ziel der EBA besteht darin, die Stabilität und Effektivität des Bankensektors zu schützen. Dabei legt sie den Schwerpunkt insbesondere auf die Risiken, die von Finanzinstituten ausgehen, deren Zusammenbruch Auswirkungen auf das Finanzsystem oder die Realwirtschaft haben kann. Im Kontext der anhaltenden Bankenkrise soll jetzt die EBA zu einem wirksamen Instrument mit einem eigenständigen Kontroll- und Sanktionsapparat weiterentwickelt werden.

Ob eine Bankenunion gut oder schlecht ist, darüber gehen die Meinungen innerhalb der systemimmanenten Politik auseinander. Während der Chef der *Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)*, Jaime Caruana, die europäische Führung zur Einleitung einer europäischen Bankenunion drängt, treten die deutschen Banken und Sparkassen auf die Bremse. Auf dem Gipfel der Regierungs- und Staatschef im Juni 2012 wurde ein Arbeitsauftrag erteilt, zu prüfen, wie die europäische Bankenaufsicht verbessert werden könne. Der Banken-Stresstest habe gezeigt, dass das System der europäischen Bankenaufsicht weiterentwickelt werden müsse. In der Diskussion ist, der Europäischen Zentralbank Kompetenzen in der Aufsicht zu geben. Die Einzelheiten eines effektiveren Modells als das der nationalen Aufseher und der Europäischen Bankenaufsicht EBA sind erst noch zu klären und werden frühestens im nächsten Jahr feststehen.

Bankenfonds/Einlagensicherung

Banken haben das Platzen der riesigen Vermögensblase 2007 nicht verhindern können, sondern mit zeitlicher Verzögerung weltweit die größte Finanzkrise seit der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts ausgelöst. Ganze Volkswirtschaften sind bei den Versuchen, ihren Banken zur Seite zu stehen, in Schiefelage gekommen. Die Krise, die seit 2007 weltweit den Finanzsektor beschäftigt, ist noch lange nicht ausgestanden. Das Gegenteil ist der Fall.

Seit 2007 wird mit der Bezeichnung „Bankenabgabe“ eine Abgabe entwickelt, die nach dem Verursacherprinzip die Finanzinstitute als Auslöser der Krise wirtschaftlich an den Rettungsaktionen beteiligen soll. In Deutschland ist im Dezember 2010 ein solcher Fonds auf den Weg gebracht worden. Mit dem Restrukturierungsgesetz wurden das *Kreditinstitute-Reorganisationsgesetz (KredReorgG)* und das *Restrukturierungsfondsgesetz (RStruktFG)* eingeführt. Diese Maßnahmen sind der Versuch, risikobehaftete Bankgeschäfte zu regu-

lieren sowie die Bankengemeinschaft an möglicherweise erneut notwendigen Rettungen einzelner Banken zu beteiligen.

Im Gesetz ist eine Zielgröße von 70 Milliarden Euro festgehalten. Zusätzlich wird der Fonds ermächtigt, Garantien zu übernehmen. Die maximale Größe ist das 20fache der angesammelten Mittel, maximal jedoch bis zu 100 Milliarden Euro. Darüber hinaus dürfte der Fonds bis zu 20 Milliarden Euro an Krediten aufnehmen und Sonderumlagen bis zum 3fachen des jeweiligen Jahresbeitrages von den Banken einsammeln. Obwohl die Bildung eines solchen Fonds grundsätzlich zu begrüßen ist, ist Kritik unerlässlich:

- Die Dimension ist viel zu gering bemessen. Der *SoFFin (Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung)* beispielsweise war und ist nach der erneuten Einsetzung bereits mit über 500 Milliarden Euro ausgestattet, hinzu kamen die Kapitaleinschüsse des Bundes und der Länder. Bereits eine einzige Bankenschieflage könnte die Dimension des Fondsvolumens sprengen.
- Das Zielvolumen wird erst in einigen Jahren angespart sein, und das auch noch unter der Voraussetzung, dass zwischenzeitlich keine Bank saniert werden muss.
- Es gibt im Gesetz zu viele „Kann“-Vorschriften, die Ermessensspielräume zugunsten der Banken gehen viel zu weit. In einem erneuten Ernstfall würde wieder hauptsächlich der Steuerzahler Hilfe leisten müssen.
- Es mangelt an ernsthaftem Willen nach Transparenz. Die Banken dürfen beispielsweise gesammelt über ihren Verband ihre Jahresbeiträge abführen und müssen die Höhe ihrer Abgaben nicht offenlegen.
- Eine nationale Regel endet immer an der Grenze des Territoriums. Solange sich Europa nicht auf eine gemeinsame Regel einigen kann, wird die Wirkung eines solchen Gesetzes gering sein.
- Obwohl es wieder an allen Ecken und Enden brennt, sieht der Fonds keine Sofortumlage vor.

Die Macht der Ratingagenturen beschneiden

Den weltweiten „Markt“ der Ratingagenturen haben sich maßgeblich drei amerikanische Unternehmen aufgeteilt, nämlich Moody's, Fitch und Standard und Poor's (S&P). Diese drei Unternehmen haben nicht unerheblich zur Eskalierung der Finanzkrise beigetragen. Die Schwachpunkte der zugrunde liegenden Konstruktion:

- Auftraggeber sind die zu bewertenden (also zu „ratenden“) Banken; wenn nicht erstklassig bewertet wird kündigt die Bank den Auftrag.
- Um Aufträge zu bekommen, besteht immer die Gefahr, dass Ratingagenturen die Banken besser bewerten bzw. „raten“, als es die tatsächlich vorgefundene Ist-Situation in den Bankhäusern ergibt.
- Die Ratingagenturen mischen darüber hinaus mit, indem sie für die „andere Seite“ des Marktes auch noch beratend tätig sein dürfen und es auch sind.

Eine systemimmanente Reform müsste vor allem sicherstellen, dass die in Deutschland zugelassenen Ratingagenturen als vereidigte Sachverständige aufgestellt sind, die wirklich unabhängig arbeiten und für ihre Ergebnisse in vollem Umfang haften.

Landesbanken, die hiesigen Sorgenkinder

Die Krise bei den Banken ist insgesamt noch lange nicht ausgestanden, insbesondere die Deutschen Landesbanken kommen aus den roten Zahlen nicht heraus. Unter den bilanzsummenmäßig größten haben es die WestLB, die BayernLB, die Landesbank Baden Württemberg (LBBW) sowie die HSH Nordbank nicht geschafft, aus eigener Wirtschaftskraft und ohne staatliche Hilfe wieder auf die Beine zu kommen und sind außerstande, ausgeglichene Ergebnisse vorzulegen. Faktisch sind die Tage der deutschen Landesbanken in den derzeitigen Konstruktionen gezählt. Wir nennen hier nur die WestLB, die eigentliche „Vorreiterin“ der Expansionspolitik, die die deutschen Landesbanken so schutzlos und naiv dem internationalen Finanzkrisenstrudel ausgeliefert hatte,³ die mittlerweile bereits Geschichte ist und zum 1.7.2012 zerschlagen wurde. Die Abwicklungskosten werden derzeit auf 18 Mrd. Euro beziffert.

Die notleidenden Landesbanken verkaufen – teilweise stillschweigend – profitable Tochterunternehmen und vereinnahmen die hieraus erzielten Erlöse als Deckungsbeitrag zum maroden Geschäftsbetrieb. Dieses ist für die mit Steuergeldern am Leben gehaltenen Institute nicht hinnehmbar. Die Erlöse müssen als Gegenleistung für die Stützungsmaßnahmen dienen, entweder durch Kaufpreishinterlegung bei Treuhändern (bei der HSH z.B. bei der HSH Finanzfonds AöR) oder durch Ausgabe von entsprechenden Aktienpaketen, und zwar zum Nominalwert.

Es sind bereits gewaltige Beträge in die Landesbanken gesteckt worden, ohne dass eine Besserung in Aussicht ist. Das darf so nicht weitergeführt werden. Selbst wenn die Landesbanken eine Regelung mit ihren Sparkassen hinbekommen würden, wie man am regionalen Markt (Mittelstand, regionale Wirtschaft, Begleitung von Immobilienfinanzierungen und -Investitionen, und somit ein nachhaltiges, regional verankertes Geschäftsmodell) einen Weg eines Miteinander und nicht eines Gegeneinander finden würde, zeigt die Historie der Landesbanken, dass sie sich nie an gemeinsame Spielregeln gehalten haben.

Wie könnten stattdessen Schritte für eine andere Lösung aussehen und welche Ziele können für diese definiert werden? Erforderlich und möglich wären:

- Der Rückbezug auf die regionalen Ursprünge und Kernsegmente (Auslandsaktivitäten nurmehr in Form von Kooperationen mit im Ausland ansässigen Banken). Dieses wäre eine Grundvoraussetzung für ein – wie auch immer konstruiertes – Weiterbestehen eines „übergeordneten Sparkassen-

³ Andere Landesbanken hatten sich die vermeintlich hochehrgeheure WestLB-Entwicklung zum Vorbild gemacht und waren dem Geschäftsmodell gefolgt.

Zentralinstitutes“ auch auf regionaler bundeslandbezogener Ebene. Das Problem hierbei sind sicherlich die Sparkassen selbst, die eine derartige hauseigene Konkurrenz nicht dulden werden. Über viele Jahre hinweg haben die Sparkassen erfolgreich alles getan, um diese Konkurrenz zu verhindern.

- Die Schaffung eines schnell greifenden, effizienten Insolvenzrechts für Banken. Ein solches Insolvenzrecht muss die Möglichkeit einer konsolidierten „Gesundung“ und somit erneute Marktfähigkeit als alternatives Ziel zu einer geordneten Abwicklung benennen dürfen. Dieses würde jedenfalls Skrupel bzw. zögerliche Entscheidungswege der entscheidenden Aufsichtsbehörde minimieren, zügig und effizient ein Insolvenzverfahren zu eröffnen.
- Die Ausweitung und Konkretisierung der Kompetenzen der BaFin als Aufsichtsbehörde.
- Die Korrektur der viel zu weit auslegbaren internationalen Bilanzierungsregeln ISRF durch zusätzliche nationale Regelungen und die Schaffung einer kompetenten Kontrollkommission (z.B. der BaFin unterstellt).
- Die Kontrolle von Aktiengesellschaften, die gegen diese Regeln verstoßen, durch Veröffentlichung von „Schwarzen Listen“ und die Einführung von Sanktionen, z.B. durch Handelsverbot an deutschen Börsenplätzen.
- Der Entzug der Bankleiterlizenz für Bankvorstände, die gegen die Regeln verstoßen – ohne Ausgleichsansprüche beim Ausscheiden.
- Die Deckelung der Gehälter und Einkommen und die Schaffung von permanenter Transparenz.
- Das Geltendmachen politischer und auch finanzieller Verantwortung der Verursacher der hausgemachten Situationen der Banken – dazu gehören Vorstände, Aufsichtsräte und auch Politiker.

Schattenbanken

Mit „Schattenbankgeschäften“ werden Finanzgeschäfte bezeichnet, die von *Nichtbank*finanzinstituten ausgeführt werden, die mit Fremdkapitalhebeln arbeiten und/oder Fristen- und Liquiditätstransformation betreiben. Schattenbanken und traditionelle Banken arbeiten nebeneinander, wenn auch in unterschiedlichen Regulierungsrahmen. Schattenbanken existieren, weil historische und institutionelle Faktoren sowie rasante Finanzinnovation und Spezialisierung es attraktiver gemacht haben, bestimmte Finanzgeschäfte außerhalb traditioneller Bankenstrukturen auszuführen. Unter normalen Umständen stärkt das Schattenbankensystem die Widerstandskraft des Finanzsystems insgesamt, indem es spezielle Finanzprodukte anbietet sowie eine Palette von Möglichkeiten zur Steuerung von Kredit-, Liquiditäts- und Laufzeitrisiken verfügbar macht. Doch das Schattenbankensystem schafft auch Risiken, die ohne regulatorische Vorkehrungen die Finanzstabilität gefährden können. Und Schattenbankgeschäfte können Finanzzyklen verstärken, da sie tendenziell in Boomphasen wachsen und im darauf folgenden Einbruch schrumpfen. Sie lie-

gen außerhalb der Reichweite staatlicher Instrumente wie Einlagensicherung, Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen sowie der Bereitstellung von Zentralbankmitteln.

Daten des *Financial Stability Board (FSB)* für eine Stichprobe fortgeschrittener Volkswirtschaften zeigen (siehe FSB 2011 und 2012): Von 2002 bis Ende 2007 stiegen die von „sonstigen Finanzintermediären“ gehaltenen finanziellen Vermögenswerte von schätzungsweise \$ 23 Bio. – oder rund 23 Prozent der Gesamtaktiva des Finanzsystems – auf über \$ 50 Bio. (oder 27 Prozent). Das Wachstum der von sonstigen Finanzintermediären gehaltenen Aktiva verlangsamte sich zwar während der weltweiten Krise, weil die Verbriefungs- und Repo-Märkte⁴ einbrachen. Der Bestand dieser Aktiva ist jedoch immer noch beträchtlich. Ende 2010 entfiel rund ein Drittel der Bestände auf strukturierte Anlagevehikel, Finanzgesellschaften, Wertpapierhändler und -broker sowie Geldmarktfonds, ein weiteres Drittel auf sonstige Investmentfonds. Angesichts der Größe des Schattenbankensystems und des rasanten Tempos der Finanzinnovation konzentrierten sich jüngste Regulierungsinitiativen darauf, basierend auf breit gefassten Grundsätzen eine regelmäßige Überwachung zu gewährleisten und gezielte Interventionen vorzunehmen. Hinter diesen Initiativen steht die Notwendigkeit, den Aufbau von Verschuldung sowie von Fristen- und Liquiditätsinkongruenzen zu verhindern, die die Finanzstabilität untergraben könnten. Letztlich müsste dieser Sektor trocken gelegt und die Institute in das für Banken geltende Regulationssystem einbezogen werden.

Zentrale Notenbanken

Das Handeln der Zentralbanken während der globalen Finanzkrise trug vermutlich maßgeblich dazu bei, dass sich die Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre nicht wiederholten. Dies ist die erste vorläufige Schlussfolgerung aus einem Vergleich der aktuellen Krisendynamik mit jener der 1930er Jahre.

Schon vor Ausbruch der Finanzkrise waren die öffentlichen Finanzen vieler kapitalistischer Länder nicht mehr langfristig tragfähig. Infolge der Krise spitzte sich die Lage noch zu, als Haushaltsdefizite anschwellen und die Verschuldung zunahm. Die Finanzmärkte und die Ratingagenturen reagierten darauf mit einer Neubewertung des Kreditrisikos staatlicher Schuldner. Schulden- und Defizitstände, die vor der Krise hingenommen worden waren, wurden nun als nicht mehr tragbar eingestuft.

Dies führte dazu, dass sich einerseits die Spreads von Credit-Default-Swaps (CDS)⁵ auf Staatsschulden ausweiteten und andererseits vermehrt Ratinghe-

⁴ Unter einem Repomarkt versteht man Finanzgeschäfte, bei denen Vermögenswerte im Rahmen einer Rückkaufvereinbarung (Repo) erworben werden können. Der Käufer hat die Möglichkeit, den Vermögensgegenstand (z.B. Wertpapiere) von einem Verkäufer zu erwerben und ist verpflichtet, zu einem bestimmten Zeitpunkt diesen bzw. einen identischen Vermögenswert wieder zurück zu geben.

⁵ Ein Credit Default Swap (CDS) ist eine spezielle Form von Kreditderivaten, die auf den Han-

rabstufungen vorgenommen wurden, allen voran für Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien. Ein ähnliches Schicksal wurde allerdings auch Ländern zuteil, deren Status als risikofreie Schuldner kaum in Frage gestellt wird, wie z.B. den USA und Japan, und das obwohl ihre Finanzierungskosten dank der starken Nachfrage nach sicheren Anlagen gesunken waren (siehe hierzu ausführlicher Bischoff 2012b).

Das weckte die Besorgnis, dass Staaten ihren Status als ausfallsichere Schuldner verlieren und ihre Verbindlichkeiten damit einem nicht zu vernachlässigenden Kreditrisiko unterliegen würden. Als vollends risikofrei bewertet zu werden entspricht allerdings, selbst aus dieser engen Perspektive heraus, mehr einem erstrebenswerten Ideal als einem wirklich greifbaren Ziel. Umgekehrt kann es verheerende Folgen haben, wenn ein Vermögenswert fälschlicherweise als risikofrei bewertet wird. Das war vor der jüngsten Krise für zahlreiche Staaten der Fall und trifft für einige Länder nach wie vor zu. Das Gebot der Stunde lautet daher: Rückkehr zu tragfähigen öffentlichen Finanzen im Rahmen einer Strategie des Wirtschaftswachstums.

Die Notenbanken in aller Welt haben seit Ausbruch der Krise 2007 nicht nur über Zinssenkungen und hohe Liquiditätsspritzen versucht die Lage zu beruhigen, sondern auch durch den Ankauf von Wertpapieren. Im Falle der EZB sorgte etwa der Kauf von Staatsanleihen überschuldeter Euro-Länder für heftige Kritik: „Die von den Zentralbanken insgesamt gehaltenen Aktiva haben sich in den letzten vier Jahren mehr als verdoppelt und erreichten Ende 2011 rund 18 Billionen Dollar.“ (BIZ 2012) Das viele Geld führte unter anderem zu Kapitalflüssen aus den Industrie- in die Schwellenländer – mit teils schädlichen Nebenwirkungen für deren Exporte. Zudem besteht nach Ansicht der BIZ die große Gefahr, dass sich der Finanzsektor durch die enormen Liquiditätsmaßnahmen zu riskanten Wetten an den Börsen verleiten lässt – mit unabsehbaren Folgen. BIZ-Generaldirektor Caruana unterstreicht, dass die Bilanzen der fünf großen Notenbanken in den Industrieländern nun mehr als 9 Billionen Dollar oder 13 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung auf der Welt ausmachten. Vor der Finanzkrise kamen die Europäische Zentralbank (EZB), die amerikanische Federal Reserve, die Bank of Japan, die Bank of England und die Schweizerische Nationalbank zusammen auf eine Bilanzsumme von 4 Billionen Dollar. Caruana verwies auch auf die drastisch veränderte Zusammensetzung der Bilanzen. Die Federal Reserve halte inzwischen 11 Prozent der insgesamt ausstehenden Staatsschulden der Vereinigten Staaten, die Bank of England mehr als 18 Prozent der britischen Staatsschulden. Diese aktuelle Geldpolitik führt nach Ansicht der BIZ zu zahlreichen Verzerrungen. Politiker könnten versucht sein, die notwendigen Haushaltssanierungen und Strukturreformen in ihren Staaten zu verzögern. Dabei müssten die Staaten im Gegenteil entschlossen daran arbeiten, wieder zu risikofreien Schuldnern zu werden, da Realwirtschaft und Finanzsystem auf die erstklassige Bonität von Staatspapieren angewiesen seien.

Perspektive der weiteren Regulierungen

Anfang Juli 2012 hat auch der *Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung* unter der Überschrift „Nach dem EU-Gipfel: Zeit für langfristige Lösungen nutzen“ (Sachverständigenrat 2012) ein Sondergutachten veröffentlicht, in dem er den unzureichenden Regulierungsprozess und die entstandene Verschärfung der Krisenkonstellation bewertet. Er mahnt die verantwortlichen Politiker, die durch die aktuellen Beschlüsse gewonnene kurze Zeit zu nutzen, möglichst schnell umfassendere Lösungen zu finden, um die Krise in den Griff zu bekommen, denn insbesondere für Deutschland sei ein unkontrolliertes Auseinanderbrechen des Euro-Raumes mit hohen Risiken verbunden. „Nach einer zeitweisen Entspannung in den ersten Monaten des Jahres 2012 ist die Euro-Krise bis zur Jahresmitte erneut eskaliert.“ Die Bewertung der politischen Entscheidungen der europäischen Elite fällt durchaus ambivalent aus: „Trotz der jüngsten Zuspitzung der Lage sollte nicht übersehen werden, dass es der Politik auf der nationalen wie der europäischen Ebene in den vergangenen zwölf Monaten durchaus gelungen ist, mutige Schritte zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen einzuleiten.“

Der Sachverständigenrat war in den letzten Jahrzehnten nicht gerade zurückhaltend, wenn es um die Durchsetzung einer neoliberalen Politik ging, die auf die Entfesselung und Deregulierung des Finanzkapitals zielte. Das Scheitern der wirtschaftspolitischen Zukunftskonzeption eines vermögensgetriebenen Kapitalismus hätte daher auch Anlass einer selbstkritischen Überprüfung der zurückliegenden Beratungsleistungen sein können. Aber davon ist keine Spur erkennbar.

Die bisherigen Regulierungsschritte und die Beschlüsse des Juni 2012-Gipfels führen die Logik der letzten Jahre fort. Die Erwartungen vieler Finanzmarktakteure und Entscheider in der Politik, der Euro-Raum könne die Krise mit einer Art „Big Bang“ von Beschlüssen lösen, werden sich nicht erfüllen. Es wird weiter bei Trippelschritten bleiben. Die Probleme einer geplatzten Vermögens- und Kreditblase auf den Immobilien- und Hypothekmärkten etlicher Länder können durch Fiskal- und Geldpolitik nur gelindert, aber nicht wirksam gelöst werden. Nur dadurch, dass die Vermögenstitel mit zweifelhafter Werthaltigkeit und der viel zu große Finanzsektor in eine Ausgleichspolitik der Leistungsbilanzen eingebunden würden, kann die Krisenkaskade beendet werden. Im Euro-Raum muss endlich eine Alternative zur Politik der finanzpolitischen Disziplin und geldpolitischer Überbrückung entwickelt werden. Wenn unterschiedliche Länder einer Währungszone die Abwertungsmöglichkeit verloren haben und eine Politik der „internen Abwertung“ durch verteilungspolitische Rosskuren vermieden werden soll, dann muss eine wirtschaftspolitische Offensive erfolgen.

Die Krise wurde dadurch ausgelöst, „dass eine landesweite Preisblase platzte, so wie in Japan Anfang der Neunziger und in den USA und Europa 2008 nach dem Lehman-Schock. Was dann passiert, ist folgendes: Die Preise, etwa von Immobilien, brechen ein, aber die damit verbundenen Schulden bleiben beste-

hen. Unternehmen und Privathaushalte stecken plötzlich tief im Minus und versuchen um jeden Preis, ihre Schulden abzubauen, um ihre Bilanzen zu sanieren. Damit macht zwar jeder Einzelne für sich das Richtige, aber kollektiv ist das genau das Falsche. Regierungen „müssen in einer solchen Situation die Wirtschaft so lange durch hohe Staatsausgaben am Laufen halten, bis die Privatwirtschaft wieder zum Wachstum beiträgt“, schrieb zu Recht der japanische Ökonom Koo in der *Frankfurter Rundschau* vom 10.12.2011. Letztlich wird man eine entwickeltere Form der wirtschaftlichen Arbeitsteilung unter den beteiligten Ländern der Euro-Zone schaffen müssen.

In dem bereits erwähnten Jahresbericht der *Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)* heißt es: „Fünf Jahre sind seit dem Ausbruch der Finanzkrise (2007) vergangen, und noch immer hat die Weltwirtschaft ihr Gleichgewicht nicht wiedergefunden. Ganz im Gegenteil: Die Ungleichgewichte scheinen größer zu werden.“ Den entscheidenden Grund sehen die Wirtschaftsexperten der BIZ in der Realökonomie: „In den ersten Monaten 2011 schien es, als käme in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften ein selbsttragender Aufschwung in Gang. Doch diese Hoffnung erwies sich als trügerisch. 2012 wiederholt sich dieses Muster offenbar, denn erste Anzeichen einer Konjunkturbelebung lassen allmählich wieder nach.“

Die expansive Geld- und Fiskalpolitik hat einen historischen Kollaps der kapitalistischen Globalökonomie verhindert, aber die Sanierung zugleich verschleppt. Alle Sektoren – private Haushalte, Unternehmen, Finanzinstitute und der öffentliche Bereich – weisen einen massiven Schuldenüberhang auf. Im Kontext eines gesamtgesellschaftlichen Wachstumsprozesses müssten die privaten Haushalte ihre Bilanz „sanieren“. „Gebremst wird der Schuldenabbau der privaten Haushalte u.a. dadurch, dass der Finanz- und der öffentliche Sektor zur selben Zeit ihre Bilanzen sanieren und Schulden verringern müssen. Die Tatsache, dass sich der Schuldenabbau ungewöhnlich lange hinzieht und alle wichtigen Wirtschaftssektoren betrifft, erklärt teilweise, warum die Erholung in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften bislang derart schwach war. Und angesichts der nach wie vor erforderlichen Verbesserung der Bilanzen werden jegliche Effekte einer expansiven Fiskalpolitik begrenzt sein: Überschuldete Akteure werden ein zusätzliches Einkommen eher einsetzen, um Schulden zu tilgen, nicht um zu konsumieren. Das Wachstum dürfte also weiterhin schwach sein.“

Damit ist der Kern der internationalen wirtschaftspolitischen Debatte getroffen. Die öffentlichen Akteure und die Finanzinstitute hätten sich auf die Rekonstruktion der Realökonomie konzentrieren sollen. Der Ansatz, zugleich auch die eigenen Bilanzen in Ordnung bringen zu wollen, führt zu einer Belastung des gesamten Entschuldungs- und Wachstumsprozesses. Es wird bei einer systemimmanenten Reform viele Jahre in Anspruch nehmen, aus diesem Teufelskreis herauszukommen.

Literatur

- Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (2012): BIZ 82. Jahresbericht 2011/12. http://www.bis.org/publ/arpdf/ar2012_de.pdf
- Bischoff, Joachim/Dejé, Richard (2012): Krisenmanagement im Permanenz. Wo steht das Projekt Europa? in: transform!, Heft 10/2012
- Bischoff, Joachim (2012a): Die Herrschaft der Finanzmärkte. Politische Ökonomie der Schuldenkrise, Hamburg
- Bischoff, Joachim (2012b): Dauerzustand Schuldenkrise. Die endlose Kurzfrist-„Reparatur“ des Euro-Systems. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 7-8/2012, Hamburg
- Dullien, Sebastian (2012a): Finanzmarktreformen nach der Krise und Versprechungen der G20: Was wurde umgesetzt? In: spw, Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, Nr. 190
- Dullien, Sebastian (2012b): Anspruch und Wirklichkeit der Finanzmarktreform: Welche G20-Versprechen wurden umgesetzt? Bewertung der Politikmaßnahmen nach der Finanzkrise 2008/9, IMK Study 26/2012, Düsseldorf
- Financial Stability Board (FSB) (2011), Policy Measures to Address Systemically Important Financial Institutions, 4. November 2011, www.financialstabilityboard.org/publications/r_111104bb.pdf
- FSB (2012), About the FSB, Selbstdarstellung von der Webseite www.financialstabilityboard.org/
- Liebert, Nicola/Ötsch, Rainald/Troost, Axel (2012): Der graue Markt der Schattenbanken, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 6/2012
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2012): Nach dem EU-Gipfel: Zeit für langfristige Lösungen nutzen. Sondergutachten v. 5.7.2012, www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/download/publikationen/sg2012.pdf
- Troost, Axel/Hersel, Philipp (2012), Die Euro-Krise als Zäsur: Eine neue Finanz-, Geld-, und Wirtschaftspolitik in Europa, auf der Website von LUXEMBURG, Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, www.zeitschrift-luxemburg.de/?p=2082

CONTRASTE

Die Monatszeitung für Selbstorganisation



URBAN GARDENING Postfossile Stadtgestaltung – Biotop und Soziotop zugleich - Interview: Gärtnern ist politisch – Christa Müller über die Entwicklung des Urban Gardening - Köln: Tomaten auf der Wanderschaft - Wie ein Genraf zur Gartenbranche kam - Thessaloniki - Es wird nichts verkauft - Selbsterlegetärten - USA/Detroit: Von der Motown zum Urban Farming – Über die Zerschlagung des Automobil-Proletariats, die Krise und Bio-Gemüse aus der Innenstadt - Österreich – Ausstellung - Hands-on Urbanism - **WIEN** Landbesetzung: Der steinige Weg zur selbstverwalteten Landwirtschaft **USA** Interview: Common Ground Relief: Selbsthilfe mit anarchistischen Prinzipien **KNAST** Kritik an Knast und

Straße: Interview mit Hanna Poddig **HANDEL** Faindammt Fairsiegedt – im Siegel-Ischurigel **GEMEINSCHAFTEN** Lussehof – Kommune starke im Frühjahr 2012 **u.v.m.**

Archiv: CD 4 mit **18 UNTE SEITEN 2012**
www.contraste.org/issue-04.htm

**Ein Schnupperabo
3 Monate frei Haus
gibt es für 5 Euro**

(Es endet automatisch und muss nicht gekündigt werden.
Nur gegen Vorkasse: Schein/Briefmarken/Bankinzug!)

Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

Probieren: www.contraste.org

Die Krise der europäischen Integration und die Alternativen der Europäischen Memorandumgruppe

1. Neue Dimensionen der EU-Integration zur Zeit der historischen Wende

Mit der einheitlichen Europäischen Akte (1986, bis 1993 „vollendet“) wurde ein Systemwechsel in der europäischen Integration vollzogen. Statt der politischen Aushandlung der Marktintegrationsmodi wurde der realwirtschaftliche Systemwettbewerb in der Union weiter entfesselt. Die Bundesrepublik konnte ihre produktive Überlegenheit in der EU weiter entfalten, so dass Spanien und Italien 1992 gegenüber der DM drastisch abwerten mussten und Großbritannien das EWS verließ. Nach der Implosion des Realsozialismus wurde – nicht zuletzt aus politischen Gründen – mit dem Maastricht-Vertrag 1993 ein Riesenschritt auf dem Feld der monetären Integration eingeleitet. Mit den Konvergenzkriterien wurde die Wirtschaftspolitik den von der Bundesrepublik durchgeboxten obersten Zielen, der Preisstabilität und niedrigen Staatsdefiziten, untergeordnet. Der Lamfalussy-Prozess¹ trieb Ende der 90er Jahre die Integration und Deregulierung der Banken und Kapitalmärkte voran. Preisstabilitäts- und Lohnstückkostensenkungspolitik war und ist in Deutschland aber kein Selbstzweck, sondern das strategische Instrument, mit dem die Exportorientierung und damit der Hegemoniegewinn über die EU vorangetrieben wurde und wird. Griechenland, Italien, Spanien und auch Großbritannien konnten dem deutschen Exportdruck bis 1992 durch Abwertung bzw. das Verlassen (GB), durch Abwertung (Spanien, Italien) des EWS I bzw. den Nichteintritt (Griechenland) begegnen, wobei Griechenland von 1981 bis 1992 die Drachme um ca. 80 Prozent abwertete (Roth 2012). Maastricht war dann der qualitative Sprung, der die relative Autonomie der Währungssouveränität der Mitgliedsländer aufhob.

Eine der wesentlichen Ursachen der heutigen EU-Krise, die großen Leistungsbilanzungleichgewichte zugunsten Deutschlands, konnte sich jedoch in den 90er Jahren noch nicht entfalten, weil das vereinigte Deutschland hohe Summen zur sozial- und regionalpolitischen Stabilisierung und Integration

¹ Ab Ende der 90er Jahre wurde die Integration der EU-Finanzmärkte und ihrer Kontrolle vorangetrieben, zunächst mit dem Aktionsplan für Finanzdienstleistungen (Financial Services Action Plan), dem Risikokapital Aktionsplan sowie dem Lamfalussy Prozess, in dem Kommission, Ministerrat und EU-Parlament die Rahmengesetzgebung für die Ausgestaltung der Kontrollmechanismen der Finanzmärkte vornahmen, während die technische Ausgestaltung einer speziellen Kommission unterliegt, in der auch die Finanzindustrie, nicht aber Verbraucherverbände vertreten sind. Vgl. ausführlich Maric Frangakis, EU financial market integration policy, in: John Grahl 2009, S. 91-114. Der Franzose Alexander Lamfalussy war der Sprecher des „Rats der Weisen“, der Expertenkommission, die den Plan ausgearbeitet hat.

Ostdeutschlands aufwenden musste (sozusagen die deutsche Ausgleichsunion, jährlich mindestens 100 Mrd. DM) und nach der Vereinigung die Importe aus Frankreich, Italien usw. stark zunahmen. Ab 1991 war die Leistungsbilanz Deutschlands für ein Jahrzehnt negativ und zugleich blieb nach dem Einigungsboom 1990-1992 das Wachstum sehr gering, weil die Wirtschaftspolitik „antikeynesianisch“ betrieben, also langfristig wieder auf Exportüberschüsse orientiert wurde. Dies führte auch in Westdeutschland zu niedrigen Wachstumsraten und hohen Arbeitslosenquoten.

2. Die Euromemogruppe (www.euromemo.eu)

Es lag auf der Hand, dass spätestens jetzt auch eine neue Qualität der wirtschaftspolitischen Analyse, Kommentierung und Alternativenentwicklung im EU-Raum notwendig wurde. Zwar hatte sich z.B. die deutsche *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* in ihren Jahresgutachten unter der Federführung von Jörg Huffschnid und Rudolf Hickel immer wieder mit dem europäischen Integrationsprozess beschäftigt, es fehlte aber der ständige Dialog mit ÖkonomenInnen aus England, Frankreich, Spanien, Italien, Griechenland, Polen, Schweden, Ungarn usw. Zusammen mit Jaques Mazier und Pascal Petit (Paris), John Grahl und Malcom Sawyer (London), Miren Etxezarreta (Barcelona) und Marica Frangakis (Athen) haben Frieder Otto Wolf (Berlin, damals MdEP), Klaus Dräger (Brüssel) und Jörg Huffschnid (Bremen) 1995 die Initiative ergriffen und die *Arbeitsgruppe Europäischer AlternativökonomInnen* ins Leben gerufen. Die erste Tagung fand im Europäischen Parlament in Straßburg statt.

Die deutsche *AG Alternative Wirtschaftspolitik* war nur in gewisser Weise Vorbild. Die Euromemogruppe tagte nur einmal statt dreimal im Jahr, auf einer stärker am angloamerikanischen wissenschaftlichen Tagungsstil ausgerichteten Basis. Ein starkes wissenschaftliches Fundament waren die erfolgreich aus den EU-Forschungsprogrammen eingeworbenen Projekte zu sozialen Auswirkungen der EU-Finanzmarktregulierungen (Grahl 2009) sowie zur Entwicklung und Zerstörung der europäischen Sozialmodelle durch Privatisierung (Frangakis et al. [Ed.] 2009). Diese Projekte und Tagungen führten zu einer jahrelangen intensiven Zusammenarbeit mit dem Ergebnis vertiefter Kenntnis des Integrationsprozesses und seiner Widersprüche und zugleich zur Freundschaft vieler Euromemomitglieder, obwohl es auch zeitweise harte Kontroversen gab, z.B. bezüglich der Energiepolitik. Die Euromemogruppe gibt seit 1995 jährlich ein Gutachten heraus, manchmal auch eine Langfassung (so z.B. 2005: Etxezarreta et. al. 2005).

3. Analytische und programmatische Kernfragen

Die Disproportionen und Krisen des heutigen Kapitalismus resultieren nicht zuletzt aus der sich ständig verschlechternden Einkommens- und Vermögensverteilung. Die Umverteilung zu Lasten der subalternen Klassen lässt das spekulative Kapital rasch ansteigen. Der Abbau der Kapitalverkehrskontrollen und die Deregulierung der Finanzmärkte sind dann hinreichend, um die Ent-

fesselung der Spekulation zu entgrenzen und die Privatisierung öffentlichen Eigentums voranzutreiben. Fragt man, wie es zur Verschlechterung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse kommt, so wird dies durch die Veränderung der Kräfteverhältnisse zwischen Arbeit und Kapital und damit den einseitigen Abbau von Verhandlungsmacht, Mitbestimmung und Demokratie seit Mitte der 70er Jahre erklärbar. Im Umkehrschluss heißt dies, dass durch Steuererhöhungen auf Gewinne und hohe Einkommen sowie durch Vermögensabgaben und durch die Reregulierung der Finanzmärkte sowie Demokratisierung die Position der abhängig Beschäftigten und des Sozialstaats gestärkt werden müssen. Trotz der Gemeinsamkeiten der Krisenursachen der kapitalistischen Welt müssen die jeweiligen, sehr unterschiedlichen institutionellen nationalstaatlichen Entwicklungspfade in den Blick genommen und bei der Ausarbeitung der Alternativen berücksichtigt werden (Mehrebenenpolitik, vgl. Lehn-dorf 2012). Zugleich muss eine breite öffentliche Debatte über die Zukunft der EU geführt werden. Dies ist Voraussetzung dafür, einen demokratischen, sozialen und ökologischen Ausweg aus der derzeitigen Krise zu finden.

Diese kurze Skizze kann als das theoretische Grundverständnis der Euromemogruppe gelten. Es ist allerdings unbedingt um die ökologische Komponente zu erweitern und wird es auch: Die kapitalistische Marktwirtschaft zerstört die Umwelt und maximiert den Ressourcenverbrauch. Antikrisenpolitik muss mithin zugleich progressive Umweltpolitik sein. Antizyklische Konjunktur- und Beschäftigungspolitik nach Keynes muss also mit umweltpolitischen Programmen und entsprechenden strukturellen Veränderungen verknüpft werden (siehe Euromemo 2012).

4. Noch einmal: die 90er Jahre

Der Maastricht-Vertrag (1993) – im Wesentlichen von Kohl und Mitterand ausgehandelt – firmierte die EG zur EU um und nahm beschleunigten Kurs auf die Wirtschafts- und Währungsunion, faktisch nur auf eine amputierte Währungsunion, ohne der EZB die Funktion des „lender of the last resort“ zuzubilligen. Der von Bonn/Berlin vorangetriebene Stabilitäts- und Wachstumspakt (Amsterdam Vertrag 1997) sollte die potentiell inflatorischen Effekte der Einheitswährung eindämmen, hatte aber (speziell in Deutschland) deflatorische Wirkungen, insbesondere nach dem Jahr 2000.

Die Konstruktionsfehler des Maastricht-Vertrages sind häufig beschrieben worden: die fragwürdige Hoffnung, die Einheitswährung würde sowohl die Wirtschafts- und Finanzpolitik – quasi automatisch – vereinheitlichen als auch die Lohnpolitik den unterschiedlichen Bedingungen anpassen, erfüllte sich nicht. Aus der Rückschau von heute sind auch die Wechselkurse, mit denen die EWU-Mitglieder der Währungsunion beitraten, kritisch zu diskutieren. Aufgrund der deutschen Vereinigung hatte sich die deutsche Leistungsbilanz stark ins Minus gedreht und war erst etwa im Jahr 2000 wieder ausgeglichen, um dann extrem ins Plus zu drehen. Die Wechselkursfestlegungen für den Euro erfolgten jedoch im Zeitraum 1997-1999, in dem die Wettbewerbsfähigkeit

insbesondere der Mittelmeerländer kurzfristig besser zu sein schien als langfristig gerechtfertigt. Umso heftiger war dann im Zeitraum 2001-2010 der radikale Umschwung: Der Euro war für diese Staaten faktisch mit einer Aufwertung verbunden, welche die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Deutschland beeinträchtigte.

Auch die integrationspolitischen Grundfragen – vom Staatenbund zum Bundesstaat, Souveränitätsaufgabe in der Haushalts-, Finanz und Sozialpolitik, generell die Fragen der demokratischen Kontrolle – blieben unbeantwortet bzw. wurden, besser gesagt, im EU-Verfassungsentwurf dem neoliberalen Diktat unterworfen. Die von Maastricht vorgesehene Europäische Verfassung, die im Wesentlichen die neoliberale Grundausrichtung festlegte, scheiterte zwar infolge der verlorenen Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden und wurde durch den Vertrag von Lissabon (2000) ersetzt. Dessen neurotisches Ziel, die EU zur mächtigsten Wirtschaftsregion der Welt zu machen (!), wurde bereits 2005 zu den Akten gelegt. Die geld-, fiskal- und allgemeinpolitischen Voraussetzungen für eine Bekämpfung der Krise 2007ff waren damit denkbar ungünstig, die weitgehend rechten bzw. konservativen Regierungen und das Kommissionspersonal großteils auch intellektuell unfähig, die Krise zu begreifen und adäquat zu reagieren. Oder vielleicht schlimmer: Die Überakkumulation von Finanzkapital sollte nicht durch Bank- und Staatsbankrotte korrigiert und bezahlt werden, sondern durch eine allgemeine Senkung der Lohn- und Sozialquoten. Damit trat eine Periode der EU-Entwicklung ein, in der sich die sozialen, regionalen und einkommenspolitischen Gegensätze enorm verschärften und die Interessen des Finanzkapitals ganz unverhohlen zur politischen Richtschnur wurden. Frau Merkel nannte dies „marktverträgliche Demokratie“. In den Südländern und Irland wurden „zivile Juntas“ installiert (Griechenland, Italien) während in Spanien und Portugal rechte Regierungen zum Zuge kamen. Aber auch der französische Präsident Sarkozy musste 2012 den Hut nehmen, und Bundeskanzlerin Merkel verlor eine große Serie von Landtagswahlen.

Die neunziger Jahre und das erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts waren geprägt von tief greifenden neoliberal orientierten Reformen des Banken- und Finanzsystems in Europa (Lamfalussy-Plan, siehe Fußnote 1). Diese Deregulierung erleichterte zunächst die Finanzierung der Leistungsbilanzdefizite der Südländer, um dann zusammen mit den anderen Krisenursachen (vgl. Abschnitt 3) die europäische Bankenkrise sowie die Euro- und Staatsschuldenkrise auszulösen. Zugleich wurde das Finanzkapital als Akteur im wirtschaftspolitischen Geschehen enorm gestärkt und diktiert seither weitgehend die Politik, deren Orientierungspunkt nun nicht mehr die Rentabilität des Kapitals sondern, spezifischer, das ‚Vertrauen der Finanzmärkte‘ geworden ist.

Die Mittelmeerländer Spanien, Griechenland, Portugal und Italien konnten in den neunziger Jahren anfangs stark von den durch den Konvergenzprozess sinkenden Zinssätzen profitieren, die Ergebnis der Einleitung des Maastricht-Prozesses waren. Die recht starken Produktivitätssteigerungen und Reallohn-

erhöhungen – im Wesentlichen ein bekannter Effekt hoher Wachstumsraten – sowie die Investitionen hauptsächlich in die Infrastruktur, die Wohnungswirtschaft und das Dienstleistungsgewerbe, waren z.B. in Griechenland und Spanien problemlos zu finanzieren. Ihre Leistungsbilanzen verschlechterten sich aber rapide, insbesondere als Deutschland seit 2001 stagnierte und eine „erfolgreiche“ Lohndumping-Politik (Hartz IV usw.) betrieb, gestützt durch eine deflatorische makroökonomische Politik. Der Export wurde dadurch aggressiv gesteigert, die Lohnpolitik war ebenfalls deflationär. Auf Kosten der deutschen Binnenmarktnachfrage, insbesondere der Beschäftigten des sich schnell ausdehnenden Niedriglohnsektors und der öffentlichen Investitionen und Dienstleistungen, wurde die Hegemonie in Europa massiv gestärkt.

Eine weitere zentrale Kritik der Euromemogruppe ist das viel zu geringe Transfer- und Ausgleichpotential des europäischen Haushalts, mit dem regionale und strukturelle Disproportionen bekämpft werden könnten. Der Gesamthaushalt der EU beträgt jährlich weniger als ein Prozent des Inlandsprodukts der EU, was kaum bekannt ist. Davon gehen etwa 40 Prozent in die Kohäsions- und Regionalfonds, 40 Prozent in die gemeinsame Agrarpolitik GAP sowie der Rest in alle anderen Politikfelder. Es ist ein Treppenwitz der Geschichte, eine Währungsunion für ca. 300 Mio. Einwohner (also etwa die Größe der USA) mit einem derart mickrigen Zentralhaushalt auszustatten und zu glauben, man könne diese regional sehr zerklüftete Makroregion hauptsächlich monetaristisch steuern. Die Sparideologie hat es sogar geschafft, den EU-Haushalt relativ zu senken (von 1,27 auf unter 1 Prozent des BIP). Die Euromemogruppe fordert dagegen, den EU-Haushalt schrittweise bis 2020 auf 5 Prozentpunkte anzuheben und das Kapital der Europäischen Investitionsbank drastisch zu erhöhen. In der öffentlichen Meinung kommt die EU dagegen als bürokratischer Moloch (big government) daher, wobei immer nur absolute Haushaltszahlen genannt werden, zumeist über die 7-Jahresperioden. Nur wenige Experten kennen das geringe relative Gewicht des Europahaushalts.

5. Die große Krise und das Berliner EU-Diktat

Die neoliberal deformierte Integrationsvariante reagierte einerseits mit zumeist verspäteten ad hoc-Maßnahmen, also zunächst individuellen Kreditpaketen sowie – daran gekoppelt – mit knallharten Austeritätsprogrammen für Irland, Griechenland und Portugal. Dies reflektiert die von Berlin und Brüssel lange geforderte Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Durch drastische Lohnsenkungen und die Beschneidung des Sozialstaats soll die Wettbewerbsfähigkeit der Krisenländer wieder hergestellt werden (sog. interne realwirtschaftliche Abwertung). Die drastische Reduzierung der investiven Staatsausgaben zerstört aber jeden Ansatz eines produktiven Auswegs aus der Krise sowie darüber hinaus die politische Stabilität. Die jüngst dazu erfundene „Wachstumspolitik“ ist einerseits Symbolpolitik, andererseits wird sie auf „Wachstum durch Strukturreformen“ nach deutschem Vorbild hinauslaufen, zunächst also nicht zu ausreichend dimensionierten Investitions- und Beschäftigungsprogrammen führen.

Wenn die Analyse stimmt, dass die Zuspitzung der Verteilungsungleichheit letztlich die Finanz- und Bankenkrise und dann die Staatsschuldenkrise hervorgebracht hat, bleiben letztlich nur drei wirtschaftspolitische Optionen:

Variante Berliner Diktat: Die Finanzmärkte werden nicht straff rereguliert. Stattdessen wird in den schwachen Ländern der Sozialstaat zerschlagen, in den anderen weiter demontiert (GB, aber auch Deutschland). Der Fiskalpakt sowie die Auflagenpolitik der ESMS und seiner Nachfolgeorganisation, des EMS, sind die Umsetzungsinstrumente. Dies wird die EWU in eine tiefe Depression stürzen. Da der Fiskalpakt wie die Schuldenbremse in Deutschland in den meisten Ländern verfassungsmäßig verankert werden soll, wird es politisch extrem schwierig werden, ihn wieder auszuhebeln.

Variante Euromemorandumgruppe (2012): Die Banken und Finanzmärkte werden straff rereguliert („zerschlagen“ und verkleinert, wie Rudolf Hickel formuliert). Eine Europäische Staatsbank begibt Eurobonds und senkt so die Finanzierungskosten der Staaten. Der EU-Haushalt wird drastisch ausgeweitet (s.o.). Zur Bekämpfung der aktuellen Krise wird ein großes länderspezifisches und ökologisch ausgerichtetes Investitionsprogramm mit mittelfristiger Perspektive (5 Jahre) aufgelegt. Eine Vergemeinschaftung der Wirtschafts- und Fiskalpolitik muss sich an den genannten sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Zielen und nicht an der gegenwärtig vorherrschenden Austeritätspolitik orientieren. Es muss eine einschneidende Umverteilung von Oben nach Unten und eine Stärkung des Sozialstaats eingeleitet werden. Die EZB muss sich diesem Konzept unterordnen, d.h. die derzeitige Politik des billigen Geldes fortsetzen. Das Europäische Parlament braucht einen stärkeren Einfluss auf die Gesamtpolitik und für diesen Ansatz eine progressive Mehrheit. Dieses Konzept setzt darauf, die Weiterentwicklung der Währungsunion durch demokratische Integrationsprozesse zu sichern und ihren Charakter zu verändern.

Unter-Variante IMK (Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Böckler-Stiftung): Mit ausgefeilten Szenarien auf der Basis einer keynesianischen makroökonomischen Strategie hatte das IMK schon 2010 nachgewiesen, dass Griechenland und andere Krisenstaaten unter bestimmten Bedingungen und anstelle der von Deutschland erzwungenen Austeritätspolitik ihre Probleme würde lösen können. Diese Position wird gestützt durch die jährlichen Kongresse des FMM (*Research Network Macroeconomics and Macroeconomic Policies der Hans-Boeckler-Foundation*), einer der größten postkeynesianischen Vereinigungen weltweit. Die Schnittpunkte mit der Euromemorandumgruppe sind bemerkenswert.

Variante Rückzugsposition: Die politischen Kräfteverhältnisse erlauben es nach dieser Meinung nicht, Variante 2 durchzusetzen. Folglich wird ein Teil der EWU-Mitglieder mehr oder weniger geordnet oder brutal ausscheiden müssen. Dahinter steht die Hoffnung, den Status quo ante von 1992 wieder zu erreichen, also vor allem die relative oder absolute Autonomie über die Wechselkurspolitik wieder zu erlangen. Beispiele wären hier GB, Dänemark und Schweden. Mit Ausnahme von Polen mit seinem großen Binnenmarkt sind die

anderen osteuropäischen EU-Mitglieder sowie Griechenland und Portugal nicht in der Lage, eine relativ eigenständige Wechselkurspolitik zu betreiben. Es ist zudem nicht garantiert, dass das Ausscheiden aus der Währungsunion nicht mit einer wirtschaftlichen und sozialen Großkrise einhergeht. Vor allem die jetzt schon schwer angeschlagenen Länder Griechenland, Spanien, Portugal und auch Italien dürften sich mit riesigen Kapitalfluchtproblemen konfrontiert sehen (Nölke 2012).

6. Zur Organisation der Euromemogruppe

Derzeit (2012) wird die Euromemogruppe durch ein elfköpfiges Gremium (Steering Committee) geleitet. Der Generationenwechsel in Bezug auf die Gründergruppe (1995) ist teilweise vollzogen. Die nächste Jahrestagung findet vom 28. bis 30. September 2012 in Poznan statt und beschäftigt sich – natürlich – mit der gigantischen Europakrise.

Kontaktadressen: *Diana Wehlau* (euromemo@uni-bremen.de), *Frieder Otto Wolf* (fow[at]snafu.de) und *Trevor Evans* (evans@hwr-berlin.de).

Netzadresse: www.euromemo.eu.

Literatur

- Euromemogruppe (2012): Europäische Integration am Scheideweg: Mehr Demokratie für Stabilität, Solidarität und soziale Gerechtigkeit. www.euromemo.de Druckfassung: Supplement der Zeitschrift Sozialismus, Heft 3/2012
- Etxezarreta, M./Grahl, J./Huffschmid, J./Mazier, J. u.a (2003): Vollbeschäftigung, Wohlfahrt und ein starker öffentlicher Sektor. Demokratische Herausforderungen in einer erweiterten Union, Hamburg
- Etxezarreta, M./Grahl, J./Huffschmid, J./Mazier, J. u.a (2005): Demokratische Politik gegen die Herrschaft der Märkte. Vorschläge für eine integrierte Entwicklungsstrategie in Europa, Hamburg
- Frangakis, M./Hermann, C./Huffschmid, J./Lóránt, K.(Ed.) (2009): Privatisation against the European Social Model. A Critique of European Policies and Proposals for Alternatives. Palmgrave Macmillan, Hampshire and New York
- Grahl, John, (Ed) (2009): Global Finance and Social Europe, Cheltenham UK, Edward Elgar
- IMK Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Böckler-Stiftung (http://www.boeckler.de/index_imk.htm)
- Lehndorff, Steffen (Hrsg.): Ein Triumph gescheiterter Ideen. Warum Europa tief in der Krise steckt. Zehn Länderstudien, Hamburg
- Nölke, Andreas (2012): Rettet Europa! Ohne Euro? In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3/2012, S. 55-62
- Roth, Karl Heinz (2012): Griechenland: Was tun? Eine Flugschrift, Hamburg

Mehr Europa, aber anders

Europa befindet sich in der schwersten Integrationskrise seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Die Währungsunion steht am Rande des Scheiterns. Ohne das Eingreifen der Europäischen Zentralbanker wäre der Euro bereits Geschichte.

Eine drakonische Sparpolitik stürzt die Eurozone in die Rezession. Die Folgen sind verheerend: Die griechische Wirtschaft schrumpfte seit Ausbruch der Krise um fast ein Fünftel. In Spanien, Italien und Portugal stottert der Wachstumsmotor. Von Amsterdam bis Athen sind heute 25 Millionen Menschen ohne Arbeit, ein neuer, trauriger Rekord. Die Armut wächst. Gleichzeitig gerät die politische und soziale Demokratie europaweit unter die Räder. In Athen, Madrid und Rom wird der Kündigungsschutz geschliffen, die Flächentarifsysteme werden zerschlagen, der öffentliche Dienst kaputt gespart und öffentliche Güter privatisiert.

Krisenursachen und Krisenmanagement

Die Ursachen dieser Krise liegen in der Architektur der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) und in entfesselten Finanzmärkten. Die Wirtschafts- und Währungsunion wurde nicht in eine Politische Union eingebettet. Das Euroland ist keine politische Solidargemeinschaft. Ein Finanzausgleich zwischen den ungleich entwickelten Staaten war im Maastrichter Vertrag nicht vorgesehen.

Die WWU ist ein asymmetrisches Bauwerk: Zwar europäisierten die EU-Verträge die Geldpolitik, die Finanzpolitik liegt jedoch noch immer in den Händen der Mitgliedstaaten. Aufgrund dieses Konstruktionsfehlers konnte Brüssel keine Schuldengarantien geben und die Eurokrise erst richtig eskalieren. Deswegen muss die Geldpolitik der EZB dringend durch eine Europäische Wirtschaftsregierung (EWR) ergänzt werden. Nur durch eine europäische Fiskalpolitik können Wirtschaftskrisen erfolgreich bekämpft werden, denn ohne sie kommt eine konsistente antizyklische Politik nicht zustande. Ein weiteres Problem besteht in der neoliberalen Ausrichtung der europäischen Wirtschaftspolitik. Sparen, Sparen, Sparen lautet die Brüsseler Leitidee. Diese ideologische Ausrichtung bestimmt das Brüsseler und Berliner Krisenmanagement. Bis zur großen Finanzmarktkrise 2008 waren die Maastrichter Schuldenregeln kein größeres Problem. Viele Staaten konnten durch Wachstum und hohe Steuereinnahmen ihre Schuldenberge verringern. Durch die Krise explodierten jedoch in vielen Staaten die Schulden.

Ohne diesen öffentlichen Rettungseinsatz – Bankenrettungsschirme, Konjunkturprogramme – würden wir heute in einer noch tieferen Krise stecken. Doch das Maastrichter Spardiktat verleitete die Politiker, Ursache und Wirkung der Schuldenkrise zu verkehren: Merkel, Sarkozy, Monti & Co ist es gelungen, der Öffentlichkeit weiszumachen, dass die Schulden die Krise verursacht haben und nicht umgekehrt. Schuld sind jetzt allein die Schuldner. Diese Politik führte dazu, dass die Stützungskredite für Griechenland, Irland und Portugal

mit strikten Sparauflagen verknüpft wurden. Die Folge sind Mehrwertsteuererhöhungen, Entlassungen im öffentlichen Dienst, Lohnkürzungen, Kürzungen der Sozialleistungen und Erhöhungen des Renteneintrittsalters. Die Opfer der Krise tragen jetzt die Hauptlasten bei der Bewältigung der Staatsschulden.

Dieser Politik wird großer öffentlicher Beifall gezollt – und das, obwohl sie die Probleme noch verschärft. Denn die kurzsichtige Konsolidierungspolitik würgt das Wachstum der Schuldnerländer ab. Folglich steigen die Schulden weiter. Diese Politik beschränkt sich nicht nur auf die Krisenstaaten: In allen Staaten, die vermeintlich zu hohe Schulden haben, erzwingen die Finanzmärkte und die Europäische Kommission weitere Kürzungen und treiben Europa so weiter in die Rezession. Schlimmer noch: Brüssel lernt nicht aus den eigenen Fehlern, sondern fährt mit Vollgas in die Sackgasse. Die Verschärfung des Stabilitätspakts sowie der von Merkozy durchgedrückte Fiskalpakt samt Schuldenbremse zeugen von dieser mangelnden Lernfähigkeit des konservativ-liberalen Mainstreams.

Schließlich wurde mit dem Maastrichter Vertrag ein System von Wettbewerbsstaaten eingeführt. Wir haben eine gemeinsame Währung und einen einheitlichen Binnenmarkt, aber die Löhne, die Sozialausgaben und die Steuern werden weiterhin national bestimmt. Im Kampf um die nationale Wettbewerbsfähigkeit geraten sie in einen ständigen Abwärtssog. Den europäischen Gewerkschaften gelingt es bis auf wenige Ausnahmen nicht mehr, eine verteilungsneutrale Lohnpolitik zu realisieren. Überall gibt es eine dramatische Umverteilung von unten nach oben, zu Gunsten der Kapitaleigentümer. Und dies seit nunmehr 15 bis 20 Jahren. Am tollsten hat es dabei Deutschland getrieben. Hier sind die Reallohne am stärksten zurückgegangen. Die Folge sind große Leistungsbilanzüberschüsse, vor allem im Handel mit den EU-Partnerländern. Deutschland importiert Beschäftigung und exportiert Arbeitslosigkeit. Die Logik dieses Systems der Wettbewerbsstaaten ist auch die Logik des Euro-Plus-Paktes. Unsere Nachbarn sollen dem deutschen Weg des relativen Lohnabbaus folgen und der deutschen Arbeitsmarkt-, Sozial- und Rentenpolitik nacheifern. Dass dabei die europäischen Lohn-, Sozial- und Steuerstandards unter die Räder geraten, ist die eine zwangsläufige Folge. Die andere ist ein Einbruch der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage mit deflatorischer Tendenz.

Die Antwort der Gewerkschaften

Europäische Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter haben die neoliberale Architektur des Maastrichter Vertrages immer kritisiert und für Alternativen geworben.¹ Bisher ohne Erfolg. Obwohl die Gewerkschaften von Athen bis Madrid gegenwärtig die Abwehrkämpfe gegen das Brüsseler Spardiktat organisieren, findet eine Europäisierung dieser Abwehrkämpfe bisher nicht statt. Die Griechen streiken am Montag, die Spanier demonstrieren am Mittwoch, und aus Deutschland kommt am Samstag eine Solidaritätsadresse. Eine Allianz des Widerstands sieht anders aus.

¹ <http://www.europa-neu-begrunden.de/>

Eine Ursache dieser gewerkschaftlichen Mobilisierungsschwäche lag und liegt in der Ungleichzeitigkeit der Krise. In Madrid und Athen hat die Krise die gesamte Gesellschaft erfasst. Jeder Fünfte hat keine Arbeit. In Wolfsburg, Sindelfingen und Ludwigshafen wurden bisher hingegen Sonderschichten gefahren und Erfolgsbeteiligungen ausgezahlt. Am Mittelmeer kürzen und streichen Rajoy, Monti und Samaras, was der Rotstift hergibt. Angela Merkel hingegen hat den großen Sparhammer noch gar nicht ausgepackt. Dank sprudelnder Steuereinnahmen war der Berliner Spardruck bisher gering. Natürlich hängt die Bereitschaft und Fähigkeit zur Gegenwehr nicht allein vom eigenen Geldbeutel ab. Ohne persönliche Betroffenheit bleibt aber die internationale Solidarität abstrakt.²

Erschwerend kommt hinzu, dass es in Europa sehr unterschiedliche gewerkschaftliche Traditionen gibt. Ein grenzüberschreitendes Handeln wird dadurch nicht leichter. In Ländern mit politischem Streikrecht und ohne Friedenspflicht werden die Konflikte schneller und häufiger auf der Straße ausgetragen. In Deutschland, Österreich und Skandinavien wird lieber verhandelt. Natürlich schwächen auch die politischen Rivalitäten unter den Gewerkschaftsbünden die Durchsetzungskraft. Besonders dann, wenn die parteipolitischen Bündnispartner, wie in Spanien, Italien und Griechenland, an der Regierung waren oder noch sind.

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) kann diese Defizite nicht ausgleichen. Er kann lediglich koordinieren. Die politische Initiative geht immer von den nationalen Gewerkschaftsbünden aus. Dennoch ist es gelungen, eine politische Verständigung über die Ursachen und Lehren aus der Krise zu organisieren. Auf dem letzten EGB-Kongress in Athen positionierten sich die Europäischen Gewerkschaften klar gegen das Brüsseler Spardiktat.

Während die Gewerkschaften in nationale Abwehrkämpfe verstrickt bleiben, schreitet der neoliberale Um- und Ausbau der europäischen Institutionen immer weiter voran. Vor diesem Hintergrund ringen sowohl die Gewerkschaften als auch die politische Linke um die richtige europapolitische Strategie.

Bisher unterstützten ver.di, IG Metall & Co jeden Schritt auf dem Weg zu einer tieferen europäischen Integration. Mit ihrer Ablehnung des europäischen Fiskalpaktes stellten sich die deutschen Gewerkschaften jetzt erstmals gegen ein zentrales europäisches Integrationsprojekt. Dieser Strategiewechsel wirft grundsätzliche Fragen auf. Wenn „mehr Europa“ weniger Sozialstaat und eine Schwächung der Gewerkschaften bedeutet, muss die Antwort dann nicht in einer Renationalisierung der Politik liegen? Ist also weniger Europa nicht die eigentliche Alternative?

Mehr oder weniger Europa?

Unbestreitbar ist, dass die Politik der Europäischen Kommission und des Rates sowie die jüngsten Urteile des Europäischen Gerichtshofes gegen die Interessen der abhängig Beschäftigten in Europa gerichtet waren und sind. Hierzulande sind die Gewerkschaften gezwungen, sich gegen die Brüsseler An-

² Aktuell frisst sich die Krise in die deutsche Volkswirtschaft. Die Krise der Anderen wird zu unserer Krise. Folglich verliert dieses Mobilisierungshindernis an Bedeutung.

griffe auf den öffentlichen Bankensektor, die Daseinsvorsorge, das VW-Gesetz, die Tariftreue und das Streikrecht zu wehren. Nur durch eine erfolgreiche nationale Mobilisierung konnten viele dieser Angriffe abgewehrt werden. Folgt daraus nun, dass Sozialstaatlichkeit und Demokratie nur innerhalb des Nationalstaates verteidigt werden können, und deswegen jede weitere Supranationalisierung der EU abzulehnen ist?

Ja und Nein. Jeder europäische Integrationsschritt muss auf seine ökonomischen, sozialen und demokratischen Folgen hin geprüft werden. Fällt diese Überprüfung aus Sicht der abhängig Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften negativ aus – wie im Fall des europäischen Fiskalpaktes –, dann ist dieses „Mehr an Europa“ abzulehnen. Ein bedingungsloses Ja zu Europa wäre naiv und verantwortungslos. In bestimmten Fällen müssen also nationale Regelungen und Schutzrechte gegen die Brüsseler Liberalisierungsbestrebungen verteidigt und somit weitere Schritte in Richtung eines neoliberalen Umbaus bekämpft werden.

In den Kernbereichen der Wirtschafts-, Sozial- und Lohnpolitik eröffnet eine Renationalisierung aber keine neuen politischen Handlungsspielräume. Dies gilt besonders für kleine offene Volkswirtschaften wie die Niederlande oder Österreich. Ihre außenwirtschaftliche Abhängigkeit kettet sie an die politischen Entscheidungen ihrer großen Nachbarstaaten. Große Volkswirtschaften wie Deutschland oder Frankreich haben in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zwar immer noch nationale Gestaltungsspielräume. Vor dem Hintergrund freier Kapital und Warenströme und einer gemeinsamen Währung können sie jedoch in den zentralen Feldern der Wirtschafts-, Sozial- und Lohnpolitik keine progressive Politik im nationalen Alleingang durchhalten. Bereits vor 30 Jahren machte die sozialistisch-kommunistische Mitterrand-Regierung diese bittere Erfahrung und auch François Hollande kann sich diesen Zwängen nicht entziehen. Denn auch heute würde eine progressive Lohn- und Sozialpolitik einzelner Nationalstaaten letztlich an der Logik des Systems der Wettbewerbsstaaten zerschellen. Eine deutliche Erhöhung der Staatsausgaben müsste einerseits mit den Strafen des Stabilitätspakts und andererseits mit den Deflationseffekten der Kürzungspolitik im Rest Europas kämpfen.

Dieses Dilemma ließe sich nur durch eine Rückkehr zu nationalen Währungen teilweise auflösen. Dieser Weg ist prinzipiell möglich. Er bringt aber sehr hohe ökonomische und soziale Kosten mit sich: Eine neue deutsche Währung würde stark aufwerten, diejenige der Südstaaten sehr stark abwerten. Hüben wie drüben wären Anpassungskrisen die Folge. Während Deutschland in einer Übergangszeit mit Export-, Wachstums- und Beschäftigungseinbrüchen zu kämpfen hätte, würden die Südstaaten hohe Zinslasten und Staatspleiten hinnehmen müssen. Ihre Einkommen würden in der Anpassungsphase stark sinken. Mit hoher Wahrscheinlichkeit würden diese Krisen auch den einheitlichen Binnenmarkt in Mitleidenschaft ziehen und zu einer unsolidarischen Beggar-thy-Neighbour-Politik führen. Ob der europäische Integrationsprozess diesen Belastungen standhalten würde, muss bezweifelt werden. Weniger Europa ist angesichts dieser gewaltigen Risiken daher keine überzeugende Antwort auf den neoliberalen Umbau des alten Konti-

nents. Notwendig ist vielmehr ein anderes Europa, wofür zunächst gesellschaftliche Mehrheiten gewonnen werden müssen.

Mehr Europa, aber anders

Dieses andere Europa muss die Fesseln des Maastrichter Vertrags abstreifen. Nur durch den Aufbau einer Europäischen Wirtschaftsregierung (EWR) können die Konstruktionsfehler der Währungsunion behoben werden. Sie könnte in der Eurozone eine flexible Stabilisierungspolitik betreiben. Dadurch würden ökonomische Exzesse, wie es sie vor der Krise in Spanien, Irland und Griechenland durchaus gab, vermieden.

Durch eine weitere Vertiefung der politischen Integration in Richtung eines Europäischen Bundesstaats müsste die supranationale EWR demokratisch legitimiert werden. Nur die Bevölkerung der betroffenen Nationalstaaten und nicht die europäischen Eliten können eine solche Weichenstellung vornehmen. Die intergouvernementale EWR von Merkozy ist dagegen in Inhalt und Form ein Rückschritt.

Eine europäische Koordinierung der Lohn-, Sozial- und Steuerpolitiken könnte das System der Wettbewerbsstaaten aushebeln. Die nationalen Lohnpolitiken könnten sich – bei Wahrung der Tarifautonomie – an der Marge aus nationalen Produktivitätszuwächsen und Inflationsrate orientieren. Dadurch könnte die permanente Umverteilung von unten nach oben gestoppt und Sozialdumping verhindert werden. Die innereuropäischen Wettbewerbsverzerrungen wären beendet. Steuerdumping würde durch einheitliche europäische Bemessungsgrundlagen und einheitliche Unternehmenssteuersätze ein Riegel vorgeschoben.

Die Eurokrise könnte dann endlich durch eine alternative Wachstums- und Schuldenpolitik überwunden werden: Ein Marshallplan für Südeuropa, eine Stimulierung der deutschen Wirtschaft durch eine Förderung des Binnenmarkts sowie der Stopp der europaweiten, von Deutschland forcierten Kürzungspolitik sind die drei entscheidenden Komponenten einer europäischen Wachstumsstrategie. Das europäische Aufbau- und Entwicklungsprogramm – Marshallplan – sollte über eine europaweite Vermögensabgabe finanziert werden. Der private Reichtum – Sach- und Geldvermögen abzüglich Verbindlichkeiten – umfasst in den Mitgliedsstaaten der EU das drei bis siebenfache der jeweiligen Staatsverschuldung. Dieser Überfluss muss genutzt werden, um die öffentliche Armut zu überwinden. Durch höheres Wachstum und niedrigere Zinsen würden die Schuldenquoten der Südstaaten sinken. Schließlich würde nur ein europäisches Schuldenmanagement mit gemeinsamen Garantien und Eurobonds die dramatische Zinslast der überschuldeten Staaten erfolgreich senken.

Die gewerkschaftliche Antwort auf die Krise der Europäischen Union kann daher nur „mehr Europa, aber anders“ lauten. Europas Weg in den Ruin kann nur durch mehr wirtschaftliche Vernunft, soziale Gerechtigkeit und demokratischen Mut gestoppt werden.

Widersprüche der „Energiewende“

Zwischenbilanz der schwarz-gelben Energiepolitik

„Energiewende auf gutem Weg“. So überschrieb die Bundesregierung ihre Bilanzbroschüre ein Jahr nach ihrer atompolitischen Kehrtwende in Folge der Reaktorkatastrophe von Fukushima. Doch auf dem Weg wohin? „Energiewende“ bezeichnete ursprünglich die Abkehr von einer zentralistischen, fossil-nuklearen Energieversorgung. Erneuerbar, dezentral & effizient – so sollte fortan Energie erzeugt und verbraucht werden. Gemessen daran sind Bundesregierung und Energiewirtschaft immer noch auf den alten, eingefahrenen Wegen, zunehmend orientierungslos und weit davon entfernt, die richtige Richtung einzuschlagen.

Am 30. Juni 2011 vollendete die schwarz-gelbe Koalition ihre Rolle rückwärts in der Atompolitik und verabschiedete flankierend ein Gesetzespaket zur Energiepolitik im Bundestag. Von „Energiewende“-Beschlüssen wurde fürderhin gesprochen, obwohl weder der Ausbau erneuerbarer Energien beschleunigt noch der Einstieg in eine effiziente und sparsame Energienutzung eingeläutet wurde. Das kurze Intermezzo der AKW-Laufzeitverlängerungen wurde zwar beendet. Die von der Bundesregierung so titulierte „Neue Energie für Deutschland“ war aber erstmal die alte aus der Zeit vor der atompolitischen Irrfahrt der schwarz-gelben Koalition.¹

Schon vor Fukushima sprach der Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung (SRU) von der „Notwendigkeit einer Systementscheidung“.² Der langfristige Fortbestand großer Grundlastkraftwerke, also Atom- und Kohlemeiler, und der Ausbau erneuerbarer Energien sind miteinander unvereinbar. Die Infrastruktur des Stromsektors, aber auch der Strommarkt ist einem steigenden Anteil stark fluktuierender Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen in gegenwärtiger Form nicht gewachsen. Dies ist kein fernes Szenario; die Systementscheidung steht heute an. Seit den „Energiewende“-Beschlüssen wird die Dringlichkeit einer Weichenstellung immer deutlicher erkennbar. Schon beim gegenwärtigen Anteil von durchschnittlich 20 Prozent erneuerbaren Energien am Strommix in Deutschland werden Windräder zeitweise vom Stromnetz genommen. Die Produktion von Windstrom muss gestoppt werden, um das von Kohle- und Atomstrom verstopfte Netz nicht zu überlasten. Die Strombörse spielt derweil verrückt: die dortige Preisbildung wird durch den steigenden Anteil erneuerbarer Energien auf den Kopf gestellt, stundenweise war der Strompreis sogar negativ, betrug weniger als Null Cent.

¹ Eine ausführliche Analyse der „Energiewende“-Beschlüsse der Bundesregierung findet sich in Brouns, Bernd: Konsequent für neue Energien? Das Gesetzespaket der Bundesregierung zur „Energiewende“ zementiert den Status Quo. In: Z 88, Dezember 2011, S. 97-105.

² Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung: Wege zur 100 Prozent erneuerbaren Stromversorgung. Sondergutachten. Januar 2011, Berlin.

Die Bundesregierung stemmt sich gegen diesen Systemwechsel. Im Interesse der dominierenden Konzerne der „alten“ Energiewirtschaft und blockiert durch institutionelle Trägheit will sie die zentralen Strukturen der Energiewirtschaft konservieren. Derweil wächst der Anteil dezentraler erneuerbarer Energien stetig an und treibt die alte Struktur der Energiewirtschaft an systemische Kippunkte. Das Handeln der schwarz-gelben Koalition wirkt daher oft wenig konsistent, manchmal gar ein wenig hilflos.³ Dies soll im Folgenden anhand zentraler energiepolitischer Entscheidungen und Entwicklungen seit den „Energiewende“-Beschlüssen nachvollzogen werden.

Notbremse beim Solarausbau

Einer der zentralen „Energiewende“-Beschlüsse war die umfassende Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Das EEG ist das zentrale Förderinstrument zum Ausbau erneuerbarer Energien im Strombereich. Es schreibt den Stromnetzbetreibern vor, Strom aus Anlagen erneuerbarer Energien vorrangig und zu festen Vergütungssätzen über einen Zeitraum von zwanzig Jahren abzunehmen. Die Besitzerin einer Solaranlage erhält also für jede produzierte Kilowattstunde Strom eine garantierte Summe Geld, die über dem marktüblichen Strompreis liegt.

Noch bevor die im Juni 2011 beschlossene EEG-Novelle zum 1. Januar 2012 überhaupt in Kraft trat, verlangten die Vorsitzenden der Koalitionsfraktionen, Volker Kauder und Rainer Brüderle, sowie die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Gerda Hasselfeldt, am 28. November 2011 in einem Brief an Wirtschaftsminister Rösler und den damaligen Umweltminister Röttgen eine weitere „Reduzierung der Einspeisevergütung bei der Photovoltaik“. Am 23. Februar 2012 legten die beiden Minister daraufhin einen gemeinsamen Vorschlag für eine außerordentliche Kürzung der Vergütung von Solarstrom um 20 bis 30 Prozent vor. Die verminderten Fördersätze sollten bereits zwei Wochen später, ab dem 9. März 2012, gelten.

Nachdem die Bundesnetzagentur Anfang Januar 2012 verkündet hatte, dass die Neuinstallationen von Photovoltaik(PV)-Anlagen im Jahr 2011 mit 7.500 Megawatt (MW) selbst das bisherige Rekordjahr 2010 leicht übertrafen, sollte offensichtlich die Notbremse gezogen werden. Dafür sprach auch, dass das im Gesetz verankerte jährliche Ausbauziel für Solarstrom, der sog. Zubaukorridor, über fünf Jahre kontinuierlich zurückgefahren werden sollte. Würden mehr Solaranlagen

³ Selbst Bundeskanzlerin Angela Merkel begründete die Entlassung von Umweltminister Norbert Röttgen nach der für die CDU verlorenen Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen in ihrem Pressestatement einzig und allein mit der Energiewende. „Es ist offensichtlich, dass die Umsetzung der Energiewende noch große Anstrengungen erfordert.“ Und diese Mühe wollte sie Norbert Röttgen offensichtlich nicht weiter zumuten. Über die wahren Gründe der Entlassung Röttgens mag man spekulieren, aber nach Einschätzung der Kanzlerin ließ die öffentliche Wahrnehmung der energiepolitischen Performance der Bundesregierung diese Argumentation zumindest prinzipiell zu. Vgl. Pressestatement von Bundeskanzlerin Angela Merkel am 16. Mai 2012 in Berlin auf www.bundesregierung.de.

gebaut als angestrebt, verringerte sich die Förderung automatisch. Im Jahre 2017, so der Plan, läge das Ausbauziel bei maximal 1.900 MW und damit nur noch bei einem Viertel der im Jahr 2011 installierten PV-Anlagen. Die höhere Mathematik der Bundesregierung lautete: Um die Energiewende voranzutreiben, also auf Strom aus Atom und Kohle verzichten zu können, soll das Wachstum der Solarenergie gekappt werden. Nicht nur der Bundesverband Solarwirtschaft sprach daher von einem Solarausstiegsgesetz.

Als Grund für die radikale Absenkung des Zubaukorridors mussten die hohen Kosten der PV-Förderung erhalten. Lagen die Einspeisetarife für Solarstrom vor einigen Jahren tatsächlich noch weit über dem Förderniveau für andere erneuerbare Energien, so haben gerade die außerplanmäßigen Kürzungsrunden der Jahre 2010 und 2011 zu einer Halbierung der Solarförderung gegenüber 2008 geführt. Auch ohne zusätzliche Kürzung hätte sich die Förderhöhe laut geltender Gesetzeslage zudem im Jahr 2012 um 30 Prozent verringert und damit das Niveau der Vergütung von offshore-Wind-Anlagen erreicht. Während die Förderung dezentraler Solaranlagen kontinuierlich abgeschmolzen wird, wird die besonders kapitalintensive Form erneuerbarer Stromproduktion in Mega-Windparks auf dem Meer noch bis zum Jahr 2018 von Kürzungen verschont. Darüber hinaus wird die Errichtung von Offshore-Windanlagen über ein im Juni 2011 aufgelegtes Sonderprogramm „Offshore Windenergie“ der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) mit einem Kreditvolumen von 5 Mrd. Euro gefördert. Kürzlich legten die Minister Altmaier und Rösler am 2. Juli 2012 ein weiteres Maßnahmenpaket vor, mit dem „der Ausbau der Offshore-Windenergie beschleunigt werden soll“⁴.

Bei der Förderung der offshore-Windenergie zählt das Kostenargument offensichtlich nicht im gleichen Maße wie bei der Solarenergie. Vielleicht weil die großen offshore-Windparks mit ihrer weniger stark schwankenden Stromproduktion besser in das bestehende zentralistische System der Stromversorgung integrierbar sind als die Solarenergie? Oder weil die Investition in die kapitalintensiven offshore-Windparks den Energiekonzernen leichter fällt als kleinen Stadtwerken oder Energiegenossenschaften?

Die seitens der Bundesregierung gewünschte Kappung des Zubaus neuer Solaranlagen mit den hohen Kosten zu begründen, ist also angesichts der privilegierten Behandlung des „teuren“ offshore-Windkraft zumindest ungläubwürdig. Denn die Zeiten, in denen Solarstrom auch im Vergleich zu anderen erneuerbaren Energien eine recht kostspielige Investition in die Zukunft war, sind vorbei.

So klar die Ziele der Bundesregierung sind, so planlos und von hektischem Aktionismus geprägt erscheint ihr Vorgehen. Auch dafür liefert die zurückliegende EEG-Novelle zur Kürzung der Solarförderung eindrucksvolle Beispiele. So wurde der Ministervorschlag, die Fördersätze bereits zum 9. März 2012 und damit innerhalb von zwei Wochen zu kürzen, Ende Februar zwar noch vom Bundeskabinett gebilligt. Doch bereits der am 6. März 2012 von den Ko-

⁴ Offshore-Netzausbau wird beschleunigt. BMU-Pressemitteilung Nr. 097/12 vom 2. Juli 2012.

alitionsfraktionen in den Bundestag eingebrachte Gesetzesentwurf sah die Kürzungen „erst“ für den 1. April 2012 vor. In ihrem Bemühen rasch Handlungsfähigkeit zu beweisen, hatten die Minister rechtsstaatliche Standards wie den gesetzlichen Vertrauensschutz vergessen. Kollateralschaden für die Solarbranche: Unmittelbar nach Verkündung der Kürzungspläne Ende Februar wurden Bestellungen storniert und Bankkredite widerrufen. Und die Ungewissheit der Branche sollte sich in den folgenden vier Monaten nicht ändern.⁵

Die Gesetzesnovelle wurde zwar – mit zahlreichen Änderungen gegenüber dem Ministervorschlag – bereits am 29. März 2012 mit der Mehrheit von CDU/CSU und FDP verabschiedet. Bevor sie in Kraft treten konnte, wurde sie aber am 11. Mai 2012 vom Bundesrat einkassiert und in den Vermittlungsausschuss von Bundesrat und Bundestag verwiesen. Zur notwendigen Zweidrittel-Mehrheit im Bundesrat trugen auch unionsgeführte Landesregierungen im Interesse der dort ansässigen Solarindustrie bei. Diese Entscheidung des Bundesrates traf den federführenden Minister Röttgen zum denkbar ungünstigsten Zeitpunkt – zwei Tage vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, zu der Röttgen als CDU-Spitzenkandidat für den Ministerpräsidenten antrat.

Erst am 27. Juni 2012 und damit drei Monate nach Beschluss des Bundestags gelang dem Vermittlungsausschuss eine Einigung, die am 28. Juni bzw. 29. Juni 2012 von Bundestag bzw. Bundesrat verabschiedet wurde. Viele Detailregelungen wurden geändert, die zusätzlichen Kürzungen jedoch im Wesentlichen beibehalten.⁶ Die Absenkung des Zubaukorridors für neue Anlagen wurde fallen gelassen. Stattdessen wurde jedoch vereinbart, dass die Solarförderung beendet wird, sobald die installierte Leistung an PV-Anlagen 52 Gigawatt (GW) überschreitet. Bei einem mit den Jahren 2010/2011 vergleichbarem PV-Zubau von jährlich etwa 7 GW würde die Einspeisevergütung für Solarstrom damit im Jahr 2015 auslaufen. Statt der beabsichtigten Entschleunigung des PV-Zubaus könnte diese Regelung genau das Gegenteil auslösen. Angesichts des bevorstehenden Endes der Solarförderung könnte der erzielte Kompromiss einen „Run“ auf die verbleibenden förderfähigen PV-Kapazitäten auslösen. Die *Financial Times Deutschland* kommentierte die Einigung im Vermittlungsausschuss denn auch wie folgt: „Das absehbare Ende der Förderung könnte den Ausbau nun jedoch auf neue Rekorde beschleunigen. Die weltweite Produktionskapazität liegt bei 50.000 MW. Branchenkenner erwarten, dass sich nun die gesamte Solarbranche auf den deutschen Markt konzentrieren wird, um die noch verbleibenden Fördermilliarden abzugreifen.“⁷

⁵ Die angekündigte Kürzung zum 1. April 2012 führte zu einer hohen PV-Installationsrate im März 2012 von 1.222 MW und einem drastischen Rückgang auf 358 MW im April 2012. Die Daten für Mai und Juni 2012 liegen noch nicht vor. Vgl. Datenmeldungen zu neu installierten PV-Anlagen bei der Bundesnetzagentur auf <http://www.bundesnetzagentur.de>.

⁶ Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses zu dem Gesetz zur Änderung des Rechtsrahmens für Strom aus solarer Strahlungsenergie und zu weiteren Änderungen im Recht der erneuerbaren Energien. Drucksache 17/10103. Deutscher Bundestag, 27.6.2012.

⁷ Solarindustrie rüstet sich für Förderfinale. *Financial Times Deutschland*, 27.06.2012. Die in

Netzausbauplanung konserviert zentralistisches System

Neben der Stromerzeugung ist der Umbau der bisherigen Infrastruktur des Stromsektors entscheidend für einen Systemwechsel bei der Stromversorgung. Hier droht ein Nadelöhr für den Ausbau erneuerbarer Energien. Denn Stromspeicher für windarme Zeiten und sonnenarme Nächte existieren bislang kaum. Die Stromnetze sind zudem noch auf „Grundlast“ gepolt, also auf Atom- und Kohlekraftwerke ausgerichtet. Und die Übertragungsnetzbetreiber scheinen im Einvernehmen mit der Bundesregierung nichts daran ändern zu wollen.

Mit den „Energiewende“-Beschlüssen von Juni 2011 wurde auch ein neues Verfahren für die Feststellung des Netzausbaubedarfs verabschiedet. Auf Basis eines gemeinsam mit der Bundesnetzagentur erstellten Szenariorechnens erstellen die Betreiberunternehmen der großen Übertragungsnetze einen Netzentwicklungsplan. Dieser bildet wiederum die Grundlage für den Entwurf eines Bundesbedarfsplans der Bundesnetzagentur, der dem Bundestag vorgelegt und dort schließlich verabschiedet wird. In diesem Plan wird dann der konkrete Bedarf an notwendigen Netzausbau- und -optimierungsmaßnahmen offiziell festgestellt.

Am 30. Mai 2012 haben die vier Übertragungsnetzbetreiber – 50Hertz, Amprion, TenneT TSO und TransnetBW – erstmals einen Entwurf für den ab sofort jährlich zu erstellenden Netzentwicklungsplan (NEP) veröffentlicht.⁸ Der NEP sieht einen mit 3.800 Kilometern recht umfangreichen Neubaubedarf für Hochspannungsleitungen, im wesentlichen vier Nord-Süd-Stromtrassen, vor – was bei näherer Betrachtung des Verfahrens der NEP-Erstellung aber nicht weiter verwunderlich ist.

Den, *erstens*, liegt die Erstellung des NEP in den Händen der vier privaten Übertragungsnetzbetreiber. Deren betriebswirtschaftliches Interesse ist der Transport von möglichst viel Energie und somit der Ausbau der Übertragungsnetze. Nicht Optimierung, sondern Maximierung des Netzausbaus ist ihr Anliegen. Denn schließlich ist dem Netzbetreiber bei Neuinvestitionen in die Stromnetze eine Eigenkapitalrendite von neun Prozent garantiert.⁹

die Krise geratene Produzenten von Solarzellen und -modulen in Deutschland hilft dies jedoch nur wenig. Da gegenwärtig weltweit Überkapazität bei Produktionsanlagen für Solaranlagen bestehen, sind sie zumindest kurz- und mittelfristig einem ruinösen Preiswettbewerb ausgesetzt. Die Bundesländer mit Solarindustrie haben im Vermittlungsausschuss nur einen unverbindlichen Satz zu den heimischen Produktionsstätten heraushandeln können. In einer Protokollerklärung heißt es: „Die Bundesregierung setzt sich für faire Wettbewerbsbedingungen für die deutsche Solarindustrie ein. In diesem Zusammenhang prüft sie die dafür geeigneten Maßnahmen.“ Gegen den Niedergang der heimischen Branche hätten aber nur kurzfristige Maßnahmen wie ein zinsvergünstigtes Kreditprogramm geholfen. Besonders tragisch ist dies für einige Regionen Ostdeutschlands wie das sog. Solar Valley in der Region um Bitterfeld-Wolfen (Sachsen-Anhalt), die vor zwanzig Jahren schon einmal einen Zusammenbruch ihrer örtlichen Industrie verkraften mussten.

⁸ Netzentwicklungsplan Strom 2012. Entwurf der Übertragungsnetzbetreiber. 30. Mai 2012. <http://www.netzentwicklungsplan.de>

⁹ Da das Stromnetz ein natürliches Monopol ist, unterliegt es einer Regulierung durch die Bundesnetzagentur. Diese legt eine maximale Verzinsung des Eigenkapitals bei Neuinvestitionen in die Stromnetze fest, die über die Einnahmen aus den Netznutzungsentgelten von den Netz-

Die Erstellung des NEP ist, *zweitens*, nicht in ein Gesamtkonzept eingebunden, das die Möglichkeiten eines dezentralen Lasten- und Speicher-Managements zur Minderung des Netzausbaubedarfs berücksichtigt. Denn über den Einsatz von Stromspeichern, durch ein gezieltes Lastenmanagement bei Großverbrauchern oder eine lastenorientierte Steuerung von Kraft-Wärme-Kopplungs- oder Biogasanlagen kann die über Hochspannungsleitungen abzutransportierende Strommenge deutlich vermindert werden. Selbiges gilt für einen möglichen Ausbau erneuerbarer Energien im Süden Deutschlands, hier wurden einige Ausbauziele der Bundesländer im NEP schlicht ignoriert. Die Energieeinsparziele der Bundesregierung wurden erst gar nicht berücksichtigt.

Neben diesen strukturellen Mängeln zeigt sich an vielen anderen Stellen, dass der vorgelegte Entwurf des Netzentwicklungsplans im Wesentlichen auf einer Fortschreibung der bestehenden zentralen Struktur der Stromversorgung fußt. So bemängelt der BUND, dass die Übertragungsnetzbetreiber im NEP von einer viel zu hohen künftigen Strommenge aus Kohlekraftwerken ausgehen.¹⁰ Die prognostizierten Strommengen aus Kohlekraftwerken für das Jahr 2022 lägen weit über den Annahmen in den Energieszenarien der Bundesregierung. Rein rechnerisch entspräche dieser Unterschied der Stromproduktion von über 30 Kohlekraftwerken und einem Mehr-Ausstoß von etwa 90 Millionen Tonnen CO₂ im Jahr 2022. Zwar hätten die Netzbetreiber die von der Bundesnetzagentur vorgeschriebene reduzierte Leistung von Kohlekraftwerken für ihre Berechnungen akzeptiert. Gleichzeitig hätten sie jedoch die Auslastung, also die Leistungsdauer der Kohlekraftwerke, in ihren Annahmen drastisch erhöht und damit auch die produzierte Strommenge. So lägen die Annahmen der Netzbetreiber zur künftigen Auslastung von Braunkohlekraftwerken mit 8.000 Volllaststunden im Jahr 2022 nicht nur deutlich über dem heutigen Durchschnittswert, sondern auch über dem, was technisch für die derzeit vorhandenen Kraftwerke leistbar sei. Der BUND kommt zu dem Schluss, dass diese Netzplanung neben der besseren Auslastung von fossilen Kohlekraftwerken möglicherweise auch dem Ziel diene, neue Kohlekraftwerke bauen zu können. Damit weist die Planung der Netzbetreiber eine Diskrepanz zu den erklärten energie- und klimapolitischen Zielen der Bundesregierung auf. Darauf deuten auch andere vermeintliche Marginalien im Netzentwicklungsplan hin, auf die das Wuppertal Institut hinweist.¹¹ So steht im NEP, dass das „Ziel eines Anteils der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung von 35 Prozent bis 2020 und 50 Prozent bis 2030 in allen Szenarien erreicht“¹² werde.

betreibern erzielt werden darf. Aufgrund der Monopolstellung ist die „erlaubte“ Eigenkapitalrendite auch die tatsächlich realisierte.

¹⁰ Siehe: http://www.bund.net/pdf/netzentwicklungsplan_analyse: Kein Netzausbau für Kohlekraftwerke! BUND-Analyse zu den Annahmen der Stromerzeugung in Kohlekraftwerken im Netzentwicklungsplan. 29.06.2012.

¹¹ Stellungnahme des Wuppertal Instituts im Rahmen der Konsultation zum Entwurf des Netzentwicklungsplan 2012. Wuppertal. 06.07.2012. <http://www.wupperinst.org>

¹² Netzentwicklungsplan, a.a.O., S. 68.

Unterschlagen wird, dass es sich dabei laut Erneuerbare-Energien-Gesetz um Mindestziele handelt, die spätestens bis zum angegebenen Jahr zu erfüllen seien.¹³ Das Einhalten der klimapolitischen Ziele der Bundesregierung wird zudem wenig nachvollziehbar dargelegt und zumindest eines der drei Ausbauszenarien verfehlt die Klima-Ziele ganz.

Die Übertragungsnetzbetreiber setzen im vorgelegten Entwurf des Netzentwicklungsplans damit auf ein „weiter so“ der zentralen Erzeugungsstrukturen im Stromsektor. Auch die Bundesnetzagentur hat durch die Festlegung der Szenariorahmen ihren Teil dazu beigetragen. So ist das Fazit von Eurosolar zum Netzentwicklungsplan eindeutig: „Der grundsätzliche Kurs, ein zentralistisches Versorgungssystem zu konservieren und in der Netzstruktur dauerhaft zu verankern, stand nie zur Disposition.“¹⁴

Beim Netzausbau sollen offensichtlich Tatsachen geschaffen werden, während die Bundesregierung bei der Entwicklung der für einen zunehmenden Anteil dezentraler erneuerbarer Energien notwendigen Speichermöglichkeiten deutlich moderater vorgeht. Auch eine Reduzierung der Jahreshöchstlast durch ein gezieltes Lastenmanagement wurde bislang nicht vorangetrieben. Würde ein Teil des Stromverbrauchs einiger Großverbraucher wie Kühllhäuser oder bestimmte Industrieanlagen nur um wenige Stunden verschoben, ließe sich damit der Spitzenlastbedarf erheblich senken – ohne dass Produktionsprozesse unterbrochen werden müssten.¹⁵ Weniger Kraftwerkskapazitäten müssten vorgehalten und weniger Stromnetze gebaut werden.

Mit der Vernachlässigung der Möglichkeiten eines dezentralen Lasten- und Speichermanagements provoziert die Bundesregierung, ein Nadelöhr für den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien für die Zeit nach 2020 zu schaffen. Also genau für jenen Zeitraum, in dem die letzten sechs Atomkraftwerke abgeschaltet werden sollen.

¹³ Laut Ausbauprognose des Bundesverbandes Erneuerbare Energien ist ein Anteil von 47 Prozent am Stromverbrauch bis 2020 möglich. In der Vergangenheit wurden die Branchenprognosen immer übertroffen. Die Deutsche Energieagentur hat aus Prognosen der Bundesländer abgeleitet, dass erneuerbare Energien bis zum Jahr 2020 einen Anteil von über fünfzig Prozent zur Stromversorgung beisteuern können. Vgl. Stromversorgung 2020. Wege in eine moderne Energiewirtschaft. Strom-Ausbauprognose der Erneuerbare-Energien-Branche. Januar 2009, Berlin. Deutsche Energie-Agentur: Zusammenführung der Zielsetzungen/Ausbauerwartungen der Bundesländer (bottom up-Analyse). Präsentation bei der Plattform „Zukunftsfähige Netze“ des Bundeswirtschaftsministeriums, Juli 2011, Berlin.

¹⁴ Eurosolar: Netzentwicklungsplan – Konzerninteressen gegen Bürgerbeteiligung und Energiewende. Pressemitteilung vom 11. Juli 2012, Bonn.

¹⁵ Die in Japan nach dem Reaktorunfall von Fukushima unfreiwillig gesammelten Erfahrungen bieten hier gute Anknüpfungspunkte. Vgl. Luhmann, Jochen: Die Sozialtechnik Setsuden. Ifo-Schnelldienst 12/2012, S. 42-46. Hennicke, Peter, Dorothea Hauptstock, Jana Rasch: Die Energiewende ein Jahr nach Fukushima: Defizite der deutschen Energieeffizienzpolitik. deneff Diskussionspapier. Berlin, März 2012. <http://www.deneff.org>

Bye, bye Strombörse

Weniger im Licht der medialen Öffentlichkeit ist ein weiterer Kulminationspunkt, an dem der Transformationsprozess der Stromversorgung gut erkennbar ist: die Strombörse. Dort ist der systemische Kippunkt schon erreicht. Die Strombörse ist in der gegenwärtigen Form als Koordinierungsinstrument für den Strommarkt am Ende.

Der Handel an der Strombörse ist als „Energy-only-Markt“ organisiert. Dies bedeutet, dass sich der börsliche Preisbildungsmechanismus nach den „variablen Kosten“ der Stromerzeugung richtet, sich also im Wesentlichen an den Brennstoffkosten orientiert. Seit Einführung des Emissionshandels im Jahr 2005 sind auch die für die Stromerzeugung in fossilen Kraftwerken benötigten CO₂-Zertifikate Bestandteil der variablen Kosten. Jahrelang galt als Daumenregel: Atom- und Braunkohlekraftwerke haben die niedrigsten Brennstoffkosten, danach folgen Steinkohle- und schließlich Gaskraftwerke. Bei geringer Stromnachfrage kommen gemäß dieser Einsatzreihenfolge der Kraftwerke – der sogenannten *merit order* – am Markt nur die „billigen“ Kraftwerkstypen zum Zuge, in den Stunden des Höchstverbrauchs werden auch die „teureren“ Gaskraftwerke zugeschaltet. Immer das letzte Kraftwerk, das beim stündlichen Mengenfixing an der Strombörse noch den Zuschlag erhält, bestimmt den Strompreis. Dieser gilt dann für alle Kraftwerksbetreiber. Abgeschriebene Atomkraftwerke fahren so zu Lashöchstzeiten Riesengewinne ein, können sie doch bei niedrigen variablen Kosten ihren Strom zu den vergleichsweise hohen Kosten des Gaskraftwerks verkaufen.

Mit variablen Kosten nahe Null liegen erneuerbare Energien quer zur Logik des geschilderten Preisbildungsmechanismus. Sie reihen sich noch vor den Atomkraftwerken in die *merit order* und senken damit den Strompreis an der Börse. Denn die „teuren“ Gaskraftwerke müssen entsprechend seltener zugeschaltet werden. Dies führt schon beim gegenwärtigen durchschnittlichen Anteil von 20 Prozent erneuerbaren Energien am Strommix zu kuriosen Marktentwicklungen wie dem Auftreten negativer Strompreise. Weht ein kräftiger Wind und scheint gleichzeitig die Sonne, drängte an einigen Tagen in den letzten Monaten schon mal soviel Strom ins Netz und damit an die Börse, dass das Angebot an Strom aus erneuerbaren Energien sowie einem Grundsockel aus Atom- und Kohlestrom stundenweise die Nachfrage überstieg. Für die Betreiber der fossil-nuklearen Kraftwerke war es entweder technisch nicht möglich oder wirtschaftlich nicht sinnvoll ihre Kraftwerke für diese Stunden herunterzufahren. Die Kosten des Herunterfahrens wären so hoch gewesen, dass die Kraftwerksbetreiber lieber einigen Großabnehmern die kurzfristige Stromabnahme mit einigen Cent pro Kilowattstunde versüßten. Die Möglichkeit des Abgleitens der Strompreise unter Null wurde erst auf Betreiben der „alten“ Energiewirtschaft durchgesetzt. Denn die Alternative, ein häufigeres Herunterfahren der Kraftwerke, ginge zu Lasten der Lebensdauer der Kraftwerke.¹⁶

¹⁶ Welter, Philippe: EEG-Umlage als neuer Strompreis. In: Photon, Mai 2012, S. 18-24.

Ein weiterer und viel weiter reichender Effekt besteht darin, dass insbesondere der PV-Strom zur Mittagszeit, sobald die Sonne im Frühjahr etwas stärker scheint, regelmäßig die vormaligen Höchstpreisspitzen wegpuffert. Damit sinken die Einsatzzeiten für Gaskraftwerke, die bislang insbesondere zu diesen Zeiten der höchsten Nachfrage zugeschaltet wurden. Die erneuerbaren Energien zerstören damit beim bestehenden System der Preisbildung zunehmend das Preissignal für Neubauten von Gaskraftwerken – genau jenen Kraftwerkstypen also, die wegen ihrer flexiblen Einsatzweise die ideale Ergänzung eines wachsenden Anteils erneuerbarer Energien sind. Sie stehen kurzfristig bereit, wenn der Wind einmal nicht wie vorgesehen weht.

Die den Strompreis senkende Wirkung erneuerbarer Energien an der Strombörse führt auch dazu, dass das bisherige Geschäftsmodell von Pumpspeicherkraftwerken nicht mehr funktioniert. Bislang pumpten diese mit billigem Nachtstrom Wasser in die Speicherbecken auf den Berg hinauf, um es am nächsten Mittag zur Zeit der Höchstlast- und -preisspitzen zur Stromerzeugung wieder abzulassen. Während die Entwicklung von Stromspeichern als zentralem Element für eine vollständig erneuerbare Stromversorgung an anderer Stelle vorangetrieben wird, zerstört das durch erneuerbare Energien ausgelöste Preissignal an der Strombörse die Einsatzmöglichkeiten für eine der wenigen jetzt schon existierenden Stromspeichermöglichkeiten.

Und als wäre das nicht genug, führen die durch erneuerbare Energien gesenkten Preise an der Strombörse mittelbar zu einem Anstieg der sog. EEG-Umlage. Die Differenz zwischen der garantierten Einspeisevergütung, die die Netzbetreiber für Strom aus erneuerbaren Energien gemäß Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) den Anlagenbetreibern zahlen müssen, und dem „normalen“ Strompreis an der Börse legen die Netzbetreiber auf alle Stromkunden um. Sinkt nun der Preis an der Strombörse, vergrößert sich die Lücke zum gesetzlich fixierten Einspeisetarif. In selben Maße, wie derart die Umlagehöhe steigt, sinkt also die Kosten der erneuerbaren Energien – scheinbar – erhöhen, sinkt deren Akzeptanz, ist die Höhe der EEG-Umlage doch auf jeder Stromrechnung ausgewiesen.

Um die mangelnden Preissignale für erforderliche Investitionen zu korrigieren, tobt in Fachkreisen eine heftige Debatte um so genannte Kapazitätsmärkte. Durch garantierte Zahlungen für das Vorhalten von Kraftwerkskapazitäten – unabhängig von deren Einsatz – sollen Neuinvestitionen in Gaskraftwerke oder Pumpspeicherkraftwerke schmackhaft gemacht werden. Allein der Bundesverband der Elektrizitäts- und Wasserwirtschaft (BDEW) warnt vor zu starken Eingriffen in den Markt und hält die Fahne des freien Wettbewerbs hoch.¹⁷ Ansonsten wird von Grünen bis FDP über das wann und wie von Kapazitätsmärkten gestritten.¹⁸

¹⁷ Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft: Wettbewerb für Strom und Gas braucht eine konsequent marktgerechte Politik. Positionspapier, 03.01.2012, Berlin.

¹⁸ Reimer, Nick: Grüne wollen einen Kapazitätsmarkt. www.klimaretter.info, 12. Juli 2012.

Halten wir fest: Die Preissignale der Strombörse sorgen weder für Investitionen in erneuerbare Energien noch in Gaskraftwerke oder Stromspeicher – die zentralen Pfeiler einer konsequenten Energiewende. Sie garantiert allein (noch) den rentierlichen Betrieb von Kohle- und Atomkraftwerken. Dazu kommt: Eine konsequente Energiewende vorausgesetzt, besteht eine zentrale Herausforderung zukünftig in der Koordination von schwankender Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, dem Einsatz von Stromspeichern und einer Nachfrigesteuerung. Warum sollte man diese Aufgabe einer reinen Preissteuerung über die Börse überlassen?¹⁹

Die Bundesregierung verschließt vor dieser Konsequenz die Augen. In seiner schriftlichen Stellungnahme zu einer Bundestagsanhörung zur Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes bemerkte einer der Sachverständigen daher treffend: Der Gesetzesentwurf – und damit die Bundesregierung –, „geht von der irrigen Annahme aus, dass die erneuerbaren Energien in das bisher bestehende Energy-Only-Marktmodell integriert werden können und müssen. Dieser Versuch ist zum Scheitern verurteilt.“²⁰

Emissionshandel: Extraprofit statt Klimaschutz

Als Wunderwaffe für Klimaschutz und den Wandel der Stromerzeugung gedacht, führt der Emissionshandel als Determinante für Investitionen der Energiewirtschaft gegenwärtig nur ein Schattendasein. Seit November 2011 liegen die CO₂-Preise beständig bei sechs bis acht Euro und haben damit nur einen marginalen Einfluss bei Investitionsentscheidungen. Erwartet hatte die Bundesregierung Preise zwischen 15 und 20 Euro. Schlimmer noch: Im Jahr 2011 gab es im EU-Emissionshandel überschüssige Emissionsrechte im Wert von 950 Mio. Tonnen CO₂, die bis zum Jahr 2013 auf 2 Milliarden Euro anwachsen werden.²¹ Dass der CO₂-Preis gegenwärtig überhaupt noch über Null liegt, hängt allein damit zusammen, dass jetzt erworbene CO₂-Gutschriften auch in die dritte Handelsperiode von 2013 bis 2020 transferiert werden können. Hauptgründe für diesen Überschuss sind die große Menge an Emissionsgutschriften aus Drittländern außerhalb der EU, insbesondere aus dem sog.

¹⁹ Alternativ könnten die Netzbetreiber – am besten in öffentlicher Hand – anstelle der Strombörse die Schnittstelle zwischen Stromerzeugung und -verbrauch übernehmen. So wie sie bislang schon den EEG-Strom von den Erzeugern abnehmen, könnten sie zukünftig auch den Strom aus dem auslaufenden fossil-nuklearen Kraftwerkspark orientiert an den Erzeugungskosten plus einer vereinbarten Rendite ankaufen. Als Hüter der Netzstabilität könnten sie eine physikalisch-technische statt einer rein preisgesteuerten Koordination von Stromerzeugung und -verbrauch vornehmen. Die Netzgesellschaften wären Dienstleister für eine sichere und stabile Stromversorgung für Stadtwerke und andere Stromversorger, die den Strom zum Endkunden bringen.

²⁰ Welter, Philippe: Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Rechtsrahmens für Strom aus solarer Strahlungsenergie und zu weiteren Änderungen im Recht der erneuerbaren Energien. 20.03.2012. Ausschussdrucksache 17(16)510-B.

²¹ Hermann, Hauke und Felix Chr. Matthes: Strengthening the European Union Emissions Trading Scheme and Raising Climate Ambition. Facts, Measures and Implications. Report by the Öko-Institut for Greenpeace/WWF, June 2012.

*Clean Development Mechanism (CDM)*²², sowie die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise in vielen europäischen Ländern.

Die Bundesregierung sperrt sich gegen Versuche der EU-Kommission, einen Teil dieser überschüssigen Emissionsrechte vorübergehend aus dem System zu nehmen. Die niedrigen CO₂-Preise und der Überfluss an Emissionsrechten verschafft insbesondere der Braunkohlewirtschaft, der CO₂-intensivsten Form der Stromerzeugung, eine rosige Zukunft. Die Möglichkeit einer Verknappung der EU-weit verfügbaren CO₂-Zertifikate durch die Erhöhung des EU-Klimaschutzziels auf 30 Prozent verfolgt die Bundesregierung mit begrenztem Engagement. Beispielhaft dafür ist, dass die einzig offizielle Positionierung zum 30Prozent-Ziel sich auf Seite 144 des Fortschrittsberichts zur Nachhaltigkeitsstrategie versteckt.

Die Bilanz des Emissionshandels bleibt verheerend. Klimapolitisch bleibt er bestenfalls wirkungslos, hat aber in den Jahren seit seiner Einführung den Energiekonzernen einige Milliarden Euro Zusatzgewinne beschert.

Als wäre dies nicht genug, fließen die aufgrund der niedrigen CO₂-Preise nur noch geringen Einnahmen aus der Versteigerung der CO₂-Zertifikate partiell in ein Förderprogramm für den Bau fossiler Kraftwerke.²³ Ein Förderprogramm, von dem selbst der CDU-Bundestagsabgeordnete von der Marwitz sagt: „Doch auch die Bundesregierung muss sich fragen lassen, wie sinnvoll ein Förderprogramm für Kraftwerksneubauten ist. Mit Geldern aus dem Emissionshandel sollen 2013 bis 2016 fossile Kraftwerke mit mehr als 300 Megawatt Leistung subventioniert werden.“²⁴

Die Bundesregierung hat es geschafft, den Begriff der „Energiewende“ in der öffentlichen Wahrnehmung für sich zu besetzen. In geradezu dialektischer Weise kehrt sie in ihrem aktiven Tun dessen ursprüngliche Bedeutung ins Gegenteil um. Wende heißt nun „weiter so“.

²² Hintergründe zum EU-Emissionshandel und zum CDM finden sich in Brouns, Bernd: Mit dem Markt das Klima schützen? Die Fallen des Emissionshandels. In: Forum Wissenschaft 2/09, S. 22-25.

²³ Vgl. dazu Brouns 2011, a.a.O..

²⁴ von der Marwitz, Hans-Georg: Das Schnupperrn fossiler Morgenluft. www.klimaretter.info 02.07.2012.

Sinns „Paradoxon“ oder warum Marktkräfte das Klima nicht schützen können¹

Problemdarstellung

In seinem von Politikern, Unternehmern und Medien vielfach gelobten Buch gelang Hans-Werner Sinn, dem Chef des Münchener Instituts für Wirtschaftsforschung, das Kunststück nachzuweisen, dass alle selektiv gedachten und auch praktisch umgesetzten Klimaschutzmaßnahmen dem Klimaschutz nicht nützen, sondern schaden.² Dabei verfolgt Sinn, im Unterschied zu vielen anderen neoliberalen Ökonomen, durchaus nicht die Absicht, den Klimaschutz mit ökonomischen Argumenten als überflüssig zu erklären. Ganz im Gegenteil widmet er einige Kapitel seines Buches der ausführlichen Begründung, dass Politik dringend handeln müsse, um den Klimawandel zu bremsen. Mehr noch: Sinn, immerhin Wortführer der neoliberalen Ökonomen in Deutschland, hängt sich, gemessen an der sonst üblichen Marktgläubigkeit seiner Zunft, weit aus dem Fenster und erklärt den Klimawandel, in Anlehnung an den Bericht der Stern-Kommission,³ zum „größten Marktfehler in der Geschichte der Menschheit“.⁴ Mit seiner Kritik der herkömmlichen Klimaschutzmaßnahmen will Sinn ferner zum einen auf die unbeabsichtigten Folgen der gängigen Klimaschutzmaßnahmen, wie Ökosteuern, Emissionshandel (Kioto-Instrument), aufmerksam machen und zum anderen Alternativen aufzeigen, die ökologisch funktionieren. Sinns Kritik der Kioto-Instrumente basiert auf zwei grundlegenden Feststellungen:

Erstens setzten die Kioto-Instrumente auf der Nachfrageseite an und beeinflussten somit lediglich das Verhalten der Marktakteure auf der Nachfrageseite der fossilen Weltmärkte. Diese einseitige Betrachtung durch das „Vergessen der Angebotsseite“ müsse zu Fehleinschätzungen und nicht beabsichtigten Folgen führen, die dem Klimaschutz zuwiderlaufen. *Zweitens* würden Kioto-Instrumente selektiv angewandt und dadurch Nebenwirkungen ausgelöst, die dem Klimaschutz ebenfalls abträglich seien. Demzufolge plädiert Sinn für eine Korrektur der Klimaschutzpolitik durch Berücksichtigung der Anbieterseite und für Strategien, die wirklich funktionieren. Des weiteren hebt Sinn auch die Bedeutung von besonderen, bisher jedoch kaum beachteten Gesetzmäßigkeiten der Märkte bei natürlichen Ressourcen hervor, um die Angebotsent-

¹ Ich danke Thomas Sauer für die Durchsicht des Textes und seine Anmerkungen, die ich gern berücksichtigt habe.

² Hans-Werner Sinn: Das grüne Paradoxon. Plädoyer für eine illusionsfreie Klimapolitik. 2009. Hamburg.

³ N. Stern: The Economics of Climate Change. The Stern Review, 2007, Cambridge UK.

⁴ Sinn 2009, a.a.O., S. 376.

scheidungen der Ressourceneigentümer zu verstehen, „denn beim Angebot natürlicher Ressourcen geht es nicht wie beim Angebot anderer Güter um Entscheidungen, die die Gegenwart und die unmittelbare Zukunft betreffen, sondern um extrem langfristige Erwägungen (...), deren Implikationen sich für die Eigentümer und ihre Erben über viele Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte, erstrecken.“⁵ Dazu greift Sinn auf eine ökonomische Regel zurück, die Harald Hotelling bereits 1931 formuliert hatte. Demnach hängt die Anbieterentscheidung bei natürlichen Ressourcen von der ökonomischen Abwägung zwischen Gegenwart und Zukunft ab. Wird nämlich die Steigerungsrate des Ressourcenwertes höher eingeschätzt als die Zinsrate auf den Finanzmärkten, so halten sich Ressourceneigentümer mit der Erhöhung ihres Angebotes in der Gegenwart zurück und umgekehrt (Hotelling-Regel).⁶ „Da alle Ressourceneigentümer“, folgert Sinn aus der Hotelling-Regel, „diesem einfachen Entscheidungsprinzip folgen, würde sich der Preis der schon geförderten Rohstoffe bei konkreten Erwartungen so entwickeln, dass der Wertzuwachs der im Boden belassenen Lagerbestände in etwa der Kapitalrendite gleicht, die durch den Verkauf der Rohstoffe erzielt werden kann. Bieten die Kapitalmärkte die attraktiveren Bedingungen, werden sich die meisten Eigentümer entschließen, den Ressourcenabbau vorzuziehen und die Erlöse anzulegen.“⁷

Indem Sinn dieses erweiterte Marktmodell auf den gesamten weltweiten Energiesektor anwendet, verfügt er über hinreichende Argumente, um die bisherige Klimapolitik und Kioto-Instrumente, wie sie in den westlichen Industriestaaten bisher angewandt worden sind, plausibel zu kritisieren. Sein Kerngedanke dabei ist folgender: Alle klimapolitischen Maßnahmen verfolgten das Ziel, den Verbrauch an fossilen Energieträgern zu reduzieren, was letztlich darauf hinauslief, die Ressourceneigentümer langfristig zu enteignen. Auf die Enteignungsperspektive reagierten die Ressourceneigentümer jedoch mit verstärkter Extraktion ihrer Ressourcen, um rechtzeitig einen möglichst größeren Ressourcenbestand in Geldkapital zu verwandeln und es auf den Finanzmärkten anzulegen. Sinkende Nachfrage nach Kohlenstoffen führe daher nicht zu sinkendem, sondern – entgegen der Marktlogik – zu steigendem Angebot der Ressourcenanbieter, folglich zu sinkenden Weltmarktpreisen für Öl, Naturgas und Kohle und zu steigenden Emissionen. Somit beschleunigten alle auf der Nachfrageseite eingesetzten Klimaschutzmaßnahmen den Klimawandel, statt ihn, wie ursprünglich beabsichtigt, zu bremsen. Sinn bezeichnet dieses Phänomen als das „grüne Paradoxon“.⁸

Außerdem entstünde zusätzlich auch ein Verteilungsproblem, wenn auf der Nachfrageseite die Kioto-Instrumente nicht flächendeckend, sondern selektiv

⁵ Ebenda, S. 331.

⁶ Harald Hotelling : The Economics of Exhaustible Resources, in: The Journal of Political Economy, vol. 39, No. 2., 1931.

⁷ Sinn 2009, a.a.O., S. 363.

⁸ Ebenda, S. 405 ff.

eingesetzt würden. Daher sei es fatal, folgert Sinn, dass nur „ein Teil der Welt grüne Politik betreibt und der andere nicht.“⁹ Wenn beispielsweise Kioto-Länder, allen voran die EU-Staaten, die weniger als 30 % fossiler Energien verbrauchen und die durch Ökosteuern oder Emissionshandel die Energie verteuerten und den Verbrauch senkten, riefen sie bei den Ressourcenanbietern eine Angebotserhöhung und sinkende Weltmarktpreise hervor. Mit ihrer selektiven Politik nutzten diese Instrumente nach Sinn somit nicht dem Klima, sondern den Nicht-Kioto-Ländern. Diese Länder, sagt Sinn, „die für 70 % der globalen CO₂-Emissionen verantwortlich zeichnen, sind die Profiteure dieser Politik. (...) sie erhalten nun den Kohlenstoff billiger und kaufen deshalb mehr davon. Die Amerikaner fahren dann weiter dicke Limousinen. (...) und die aufstiegs- und energiehungrigen Chinesen machen erst recht keine Anstalten, ihre umweltschädliche Wirtschaftsweise zu verändern. Die Europäer, allen voran die Deutschen, subventionieren also den Konsum der amerikanischen und chinesischen Verbraucher, doch für das Klima sind diese Vorgänge neutral.“¹⁰

Der grüne Paradoxon-Effekt entsteht nach Sinn nicht nur bei der Anwendung aller Kioto-Instrumente wie Ökosteuern und Emissionshandel, er entsteht auch bei Maßnahmen in einzelnen Staaten, wie die gesetzliche Einspeisevergütung und sonstige ordnungspolitische Maßnahmen zur Förderung erneuerbarer Energietechnologien, die im Ergebnis ebenfalls den Verbrauch fossiler Energien reduzieren und daher genau so zur Entstehung des grünen Paradoxons führen wie die Kioto-Instrumente.¹¹

Zur Originalität von Sinns „grünem Paradoxon“

Tatsächlich wurden die Ressourcenanbieter in der Klimaschutzdebatte bisher so behandelt, als würden sie im realen Wirtschaftsleben überhaupt nicht existieren. Zutreffend ist daher auch Sinns Feststellung, dass man die klimapolitische Rechnung „ohne den Wirt“ gemacht hat.¹² Insofern legt Sinn mit seinem Buch durchaus den Finger in die Wunde der wissenschaftlichen mainstream-Debatten zum Klimaschutz wie in die der bisher praktizierten Politik. Sinns zentrale Kritikpunkte sind somit wichtig und dienen dazu, die Klimaschutzpolitik neu auszurichten. Ist aber seine Kritik überhaupt neu, wie er selbst be-

⁹ Ebenda, S. 345.

¹⁰ Ebenda. S. 345 f. Sinn übersieht allerdings, dass sinkende Weltmarktpreise für fossile Energien sogar den Preiseffekt auch in den Kioto-Ländern mehr als wettmachen können. Die Nicht-Kioto-Staaten mit ihrem 70 %-Anteil verbrauchen zudem mehr Energie als die Kioto-Länder sparen. Selektive Maßnahmen führen also sowohl zur Kostenumverteilung, wie aber auch zu steigenden Kohlenstoffemissionen, weshalb auch die von Sinn angenommene Klimaneutralität fraglich wird.

¹¹ Ungeachtet seiner ökonomisch zutreffenden Argumentation übersieht Sinn in diesem Falle jedoch die symbolische Wirkung der Windkraftanlagen, die inzwischen in ganz Deutschland und anderen Industrieländern entscheidend mit zum Bewusstseinswandel und zur Überzeugung beigetragen haben, dass eine Wende zum erneuerbaren Energiezeitalter technisch möglich ist.

¹² Ebenda, S. 320 ff.

hauptet? „Erstaunlicherweise wird das Angebot (der Ressourceneigentümer, M.M.) auch in der klimawissenschaftlichen Literatur wenig beachtet. Zwar weiß jeder, dass das Kohlendioxid durch Verbrennung fossiler Stoffe entsteht, doch Klimastudien, die die Angebotsentscheidungen auf den Weltmärkten zu einem integralen Bestandteil der Analyse machen, sind rar.“¹³ Schon an dieser Stelle beginnt meine erste Kritik an Sinns „grünem Paradoxon“.

Seine Feststellung, die Ressourcenanbieterseite sei in der bisherigen Klimadebatte nicht berücksichtigt, ist unzutreffend. Seit 1993 hat der Verfasser dieses Beitrages in mehreren Büchern und zahlreichen Veröffentlichungen ähnliche bzw. noch weitergehende Kritik an den Kioto-Maßnahmen begründet und auch Alternativvorschläge formuliert. Bereits in meinem 1993 veröffentlichten Buch¹⁴ habe ich den sich hinter dem „grünen Paradoxon“ verbergenden Inhalt, wenn auch unter dem Begriff „Dual-System-Theorem“, sehr ausführlich beschrieben¹⁵. Dabei ging meine Analyse weit über die des Problems des verschwenderischen Konsums von Energieressourcen hinaus, es ging um die Analyse der Widersinnigkeit des Verbrauchs sämtlicher erschöpfbarer Ressourcen des Globusses. Denn dank der Dual-System-Mechanismen wurden über Jahrzehnte, entgegen der Marktlogik, Ressourcen im Überfluss und zu sinkenden Preisen auf den Weltmärkten angeboten. In dem sieben Jahre später erschienenen Buch „Das Dilemma der ökologischen Steuerreform“¹⁶ beschreibe ich ausführlich mit dem „Dilemma“ der kontraproduktiven Wirkung von selektiv und auf der Nachfrageseite eingesetzten Klimaschutzmaßnahmen exakt das, was Sinn acht Jahre später als „grünes Paradoxon“ bezeichnet. In beiden Publikationen beziehe ich mich auf neoklassische Marktmodelle und erweitere diese um die Hotelling-Regel und darüber hinaus auch um die Rententheorie von Ricardo und Marx.¹⁷ Über diese beiden Bücher hinaus habe ich die darin enthaltenen zentralen Aussagen weiterentwickelt, so z. B. in der *Zeitschrift für politische Ökologie*, in den *Blättern für deutsche und internationale Politik*, in *Spektrum der Wissenschaften*, in *Die Zeit* usw. In allen diesen Publikationen nimmt bei meiner Kritik an der bisherigen Klimaschutzpolitik die viel später auch von Sinn beklagte Vernachlässigung der Angebotsseite einen zentralen Stellenwert ein. Eine dieser Publikationen trägt die Überschrift „Rechnung ohne den Wirt“¹⁸, eine Begrifflichkeit für diesen grundlegenden Mangel, die Sinn wortgleich in seinem Buch verwendet. Ich erwähne dies deshalb, weil es fast unvorstellbar ist, dass diese durchaus der breiten Öffentlichkeit zugänglichen Publikationen dem Umfeld des Instituts für Wirt-

¹³ Ebenda, S. 330.

¹⁴ Mohssen Massarrat: Endlichkeit der Natur und Überfluss in der Marktökonomie – Schritte zum Gleichgewicht. 1993, Marburg.

¹⁵ Ebenda, S. 96 ff.

¹⁶ Mohssen Massarrat: Das Dilemma der ökologischen Steuerreform. Plädoyer für nachhaltige Klimaschutzpolitik durch Mengenregulierung. 2000, Marburg.

¹⁷ Ausführlicher s. ebenda.

¹⁸ Mohssen Massarrat: Rechnung ohne den Wirt, in: *Die Zeit*, 20.09.1995.

schaftsforschung in München verborgen geblieben sind. Mir erscheint die Frage nach der Originalität deshalb wichtig, weil auch Wikipedia diese Publikationen bei der Vorstellung von Sinns „grünem Paradoxon“, entgegen ihrer eigenen Praxis, unerwähnt lässt.¹⁹

Ungeachtet dieser Frage kommt Hans-Werner Sinn mit seiner Kritik der selektiv und aktionistisch agierenden Klimaschutzprotagonisten auf jeden Fall der Verdienst zu, gesellschaftliche Akteure für ganzheitliche ökonomische Analysen des Klimaproblems sensibilisiert zu haben, die kapitalismuskritische Autoren nie erreichen können. Ich teile zwar Sinns Kritik der Nachfrageorientierung der Klimaschutzinstrumente – wie sollte es auch anders sein, nachdem ich selbst dieselbe Kritik lange vor ihm formuliert habe –, halte jedoch seine eigenen Vorschläge, wie unten im einzelnen darzulegen sein wird, für eine Neuauflage derselben Strategien, die er selbst kritisiert.

Ausklammerung des Faktors politische Macht

Nach der Hotelling-Regel hätten Marktpreise für alle fossilen Energieträger historisch steigen müssen, und zwar aus zwei Gründen: *Erstens*, weil der Ressourcenwert auf Grund von Ressourcenverknappung bei gleichzeitig wachsender globaler Nachfrage hätte kontinuierlich steigen müssen, und *zweitens*, weil das Optimierungsverhalten aller Ressourceneigentümer bei erschöpfbaren Gütern dazu führt, das Angebot zusätzlich zu verknappen, um eine Steigerungsrate des Ressourcenwertes durchzusetzen, die höher ist als die Steigerungsrate des Zinses auf den Finanzmärkten.²⁰ Die Hotelling-Regel setzt allerdings sichere Eigentumsrechte bzw. ökonomische Selbständigkeit der Ressourceneigentümer voraus. Diese Voraussetzung war in den 1930er Jahren in den USA auch tatsächlich gegeben, jedoch nicht mehr nach den Entdeckungen großer Öllagerstätten in den nichtkapitalistischen Staaten (am Persischen Golf, in Südamerika und Afrika) und deren Ausbeutung unter der Kontrolle der multinationalen Ölkonzerne. Denn diese verfolgten auf Grund befristeter Verträge gemäß der Hotelling-Regel das Ziel, möglichst viel Öl aus dem Boden zu holen, um es als Kapital auf den internationalen Finanzmärkten anzulegen. Über Jahrzehnte herrschten auf den Energieweltmärkten daher Überproduktion und Dumpingpreise, weil zum einen die Ressourceneigentümer – neokolonialistisch entmachtet – als Marktakteure marginalisiert worden waren²¹ und zum anderen dadurch auch die Hotelling-Regel (der Ressourcenpreis-Zinsraten-Mechanismus)²² ausgehebelt wurde.

Diese Situation änderte sich jedoch vorübergehend, als es den Ressourceneigentümern Anfang der 1970er Jahre gelang, die Extraktionsverträge mit den

¹⁹ Dankenswerterweise hat mich Thomas Sauer, der meine Publikationen zu diesem Thema kennt, auf Sinns Thesen und den fehlenden Bezug zu meiner Forschung aufmerksam gemacht.

²⁰ Ausführlicher dazu „Zinsraten-Rohstoffpreis-Mechanismus“ in: Massarrat 1993, S. 76 ff.

²¹ Ausführlicher vgl. ebenda, S. 125 ff.

²² Ebenda, S. 76 ff.

Ölkonzernen zu kündigen und ihre Eigentumsrechte zurück zu gewinnen. Der erste Ölpreissprung 1973/74 war Ausdruck von teilweise zurückgelassener Macht der Ressourceneigentümer und des Funktionierens der Hotelling-Regel. Der Machtzuwachs der Ressourceneigentümer blieb trotz Nationalisierung der Eigentumsrechte jedoch nur eine kurze Episode. Rasch hat sich anstelle der neokolonialistisch kontrollierten Ölverträge ein von den USA hegemonialpolitisch kontrolliertes Ölpreisregime etabliert, das die alten Verhältnisse der Marginalisierung der Ressourcenanbieter und der Ölüberproduktion zu Dumpingpreisen wieder herstellte.²³ In diesem Ölpreisregime, das die USA erfolgreich in ihr hegemoniales Herrschaftssystem als ein wichtiges Fundament einfügten,²⁴ erhielten diejenigen Ressourceneigentümer, wie Saudi Arabien, Kuwait, Arabische Emirate – in den westlichen Medien nicht ohne Grund positiv als „Tauben“ gepriesen –, *militärische Sicherheit* und verpflichteten sich als Gegenleistung, die Politik der Ölkonzerne durch beschleunigte Ölausbeutung und Anlage ihres Kapitalüberschusses auf dem US-Finanzmarkt fortzusetzen. Durch dieses ihr ölpolitische Wohlverhalten verletzten die Ölfürstentümer am Persischen Golf, genauso wie zuvor die Ölkonzerne, die ökonomischen Knappheitsregeln. Jenen Ressourceneigentümern, wie Iran, Algerien, Irak, Venezuela, Libyen – in den westlichen Medien als „Falken“ gebrandmarkt –, wurde dagegen ein *regime change* angedroht, weil sie ihre eigenen Ölinteressen verfolgten und nicht bereit waren, sich dem US-Ölpreisregime unterzuordnen.²⁵ Angesichts ihres gewichtigen Marktanteils innerhalb der OPEC setzte sich langfristig das an der Nachfrage orientierte Marktverhalten der „Tauben“ mit Ölpreisen auf niedrigem Niveau durch, während die von den „Falken“ durchgesetzten Ölpreissprünge 1973/74 und 1979/80 nicht von langer Dauer waren.

Sinn – und im Grunde die neoklassische Ökonomie – hat keine plausible Erklärung für die Entwicklung der Ölpreise, weder für niedrige Ölpreise in der Vergangenheit noch für ihre drastische Steigerung in der Gegenwart, weil er die *politische Macht* als den Ölpreis mit beeinflussenden Faktor ausklammert. Sinns Erklärungsversuch für niedrige Ölpreise in der Vergangenheit, indem er die Eigentumsrechte der Ressourceneigentümer in Anlehnung an die *Property-Rights-Theory* als *unsichere Eigentumsrechte* definiert und die „Angst vor dem Putsch“ und „politische Unruhen“ dafür verantwortlich macht, „dass die Ölpreise in der Vergangenheit lange Zeit nicht stiegen und sogar fielen“²⁶, ist ahistorisch und eine Konstruktion. Nicht die Angst vor einem Putsch, sondern das Motiv, die eigene Herrschaft über die Ölreichtümer unter dem militärischen Schutzschirm der USA möglichst lange aufrechtzuerhalten, bestimmte

²³ Zu den Phasen der Ölpreisentwicklung vgl. ebenda, S. 133-193.

²⁴ Ausführlicher dazu: Mohssen Massarrat: Kapitalismus – Machtungleichheit – Nachhaltigkeit. Perspektiven Revolutionärer Reformen, 2006, Hamburg, S. 106 ff.

²⁵ Ebenda.

²⁶ Sinn 2009, a.a.O., S. 386 f.

das Anbieterverhalten der Ölfürstentümer am Persischen Golf²⁷, das der Marktlogik und den ökonomischen Regeln für knappe Güter widersprach und dafür sorgte, dass die Ölpreise trotz Ölnapppheit nicht stiegen, sondern sanken und den hohen Energiekonsum mit verursachten.

Würde man zudem der neoklassischen Erklärung der niedrigen Ölpreise in der Vergangenheit folgen, müsste man als Grund für die drastisch steigenden Ölpreise in der Gegenwart die unsinnige Behauptung aufstellen, die Ölfürstentümer hätten seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts keine Angst mehr vor einem Putsch und politischen Unruhen und würden mit ihrem Angebotsverhalten nunmehr den ökonomischen Knappheitsregeln folgen. Tatsächlich sind diese jedoch im US-Ölpreisregime weiterhin eingebunden und fühlen sich auch an das ölpolitische Wohlverhalten gegenüber den USA und dem Westen insgesamt verpflichtet. Dennoch sind die Ölfürstentümer nicht mehr in der Lage, durch ihre Angebotspolitik das alte US-Ölpreisregime am Leben zu erhalten, weil sich inzwischen die Machtverhältnisse auf der *Nachfrageseite* grundlegend verändert haben. Seit ca. einem Jahrzehnt treten nämlich China, Indien, Brasilien und weitere Schwellenländer als relevante Konsumenten fossiler Energien in Erscheinung und durchbrechen die Nachfragekartellfunktion des US-Ölpreisregimes, indem sie als von diesem unabhängige Marktakteure dazu beitragen, dass die Marktgesetze auf dem Energieweltmarkt zum ersten Mal in der Geschichte beginnen, tatsächlich zu funktionieren.²⁸ Die Ära der politisch bestimmten Ölpreise scheint ein für allemal zu Ende zu gehen. Fortan werden tatsächlich die Marktkräfte (Angebot und Nachfrage, die zunehmende Knappheit und die Hotelling-Regel, die Grenzkosten erneuerbarer Energien und gelegentlich auch die Finanzspekulationen) die Entwicklung der Öl- und Energiepreise bestimmen. Die neoklassische Ökonomie ignorierte, so gesehen, nicht nur die ökologisch zerstörerische Rolle sinkender Ölpreise durch imperialistische Intervention im letzten Jahrhundert, sie interpretierte überdies auch sinkende Ölpreise als ökonomisches Indiz für Unbegrenztheit fossiler Ressourcen.²⁹

Ohne diese historischen Hintergründe zu reflektieren, nimmt Sinn die Tatsache hoher Ölpreise und den Umstand, dass Ressourcenanbieter über Marktmacht verfügen, immerhin zur Kenntnis und setzt der neoklassischen Vergesslichkeit und Ignoranz ein Ende, indem er berücksichtigt, dass Ressourcenanbieter auch Marktakteure sind und bei einer Klimaschutzpolitik, die wirken

²⁷ Das hier beschriebene Ölpreisregime der USA ist immerhin mit mehreren opferreichen Kriegen in den letzten Jahrzehnten einhergegangen, die immer noch andauern.

²⁸ Ausführlicher dazu s. Mohssen Massarrat: Rätsel Ölpreis, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 10/2008.

²⁹ Allen voran sei hier der Ökonomie-Nobelpreisträger Robert Solow genannt, der in seinem von den neoklassischen mainstream-Ökonomen viel zitierten Standard-Beitrag das Problem der Knappheit fossiler Ressourcen schlicht leugnete. Robert M. Solow: The Economics of Resources or the Resources of Economics, in: The American Economic Review, 1974, vol. LXIV, No. 2.

soll, nicht weiter außen vor gelassen werden können. Ob aber Sinns Anpassung an die Realität und dessen erweitertes Marktmodell die hinreichende theoretische Grundlage für eine Neuorientierung der Klimapolitik und Neuausrichtung von Kioto liefern, muss bezweifelt werden. Denn ihm blieben die historischen Gründe der Nachfrageorientierung westlicher Klimapolitik genauso verborgen wie die Tatsache, dass auch Kioto und dessen Klimaschutzinstrumente Relikte des Ölpreisregimes und der imperialistischen Aneignung der fossilen Ressourcen aus dem 20. Jahrhundert sind. Eine Neuorientierung der Klimapolitik und die Neuausrichtung des Kioto-Regimes setzt aber die präzise Analyse der Ressourcenmärkte und der dort herrschenden Machtverhältnisse voraus. Zur umfassenden Analyse der globalen fossilen Ressourcenmärkte reicht im übrigen Sinns erweitertes Marktmodell nicht aus, es bedarf einer fundamentalen Erweiterung um die Eigentümerfunktion und die Rententheorie,³⁰ ohne die weder die Macht- und Ölrentenverteilungsmechanismen präzise dargestellt, noch die Grundlagen eines alternativen und wirksamen Klimaschutzmodells herausgearbeitet werden könnten.

Märkte können Marktfehler nicht korrigieren

„Marktapologeten räumen gelegentlich ein“, sagt Joseph Stiglitz“, dass Märkte versagen, ja sogar katastrophal versagen können, behaupten jedoch, letztlich korrigierten die Märkte sich selbst.“³¹ Sinn ist ein solcher Marktapologet und erklärt an vielen Stellen seiner Studie den Klimawandel sogar zum größten Marktfehler in der Geschichte. Die Natur dieses Marktfehlers besteht nach ihm darin, dass der Markt die Klimaschäden durch den Verbrauch von Kohlenstoffen als volkswirtschaftliche Kapitalkosten nicht erfasst.³² Als eine mögliche Lösung dieses Problems schlägt er eine Quellensteuer auf die Kapitalerträge der Ressourceneigentümer, also eine marktkonforme Maßnahme, vor. Eine an der „Quelle“ zu erhebende Steuer, sagt Sinn, „macht diese Anlagen unattraktiver und veranlasst die Ressourceneigentümer, einen größeren Teil ihres Vermögens im Boden statt bei ihrer Bank zu halten, also die fossilen Kohlenstoffe langsamer zu fördern.“³³ Auf den ersten Blick scheinen Quellensteuern wegen ihrer flächendeckenden Wirkung gegenüber selektiv auf nationaler Ebene erhobenen Ökosteuern eine qualitative Verbesserung darzustellen. Bei genauerem Hinsehen löst sich dieser scheinbare Vorteil jedoch in Luft auf:

Erstens mag Sinns Quellensteuer sich zwar auf das Anbieterverhalten der Ölfürstentümer am Persischen Golf auswirken, da diese ihre Petro-Dollar

³⁰ Dazu sei hier auf das „Hotelling-Ricardo-Marx-Theorem“, ein von mir entwickeltes dreidimensionales Marktmodell, verwiesen, das auch die theoretische Grundlage eines größeren Teils meiner Forschung zu den Energieweltmärkten darstellt. Vgl. Massarat, 2000.

³¹ Joseph Stiglitz, Wachstum mit links, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 9/2011, S. 58.

³² Sinn, 2009, a.a.O., S. 426 f.

³³ Ebenda, S. 427.

Überschüsse tatsächlich schon immer auf den Finanzmärkten anlegten. Das Angebotsverhalten der übrigen Ressourceneigentümer, die ihre Öleinnahmen in den eigenen Binnenmärkten investieren, blieb von der Quellensteuer jedoch unberührt.

Zweitens müssen alle Ressourceneigentümer Sinns Quellensteuer genauso wie bei den Ökosteuern und dem Emissionshandel als Signal einer schleichenden Enteignung wahrnehmen und mit der Gegenstrategie einer zusätzlichen verstärkten Extraktion ihrer Öl- und Gasreserven reagieren, um ihre Einnahmen trotz der Quellensteuern zu stabilisieren. So gesehen, würde Sinns Vorschlag eine Spirale der sukzessiven Steigerungsraten der Quellensteuer und der Steigerungsraten der Öl- und Gasförderung hervorrufen und dadurch sinkende Preise und Erhöhung der Kohlenstoffemissionen sowie eine Verstärkung des von ihm selbst kritisierten „grünen Paradoxons“ auslösen.

Drittens und schließlich legt Sinn mit seiner Darstellung, in welchem Teil der Welt die Quellensteuern eigentlich erhoben werden sollten, offen, welches zusätzliche Ziel er außer dem Klimaschutz noch verfolgt: „Im übrigen verschafft auch die Quellensteuer der westlichen Welt Steuereinnahmen“ begründet Sinn den für westliche Industrieländer positiven Verteilungseffekt seines Vorschlags, um diesen offensichtlich auch finanz- und verteilungspolitisch zu legitimieren: „Die von den Ressourcenanbietern verdienten Gewinne“, fährt Sinn fort, „werden ja auf den Kapitalmärkten der Verbraucherländer angelegt und erzeugen Zinseinkommen, die der Quellenbesteuerung unterworfen werden können.“³⁴ Quellensteuer auf Zinseinkommen – ist das nicht eigentlich zu begrüßen? Tatsächlich ist die Besteuerung der in den westlichen Industrieländern selbst erwirtschafteten Zinseinkommen eine sozial gerechtfertigte Maßnahme. Die Erhebung einer Quellensteuer in diesen Ländern auf die Gewinne, die in den Ressourcenstaaten erwirtschaftet werden, ist jedoch eine imperialistische Einkommensumverteilung. Genau letztere Variante schwebt Sinn vor und er will mit seinem „narrensicheren“³⁵ Vorschlag offensichtlich den Ressourcenanbieterseiten jährlich hunderte Milliarden Ölrenten aus der Tasche ziehen, um diese den Ökonomien der westlichen Verbraucherstaaten zuzuführen. Ob aber Quellensteuern dem Klimaschutz nutzen, wie Sinn annimmt, steht auf einem völlig anderen Blatt. Denn er eröffnet mit diesem Vorschlag eine neue Konfrontation mit den Ressourceneigentümern, die er vorgibt, eigentlich verhindern zu wollen.

Offensichtlich ist ihm selbst die fehlende Konsistenz seines Vorschlages nicht ganz entgangen, und er macht auch aus seiner Unsicherheit mit zwei Einwänden keinen Hehl: Zum einen ist sich Sinn über die diskriminierende Wirkung der Quellensteuer als einer Sondersteuer für die Ressourceneigentümer auf den internationalen Finanzmärkten im Klaren und er erahnt auch die Sackgasse, in die eine allgemeine Anlagesteuer auf sämtliche Finanzanlagen anstelle

³⁴ Ebenda, S. 432.

³⁵ Ebenda, S. 431.

einer Sondersteuer einmündet. Denn „höhere allgemeine Steuern auf Kapitaleinkommen (...) führen dazu, dass das Geld ausgegeben statt angelegt wird. Sie würden also den Konsum der heutigen Generationen zu Lasten ihrer Nachkommen ankurbeln und zur Folge haben, dass insgesamt zu wenig menschengemachtes und natürliches Kapital vererbt wird.“ Und zum anderen, so Sinn weiter, „wird mit der Kapitaleinkommensbesteuerung die Beschleunigung der Förderung, die aus der Angst vor einer Enteignung resultiert, möglicherweise nicht hinreichend kompensiert.“³⁶ Sinn widerlegt also Sinn und stuft das „narrensichere“ Instrument *Quellensteuer* kurzerhand zu einem „Komplement eines neuen Super-Kioto-Systems“ herab und plädiert schlussendlich für eine „weltweite Mengenbewirtschaftung im Rahmen eines lückenlosen Emissionshandelssystems“, um das man nicht herum käme, „so bedenklich manche Begleiterscheinungen einer solchen zentralplanerischen Lösung auch sein mögen.“³⁷ Noch offener kann ein neoliberaler Ökonom nicht eingestehen, dass Märkte den Marktfehler eben nicht korrigieren können und dass ein Klimaschutz ohne politisch konsequente Regulierung keinen Sinn macht.

Super-Kioto und Sinns hegemoniales Konzept der Mengenbewirtschaftung

Eine letzte Option, die als Alternative zu der bisherigen Klimaschutzpolitik noch zurückbleibt, ist nach Sinn „die Bildung eines lückenlosen Nachfragekartells, an dem sich alle Verbraucherländer beteiligen.“³⁸ Dieses Nachfragekartell bzw. *Super-Kioto* soll unter der Verantwortung der UNO stehen und durch verbindliche Beteiligung aller Verbraucherstaaten an einer klimazuträglichen Mengenbewirtschaftung von Kohlenstoffemissionen ein lückenloses Emissionshandelssystem organisieren.³⁹ Hinsichtlich der Überwindung der gegenwärtigen Schwächen von Kioto, dem sich bisher nur ein Teil der Verbraucherstaaten unterworfen hätten, während die Nichtmitglieder, in Wechselwirkung mit den Ressourcenanbietern, das „grüne Paradoxon“ hervorriefen, begibt sich Sinn mit seinem Vorschlag zweifelsohne auf den richtigen Weg. Ihm ist auch zuzustimmen, dass Klimaschutz nur dann eine Zukunft hätte, wenn *alle* in ein System der Mengenbewirtschaftung eingebunden wären. Um die Tragweite dieses Vorschlags nachvollziehen zu können, soll Sinn im folgenden zunächst ausführlich zitiert werden: „Die Mengenbeschränkung könnte in Form eines weltumspannenden Zertifikatesystems realisiert werden, wie es seit 2008 von der UNO schon für eine Teilmenge von Ländern organisiert wird. Dann würde zwar die Zuweisung der Kohlenstoffmengen auf die einzelnen Länder immer noch durch einen Marktmechanismus gesteuert, nur wären es nicht mehr die Ressourceneigentümer, die den Zeitpfad des Abbau-

³⁶ Ebenda, S. 432.

³⁷ Ebenda, S. 433.

³⁸ Ebenda, S. 417.

³⁹ Ebenda.

volumens für die Welt festlegen, sondern die UNO. Der Macht der UNO könnten sich die Ressourcenanbieter nicht mehr entziehen.“⁴⁰

Bei genauer Betrachtung wird auch in diesem neuen Vorschlag von Sinn zunächst einmal der Nachfrageseite, entgegen dessen eigener Ankündigung, die absolute Steuerungs- und Kontrollmacht überlassen, während dem Ressourcenanbieter die Rolle eines zahlosen Tigers zugestanden wird. Hatte es aber diese Form der einseitigen Nachfrage-Anbieter-Beziehung im US-dominierten Ölpreisregime in der 2. Hälfte des 20. Jahrhundert nicht schon einmal gegeben? Zwar ist in Sinns Marktmodell neu, dass anstelle der Hegemonialmacht USA die UNO treten, unverändert bleibt jedoch das Problem bestehen, dass die Ressourceneigentümer auch im UN-dominierten Modell als Getriebene der Nachfrageseite fungieren müssen. Überdies will sich Sinn auf diese Marginalisierung der Angebotsseite nicht beschränken: „Wenn sich *alle* Verbraucherländer einer Mengenbeschränkung unterwerfen, dann finden die Ressourcenanbieter für ihr Angebot keine Nachfrage und müssen sich beugen, ob sie es wollen oder nicht. Die Erwartungen über die Zukunft spielen dann keine Rolle mehr. Mit Mengenbeschränkungen, die für alle Nachfrager gelten, werden die Verhältnisse quasi mit dem Vorschlaghammer dorthin gezwungen, wo man sie haben will.“⁴¹

Würde im hegemonialen US-Ölpreis- und Ölerentenverteilungssystem mit allen denkbaren politischen und militärischen Mitteln die Marktmacht der Ressourcenanbieter marginalisiert und die Hotelling-Regel außer Kraft gesetzt, um die Ölpreise auf niedrigem Niveau zu halten und die Ölerenten in die westlichen Finanzzentren umzuleiten, schwebt Sinn mit seinem Vorschlag hinsichtlich der Verteilung der Ölerenten offensichtlich etwas Ähnliches vor. Denn durch die Mengenbeschränkung auf der Nachfrageseite, so Sinn weiter in seiner Analyse, würde einerseits die Nachfrage nach Ressourcen preisunelastisch und andererseits der Ölpreis durch die Konkurrenz der Ressourceneigentümer sogar sinken „Das Ergebnis wäre für die Verbraucherländer“, so Sinns Schlussfolgerung, „in doppelter Hinsicht attraktiv. Zum einen würde der fossile Kohlenstoff nicht so schnell abgebaut, was den Klimawandel verlangsamt. Zum anderen müssten die Verbraucherländer nicht mehr so viel für die Brennstoffe zahlen. Zwar wären die Energiekosten für die individuellen Verbraucher höher, weil sie auch noch die Zertifikate erwerben müssen, doch würde der Fiskus eines jeden Landes über mehr Einnahmen verfügen, was den Bürgern über zusätzlich bereitgestellte öffentliche Güter oder niedrigere Steuern zugute käme. Die Verbraucherländer in ihrer Gesamtheit, Bürger und Fiskus zusammen genommen, zahlen auf jeden Fall weniger für die fossilen Ressourcen, weil sie ihre Nachfrage einschränken und den Weltmarktpreis drücken. In seinem Kern läuft das so beschriebene Super-Kioto-System aus ökonomischer Sicht auf eine Teilenteignung der Ressourceneigentümer und den

⁴⁰ Ebenda, S. 418.

⁴¹ Ebenda, S. 417 f.

partiellen Ersatz der Marktsteuerung durch eine zentralplanerische Mengensteuerung hinaus.⁴²

Sinn beschreibt auch offen die einzelnen Schritte, wie sein Super-Kioto mit dem doppelten Ziel (des Klimaschutzes einerseits und der Teilenteignung der Ressourceneigentümer andererseits) funktionieren soll. Das Hauptinstrument zum Klimaschutz soll auch in diesem System der Emissionshandel sein. Die UNO definiert nach Sinn die zulässige Emissions(Kohlenstoffdioxid-)menge, die in Zukunft insgesamt in die Erdatmosphäre ausgestoßen werden darf. Diese Menge wird dann nach einem Schlüssel auf alle Verbraucherstaaten in Form von Bezugsscheinen (Zertifikaten) aufgeteilt. „Da man die Ressourcen erst nutzen darf“, sagt Sinn, „wenn man die Bezugsscheine der UNO nachweist, wird die UNO zwar nicht rechtlich, aber doch ökonomisch zum Miteigentümer der fossilen Brennstoffe. Gibt sie den nationalen Regierungen das Recht, diese Bezugsscheine zu verkaufen (...), dann überträgt sie ihr Eigentumsrecht freilich an nationale Regierungen.“⁴³ Durch den Handel der Bezugsscheine würden die nationalen Regierungen (vor allem der Hauptverbraucherstaaten USA, EU-Staaten und Japan) Einnahmen erzielen, die sonst auf Grund ihrer Eigentumsrechte legitimerweise den Ressourceneigentümern zugute gekommen wären.

Sinns Super-Kioto erweist sich zuallererst – darüber dürfte kaum Zweifel bestehen – als ein ausgeklügeltes superimperialistisches System der Eigentums- und Einnahmeübertragung von den Ressourcenstaaten auf die Verbraucherstaaten. Dabei ist sein Vorschlag ebenso auf die Nachfrageseite fixiert wie das gegenwärtige Kioto, das er gerade deshalb heftig kritisiert hatte. Widerspricht sich Sinn hiermit selbst, oder wollte er mit der Einbeziehung der Ressourcenanbieter und der Analyse von deren Marktverhalten eine Strategie aufzeigen, wie sie wirkungsvoller als bisher und im Interesse der Verbraucherstaaten enteignet werden könnten? Sein Vorschlag lässt jedenfalls eine klare Deutung in diese Richtung zu. Die zu erwartenden Nachteile für die Ressourceneigentümer wären vielleicht – sozusagen als Kollateralschäden für den guten Zweck des Klimaschutzes – hinnehmbar, könnte man konstatieren, hätte Sinns Konzept die reale Aussicht, wenigstens dem Klimaschutz zu nutzen. Auch daran gibt es, wie im folgenden näher ausgeführt wird, erhebliche Zweifel:

Erstens setzt Sinns Super-Kioto die Zustimmung der Ressourceneigentümer zur eigenen Enteignung durch die UNO voraus. Dazu gibt es jedoch aus deren Perspektive keine Veranlassung. Sinn selbst ahnt offenbar, welchen Gegenwind die UNO von dieser Seite zu erwarten hätte: „Die Ressourcenländer werden sich mit Händen und Füßen gegen eine solche Lösung wehren. Sie werden versuchen, die Bildung eines weltumspannenden Nachfragekartells durch die UNO zu verhindern und möglichst viele Länder durch Sonderlieferungen billigen Kohlenstoffs aus dem Kartell herauszubrechen.“⁴⁴ Die An-

⁴² Ebenda, S. 419 f.

⁴³ Ebenda, S. 420.

⁴⁴ Ebenda, S. 421.

nahme, die Ressourceneigentümerstaaten würden auf den Energieweltmärkten ihre Eigentumsrechte freiwillig und ohne Gegenleistung an die UNO abgeben, ist nicht nur realitätsfremd, sie ist klimapolitisch sogar kontraproduktiv. Die Ressourceneigentümer würden künftig auf Grund veränderter Machtverhältnisse auf den Energieweltmärkten über hinreichende Marktmacht verfügen, um auch auf die drohende Enteignung durch die UNO mit der beschleunigten Ressourcenausbeutung zu reagieren, wodurch erneut das von Sinn selbst beklagte „grüne Paradoxon“ entstünde, das er mit seinem Vorschlag eigentlich verhindern will. Es sei denn, Sinn kalkuliert stillschweigend auch „militärische Aktionen“ zur Lösung von Konfliktpotentialen mit ein, die sich unweigerlich durch gegenseitige Strategien und Gegenstrategien der Nachfrage- und der Anbieterseite auftürmen. In dieser Logik des doppelten ökonomischen und des angeblich klimaschutzpolitischen Nutzens stehen westliche Industriestaaten nach Sinn ohnehin vor der Wahl zwischen Pest und Cholera: „Nur der Schrecken der weiteren Erwärmung der Atmosphäre, gepaart mit dem Umstand, dass die Verbraucherländer ständig erhebliche Teile ihres Realeinkommens zur Ersteigerung immer geringer werdender Kohlenstoffmengen werden aufwenden müssen, macht das weltumspannende Nachfragekartell, das die UNO plant, attraktiv. Die Politik hat die Wahl zwischen Scylla und Charybdis.“⁴⁵

Zweitens dürfte sich auch das Marktinstrument von Sinns Super-Kioto, eben der Emissions(oder Zertifikats-)handel verteilungspolitisch als Bumerang erweisen.⁴⁶ Denn selbst bei einer gerechten Verteilung der Emissionsrechte zwischen allen Staaten der Welt dürfte nicht zu verhindern sein, dass die reichen Staaten die Emissionsrechte armer Staaten aufkaufen und im selben Umfang wie bisher weiter klimaschädliche Stoffe emittieren würden, während den armen Staaten die Emissionsrechte für immer abhanden kämen. Dabei ist es durchaus nicht auszuschließen, dass arme und hoch verschuldete Staaten – um ihre Schulden abzutragen – ähnlich wie bei Rohstoffexporten eine Überbietungskonkurrenz im globalen Markt für Emissionshandel auslösen und dadurch das ursprüngliche Ziel steigender Preise für Emissionsrechte durch global sinkende Preise konterkarieren, somit also ein neues „grünes Paradoxon“ an einer anderen Stelle hervorrufen. Folglich wären alle erhofften Anreize für ein Umsteigen auf erneuerbare Energietechnologien dahin.

Drittens und schlussendlich droht in diesem Super-Kioto die Entstehung eines superzentralistischen und bürokratischen Verteilungs- und Kontrollsystems unter dem Dach der UNO. Sinn selbst scheint es vor diesem System zu grauen, da „das Ganze (...) letztlich ein Stück Kommunismus (ist), der nur durch den Zertifikathandel etwas abgemildert wird. (...) Es wird sich um die UNO herum“, so Sinn weiter, „ein Machtzentrum bilden, das sich der demokratischen Kontrolle zu entziehen versucht. Die Länder werden ein Kräfte verzeh-

⁴⁵ Ebenda, S. 421.

⁴⁶ Darüber besteht unter den kritischen Ökonomen und Klimaschutzforschern große Übereinstimmung. Vgl. u. a. die Beiträge im Attac-Reader, Altwater/Brunnengräber (Hrsg.): Ablasshandel gegen Klimawandel, 2008, Hamburg.

rendes Gerangel beginnen, um bei der Zuteilung der Zertifikate bevorzugt zu werden.⁴⁷ Hinzu kommt die Notwendigkeit eines von Sinn nicht erwähnten gigantischen globalen Kontrollsystems. Denn die Verteilung der Emissionsrechte garantiert nicht automatisch, dass die Verbraucher nur in dem Umfang Kohlenstoffe verbrauchen, der ihnen zugeteilt wurde. Um den klimaschädlichen Missbrauch zu unterbinden, müssten große und kleine Industrie- und Dienstleistungsbetriebe, Versorgungsunternehmen, im Grunde letztlich Millionen von Konsumenten, einer strengen Kontrolle unterzogen werden. Die Transaktionskosten dieses „Marktmodells“ würden so ins Unermessliche steigen und Gegner des Klimaschutzes auf den Plan rufen.

Super-Kioto und Mengenbewirtschaftung anders gedacht

Die Gründe, warum nicht nur die nachfragefixierten grünen Ökonomen, die Sinn in seinem Buch heftig auseinander nimmt, sondern auch Sinn selbst an der Konzipierung eines wirksamen Klimaschutzkonzepts scheitern, liegen auf der Hand:

Erstens sind ihr Denken, ihr Blick auf die Welt und ihr Gesamtkonzept allesamt in der Tradition imperialistischer Energiepolitik eingebettet, die selbst im 20. Jahrhundert genau diesen verschwenderischen Kohlenstoffkonsum in den kapitalistischen Ländern ermöglichte und daher die Hauptursache der Entstehung des Klimawandels ist. Sie alle bevorzugen Marktinstrumente, wie Ökosteuern und Zertifikathandel, die darauf ausgerichtet sind, ökonomisch selbst beim Klimaschutz zu Lasten der Ressourcenanbieter ökonomischen Gewinn zu machen. Daher spielt bei keinem von ihnen, und am wenigsten bei Sinn, nicht einmal bei einem Menschheitsproblem wie dem Klimawandel, die Idee der *globalen Kooperation* eine Rolle. Umso bereitwilliger sind sie, über den Umstand hinwegzusehen, dass nichtkooperative Lösungen bei globalen Verteilungskämpfen immer in die militärische Sackgasse einmünden. Der bisherige Kioto-Prozess leidet unter denselben egozentristischen Schwächen der einseitigen Orientierung auf die Interessen kapitalistischer Industrieländer, wie die herrschende Klimaschutz-Wissenschaft.

Zweitens teilen sie alle miteinander den Irrtum, Marktfehler durch Märkte korrigieren zu wollen. Gerade die auch von Sinn konstatierten Schwächen der Kioto-Instrumente Ökosteuern und Zertifikathandels belegen eindrucksvoll, dass Marktinstrumente den Klimawandel nicht verhindern können. Ganz im Gegenteil führen sie vor allem in Verbindung mit ihrer imperialistischen Instrumentalisierung eher zur Verzerrung der Märkte. Dadurch verhindern sie, dass die Marktkräfte bei der Transformation zum erneuerbaren Energiezeitalter, also genau dort, wo sie klimaschutzpolitisch am effektivsten sein könnten, voll wirksam werden.

Um die strukturellen Schwächen des gegenwärtigen Kioto, wie sie oben genannt worden sind, zu überwinden, müsste es in ein kooperatives, die Nach-

⁴⁷ Sinn, a.a.O., S. 420 f.

frage- wie die Anbieterseite einschließendes Super-Kioto umgewandelt und weiterentwickelt werden, das sich auf einen funktionierenden Energie-Weltmarkt im Rahmen von politisch definierter Mengenbewirtschaftung von Kohlenstoffen stützt. An Vorüberlegungen für ein derartiges Super-Kioto mangelt es kaum,⁴⁸ es kommt lediglich darauf an, den Paradigmenwechsel weg von der egozentrischen Sicht der einen Staatengruppe und hin zum Wohle der Menschheit politisch zu vollziehen. Auf der Grundlage der bisherigen Forschung des Verfassers sollen hier der konstitutive völkerrechtliche Rahmen und die politischen Maßnahmen und ökonomischen Instrumente dieses Super-Kiotos skizziert werden:

- 1) Die Vollversammlung der Vereinten Nationen erklärt sämtliche fossile Ressourcen zum Erbe der Menschheit, überlässt jedoch gleichzeitig den bisherigen Ressourceneigentümern die Nutzungsrechte an diesen Ressourcen, die an Abgaben an einen UN-Klimafonds gekoppelt sind. Die Überlassung der Nutzungsrechte ist für die Zustimmung der betroffenen Staaten und den Aufbau von kooperativen Strukturen unabdingbar. Auch die Industrienationen werden wegen ihrer Verantwortung für den hohen Anteil an Kohlenstoffemissionen in der Vergangenheit an der Finanzierung des Klimafonds angemessen beteiligt. Mit dem Kapital dieses Klimafonds wird der weltweite Übergang zum Zeitalter erneuerbarer Energien, vor allem in den armen Staaten, finanziert. Sollte sich jedoch dieser – zugegeben radikale, als Modell für die Nutzung sämtlicher globaler Ressourcen jedoch nachhaltige – Weg als noch nicht durchsetzbar herausstellen, böte sich dazu alternativ an, das bestehende Kioto in ein kooperatives Anbieter-Verbraucher-Gremium der UN zu verwandeln, in dem beide Seiten die Bedingungen einer weltumspannenden Mengenbewirtschaftung von Kohlenstoffen gemeinsam regeln.
- 2) Zu diesen Regeln gehören aus heutiger Sicht: *Erstens* die verbindliche Festlegung der insgesamt zulässigen Menge an Kohlenstoffemissionen, die in einem bestimmten Zeitraum (z. B. bis 2050 oder 2100) in die Atmosphäre ausgestoßen werden dürfen. Die IPPC (Intergovernmental Panel on Climate Change) verfügt zu diesem Zweck über fundierte Expertisen. *Zweitens* die verbindliche Aufteilung der Gesamtmenge auf die verbleibende Restzeit und dies innerhalb eines Korridors, der hinreichende Flexibilität der Marktkräfte zulässt. *Drittens* die verbindliche Aufteilung der Angebotsmenge von Kohlenstoffen (Öl, Gas, Kohle und sonstige Kohlenstoffe) unter den Ressourcenstaaten für die Restzeit unter Berücksichtigung einer marktkonformen Flexibilität. Da die Zahl der Marktakteure mit ca. 20 Ressourcenstaaten, zuzüglich der 100 Vermarktungskonzerne, insgesamt überschaubar bleibt, dürfte auch ihre Kontrolle ob der Einhaltung ihrer Verpflichtungen kein unmögliches Unterfangen sein und

⁴⁸ S. dazu meine eigene Forschung: Massarrat 1993; derselbe: 2000, sowie Mohssen Massarrat: Eine neue Philosophie des Klimaschutzes, in: Altwater/Brunnengräber (Hrsg.), a.a.O.

im Vergleich mit dem Kontrollsystem des Zertifikathandels auch deutlich geringere Transaktionskosten verursachen.

- 3) Jenseits der politisch festgelegten Gesamtmengen bleiben sämtliche Vermarktungsstrukturen und Marktmechanismen unangetastet. Die globale Verteilung fossiler Energieträger wird ausschließlich den Marktkräften überlassen und durch nichts reglementiert. Da das Angebot planmäßig verknappt wird, werden die Preise für fossile Energien auf der Nachfrageseite flächendeckend und ohne diskriminierende Ausnahmen steigen. Marktpreise für Kohlenstoffe müssten tatsächlich auch steigen, um hinreichend Anreize zur Energieeinsparung und zum Ausbau der erneuerbaren Energietechnologien zu erzeugen (und nicht sinken, wie es Sinn in seinem Super-Kioto vorschwebt). Dafür würden sämtliche marktverzerrende Maßnahmen wie Subventionen, Sondersteuern, selektive Verordnungen und gesetzliche Regelungen national und international überflüssig.⁴⁹

Die Umsetzung dieses Super-Kiotos dürfte – trotz vieler Vorteile und durchaus zielgenauer Klimaschutzwirksamkeit – nicht so ohne weiteres zu realisieren sein. Und dennoch sind in diesem Modell die konterkarierenden Interessengegensätze am geringsten. Am wenigsten haben die Ressourceneigentümer objektiv ökonomische Gründe, sich einer Kooperation zu verweigern. Ihnen droht ja, im Gegensatz zu nachfrageorientierten Strategien, keine Enteignung ohne Gegenleistung. Trotz abnehmender Fördermengen können sie ihre Einnahmen wegen steigender Preise für weitere Jahrzehnte stabilisieren. Und sie, die Ressourceneigentümer, haben, wie alle übrigen Staaten und Marktakteure, sowohl die Planungssicherheit, wie aber auch hinreichend Zeit, um ihre eigene Wirtschaft umzustellen und sie von den negativen Folgen der einseitigen Ölabhängigkeit zu befreien. Auch die armen Staaten, die selbst keine fossilen Ressourcen besitzen, wären nicht Verlierer, sofern ihnen das Super-Kioto die Finanzierung ihrer Energiewende aus dem Kapital des Klimafonds verbindlich zusichert. Nicht zuletzt kommen auch die eingefleischten Marktfetischisten auf ihre Kosten. Unter dem vorgegebenen strengen Rahmen werden die Energiemärkte zum ersten Mal in der Geschichte des Kapitalismus zur vollen Entfaltung kommen, diesmal allerdings für den guten Zweck im Dienste des Klimas und der Menschheitsinteressen.

⁴⁹ An diesem Gegenmodell findet Stiglitz' Feststellung eine Bestätigung, dass nur Linke sich bemühen, „die Märkte funktionsfähig zu machen.“ Stiglitz, 2011, S. 58.

Enquête-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ – eine kritische Zwischenbilanz

Man könnte diese Bilanz sehr kurz machen: Die Enquête-Kommission (EK)¹ ist bei weitem nicht „auf der Höhe der Zeit“; sie wird kaum wegweisende Ergebnisse produzieren und die interessanten Erkenntnisse werden in den derzeitigen Politikbetrieb keinen Eingang finden. Zumindest die Regierungsmehrheit wird verhindern, dass mit dem Versuch „Wege zum nachhaltigen Wirtschaften“ zu beschreiben, der herrschenden ökonomischen Ordnung zu Leibe gerückt wird. Es ist zu befürchten, dass am Ende der Bericht von dem alten Geist geprägt ist, wonach Wohlstand und Lebensqualität am besten durch Wirtschaftswachstum gefördert werden können. Damit droht die Enquête-Kommission nicht nur weit hinter den Erwartungen der interessierten Öffentlichkeit zurückzubleiben, sondern auch hinter den ursprünglich bei ihrer Einsetzung formulierten Zielen. Jenseits dieser ernüchternden Gesamtbeurteilung sind allerdings durchaus Lern- und Diskussionsprozesse im Gange, die zumindest für die gesellschaftliche Linke nutzbar gemacht werden können – das betrifft auch einen Teil der Experten, die für die EK erstellt und dokumentiert werden.

I.

Die Tatsache, dass es diese EK überhaupt gibt, ist der internationalen Debatte geschuldet, die sich – ausgehend von den globalen Krisen – in den zuständigen Gremien entwickelt hat. Sowohl in der UNO als auch in der OECD wurden Alternativen zum BIP gefunden, die besser geeignet sind, die Entwicklung von Wohlstand und Lebensqualität der Bevölkerung zu beschreiben. Mit dem *Stiglitz-Sen-Fitoussi-Bericht*² ist die Anforderung, das Dogma BIP-Wachstum in Frage zu stellen, mitten in Europa angekommen; eine Steilvorlage für eine breite gesellschaftliche Debatte darüber, wie wir künftig leben und wirtschaften wollen – initiiert und propagiert vom Deutschen Bundestag. Doch diese Chance wird vertan.

¹ Der volle Titel lautet: „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zum nachhaltigen Wirtschaften in der sozialen Marktwirtschaft“. Die Enquête-Kommission wurde vom Deutschen Bundestag im Januar 2011 eingesetzt und muss ihren Bericht im Mai/Juni 2013 vorlegen. Mitglieder sind 17 Bundestagsabgeordnete und 17 externe Sachverständige, die jeweils nach dem Parteienproporz von den Fraktionen benannt wurde. Die LINKE ist mit zwei MdBs (Ulla Lötzer und Sabine Leidig) und zwei Sachverständigen (Dr. Norbert Reuter, ver.di und Prof. Uli Brand, Uni Wien, Attac-Beirat) vertreten. Unterstützt und organisiert wird die Arbeit der EK von einem eigens eingerichteten Sekretariat des Bundestages. Dokumente und Einblicke finden sich im Internet unter: <http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/gremien/enquete/wachstum/index.jsp>

² Die „Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress“ wurde 2008 von der französischen Regierung mit dem Auftrag eingesetzt, die Maßstäbe für ökonomische Wohlfahrt und sozialen Fortschritt zu überprüfen. Vgl. Joseph Stiglitz, Amartya Sen und Jean Paul Fitoussi, *Mismeasuring Our Lives*, New York 2010.

Schon im Einsetzungsbeschluss, auf den sich SPD und Bündnis90/Die Grünen mit FDP und CDU/CSU geeinigt hatten, fehlten wichtige Dimensionen, die in dem ursprünglichen Antrag, den SPD und Grüne vorgelegt hatten, angelegt waren (weshalb die Fraktion DIE LINKE sich diesen zu eigen gemacht hatte): Die Bezüge zu Finanzmarktkrise, Klimakrise und wachsender sozialer Ungleichheit sind verschwunden. Statt – angesichts ökologischer und ökonomischer Grenzen – die Suche nach neuen Wirtschaftsstrategien in den Bereichen Arbeit, Finanzpolitik und Globalisierung aufzunehmen, wird jetzt auf technischen Fortschritt gezielt und darauf, dass Wettbewerb als Innovationstreiber und qualitatives Wachstum als Standortvorteil wirken. Und das, obwohl selbst ein konservativer Publizist wie Charles Moore die eigentliche Misere erfasst hat: „Es zeigt sich – wie die Linke immer behauptet hat –, dass ein System, das angetreten ist, das Vorankommen von vielen zu ermöglichen, sich zu einem System pervertiert hat, das die wenigen bereichert.“³

Dass von diesem aufgeklärten Geist wenig die Reihen der Regierungskoalition erreicht hat, zeigt ein Blick in die Protokolle der Plenardebatte im Bundestag zur Zwischenbilanz der EK, am 10. Mai 2012, die das EK-Mitglied Nüsslein (CDU) eröffnete mit Sätzen wie: „Ich möchte hier in aller Deutlichkeit formulieren: Aus unserer Sicht muss die soziale Marktwirtschaft weder umdefiniert noch umbenannt werden.“ Oder: „Der Staat hat in diesem Rahmen ordnungspolitische Aufgaben. Er hat dafür zu sorgen, dass sich freiheitliches Unternehmertum und private Initiativen entfalten können. Gleichzeitig beruht ein starker Sozialstaat – auch das muss man einmal deutlich sagen – auf dem Fundament einer starken und leistungsfähigen Wirtschaft. Genau darum geht es. Wir müssen unsere Wirtschaft stark und leistungsfähig halten und dürfen nicht Ideen anhängen, nach denen man Wachstum künstlich, zwanghaft beschränken und behindern muss.“

Die Unwilligkeit, sich auf eine gesellschaftliche Debatte einzulassen, zeigt sich auch darin, dass Gespräche mit NGOs, Wohlfahrtsverbänden, Hilfsorganisationen etc. explizit nicht vorgesehen sind, obwohl von deren Seite das Interesse groß ist und der Wunsch danach vorgetragen wurde.

Immerhin fand ein sehr gut besuchtes öffentliches Symposium zum Thema der Enquête-Kommission statt; die Internetseite der EK ist die meistfrequentierte von allen Ausschüssen des Deutschen Bundestages. Und in Folge des Attac-Kongresses „Jenseits des Wachstums“ (Mai 2011) hat sich eine „Enquête-Watch“-Gruppe gebildet, mit eigener Homepage (www.enquetewatch.de).

II.

Die EK ist in fünf Projektgruppen (PG) gegliedert, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagen und die Aufgabe haben, den Abschlussbericht zu erarbeiten. Darüber hinaus tagt etwa monatlich das EK-Plenum, das im Parlaments-

³ Zit. in: FAZ v. 15.08.2011: F. Schirmacher, „Ich beginne zu glauben, dass die Linke recht hat“.

fernsehen übertragen und in der Regel mit wissenschaftlichen Inputs bereichert wird.

Die Projektgruppe 1 „Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft“ hatte den Auftrag, grundlegende Tendenzen und Herausforderungen zu formulieren; u.a. sollte sie sich mit den Folgen sinkender Wachstumsraten auf Sozialversicherungssysteme beschäftigen. De facto scheitert diese Projektgruppe an den „Hardlinern“, denen es gelungen ist, kritische Positionen an den Rand zu drängen. In der Debatte spielen drei verschiedene Positionen eine Rolle: FDP und wesentliche Teile der CDU sind ungebrochen wachstumsoptimistisch, setzen „Wachstum“ mit Wohlstand und Entwicklung gleich (wobei unklar bleibt, was konkret damit gemeint ist) und verstehen es im Wesentlichen als Folge des technischen Fortschritts.

Die wachstumsskeptische Position der Konservativen, wie sie prominent von Meinhard Miegel verkörpert wird, geht von klaren Grenzen des Wachstums aus und davon, dass „wir“ uns vieles – insbesondere sozialstaatliche Aktivitäten – nicht mehr werden leisten können.

Bei den Grünen und auch bei der SPD wird eine gewisse Wachstumsskepsis deutlich, aber sie treten in erster Linie für anderes, qualitatives Wachstum („green growth“) ein. Weitergehende gesellschaftliche Perspektiven werden nicht geöffnet. Es ist eine fest verankerte und wenig hinterfragte Annahme, dass Wachstum Handlungsspielräume, Steuereinnahmen, Arbeitsplätze schafft. Und wenn es „grün“ genug sei, würde auch noch die ökologische Krise gelöst. Es wird jedoch nicht thematisiert, dass Wachstum auch bedeutet, immer mehr gesellschaftliche Verhältnisse der Waren- und Wertform zu unterwerfen.

Es ist die in der EK einsame Position der LINKEN, dass es gar nicht um Wachstum geht, auch nicht um ‚besseres‘ Wachstum sondern darum, gesellschaftliche Ziele zu beschreiben und konkrete Schritte bzw. Umbauprozesse, die dahin führen. Mit dem Konzept-Papier „Plan-B, das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau“, hat die Bundestagsfraktion für die Bereiche Energie, Mobilität, Industrie und Agrarwirtschaft solche Konkretisierungen erarbeitet und stellt sie zur Diskussion⁴.

Mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung haben wir außerdem ein 40-seitiges Hintergrundpapier zu feministischer Wachstumskritik erarbeiten lassen.⁵ Die Autorinnen (Adelheid Biesecker, Christa Wichterich und Uta von Winterfeld) stellen in ihrem Fazit die Kritik an Externalisierungen und Exklusionen, Entwertungen und Privatisierungen ins Zentrum. Aus feministischer Perspektive (die in der real existierenden Enquête-Kommission ebenfalls weitgehend ausgeblendet wird), geht es beim Nachdenken über „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ nicht um die Entwicklung „passenderer“ Indika-

⁴ Vgl www.plan-b-mitmachen.de

⁵ http://www.nachhaltig-links.de/images/stories/Wachstum/FeministischePerspektiven_WachstumWohlstandLebensqualitaet.pdf

toren, sondern darum, „einen Entwicklungsweg einzuschlagen, der weg führt vom markt- und geldgetriebenen Wachstumszwang – hin zu einer Gesellschaft, deren Lebensweisen und Wirtschaftsprozesse nachhaltig ausgerichtet sind und an der alle teilhaben und teilnehmen können.“

Die Projektgruppe 2 *Entwicklung eines ganzheitlichen Wohlstands-/Fortschrittsindikators*“, hat die Aufgabe „geeignete Indikatoren“ zu finden, die das BIP zumindest ergänzen und Ausdruck von nachhaltigem Wohlstand und Lebensqualität sind. Allerdings ist dabei das Ziel, die Dominanz herkömmlicher Maßstäbe wirtschaftlicher Entwicklung zu brechen, längst in der Versenkung verschwunden. Die Projektgruppe steuert auf ein Indikatorenset mit vier Säulen zu, die die Überschriften „Materieller Wohlstand“, „Soziales“, „Ökologie“ und „Qualität der Demokratie“ tragen. Jede Säule soll einen oder mehrere „Leitindikatoren“ beinhalten, zusätzlich Ergänzungsindikatoren und außerdem „Warnlampen“ und „Hinweislampen“.

Bisher ist lediglich die Arbeit zur ersten Säule beendet, die nun folgendermaßen aussieht: *Leitindikator eins* ist „Veränderungsrate BIP pro Kopf“, *Ergänzungsindikator* ist „Rang des Gesamt-BIP im internationalen Vergleich“, *Leitindikator zwei* ist „Schuldenstandsquote“, *Ergänzungsindikator* ist „Fiskalpolitische Nachhaltigkeitslücke/Tragfähigkeitslücke“. Als *Warnlampen* dienen „Nettoinvestitionen“ und „Reale Immobilienpreislücke/Reale Aktienkurslücke/Kredit-zu-BIP-Lücke“ und als *Hinweislampe* „Nicht-marktvermittelte Produktion“.

In der PG 2 ist das Bemühen von Union und FDP zu beobachten, die Anzahl der Indikatoren massiv zu inflationieren und durch die Menge und Beliebigkeit der Indikatoren das Ergebnis der PG zur Unkenntlichkeit zu verwässern. Grüne und SPD haben dem bisher kaum etwas entgegen gesetzt.

Sowohl die Koalition als auch SPD und Grüne sind dabei bestrebt, austeritätspolitische Vorstellungen in dem Indikatorenset zu verankern. Dass ausge-rechnet die mit Schuldenbremsen, Kürzungsprogrammen und Kapitalpflege verbundene Austeritätspolitik den „materiellen Wohlstand“ garantieren soll, wirkt vor dem Hintergrund der europäischen Krise geradezu abstrus.

Das Set der LINKEN besteht dagegen aus drei Indikatoren: „Materieller Wohlstand“, ausgedrückt im Medianeinkommen in absoluter Höhe, weil dies die Lebenswirklichkeit breiter Bevölkerungsgruppen unmittelbar und verständlich zum Ausdruck bringt (derzeit ca. 1.300 €); „Soziale Ungleichheit“, berechnet als Faktor aus dem Vergleich des durchschnittlichen Vermögens des obersten 1 Prozent mit den durchschnittlichen Vermögen der unteren 50 Prozent (derzeit liegt das Verhältnis bei 300:1) und „Ökologie“, ausgedrückt als ökologischer Fußabdruck im Verhältnis zur Biokapazität (2007 betrug der Faktor 2,9).

Die Projektgruppe 3 *„Wachstum, Ressourcenverbrauch und technischer Fortschritt – Möglichkeiten und Grenzen der Entkopplung“* ist die einzige, aus der es bislang Positives zu berichten gibt. Die Zusammenarbeit über Fraktionen und Fachdisziplinen hinweg war von einem echten Erkenntnisinteresse geprägt. Die LINKE hat dabei um drei Aspekte gerungen: *Erstens* von Beginn

an darauf zu achten, dass eine Auseinandersetzung mit der aktuellen Rohstoffpolitik der Bundesregierung und der EU stattfindet, die vorrangig auf den freien Markt Zugang gerichtet ist. *Zweitens* die katastrophalen Arbeits- und Umweltbedingungen beim Abbau dieser Rohstoffe in den Ländern des globalen Südens einzubeziehen. Und *drittens* eine Umbauperspektive zu öffnen, die kurzfristige Profitorientierung der Unternehmen zurückdrängt und ökologische Grenzwerte setzt. Am Ende war das Problembewusstsein immerhin so groß, dass es zu vernünftigen Ergebnissen in der Analyse gekommen ist. Die wichtigste Erkenntnis, die in einem Gutachten von Reinhard Madlener und Blake Alcott zum Ausdruck kommt: absolute Entkoppelung von Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum gibt es nicht. Effizienzgewinne werden tendenziell durch mehr Verbrauch/Konsum an anderer Stelle wieder aufgefressen (rebound-Effekt). Im Fazit des Gutachtens heißt es: „... Im Hinblick auf die zu Tage tretende Tatsache jedoch, dass Effizienzsteigerung allein keine absolute Verbrauchsreduktion bewirkt – vielleicht nur zur Hälfte, vielleicht noch weniger – gilt es unserer Meinung nach vermehrt, die oben genannten Themen betreffend effektiver, aber relativ unpopulärer Umweltmaßnahmen zu untersuchen. Aber wie genau wirken sich diese Maßnahmen auf die Größe und Gestaltung des BIPs aus? Sind Effizienzsteigerungen und erneuerbare Quellen in hinreichendem Ausmaß verfügbar, um den Wohlstand auch langfristig halten zu können? Wie viel Genügsamkeit (Suffizienz) würde von der Bevölkerung verlangt, und wäre dies überhaupt zumutbar? Gäbe es vielleicht sogar positive individuelle und soziale Auswirkungen? ...“ Es gibt bei den Konservativen durchaus Stimmen, die die ökologischen Grenzen unseres Wirtschaftsmodells anerkennen und sehen, dass Wachstum weder mit mehr Lebensqualität, noch mit mehr Wohlstand gleichzusetzen ist. Eine starke Position ist jene der ökologischen Modernisierung, die davon ausgeht, dass mit dem bestehenden politischen Institutionensystem und entsprechenden technologischen und sozialen Innovationen grundlegende Veränderungen erreicht werden können. Die Produktions- und Lebensweise wird aber grundsätzlich nicht infrage gestellt. Damit wird die Position tendenziell unaufrichtig: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass.

Aber auch in der PG3 finden Ausblendungen auf bestimmten Ebenen der Beschreibung ökologischer Probleme statt. Die globale Perspektive spielt in der Diskussionen der EK insgesamt kaum eine Rolle („Wir sind hier schließlich in einem Deutschen Bundestag“ – mehrmals aufgeschnappter O-Ton). Die intensiv diskutierte Frage der Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch in der PG 3 hatte jedoch eine stark globale Perspektive – allerdings von zweifelhaftem Charakter. Es heißt bspw., wenn wir unter den und den Bedingungen weiter machen, „dann fliegt uns der ganze Planet um die Ohren.“ Bei genauerer Betrachtung bezieht sich die globale Perspektive dann auf die Verfügbarkeit von Ressourcen auf dem Weltmarkt und v.a. die sog. ‚Senkenproblematik‘ (die Überlastung ökologischer Kreisläufe durch CO₂ und andere Abfälle, mit globaler Wirkung bzw. Ausmaßen). Problematisch erscheinen nur jene ‚globalen‘ Umweltprobleme, die letztlich auch die Wirt-

schaftsmächte im Norden tangieren könnten. Geflissentlich ignoriert werden dabei Ressourcenkonflikte und Zerstörung durch Klimawandel und Rohstoffabbau auf lokaler Ebene. Hier geht es aber um die täglichen Lebensbedingungen und Überlebenschancen konkreter Menschen.

Für die LINKE geht es darum, die ‚Astronauten-Perspektive‘ aufzubrechen und konkrete soziale Verhältnisse ins Blickfeld zu rücken. Es ist nicht ‚die Menschheit‘, die den Globus zu Grunde richtet, sondern es sind konkrete Akteure (Personen und Unternehmen), die unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen handeln. Die Liberalisierung führt dazu, dass Investmentbanker – in gegenseitiger Konkurrenz um die Kapitalanleger – immer größere Risiken eingehen, um kurzfristig möglichst hohe Profite zu realisieren. Um dem zu begegnen, müssen die Banken und Finanzmärkte durch Gesetze reguliert und begrenzt werden; moralische Appelle helfen nicht. Genauso wenig, wie sie dazu taugen, den Massenkonsum auf umweltfreundliche, langlebige, „fair“ produzierte und gehandelte Produkte zu lenken, so lange die Wirtschaftsweise und die dazugehörige Werbemaschinerie darauf ausgerichtet sind, das Gegenteil zu bewirken.

Auch die Aneignung von Natur ist durch gegensätzliche gesellschaftliche Kräfte- und Klassenverhältnisse geprägt. Transnationale Konzerne verwüsten ganze Landstriche, um Rohstoffe auszubeuten, während landlos gemachte Bauern ums Überleben kämpfen. Die Automobilindustrie rüstet für die Verdoppelung des weltweiten PKW-Bestandes, während vielerorts die Entwicklung öffentlicher, zukunftsfähiger Mobilitätsangebote ebenso auf der Strecke bleibt wie die Einwohner, deren Beweglichkeit oder Zahlungsfähigkeit eingeschränkt sind.

Dem Vorschlag der LINKEN, für die einschlägigen Felder „Mobilität“ und/oder „Ernährung“ eine detaillierte Untersuchung des notwendigen Umbaus vorzunehmen, wird wohl nicht gefolgt.

In der *Projektgruppe 4 „Nachhaltig gestaltende Ordnungspolitik“* sollen theoretisch die Empfehlungen aus anderen Projektgruppen in einen konkreten „politischen Werkzeugkasten“ überführt werden. Allerdings beschränkt sich der Themenblock im Einsetzungsbeschluss sehr auf reaktive, krisenbewältigende Maßnahmen (im Anschluss an Markt- und Staatsversagen) und vernachlässigt präventive und steuernde Maßnahmen. Es wird nicht die Frage gestellt, ob Marktprozesse und Preissignale als Politikinstrumente ausreichen, um z. B. die notwendigen technischen Innovationen in nachhaltigen Produktionsprozessen durchzusetzen. Ebenso wenig gibt es eine Auseinandersetzung mit dem Problem, dass z. B. die Inwertsetzung von Rohstoffen und Energieträgern auf Börsenmärkten per se krisenverschärfend wirkt.

Die PG 4 beschränkt sich selbst auf die exemplarischen Felder Finanzmärkte und Chemieindustrie und will für diese ordnungspolitische Maßnahmen vorschlagen. Damit werden weitere Steuerungsoptionen faktisch ausgeschlossen. Konjunkturpolitik, Investitionspolitik, Strukturpolitik und vor allem die Verteilungspolitik werden voraussichtlich (kraft Mehrheitsverhältnissen) außen vor bleiben.

Die LINKE. schlägt vor, auch Politikinstrumente zu berücksichtigen, die demokratische Beteiligungsrechte von Bürgerinnen und Beschäftigten stärken.

Die Projektgruppe 5 trägt den Titel „Arbeitswelt, Konsumverhalten und Lebensstile“. Wie die PG 4 ist sie erst vor drei Monaten gestartet und immerhin ist es gelungen, Einigkeit darüber herzustellen, dass die genannten Bereiche unter dem Vorzeichen bzw. mit dem Ziel der Nachhaltigkeit (ökologische, sozial und ökonomisch) betrachtet werden sollen.

Eine erste Debatte geht um die Frage, wie Konsumentenentscheidungen beeinflusst werden. Inwieweit sind die Menschen eigentlich frei zu entscheiden? Der Sachverständige der CDU setzt auf Information und „social corporate responsibility“. Sein Leitbild: Der „mündige Verbraucher“ scannt die aufgedruckten Barcodes im Supermarktregal und bekommt die hinterlegten Infos auf sein Smartphone, wo er dann nachlesen kann, wie viel CO₂ beim Transport seines Lieblingsweines ausgestoßen wurde, ob der T-Shirt-Produzent Bio-Baumwolle verwendet oder die Keksfabrik tarifgebunden ist. Die Unternehmen wiederum begeben sich in den wünschenswerten Wettbewerb um die besten Umwelt- und Sozialstandards. Fragen der Kontrolle, der Wirksamkeit und vor allem die Frage, wodurch Kaufentscheidungen eigentlich tatsächlich geprägt werden, werden überhaupt nicht gestellt. Die SPD setzt in der PG vor allem auf Bildung, Erziehung und Ordnungspolitik (Verbote von Unverträglichem). Die LINKE fragt nach der Marktmacht. Unternehmen versuchen Präferenzen in ihrem Sinne zu beeinflussen – die Werbe-Etats sind gigantisch, die Werbestrategien raffiniert. Konsumentenscheidungen haben etwas mit ganz woanders getroffenen und von ihnen kaum beeinflussbaren Vorentscheidungen zu tun, mit Warenproduktion und -angebot und mit der Einkommensverteilung. Klar ist: der Markt löst die Probleme hinsichtlich von Arbeit und Konsum nicht. Individuelle Kaufentscheidungen sind sicherlich wichtig. Staatliche Maßnahmen müssen flankieren. Aber eine emanzipatorische Perspektive fragt nach kollektiven, demokratischen Prozessen, nach gesamtgesellschaftlichen Veränderungen.

Der zweite Themenkreis, der zur Debatte steht, dreht sich um Arbeit, Arbeitsbedingungen, Zeitwohlstand. Während die Opposition ein Gutachten über die Finanzierbarkeit von kurzer Vollzeit angeregt hat, bestehen Liberale und Konservative auf einem Gutachten zum bestmöglichen Handling der Übertragung von „Unternehmerverantwortung“ auf Arbeitnehmer (welche als „organisatorische Revolution“ zur Entgrenzung von Arbeit führte).

Vorläufiges Fazit

Für die gesellschaftliche Debatte ist von dieser Enquête-Kommission nichts Wegweisendes zu erwarten. Dennoch ist die konzentrierte Mitarbeit der LINKEN darin nicht nutzlos: zum Einen genießen die Mitglieder nach außen eine gewisse Reputation, werden im universitären oder kirchlichen Spektrum eingeladen und erhalten Publikationsmöglichkeiten (Uli Brand konnte als Gegenpart zu Meinhard Miegel u.a. einen Beitrag bei der Bundeszentrale für politische Bildung veröffentlichen). Zum anderen können wir unsere „Krallen

schärfen“, die diskursive Schwäche der Gegenseite entdecken, unsere Argumente gegen die mainstreamigen „green growth“-Vorstellungen schärfen und an unseren eigenen theoretischen und konzeptionellen Defiziten arbeiten. Dazu gehört die kritische Auseinandersetzung mit Begriffen wie „Nachhaltigkeit“ und „Entwicklung“, die einem systemimmanenten Diskurs entstammen und so unscharf sind, dass sie auch für Wirtschaftsliberale anschlussfähig sind. Oder die selbstkritische Auseinandersetzung mit der Vorstellung, man müsse „aus der Krise herauswachsen“. Auch die Bilder von Sackgassen, von zwangsläufigen Endstationen (peak oil, Endlichkeit der Rohstoffe...) sind problematisch, weil sie die Verwüstungen verbergen, die ihre Extraktion schon heute anrichtet. Und bezogen auf den Klimawandel ist klar, dass es nicht zu wenig, sondern zu viel fossile Rohstoffe gibt.

Darüber hinaus sind für die gesellschaftliche und vor allem für die marxistische Linke Fragen aufgeworfen, die (auch mit Hilfe der erworbenen Expertise) jenseits der EK und der engen Wachstumsdebatte bearbeitet werden sollten: die Frage nach den Trägern sozial-ökologischer Umbauprozesse und den Kämpfen, die darum in den hoch industrialisierten Ländern zu führen wären, ist offen. Wie lassen sich die Widersprüche produktiv machen, die in unserer „imperialen Lebensweise“ stecken und welche Rolle können Gewerkschaften spielen, deren Blütezeit eng mit einem (fordistischen) Wachstumspfad verbunden ist, der die globale Biokrise verursacht. Wie ließe sich, im Gegensatz zu Prekarisierung, nicht nur „gute Arbeit“ realisieren, sondern auch das Korsett der „entfremdeten Arbeit“ aufbrechen? Kann sich in Degrowth-Kommunities, Post-Oil-Cities und Bioenergie-Dörfer neues emanzipatorisches Potential entfalten? Und können gemeinnützige Unternehmen und Genossenschaften zu revolutionären Projekten werden?

Schließlich fehlt eine Theorie des „Grünen Sozialismus“. Im Diskurs über sozial-ökologische Transformation sucht man den Begriff Sozialismus vergeblich (das gilt auch für den o.g. „Plan-B“), obwohl wir ein Konzept des „Greening“ des Kapitalismus als theoretisch und politisch unmöglich ablehnen. Die Vision Sozialismus spielt keine Rolle, wenn von Umwelt die Rede ist; und umgekehrt: Wer vom Sozialismus redet, denkt nicht an das Naturverhältnis.

Bemerkungen zur „Wachstums“-Kritik

Über „das Wachstum“ wird seit einiger Zeit vermehrt diskutiert, auch wenn man wohl nicht immer sagt oder weiß, was dieses Abstraktum bedeuten soll.¹ Die Bandbreite verschiedenartiger Verwendungen des Wortes „Wachstum“ in neueren Erörterungen ökonomisch-ökologischer Krisenphänomene ist von Karl Unger (in der vorigen Ausgabe von „Z“) in einer großen Sammelbesprechung kritisch ausgeleuchtet worden.² Ein unklarer bzw. vieldeutiger Wortgebrauch kennzeichnet die Verlautbarungen der meisten Propagandist/inn/en von „Wachstum“, was insbesondere für liberale Politiker und Wissenschaftler gilt, die es natürlich mit ihrem Heilsbringer „Wirtschaftswachstum“ halten, richtiger mit dem Wachstum der Profite, manchmal auch Wirtschaftsleistung genannt. Er charakterisiert aber auch eine feuilletonistische Wachstums-Kritik, die zum Beispiel philosophisch oder soziologisch über Wachstum an sich schwadroniert. Ernst zu nehmen ist dagegen die ökologisch und ökonomisch informierte Kritik der vor allem wirtschaftlichen Dynamik von Industriegesellschaften, die sich zumal seit dem ersten Bericht des Club of Rome über „Grenzen des Wachstums“ (1972) entwickelt hat. Hierzu gehört insbesondere die Kritik des Konzepts des BIP-Wachstums, die auch auf ihre – wenn auch wenigen – Vorläufer in der Geschichte der Wirtschaftslehre verweisen kann, zu denen leider Marxens Produktivkraft-Fetischismus nicht gehört. Heute aber gibt es Kritik aus Arbeitnehmerhand: sogar die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* spricht neuerdings, wenn auch frühere „Wachstumsschwächen“ beklagend, eher von einem „anderen, sozial-ökologischen Entwicklungspfad“, den man einschlagen müsse.³ Hierüber hinaus weisen die – neuerdings sich intensivierenden – seriösen Analysen und Diskussionen zu einem „Nullwachstum“, „Postwachstum“ oder „décroissance/degrowth“, soweit sie sich ausdrücklich auf das ökonomische System und auf diese oder jene Weise auch auf die ganze Lebensweise in den

¹ Meine folgenden Bemerkungen stützen sich auch auf Zwischenergebnisse zweier Arbeitsvorhaben, die ich zusammen mit Margarete Tjaden-Steinhauer („Zivilisatorische Gewaltverhältnisse“) sowie mit Rolf Czeskleba-Dupont („Ökosozialismus“) betreibe. Für kritische Anmerkungen und Hinweise zu einem Entwurf dieses Textes danke ich Karl Georg Zinn. Für Mängel und Wertungen bin ich natürlich selber verantwortlich. Vgl. auch meine beiden Aufsätze in Z 82 (Juni 2010) und Z 88 (Dezember 2011).

² K. Unger, Das Wachstumsparadigma und die ökologischen Krisen. In: Z 90 (Juni 2012), S. 141-152.

³ Vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum 2012, Kurzfassung, S. 1, 9; als gewerkschaftliche Stellungnahme zur Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Bundestags: N. Reuter, Von der Wohlstands- zur reinen Wachstumsenquete? In: DGB, Gegenblende, Ausgabe 15, Mai/Juni 2012. – Ausgesprochen erfreulich finde ich es, dass beim „Wachstum“-Thema auch zunehmend von Marxist/inn/en auf die Notwendigkeit von „Begriffsklärung[en]“ hingewiesen wird: „Was ist Wirtschaftswachstum, was sind Produktivkräfte, was ist menschliche Arbeit?“ (so ein Editorial zum Thema „Produktivkräfte, Wachstumsgrenzen“ in Heft 4/2011, S. 22, der Zeitschrift „Marxistische Blätter“).

Gesellschaften auf unserer Erdhalbkugel beziehen.⁴ Von wissenschaftlicher und politischer Bedeutung scheint mir auch zu sein, dass einige ökonomisch mehr oder minder versierte Protagonisten eines „Ökosozialismus“ (z. B. John Bellamy Foster, Saral Sarkar, Serge Latouche) ihre Abrechnungen mit kapitalistischem Wirtschaftswachstum mit einer Kritik der Akkumulation des Fixkapitals verbunden haben: „the core issue where capitalism is concerned is accumulation“.⁵

In der Tat: Einer Kritik der real existierenden bürgerlichen Gesellschaft und des Wachstums ihrer kapitalistischen Wirtschaft ist ebenso wenig mit abstrakten Zukunftsvorstellungen, denen irgendein Sozialismus-Etikett angeheftet wird, gedient wie mit einer abstrakten Kritik des Wachstums von irgend etwas, sagen wir des Konsums oder der Produktion von Waren oder des Profits, des Energieverbrauchs oder der Abfallmengen – so wichtig auch ein Zurückschrauben aller dieser Größen im Zuge einer Strategie ist, welche die bestehenden gesellschaftlichen Missverhältnisse und gewalttätigen Mensch-Umwelt-Beziehungen theoretisch und praktisch kritisiert. Diese Kritik muss sich aber, abgesehen von weiteren, hier nicht zu behandelnden gesellschaftlichen Gewaltverhältnissen, auf den Mechanismus kapitalistischer Produktion richten, auf die Produktionsweise, wie sie sich seit den Anfängen des Industriekapitalismus zunächst im Westen Europas entwickelt hat. Der „Wachstums“-Kritik sollte es dabei, was die Ökonomie betrifft, um eine Umstellung der herrschenden Produktionsweise gehen, im Sinne einer weniger gewalttätigen, ausbeuterischen und unterdrückerischen Beschaffung von Unterhalts- und anderen Mitteln für die Menschen aus den Dargeboten ihrer Um- und Mitlebewelt.⁶

Für diese kapitalistische Produktionsweise ist bekanntlich typisch, dass Mehrwert – im Unterschied zu Überschüssen in vorkapitalistischen Ausbeutungsverhältnissen – im Wesentlichen als zusätzliches Kapital angelegt wird. Dabei zeichnet sich diese Akkumulation von Kapital in der fabrikindustriellen

⁴ Vgl. u. a.: K. G. Zinn, Wachstum um jeden Preis? Mills „Stationary State“ heute und die Angst vor der vernünftigen Stagnation. In: F. Höntzsch, Hrg., John Stuart Mill und der sozial-liberale Staatsbegriff, Stuttgart 2011, S. 193-216; ders., NULL-Wachstum, Typoskript, 2012; I. Seidl, A. Zahrt, Hrg., Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft, Marburg 2010; J. B. Foster [et al.], The Ecological Rift, Capitalism's War on the Earth, New York 2010; S. Sarkar, Die nachhaltige Gesellschaft. Eine kritische Analyse der Systemalternativen, Köln 2008; S. Latouche, Farewell to Growth, Cambridge 2009.

⁵ J. B. Foster [et al.], a.a.O., S. 201

⁶ Wer, im Unterschied hierzu, gleichwohl für eine „Förderung des Wachstums“ plädiert, wie das in kurzfristiger wirtschaftspolitischer Perspektive z. B. Lucas Zeise tut, wird (abgesehen vom Erfordernis einer Inhaltsangabe zum Begriff Wachstum selber) einerseits erklären müssen, auf welche Weise die durch die real existierende kapitalistische Produktionsweise regelmäßig hervorgebrachten zerstörerischen externen Effekte einer dergestalt wachsenden Wirtschaft unterbunden werden sollen und andererseits plausibel machen müssen, warum eine solche Wachstumsförderung, die entsprechend dem vorherrschenden kapitalistischen Wachstumsmuster eine Förderung der Vermehrung der Produktionsmittel im Eigentum der Unternehmen implizieren würde, nicht bedeuteten soll, „sich auf die Seite des Großkapitals“ zu schlagen. (L. Zeise, Wo die Wachstumskritiker landen, Die Natur setzt dem Kapitalismus keinen Grenzen. In: Marxistische Blätter, H. 4/2011, S. 41-46. hier S. 44)

Wirtschaftsentwicklung überwiegend durch ein Wachstum des Anteils des fixen und des zirkulierenden Sachkapitals zu Lasten des Lohn- und Gehaltsanteils aus. Das bedeutet der Sache nach überproportionales Wachstum des Einsatzes von (Arbeitskräfte sparenden) Sachanlagen (insbesondere Ausrüstungen und Bauten) und Sachmitteln (insbesondere Brennstoffe mit hoher Energiedichte, Rohstoffe und Halbfabrikate) gegenüber der Beschäftigung von Arbeitskräften in der Warenproduktion und damit eng verbundenen Wirtschaftsbereichen. Die internen und externen Folgewirkungen dieser Verschiebung der Kapitalzusammensetzung waren, im langfristigen Großen und Ganzen, die folgenden Mensch-Biosphäre-Probleme: die Störung der Strahlungsbilanz in der Atmosphäre; der Ausschluss vieler Menschen von Erwerbsmöglichkeiten oder sogar Unterhaltungsmitteln; die Überlastung von Menschen und Umwelten durch Immissionen und Artefakte; die Erschöpfung stofflicher, energetischer und weiterer Umweltdarangebote – alles in allem Auswirkungen einer zügellosen Inanspruchnahme der Erde durch Menschen, mit der schon in vorkapitalistischen Gesellschaften des „Westens“ begonnen worden war.

Es ist teils direkt, teils indirekt wahrnehmbar und so begreifbar, dass diese Krisenphänomene großenteils, wenn auch keineswegs vollständig, durch das steigende Gewicht der industriellen Produktionsmittel gegenüber den genutzten Arbeitsvermögen hervorgerufen wurden und werden; anders ausgedrückt: durch die auf die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit gerichtete Kapitalakkumulation, in der, jeweils gesamtwirtschaftlich betrachtet, die technische und organische Zusammensetzung des produktiven Kapitals langfristig wächst. Oder, mit Marx gesprochen: Die gegenwärtige ökonomisch-ökologische Krise resultiert großenteils aus einem – durch den kapitalistischen Akkumulationsprozess verwirklichten, erneuerten und weiter entwickelten – herrschaftlichen „Verhältnis von toter und lebendiger Arbeit“, wobei in der toten Arbeit, den artifiziellen „Produktionsmitteln“, die ganze gewalttätige arbeits-, geistes- und technikgeschichtliche Vorarbeit für das heutige zerstörerische Bemühen von Menschen um Beherrschung ihrer Umwelt gespeichert bzw. wirksam ist.⁷ Letzteres verweist darauf, dass die aktuelle globale Krise der Mensch-Biosphäre-Beziehungen zugleich die Krise unseres vieltausendjährigen Zivilisationsprozesses ist.

Will man, mit dem Blick auf eine mögliche Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise, dieser Beschränkungen auferlegen, dann muss man sich wohl vor allem um die Akkumulation produktiven Kapitals in Gestalt der Erweiterung des fixen und zirkulierenden „konstanten“ Kapitals kümmern. Eine – mehr oder minder weitgehende – *Entmachtung der die Gesellschaft durchherrschenden und übermächtigenden Wirtschaftsweise* hat bei der Art und Weise der produktiven Kapitalerweiterung und bei dieser als solcher anzusetzen. Das bedeutet: Zwecks Übergangs in eine möglichst menschen- und umweltverträgliche Wirtschaftsweise muss letztlich erreicht werden, dass die Akkumulation (die erweiterte Reproduktion produktiven Kapitals) unterbun-

⁷ Das Kapital Erster Band, MEGA II/8, S. 310f; vgl. auch Grundrisse, MEGA II/1.2, S. 580ff.

den wird. Erfordernisse einer solchen Strategie des Akkumulations-Stopps in Unternehmen und anderen Einrichtungen lassen sich in Leitlinien formulieren:

- Es erfolgen keine Erweiterungsinvestitionen;
- Ersatzinvestitionen müssen menschen- und umweltgerechte Technologien realisieren und eine positive Energiebilanz aufweisen;
- Arbeitsintensive (Ersatz-)Investitionen treten an die Stelle von kapitalintensiven Investitionen;
- Investitionen mit höherem resultierenden Nutzeffekt der Erzeugnisse (im Sinne von Energie- und Güterdienstleistungen) werden bevorzugt.⁸

Die Verwirklichung dieser Investitionsstrategie bedeutete gesamtwirtschaftlich eine Vermehrung der Arbeitsplätze und (*ceteris paribus*) der Menge der lebendigen Arbeit und der Wertschöpfung, eine Senkung des Energie- und Materialeinsatzes, eine Verringerung der stofflichen Belastung von Menschen und ihrer Um- und Mitlebewelt und die Eröffnung der Möglichkeit, den aus vorhandenen Anlagen und aus Altlasten resultierenden Gefahren besser zu begegnen. Die Strategie des Akkumulations-Stopps – deren Umsetzung ja schon vielfach begonnen wurde, zum Beispiel mit einem widerständigen „Nein“ zu unnützen und schädlichen Großanlagen und mit dem Entwurf alternativer Planwerke – sollte daher mit allen geeigneten Mitteln im jeweils größtmöglichen Umfang durchgesetzt werden. Ihre Realisierung implizierte den Entwurf und die Verwirklichung einer demokratischen Investitionsplanung und -steuerung im gesamtwirtschaftlichen Maßstab.

Ideen eines „ökologisch-sozial“ auszurichtenden „Wachstums“ kranken meist, sofern sie auf ein BIP-Wachstum im Rahmen unveränderter Produktionsverhältnisse zielen, an der Tolerierung einer unbeschränkten Investitionshoheit der Kapitaleigner. Der hier skizzierten Strategie zufolge ist dagegen diese Hoheit sehr stark zu beschränken, zum Beispiel mit gesetzlichen Mitteln. Wirtschaftswachstum kann es diesem Konzept gemäß jedoch durchaus geben, da eine höhere Arbeitsintensität – das heißt hier: eine Vermehrung der Arbeitsplätze – der gesamtgesellschaftlichen Wirtschaftstätigkeit *ceteris paribus* eine höhere Wertschöpfung erbringt, die sich als größerer Ausstoß von bereitgestellten nutzenbringenden Gütern und Leistungen darstellen soll. Dabei wird hier vorausgesetzt, dass die Vergrößerung der Gesamtarbeitsmenge nicht durch undurchdachte Arbeitszeitverkürzungen zunichte gemacht wird.

Verschiedentlich wird argumentiert, dass eine Beendigung der Akkumulation von Kapital (und die Beschränkung auf eine stationäre Wirtschaft, worauf dies letztlich hinausläuft) mit dem kapitalistischen Reproduktionsmechanismus, mit der „Logik der kapitalistischen Ökonomie“ unvereinbar sei. Deshalb sei

⁸ Da der Engelssche Ausdruck „Nutzeffekt“ (ebenso wie der äquivalente, ingenieurwissenschaftlich kreierte Begriff „Energiedienstleistung“) häufig nicht verstanden wird, weise ich auf meine Darstellung der Begriffsbedeutungen und -zusammenhänge hin: K. H. Tjaden, *Mensch, Gesellschaftsformation, Biosphäre. Über die gesellschaftliche Dialektik des Verhältnisses von Mensch und Natur*, 1. Aufl., Marburg 1990, S. 186f, 2. Aufl. 1992, 214f.

letztere abzuschaffen, wenn eine ökologisch-soziale Wirtschaftsweise verwirklicht werden soll.⁹ Das ist eine Auffassung, die ein zentrales methodisches Problem der Kritik der politischen Ökonomie des Kapitalismus berührt, welches hier nur benannt werden kann. Das ist das Problem der Stimmigkeit und der Reichweite des von Marx entworfenen theoretischen Modells eben dieser kapitalistischen Ökonomie. Erstens ist zu fragen, ob die Annahme eines Zwangs zur Akkumulation von Kapital in seinem Modell der Interaktion von Lohnarbeit und Kapital schlüssig begründet ist (ich vermute: nein).¹⁰ Zweitens fragt sich, ob das Marxsche Kapitalismus-Modell die (nicht nur) kapitalistisch formierte Realität moderner Gesellschaften hinreichend abbildet (eine ja auch in dieser Zeitschrift verschiedentlich angesprochene Frage).¹¹

Festgehalten soll hier nur werden, dass eine Beschränkung der kapitalistischen Investitionstätigkeit auf einfache Reproduktion der Sachmittel bzw. des Sachvermögens der Unternehmen deren eigentumsrechtlich gestützte Verfügungsgewalt und Ausbeutungsmacht zwar begrenzt, aber nicht vernichtet, und dass deren Konkurrenz um Extraprofite weiterhin möglich ist – in einem politisch gesetzten und durchgesetzten Rahmen ökologisch-sozial orientierter realwirtschaftlicher Aktivität. Dieser würde auch profitable Anlagemöglichkeiten mit niedriger technischer und organischer Kapitalzusammensetzung für ansonsten vagabundierende Mehrwertmassen definieren, die aus Aufgaben der Altlastenbehandlung und Zukunftsgestaltung sowie aus der Notwendigkeit abzuleiten sind, dringenden Erfordernissen der Lebensgestaltung verschiedener Bevölkerungsgruppen gerecht zu werden. Insgesamt könnte dabei so etwas wie eine „*Übergangsordnung* zwischen Kapitalismus und Sozialismus“ herauskommen.¹²

Die Chancen, eine solche Akkumulation verhindernde politische Ordnung durchzusetzen, sind sehr gering. (Und ob eine solche Übergangsordnung sich den Kämpfen um restliche Quellen fossiler Roh- und Energiestoffe sowie um Böden für einen Anbau von Kraftstoffpflanzen entziehen könnte bzw. in solchen Kämpfen auf der richtige Seite stehen würde, ist auch nicht klar.) Allerdings sollte hinsichtlich der Erfolgsaussichten von Kämpfen um eine Übergangsordnung nicht vergessen werden, dass „das Kapital“ in seiner vielhundertjährigen Geschichte bereits viele politische Schranken seiner Verwertung hingenommen hat. Jene Chancen werden aber noch weiter verringert, wenn Politiker/innen und Wissenschaftler/innen, die sich der Arbeiterbewegung oder ihren Überbleibseln verbunden fühlen, nicht einmal die richtigen Forderungen stellen, sondern immer noch nach „Wachstum“ (allenfalls nach ökologisch-sozial herausgeputztem oder sonst wie verschönertem Wirtschaftswachstum) als Wundermittel rufen und ein Sinken entsprechender Wachstumsraten beklagen.

⁹ Foster [et al.] a. a. O., S. 396f; vgl. auch S. Sarkar, Die Krisen des Kapitalismus, Neu-Ulm 2010, S. 338ff; Latouche a. a. O. 2009, 90f.

¹⁰ Vgl. meinen Aufsatz in Z 88, Dezember 2011, S. 70-72.

¹¹ Vgl. z. B. die Beiträge von K. H. Roth, M. Massarat und W. Neef in Z 89, März 2012.

¹² G. Fülberth, Sozialismus, Köln 2010, S. 11 (Hervorh. i. Original); vgl. auch ebd. S. 103-107.

Josef Schleifstein

Historische Krisen und ihre Verarbeitung: Das Beispiel des August 1914

Vorbemerkung der Redaktion: Am 24. Juli 2012 jährte sich der Todestag von Josef Schleifstein zum zwanzigsten Mal. Die Redaktion hat dieses Datum zum Anlass genommen, einen Artikel von Jupp Schleifstein (in geringfügig gekürzter Form) nachzudrucken, der zuerst im Heft 2 von Z (Juni 1990) erschienen ist. In seinem Beitrag „Historische Krisen und ihre Verarbeitung“ wertet Jupp das damals noch ganz gegenwärtige „Scheitern des ersten praktischen Gestaltungsversuchs einer Alternative zur kapitalistischen Gesellschaft“ als schwere Krise der marxistischen sozialistischen Strömung, die eine „grausam-gründliche Selbstkritik“ erfordere. Mit diesem Wort Rosa Luxemburgs zieht er eine Parallele zur tiefen Krise der sozialistischen Bewegung, die der August 1914 markierte. Die rückhaltlos kritische Aufarbeitung dieser Krise durch die damalige marxistische Strömung in der Sozialdemokratie beschreibt er als modellhaft für das, was der marxistischen Linken mit dem Zusammenbruch der Jahre 1989/90 aufgegeben sei.

Jupp Schleifstein wurde 1915 in Lodz (Polen) geboren und war seit 1932 Mitglied der KPD. Im November 1933 wurde er wegen illegaler Tätigkeit für die KPD verhaftet und zu 20 Monaten Zuchthaus verurteilt. Nach seiner Entlassung emigrierte er in die Tschechoslowakei und war auch dort politisch aktiv. 1939 ging er nach London ins Exil und kehrte 1946 nach Deutschland zurück. Während seines akademischen Schaffens an der Karl-Marx-Universität Leipzig in den 1950er Jahren verfasste er u. a. Arbeiten über Franz Mehring. Von 1948 bis 1951 und wieder seit 1960 war er Mitglied des Parteivorstands der KPD, 1963 gehörte er zu den Mitbegründern der „Marxistischen Blätter“ in Frankfurt/Main. Seit 1968 lebte Jupp Schleifstein wieder ganz in der Bundesrepublik, wirkte bei der Neukonstituierung der DKP mit und begründete mit Heinz Jung, Wanja von Heiseler u. a. das „Institut für Marxistische Studien und Forschungen“ (IMSF) in Frankfurt/Main, dessen Leiter er bis 1981 war. Auch danach blieb er dem IMSF eng verbunden. Sein wissenschaftliches Werk jener Jahre prägte die marxistische theoretische Diskussion in hohem Maße. In den Jahren 1988/89 engagierte sich Jupp Schleifstein – letztlich erfolglos – als Vermittler in den innerparteilichen Auseinandersetzungen innerhalb der DKP. 1990 verließ schied er aus dem Parteivorstand der DKP aus und trat 1991 von der DKP zur PDS über. Im gleichen Jahr wurde er Mitherausgeber von Z. In den Jahren 1990 und 1991 war er häufig auch Autor der Zeitschrift. Ende 1991 allerdings erlitt er einen Schlaganfall, von dem er sich nicht mehr erholte. Jupp Schleifstein starb am 24. Juli 1992. Sein Grab befindet sich auf dem Jüdischen Friedhof in Köln-Bocklemünd.¹

¹ Zur Erinnerung an Jupp Schleifstein erschien 1993: Reale Geschichte als Lehrmeister. Josef Schleifstein 1915-1992. Hrg. von IMSF, Marxistische Blätter, sozialismus und Z, Frankfurt am Main 1993.

1. Die revolutionäre, von marxistischen Ideen geleitete Strömung des modernen Sozialismus durchlebt die schwerste Krise ihrer Geschichte, eine Krise von weltweiten Ausmaßen und Wirkungen. Krisen von derartiger Tiefe rufen unvermeidlich Erschütterung und Zweifel, Resignation und Flucht, Unsicherheit und Gärung hervor – in Theorie und Praxis, im kollektiven wie individuellen Verhalten der Betroffenen. Und die Arbeiterbewegung bildet hier naturgemäß keine Ausnahme. Die beispiellose Wirkung dieser Krise, die einen simplen Vergleich selbst mit 1914 oder 1933 ausschließt, ist sicher darin begründet, daß es um das Scheitern des ersten praktischen Gestaltungsversuchs einer Alternative zur kapitalistischen Gesellschaft geht.

Wie immer wir diese Alternative im Rückblick benennen wollen – Marxisten werden sich voraussichtlich darüber noch lange streiten –, Freund wie Feind, Kapitalisten, Sozialdemokraten und Kommunisten, sie alle wußten zumindest eines: Es waren antikapitalistische Ziele, die da angestrebt wurden. Inzwischen ist es Mode geworden, auch unter sowjetischen Historikern und hiesigen Marxisten, diesen Versuchen den sozialistischen Charakter abzusprechen. Ich halte das für ahistorisch und sehe darin eher die apologetische Flucht vor den Schrecken und Niederlagen der eigenen Geschichte, etwa nach dem Motto: Alle menschlichen Bemühungen dürfen scheitern, alle humanen Ideale dürfen vergewaltigt werden, nur der Sozialismus nicht. Ehrlicher, mutiger, aber auch historischer scheint mir das Eingeständnis: Die bisherige sozialistische Praxis der Gesellschaftsgestaltung (in ihrer unvermeidbaren Unreife und Unentwickeltheit) hat neben ihren Erfolgen von Weltbedeutung, wie dem epochalen Durchbruch der russischen Oktoberrevolution, dem entscheidenden Beitrag der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale zum Zusammenbruch des imperialistischen-Kolonialsystems, dem opfervollen Sieg über den deutschen Faschismus – der bisherige Sozialismus hat seine eigenen Deformationen und Pervertierungen, seine eigene Schmach und Schande hervorgebracht; er war nicht imstande, die Schrecken früherer Gesellschaften und Klassen, politischen Regimes und Parteien zu vermeiden

2. Damit sind wir bei einem strukturellen Kern der Verarbeitung historischer Krisen: Sie ist unmöglich ohne das, was Rosa Luxemburg nach dem August 1914 (in Anlehnung an Marx) die „grausam-gründliche Selbstkritik“ genannt hat. Auch wenn der Charakter und die Probleme unserer Krise von ganz anderer Art sind als 1914, lernen können wir von der Folgerichtigkeit und Schärfe derjenigen unter den damaligen Marxisten, die dem internationalistischen Sozialismus die Treue hielten. Im Rahmen eines Zeitschriftenaufsatzes ist es nicht möglich, das Thema ausführlich am historischen Stoff zu illustrieren, obwohl dies sehr reizvoll wäre. Man muß sich mit einigen wenigen Gesichtspunkten begnügen, die die Grundlinien dessen betreffen, was unseren heutigen Lernprozeß vielleicht befördern könnte.

Zunächst: Die psychologische Reaktion der internationalistischen Kriegsgegner von 1914 auf die damalige Krise der sozialdemokratischen Parteien und der II. Internationale weist eine erstaunliche Ähnlichkeit mit unserer gegen-

wärtigen Reaktion auf, eine Ähnlichkeit, die bis zur Anwendung derselben Begriffe, derselben Eigenschaftswörter, derselben Metaphern und Stimmungsbilder reicht. Wen immer wir nehmen – Lenin oder Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin oder Karl Liebknecht –, bei allen äußert sich die tiefe Erschütterung in Begriffen wie „Zusammenbruch“, „Katastrophe“, „Bankrott“, „Weltwende“, „beispielloser Fall“.

So Rosa Luxemburg im April 1915 in der ersten, damals einzigen Nummer der theoretischen Zeitschrift „Internationale“: „Noch nie seit es eine Geschichte der Klassenkämpfe, seit es politische Parteien gibt, hat es eine Partei gegeben, die in dieser Weise, nach fünfzigjährigem unaufhörlichen Wachstum, nachdem sie sich eine Machtstellung ersten Ranges erobert, nachdem sie Millionen um sich geschart hatte, sich binnen vierundzwanzig Stunden so gänzlich als politischer Faktor in blauen Dunst aufgelöst hat wie die deutsche Sozialdemokratie.“²

(...)

3. „Grausam-gründliche Selbstkritik“ bedeutete für die sozialistischen Internationalisten im ersten Weltkrieg vor allem anderen: die tiefe Kluft zwischen Wort und Tat aufdecken, zeigen, was die sozialistische Arbeiterbewegung, was die Internationale zu sein versprach, und wie diese Hoffnung in der bis dahin schwersten Prüfung und Bewährungsprobe scheiterte. Es könnte scheinen, als ob das eine rein moralische Kritik sei, als ob Luxemburg und Lenin die Ursachen der Katastrophe nur im praktischen Versagen, im Mangel an Charakter, an Mut, an Opferbereitschaft, an Handlungsfähigkeit in einer Gefahrensituation gesehen hätten. Aber diese moralische Kritik war Teil einer theoretisch-historischen Kritik, die alle damals leidenschaftlich debattierten Themen umfaßte: die Stellung zu Imperialismus und Krieg vor und nach dem 4. August 1914; das komplizierte Wechselverhältnis von Nation und Internationalismus; die Möglichkeit oder Unmöglichkeit des Klassenkampfes in einer „nationalen Krise“.

Die Fragen waren von ähnlich gravierender, bohrender und schmerzhafter Art wie in späteren geschichtlichen Krisen der Arbeiterbewegung (etwa 1933 oder heute). War die Analyse des Imperialismus und des zu erwartenden Krieges richtig gewesen? Stimmt die von der Sozialdemokratie auch offiziell verkündete Alternative: Imperialismus oder Sozialismus? War die Erwartung der Marxisten, eine Periode revolutionärer Krisen und Ausbrüche stünde bevor, nicht völlig illusionär? Wenn die Internationale so kläglich zusammengebrochen ist, hieß das nicht, daß die internationalistische Grundidee der Arbeiterbewegung, das „Proletariat aller Länder, vereinigt euch!“ eine Fiktion, eine nie zu realisierende Illusion war? Kann eine sozialistische Arbeiterpartei im Kriege Klasseninteressen angesichts einer Interventionsgefahr und der Bedrohung durch fremde Unterdrücker und Ausbeuter „über die Nation“ stellen?

² Rosa Luxemburg: Der Wiederaufbau der Internationale; aus: Die Internationale, Heft 1/1915; in: Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin/DDR 1974, S. 21.

Dann die vielen Fragen, die sich auf den Charakter und die Substanz der Partei selbst, auf das eigene Wirken in der Partei bezogen: Hatten sie als Marxisten und Internationalisten die nationalistischen und opportunistischen Zersetzungs- und Versumpfungstendenzen offen und scharf genug bekämpft? Hatten sie deutlich genug vor dem wahrgenommenen Verfall gewarnt? Waren sie der Bürokratisierung der – wie man damals sagte – „Parteiinstanzen“ rechtzeitig und entschieden genug entgegengetreten? Ja, hatten sie die gegen sie selbst als Linke gerichtete Diffamierung und Verfolgung in den letzten Vorkriegsjahren – so die Verjagung Rosa Luxemburgs, Franz Mehrings und Julian Marchlewskis (Karski) aus den Redaktionen der Leipziger Volkszeitung und der Neuen Zeit – laut genug angeprangert und bekämpft?

4. Der Katalog der Fragen war für die Betroffenen 1914 oder 1915 kaum weniger bedrückend als der, den uns gegenwärtig der Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ präsentiert, auch wenn Schwere und Tiefe der Wirkungen nicht vergleichbar sind. Franz Mehring, der große Historiker der deutschen Sozialdemokratie, schreibt im Januar 1915 an den alten deutschen Sozialisten Hermann Schlüter in Amerika: „Freilich den fürchterlichen Zusammenbruch der letzten Monate hat keiner von uns gehaut. Man muß ihn in allen Einzelheiten kennen, um zu begreifen, wie grauenvoll er ist.“³

(...)

5 Viel komplizierter war es um die Fragen bestellt, die sich auf die Wirksamkeit der Linken in der deutschen Sozialdemokratie als Warner, Mahner, als Kritiker gegen jene Versumpfungsprozesse bezog, in denen sich die Katastrophe des 4. August 1914 (das war aber erst im Rückblick erkennbar) ankündigte. (Lenin hatte es hier leichter, infolge der zugespitzten sozialen und politischen Kämpfe und der ersten russischen Revolution, traten hier alle innerparteilichen Gegensätze offener zutage, so daß spätere Kriegsgegner und Kriegsbejaher sich schon vor 1914 geschieden hatten.) Die deutschen marxistischen Linken konnten angesichts des Zusammenbruchs von 1914, wenn sie selbstkritisch auf ihre eigene Tätigkeit zurückblickten, eine durchaus positive Bilanz ziehen. Sie hatten seit Jahren gegen die rechten, mehr und mehr zu nationalistischen und sozialimperialistischen Tendenzen neigenden „Sozialistischen Monatshefte“ angekämpft. Sie hatten immer wieder die Halbheiten und Inkonsequenzen des Parteivorstands kritisiert (1904 beim Verzicht auf eine spezifische antimilitaristische Agitation unter der Jugend; 1905 und 1906 in Fragen des Massenstreiks; am deutlichsten 1910 im Widerstand gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht, für die Anwendung radikalerer Kampfmittel; 1911 in der Kritik an der Passivität des Parteivorstands in der Marokkokrise; schließlich 1913, als die Parlamentsfraktion erstmals für die Deckungsvorlage des Wehretats stimmte.)

³ Franz Mehring: Brief an Hermann Schlüter (21.1.1915); zit. nach: Josef Schleifstein: Franz Mehring – Sein marxistisches Schaffen 1891 – 1919, Berlin/DDR 1959, S. 300 (Original im Institut für Sozialgeschichte Amsterdam, „Kleine Korrespondenz“).

Die führenden Köpfe der damaligen marxistischen Linken haben leider keine Zeit und Gelegenheit gefunden, der Nachwelt zu überliefern, wie sie nach dem August 1914 ihre eigene Stellung in der innerparteilichen Entwicklung einschätzten, ob sie da die Bilanz ihrer Tätigkeit ähnlich positiv hätten bewerten können. Als Kämpfende, die bis zuletzt das innere Kräfteverhältnis in der Partei nach links zu verändern hofften, waren sie ständig gezwungen, den Mitsreitern – und sich selbst – den Mut nicht zu nehmen, sich immer wieder zu sagen, daß der Lauf der Dinge erst im Kampf selbst entschieden wird.

So finden wir in ihren veröffentlichten Arbeiten, was den inneren Zustand der Partei betrifft – die Bürokratisierung, die Bequemlichkeit und Phantasielosigkeit des Apparats, alle die gefährlichen Anzeichen des Verfalls – kaum Zeugnisse ihrer wahren Meinung. Erst ihre nachgelassenen Briefe, publiziert oft lange nach ihrem Tod, geben uns Aufschluß über die verzweifelte Stimmung und die tiefe innere Skepsis, mit der sie die Entwicklung der Partei bereits in den Jahren vor dem Kriege betrachteten. Um nur zwei Urteile aus derselben Zeit, dem Dezember 1913, anzuführen – Marchlewski schreibt am 16. Dezember an den Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung“ Hans Block (der Brief wurde erstmals von Ernst Meyer 1927 im Heft 5 der „Internationale“ veröffentlicht): „Worauf es ankommt, ist dies: wir drei (Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Julian Marchlewski, d. Verf.) und ich ganz besonders, was ich betonen möchte, sind der Auffassung, daß die Partei eine innere Krise durchmacht, viel viel schwerer als zu der Zeit, da der Revisionismus aufkam. Das Wort mag hart sein, aber es ist meine Überzeugung, daß die Partei dem Marasmus zu verfallen droht, wenn es so weitergeht. In einer solchen Zeit gibt es für eine revolutionäre Partei nur eine Rettung: die denkbar schärfste, rücksichtsloseste Selbstkritik.“⁴ Und Franz Mehring in einem Brief vom 4. Dezember 1913 an den alten deutschen Sozialisten H. Schlüter in den USA: „Das große Elend der deutschen Parteizustände mag ich Ihnen freilich auch nicht schildern. Aus den beiden Invalideninstituten ‘Neue Zeit’ und ‘Vorwärts’ können Sie es ungefähr abmessen. Es ist die reine Offiziösenwirtschaft, wer nicht so tanzt, wie der Parteivorstand pfeift, der fliegt. ... Demnächst werden Karski, Rosa Luxemburg und ich eine Korrespondenz für die etwa 15 kleinen Parteiblätter herausgeben, die noch radikal sind. Versagt dieser Pfeil, so haben wir freilich keinen zweiten mehr zu versenden, und man muß dann auf einen Sturm warten, der die bornierte und verknocherte Parteibürokratie über den Haufen wirft. Erleben werd ichs freilich nicht mehr.“⁵

6. So offen aber haben sie in ihren publizierten Arbeiten und Artikeln vor dem August nie sprechen können. Heißt das, daß sie die Tiefe des Falls der deutschen Sozialdemokratie doch hätten voraussehen können, ja hätten voraussehen müssen? es scheint, daß bei den unmittelbar Kämpfenden, die in den Rei-

⁴ Julian Marchlewski: Brief an Hans Block (16.12.1913); zit. in: Ernst Meyer, Zur Loslösung der Linksradiakalen vom ‘Zentrum’ in der Vorkriegszeit; in: Die Internationale, Heft 5/1927.

⁵ Franz Mehring: Brief an Hermann Schlüter (4.12.1913); zit. in: Josef Schleifstein, a.a.O.

hen der Organisation selbst (mit Hilfe der objektiven „Stürme“) noch an eine Veränderung glauben, eine psychologische Schranke wirksam ist, die Hoffnung, die sie vor dem Aussprechen der ganzen Tiefe eines Krisenprozesses zurückschrecken läßt.

Wie die Marxisten die historische Krise jener Jahre in der politischen Strategie und in der Theorie verarbeitet haben, ist weit besser bekannt. Die neue Partei, die sie am Ende des Krieges anstrebten und gründeten, sollte eine die alten Inkonsequenzen überwindende antiimperialistische, revolutionäre Partei sein. Die neue Internationale, die aus dem Zusammenbruch des Weltkriegs entstehen würde, sollte die ausschlaggebende Rolle in der Politik aller Parteien übernehmen (so die von Rosa Luxemburg entworfenen Leitsätze der Spartakusgruppe). Die Akzentuierung der aktivistisch-praktischen, nicht auf den Parlamentarismus beschränkten Kampfmittel (im Unterschied zu 1914 sollte „das zweite Lebenselement der Arbeiterbewegung: der tatkräftige Wille, um die Geschichte nicht bloß zu verstehen, sondern sie auch zu machen“ nicht wieder versagen, forderte Rosa Luxemburg) sollte vorherrschen.

Wir wissen, daß der aus dem Zusammenbruch des 4. August hervorgegangene revolutionäre Flügel der Arbeiterbewegung, die von Luxemburg, Liebknecht und Mehring noch begründete neue Partei der Kommunisten, daß die gesamte deutsche und internationale Arbeiterbewegung nicht imstande waren, spätere historische Krisen, in ihren weltweiten, grauenvollen Wirkungen noch furchtbarere Katastrophen – den Faschismus und den zweiten Weltkrieg – zu verhindern. Die geschichtliche Entwicklung schlug weit schwierigere, widerspruchsvollere Wege ein, als die Sozialisten und Internationalisten im und nach dem ersten Weltkrieg annahmen. Auch ihre in ernster Selbstkritik gewonnenen Einsichten vermochten Einseitigkeiten, Verabsolutierungen, Irrtümer, Illusionen, falsche Gewißheiten, Vereinfachungen nicht zu vermeiden. Die historische Krise von 1933 und der folgenden Jahre erforderte von den dann agierenden Generationen neue Lernprozesse – eine offenbar unendliche Kette.

Nach dem Kalten Krieg. Erinnerungen an Tony Judt

Meine Beziehung zu Tony Judt¹ ist eine sehr alte, aber sie war immer von eigentümlicher Widersprüchlichkeit. Wir waren Freunde, wenn auch keine engen, und während wir beide politisch denkende und handelnde Historiker waren und beide den legeren Umgang der Regimentsuniform vorzogen, so marschierten wir doch in unterschiedliche Richtungen. Dennoch hatten unsere intellektuellen Interessen eines gemein: Beide wußten wir, dass das 20. Jahrhundert nur von denen vollständig verstanden werden kann, die Historiker wurden, weil sie diese Zeit durchlebt und ihre grundlegende Passion geteilt hatten: in erster Linie den Glauben daran, dass Politik der Schlüssel war zu unseren Wahrheiten wie auch zu unseren Mythen. Trotz all unserer Differenzen widmeten sich sowohl Tonys *Marxism and the French Left* wie auch mein kürzlich erschienenes Buch *How to Change the World* demselben unabhängigen Denker, George Lichtheim². Persönlich kamen wir gut miteinander aus, schließlich war Tony nicht nur leicht zu mögen, sondern auch großzügig. Er schätzte meine Arbeit und äußerte dies auch in seinem letzten Buch. Gleichzeitig fuhr er eine überaus unerbittliche Attacke gegen mich in einer mittlerweile häufig, insbesondere von den Ultras in der rechten amerikanischen Presse zitierten Textpassage, die sich ungefähr so zusammenfassen lässt: Gestehe öffentlich, dass Dein Gott gescheitert ist, schlag Dir an die Brust, und Du kannst eventuell das Recht erwerben, ernstgenommen zu werden. Nur wer die Meinung vertritt, dass Sozialismus mit dem Gulag gleichzusetzen ist, sollte Gehör finden. Dies war zweifelsfrei eine ehrlich gemeinte rhetorische Formulierung in einer anti-sozialistischen Polemik. Glücklicherweise aber unterschied sich die Praxis von der Theorie.

Für die meisten von uns ist das Bild von Tony von einer grenzenlosen Bewunderung für die Art und Weise, wie er seinem eigenen Tod gegenübertrat. Seine Weigerung, sich mit den scheinbar unvermeidbaren Nachrufen und klassischen Grabreden abzufinden, hat schon fast römische Größe. Es war nicht nur die Entscheidung, einfach weiterzumachen, sondern sein Entschluss, den Tod herauszufordern, in dem er seine Fähigkeit als Großmeister unter Beweis stellte, der zum Scheitern verurteilt war, aber unbesiegt blieb. Es war ein bewegendes Bild, aber wir müssen uns von ihm verabschieden: Die Produktion von Mythen ist nicht das Geschäft des Historikers. Tony wurde beschrieben als ein zweiter George Orwell. Diese Zuschreibung ist falsch, denn obwohl beide sehr begabt und zutiefst polemisch waren, unterschieden sie

¹ Tony Judt (1948-2010), britischer Historiker, litt in den letzten zwei Jahren seines Lebens an amyotropher Lateralsklerose.

² George Lichtheim (1912-1973), in Deutschland geborener französischer Intellektueller, der sich auf Geschichte und Theorie des Sozialismus und Marxismus konzentrierte.

sich doch sehr voneinander. Tony fehlten Orwells Vorurteile, die vor- und zurückschauende, alttestamentarische Weitsicht sowie sein Hang zur einfallreichen Verurteilung – er hätte niemals *1984* oder die *Farm der Tiere* schreiben können. Orwell wiederum, der eindeutig kraftvollere Schreiber, verfügte nie über ein so außergewöhnlich breites Wissen noch über den Witz, die intellektuelle Geschwindigkeit und Beweglichkeit Tonys: Niemals hätte Orwell als Akademiker reüssieren können.

Der Vergleich mit Orwell ist jedoch auch gefährlich, weil er nicht um zwei Schriftsteller, sondern um eine politische Ära kreist, die nunmehr endgültig vorbei sein sollte: den Kalten Krieg. Orwells Reputation beruhte auf der Bauweise einer intellektuellen antisowjetischen Raketenabschussbasis, und selbst heute, wo der Rest von Orwells Denken und Schaffen entdeckt oder wiederentdeckt wurde, ist dies immer noch eingefroren in der politischen Wahrnehmung der 50er-Jahre. Natürlich war Tony so antistalinistisch wie jeder andere auch und stand all jenen sehr kritisch gegenüber, die, obwohl sie erkennbar nicht stalinistisch waren, der KP nicht abgeschworen und sich, wie ich selbst, nur langsam von der ursprünglichen Welthoffnung vom Oktober 1917 lösen.

Wie jene, die sich gegen die Aufführung von Wagner in Israel äußerten, so konnte auch er politische Ablehnung über den ästhetischen Genuss stellen, in dem er beispielsweise Brechts Gedicht über die Kader der Komintern „An die Nachgeborenen“, „das von so vielen bewundert wurde“, als „widerwärtig“ verwarf, nicht aus literarischen Gründen, sondern weil es dazu inspiriere, an das vermeintliche Gute in einer bösen Sache zu glauben. Tatsächlich zeigte sich in *Thinking the 20th Century*³, dass seine Hauptsorge während des Kalten Krieges nicht der russischen Bedrohung der „Freien Welt“, sondern den Debatten und Argumenten innerhalb der Linken galt. Marx war sein Thema, nicht etwa Stalin oder der Gulag. Sicherlich wurde er nach 1968 angesichts der Ereignisse in Osteuropa zu einem militanten und oppositionellen Liberalen sowie ein Bewunderer der gemischten, aber in der Regel eher rechtslastigen akademischen Touristen, die für die hiesigen Kommentierungen des Untergangs der letzten kommunistischen Regimes in Osteuropa sorgten. Dies verleitete ihn wie auch andere, die es besser hätten wissen müssen, dazu, das Märchen von den samtenen und bunten Revolutionen von 1989 zu kreieren. Solche Revolutionen gab es nicht, sie waren lediglich verschiedene Reaktionen auf die sowjetische Rückzugsentscheidung. Die tatsächlichen Helden jener Zeit waren Gorbatschow, der die UdSSR zerstörte, sowie die Männer im alten System wie Suárez⁴ im Spanien Francos und Jaruzelski⁵ in Polen, die letztendlich den friedfertigen Übergang sicherstellten und dafür von beiden

³ Deutsche Übersetzung: Das vergessene 20. Jahrhundert. Die Rückkehr des politischen Intellektuellen, München 2010.

⁴ Adolfo Suárez, (*1932), nach dem Tod Francos 1976 vom König ernannter Premierminister, 1977 erster gewählter Premierminister.

⁵ Wojciech Jaruzelski (*1923), 1981-1989 Vorsitzender der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, 1981-1985 Ministerpräsident der Volksrepublik Polen, 1985-1990 Staatsoberhaupt.

Seiten verwünscht wurden. In den 1980er-Jahren wurde Tonys grundsätzlich sozialdemokratischer Liberalismus für kurze Zeit von François Furets⁶ Hayek'schem⁷ ökonomischem Liberalismus infiziert. Ich glaube nicht, dass dieses späte Nachglühen des Kalten Krieges für Tonys Entwicklung von entscheidender Bedeutung war, aber es half ihm dabei, seinem sehr beeindruckenden Werk *Postwar*⁸ mehr Fleisch und Tiefe zu geben.

Seine Entwicklung während der zweiten Hälfte des Jahrhunderts ist beispiellos. Bis er sich in den 80er-Jahren in New York etablierte und für die *New York Review* zu schreiben begonnen hatte, gehörte er nicht zu den besonders prominenten Historikern, auch nicht unter den englischsprachigen Spezialisten für französische Geschichte, vielleicht, weil er sich zu sehr in den Serbonischen Sumpf⁹ endloser Debatten über den Zustand der französischen Linken hineinziehen ließ. Vor den 80er-Jahren hätte man ihm höchstens an den Rändern der Sozialgeschichte mit seiner erstklassigen Studie über den Sozialismus in der Provence zwischen 1871 und 1914 begegnen können. Seine französische Phase vereinte eine beeindruckende Gelehrsamkeit mit aus meiner Sicht historischen trivialen Resultaten: Sie entwickelten sich zu einem zunehmend akademischen Wettstreit in der marginalen und ineffektiven Welt der Linken. Was in *Les Deux Magots* und *Le Flore*¹⁰ geschah, war, obwohl kulturell prestigeträchtig, politisch vernachlässigbar im Vergleich zu dem, was auf der anderen Seite des Boulevard St. Germain in der Brasserie Lipp, wo sich die Politiker trafen, ereignete. Sartres Politik bestand darin, „Positionen einzunehmen“, da er ansonsten nichts tun konnte, und das wusste De Gaulle. Jedenfalls war die Linke nur selten an der Macht, und die wahrscheinlich einzigen Intellektuellen, die jemals Premierminister wurden, waren Léon Blum¹¹ im Jahr 1936 und – da er wenigstens eine gute Imitation des Intellektuellen abgab – François Mitterrand. Durch ausgeprägte Mentalakrobatik, deren Absurdität vorzuführen Tony ein Leichtes war, versuchten linke Intellektuelle, die einmalige nationale Situation sowie ihre eigene Isolation im Ursprungsland des „ouvrierisme“, d.h. des Mißtrauens der Arbeiter gegen die Intellektuellen, zu verarbeiten

Es waren vier Gegebenheiten, die die Geschichte Frankreichs im 19. und 20. Jahrhundert prägten: die Republik, geboren aus der unvollendeten Großen Revolution, der zentralisierte napoleonische Staat, die entscheidende politi-

⁶ François Furet (1937-1997), französischer Historiker.

⁷ Friedrich-August von Hayek (1899-1992), österreichischer Ökonom und Sozialphilosoph, zählt zu den wichtigsten Denkern des Liberalismus im 20. Jahrhundert.

⁸ Deutsche Übersetzung: Die Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart, München 2005.

⁹ Im Englisch sprechenden Teil der Welt Metapher und Anspielung auf einen Nebenarm des Nils, der, von Sandsturm überdeckt, zum Grab aller in ihm versinkenden Armeen wurde.

¹⁰ Zwei berühmte Cafés an der Boulevard Saint-Germain in Paris, wo sich viele Intellektuelle, u.a. Jean Paul Sartre, Simone de Beauvoir, Ernest Hemingway, Pablo Picasso und Albert Camus, aufhielten.

¹¹ Léon Blum (1872-1950), frz. Jurist, Schriftsteller und sozialistischer Politiker.

sche Rolle, die der zu kleinen und zu schwach organisierten Arbeiterklasse zugedacht wurde, und nicht zuletzt der langsame Rückzug Frankreichs von seiner Rolle von vor 1789 als zentraleuropäisches Königreich, als es sich seiner kulturellen wie auch sprachlichen Überlegenheit noch so bewusst war wie China.

Frankreich war „das Zentrum des 19. Jahrhunderts“, insbesondere für Ausländer, jedoch führte nach Waterloo sein Weg hinsichtlich seiner militärischen Führerschaft, seiner internationalen Macht und seiner kulturellen Bedeutsamkeit zwar nicht kontinuierlich, aber dennoch nach unten. Seitdem die Lösung Lenin doch ausblieb und die Lösung Napoleon (oder auch de Gaulle) verschwand, hat sich Frankreich langsam in seinen letzten Zufluchtsort zurückgezogen, nämlich die Welt von *Astérix*. Die zwischenzeitliche Nachkriegspopularität französischer Denker konnte deren kollektiven Rückzug in die Introversion und damit in die letzte Festung französischer Intellektualität – cartesianische Theorien und Wortspielereien – kaum abbremsen. Es gab nun andere Modelle der höheren Bildung und der Wissenschaften, auch in der Wirtschaftsentwicklung, sogar, wie die späte Durchsetzung der Ideen von Marx offenbarte, in der Ideologie der Revolution. Das Problem linker Intellektueller bestand darin, sich mit Frankreich als einem inzwischen grundsätzlich nicht-revolutionären Land zu arrangieren. Demgegenüber stellte sich rechten Intellektuellen, einige von ihnen frühere Kommunisten, die Frage, wie das Gründungselement der Republik, die Französische Revolution, aus der geschichtlichen Erinnerung getilgt werden könne – ein Vorhaben, das in etwa dem Versuch entspricht, die US-amerikanische Geschichte ohne die Amerikanische Verfassung neu zu schreiben. Es war schlicht nicht möglich, auch nicht durch sehr intelligente und politisch einflußreiche Menschen wie Furet, ebenso wenig wie es Tony hätte gelingen können, die Sozialdemokratie, die seinem Ideal entsprach, wiederaufzurichten.

Mittlerweile hatte Tony sich als akademischer Rabauke einen Namen gemacht. Seine Standardposition war forensisch: nicht die eines Richters, sondern die eines Anwalts, dessen Ziel weder Wahrheit noch Wahrhaftigkeit ist, sondern darin besteht, den Fall zu gewinnen. Die möglichen Schwachpunkte der eigenen Sichtweise zu explorieren ist nicht von Bedeutung; dies ist aber das, was Historiker tun müssen, die in großen Zusammenhängen, langen Perioden und komplexen Prozessen denken und forschen. Dennoch haben Tonys Anfangsjahrzehnte als intellektueller Ankläger ihn nicht davon abgehalten, sich in einen ernsthaften, gedankenvollen und gut informierten Historiker zu verwandeln. Sein Hauptwerk war zweifellos das fantastische Buch *Postwar*, eine Geschichte Europas nach 1945. Es war und ist ein ambitioniertes, wenngleich gelegentlich unausgewogenes Buch. Ich bin mir nicht sicher, ob diese Sichtweise all jenen als berechtigt erscheinen mag, die es nun, sieben Jahre nach der Veröffentlichung, zum ersten Mal lesen. Dennoch kann ich aufgrund meiner eigenen Erfahrung versichern, dass große Werke der geschichtlichen Synthese ein zweites Lesen erfordern und dass die Beobachtung der neueren Geschichte nur mit großer Reife niedergeschrieben werden kann. Nur sehr wenige Historiker sind dazu in der Lage, sich eines so großen Themas anzu-

nehmen oder es zu einem befriedigenden Abschluss zu bringen. *Postwar* ist eine sehr beeindruckende Leistung. Wenn überhaupt, dann ist seine Zukunft nur deshalb unsicher, weil es die Geschichte bis heute fortschreibt und somit Gefahr läuft zu veralten. Dennoch mag seine Wirkung als kritisch nacherzählendes Nachschlagewerk von längerer Dauer sein, weil es mit Verve, Witz und Stil geschrieben ist. Mit *Postwar* hat Tony sich jedenfalls als einer der Großen in seiner Profession etabliert.

Dies, obwohl er bereits aufgehört hatte, als solcher zu agieren. Sein Selbstverständnis im 21. Jahrhundert war nicht mehr das eines Historikers, sondern eher das eines „public intellectual“, eines brillanten Feindes der Selbsttäuschung, ausgestattet mit einem theoretisierenden Jargon und der Reizbarkeit eines geborenen Polemikers, eines unabhängigen und furchtlos kritisierenden Kommentators der Weltgeschichte. Vor dem Hintergrund seiner eigenen Geschichte und der Tatsache, dass er während des Kalten Krieges, insbesondere in den 80er-Jahren, noch als ziemlich orthodoxer Verteidiger der „Freien Welt“ gegen den „Totalitarismus“ argumentierte, erscheint er heute umso origineller und radikaler. Angesichts der Regierungen und Ideologen, die das Ende des Kommunismus in einen Sieg und den Beginn der Weltherrschaft des Kapitalismus umzudeuten versuchten, war er ehrlich genug mit sich, um zu erkennen, dass auch eigene alte Wahrheiten und Schlachtrufe nach 1989 auf den Müllhaufen der Geschichte gehörten.

Wahrscheinlich konnte es nur in den so nervösen Vereinigten Staaten gelingen, auf der Basis einiger weniger Veröffentlichungen in Magazinen mit überschaubarer Verbreitung, die sich zudem ausschließlich an Intellektuelle richteten, innerhalb so kurzer Zeit einen solchen Ruf zu erlangen. Für lange Zeit standen die Seiten der Mainstream-Medien einem Raymond Aron in Frankreich (mit Sicherheit einer von Tonys Inspirationen) oder einem Jürgen Habermas in Deutschland offen, und lange wurde deren Bedeutung unterschätzt. Er war sich der Risiken wohl bewusst, sowohl persönlich als auch beruflich, und er ging zum Angriff über gegen die vereinten Kräfte der US-amerikanischen Welteroberer, der Neocons und Israels, zugleich hatte er viel von dem, was Bismarck *Zivilcourage* nannte – eine Qualität, die Isaiah Berlin¹² offensichtlich fehlte, wie Tony, vielleicht sogar nicht ohne Boshaftigkeit, selbst feststellte. Im Gegensatz zu den früheren Marx-Schülern und heutigen Intellokraten der Linken, die, wie W. H. Auden¹³, den Dichtern ankreideten, daß ihre Dichtung zu nichts führe, verstand Tony, dass der Kampf mit diesen neuen Kräften sehr wohl einen Unterschied machen könnte. Voller Freude und Vergnügen warf er sich ihnen entgegen.

Das war die Figur, die nach dem Ende des Kalten Krieges gewissermaßen mit seiner eigenen verschmolz, die seine bisherigen Gerichtssaal-Techniken fort-

¹² Isaiah Berlin (1909-1997), britisch-jüdisch-russischer politischer Philosoph, einflussreicher Vertreter des politischen Liberalismus.

¹³ W. H. Auden (1907-1973), englischer und seit 1946 amerikanischer Schriftsteller.

entwickelte, um Bush, Netanjahu und Konsorten das Fell über die Ohren zu ziehen, anstatt sie an politische Absurditäten im fünften Arrondissement oder einen namhaften Professor in New Jersey zu verschwenden. Es war eine fantastische Leistung, ein klassischer Akt; seine Leser bejubelten ihn nicht nur wegen dessen, was er sagte, sondern, weil sie niemals den Mut aufgebracht hätten, es selbst auszusprechen. Dies gelang ihm umso effektiver, als er Insider und Outsider zugleich war: Engländer, Jude, Franzose, ein bisschen Amerikaner, in jedem Fall aber mehr plurinational als kosmopolitisch. Dennoch war er sich der Grenzen seines Tuns bewusst. Wie er selbst feststellte, sind es nicht die Kolumnisten, sondern die Reporter und Fotografen, denen es durch die Omnipräsenz der Medien gelang, der Macht die Wahrheit zu sagen.

In den frühen 2000er-Jahren war Tony international präsent, zumindest in der englischsprachigen Welt. Würde dies länger andauern als Warhols¹⁴ kanonische 15 Minuten? Dank seiner jahrelangen, fatalen Krankheit kann diese Frage glücklicherweise beantwortet werden: Sein Werk wird überdauern, da er sich erstmals nicht mehr nur als Ankläger im Gerichtssaal der Weltgeschichte verstand, sondern das zu formulieren versuchte, was er wirklich wusste, fühlte und dachte. *Thinking the 20th Century* ist kein großes Buch und noch nicht einmal das Versatzstück eines großen Werkes – wie hätte es das auch sein sollen angesichts der Umstände, unter denen es verfasst wurde? –, aber es ist eine Pflichtlektüre für all jene, die wissen wollen, was heutige Historiker uns zu sagen haben. Es ist zudem vorbildhaft für einen zivilisierten Diskurs im akademischen „global village“. Es macht deutlich, dass Historiker sehr wohl ihre eigenen Annahmen und Sicherheiten überprüfen und somit erkennen können, wie ihre eigenen Leben durch die Zeit wieder und wieder verändert werden. Und nicht zuletzt stellt es eine wertvolle Erinnerung dar an eine bemerkenswerte Persönlichkeit – und an das Leben, das sie bewerkstelligte.

Erstveröffentlichung in London Review of Books, Vol. 34, No. 8, vom 26. April 2012, S. 14. Die vom Verfasser autorisierte Übersetzung besorgte Friedrich-Martin Balzer, von dem auch die Fußnoten stammen.

¹⁴ Andy Warhol (1928-1987), US-amerikanischer Grafiker, Künstler, Filmemacher, Verleger sowie Mitbegründer und bedeutender Vertreter der US-amerikanischen Pop-Art.

Werner Röhr

Deutsche Okkupationspolitik in Litauen

Eine quellengestützte Darstellung der Massenverbrechen der deutschen Besatzer und ihrer litauischen Helfer*

Litauen schied 1991 aus der UdSSR aus. In dem neu begründeten Nationalstaat wurde die politische und sozialökonomische Transformation in Richtung auf einen neoliberalen Kapitalismus in atemberaubendem Tempo durch eine risiko- und kostenreiche Schocktherapie vollzogen. Von 1989 bis 1994 wurden 85 Prozent der Staatsbetriebe privatisiert, an der Spitze der das Volksvermögen zu Spottpreisen übernehmenden Konzerne standen William Internationals (US), Ruhrgas, Eon, Odense Lindo (Dänemark) und die Siemens-Tochter Baltijos Automobili Technika. Die von außen diktierte Öffnung des Marktes für ausländische Direktinvestitionen war für die Mehrheit der Bevölkerung katastrophal, das Bruttoinlandsprodukt ging 1992 um 21,3 Prozent zurück. Gegenüber 1989 sank die Industrieproduktion 1992 um 51 Prozent und erreichte erst 1995 das frühere Niveau wieder. Privatisierung des Volksvermögens und ausländische Direktinvestitionen veränderten sprunghaft die Einkommensverteilung zuungunsten der Mehrheit der Bevölkerung.

Aus dem neuen Litauen, inzwischen Mitglied der NATO und der EU, erreichen den deutschen Leser immer wieder verstörende Nachrichten: Die Staatsgründer von 1917/19, Antanas Smetona, von 1926-1940 semifaschistischer Diktator, und Augustinas Voldemaras, sein faschistischer Gegenspieler, werden glorifiziert. Die litauischen Kollaborateure der Nazis genießen, so sie noch am Leben sind, doppelte Renten, deutsche und litauische, ihre militärischen Ränge als Kollaborateure werden anerkannt, den heutigen angeglichen und für die Pension angerechnet. So sie inzwischen unter der Erde liegen, gelten sie als heroische Vorkämpfer des heutigen antikommunistischen Regimes. Antifaschistische litauische Partisanen aus dem Zweiten Weltkrieg, darunter überlebende jüdische Kämpfer, werden dagegen des Mordes angeklagt.

Zurückgekehrte Exillitauer übernahmen in Wirtschaft und Staat höchste Ämter (ohne ihre US-Staatsbürgerschaft aufzugeben). Mit dem Re-Import der nach 1945 exilierten Nazi-Kollaborateure wurde auch deren seit 1945 aufgestellte historische These reimportiert, die sowjetische Regierung habe 1940-1941 und 1944-1991 einen Völkermord am litauischen Volk begangen. Sie ist heute Staatsdoktrin der Republik Litauen und prägt die offizielle Politik und die Geschichtsvermittlung in staatlichen Museen und Schulen. Seit der Gründung des Neustaates Litauen ist kein einziger überlebender Judenmörder verurteilt worden. Mit einem skandalösen Gesetz über die „Opfer des Stalinis-

* Christoph Dieckmann, *Deutsche Besatzungspolitik in Litauen 1941-1944*, Wallstein Verlag, Göttingen 2011, 2 Bände, 1652 S., 79,- Euro

mus“ wurden alle früher verurteilten Judenmörder und Kriegsverbrecher rehabilitiert.

Um so wichtiger sind nüchterne, gediegene, quellengestützte wissenschaftliche Arbeiten über die jüngere Geschichte Litauens und über die deutsche Okkupationspolitik 1941-1944. In einem Land, dessen jüdische Bevölkerung nahezu vollständig ausgerottet wurde, kommt der öffentlichen Erinnerung an dieses Verbrechen ein zentraler Stellenwert zu. Doch bis heute wurde in Litauen keine Geschichte dieses Massenmords geschrieben. In den letzten Jahren begannen Historiker aus Deutschland, Litauen und Israel zaghaft mit der wissenschaftlichen Erforschung. 1998 berief der litauische Präsident eine internationale Kommission zur Untersuchung deutscher und sowjetischer Verbrechen an Litauern, in die auch Christoph Dieckmann berufen wurde. Die internationale Forschung kann inzwischen auf eine Reihe von Darstellungen und Quelleneditionen verweisen, darunter einige deutschsprachige.¹ Karl-Heinz Gräfe legte 2010 eine erste vergleichende Untersuchung zur deutschen Okkupationspolitik in den drei baltischen Republiken vor.²

Darstellung

Auf der Basis eigener langjähriger Forschungen und Vorarbeiten zum Judenmord in Litauen legt Dieckmann nun eine tendenziell erschöpfende Darstellung der deutschen Okkupationsherrschaft in Litauen 1941-1944 in zwei umfangreichen Bänden vor. Das Mammutwerk ist hinsichtlich der Daten der Besatzungspolitik sehr detailliert und eignet sich als Nachschlagewerk über die wichtigsten Personen der deutschen Okkupationsverwaltung. Ein Schwerpunkt der Darstellung ist die Geschichte der litauischen Juden bis zu ihrer Ausrottung. Der Verfasser (Jg. 1960) studierte Soziologie und Volkswirtschaftslehre in Göttingen, Jerusalem und Hamburg. Er promovierte 2003 mit dieser Arbeit bei Ulrich Herbert in Freiburg/Br. Seit September 2011 arbeitet Dieckmann am Fritz-Bauer-Institut in Frankfurt/Main zu einem Projekt über das Stereotyp des jüdischen Bolschewismus – vermeintlich aus jüdischer Sicht. Außerdem lehrt er an der Keele University in Großbritannien.

Dieckmann beginnt mit der Vorgeschichte der deutschen Okkupation Litauens und schildert auf der Basis der einschlägigen Literatur den Nationsbildungsprozeß bis 1940. Die eigenständige Sowjetrepublik Litauen und deren Niederschlagung durch die internationale Konterrevolution nach dem Ersten Weltkrieg kommt in diesem Abriss allerdings nicht vor. Warum sich im Litauen der Zwischenkriegszeit sehr früh eine semifaschistische Diktatur bilden und festigen konnte, warum sich unter ihr exzessiv faschistische Gewaltorganisationen bil-

¹ Vgl. Vincas Bartusevičius/Joachim Tauber/Wolfgang Wette (Hrsg.), Holocaust in Litauen. Krieg, Judenmorde und Kollaboration im Jahre 1941, Köln-Weimar-Wien 2003.

² Karl Heinz Gräfe, Vom Donnergkreuz zum Hakenkreuz. Die baltischen Staaten zwischen Diktatur und Okkupation, Berlin 2010.

den und wie stark sie Gruppen wie das Offizierskorps durchsetzen konnten, das wird nur bläßlich dargestellt und bleibt hinsichtlich der Ursachen unerklärt. Für Dieckmann steht das Verhältnis von Litauern und Juden im Mittelpunkt, und das drängt wichtige sozialhistorische Probleme an den Rand.

Nach einer sehr kursorischen Behandlung der sowjetischen Herrschaft in Litauen 1940/41 wiederholt der Verfasser die in der Forschungsliteratur behandelte Vorgeschichte des deutschen Überfalls auf die UdSSR. Die Kriege Nazideutschlands 1938-1941 blendet er aus. Die deutsche Okkupationsverwaltung in Litauen und ihre Politik werden in großen Komplexen behandelt, davon ist einer zeitlich, der andere systematisch strukturiert: Für die Phase der anfänglichen Militärverwaltung geht es um den litauischen Aufstand gegen die abziehende Rote Armee, um die Pogrome und Massenmorde der ersten Wochen. Die zivile deutsche Okkupationsverwaltung wird hinsichtlich ihrer territorialen und ihrer Funktionsgliederung vorgestellt. Im Mittelpunkt steht ihr Verhältnis zur litauischen Kollaborationsverwaltung auf allen Ebenen. Die litauischen Nationalisten hatten am Tag des deutschen Überfalls eine Nationalregierung gebildet. Diese wurde von den deutschen Okkupanten zwar formell nicht anerkannt, aber zunächst toleriert und nach sechs Wochen aufgelöst. Kündigt der Verfasser an, Parallelen zwischen der deutschen Okkupationsherrschaft über Litauen im Ersten und im Zweiten Weltkrieg aufzeigen zu wollen, so geht er dieser Absicht nur in einem Punkte tatsächlich nach, nämlich in der Taktik der litauischen Nationalisten, mit ungewollter Hilfe der Okkupanten zu einem eigenen Staat zu kommen. Das gelang 1918, 1941 nicht.

Am Nachmittag des 22. Juni 1941 begannen die Rote Armee und die sowjetische Verwaltung ihren Rückzug aus Kaunas, der damaligen Hauptstadt. Die Wehrmacht marschierte am Abend des 24. Juni 1941 dort ein. Sie wurde vor die Tatsache eines antisowjetischen Aufstandes der Litauischen Aktivistenfront, der Proklamation eines wiedererrichteten litauischen Staates und der Bildung einer litauischen Nationalregierung gestellt. Ein Schwerpunkt des entsprechenden Kapitels behandelt die Schwierigkeiten der Okkupanten, sich dieser Regierung wieder zu entledigen, deren Kollaborationsbereitschaft aber zu erhalten und zu nutzen. Eine Marionettenregierung war in der Strategie Hitlers nicht vorgesehen, eine litauische Nationalarmee an der Seite der Wehrmacht ebensowenig. Als Kernfrage dieses Teils behandelt Dieckmann die Frage: Wie gestaltet sich nach dem Verbot der Nationalregierung die Zusammenarbeit mit ihren Vertretern? Die Regierung wurde durch sog. Generalräte ersetzt, unterhalb der Regierungsebene amtierten die litauischen Verwaltungen auf allen Ebenen weiter. Der Autor wehrt sich, diese Zusammenarbeit als Kollaboration zu begreifen, als ob Kollaborateure ihre eigenen Interessen nicht gerade in und durch die Kollaboration realisieren wollten. Kollaborateure sind keine gemieteten Agenten.

Dieckmann hält die in der Literatur gebräuchlichen Verweise auf die schwache politische Stellung Rosenbergs und seines Ostministeriums sachlich für falsch. Dies seien nach 1945 von Beamten dieses Ministeriums in die Welt

gesetzte Verteidigungslegenden, die alle Schuld an den Verbrechen der SS zuschoben, um sich selbst zu entlasten. In Wirklichkeit hätte die Zivilverwaltung durchgängig und in allen strittigen Fällen gegenüber dem SS- und Polizeiapparat das Prä gehabt und sich durchgesetzt. Hier macht der Autor es sich zu einfach. Rosenbergs Durchsetzungsschwäche, hier vor allem gegenüber seinem Reichskommissar Ukraine, Koch, zu bestreiten, verkennt die Tatsachen. Die SS hatte in Rosenbergs Ministerium die politisch entscheidenden Posten längst mit eigenen Leuten besetzt, so daß auch die Zivilverwaltungen vor Ort bei Konflikten mit örtlichen SS-Führern keine politische Linie gegen die SS verfolgten.

Die Wirtschaftspolitik der Okkupanten wird ausführlich vorgestellt, wobei die Landwirtschaftspolitik und die Rekrutierung von Arbeitskräften dominieren. Einen separaten Komplex bildet die deutsche Ansiedlungs- und Kolonisierungspolitik, innerhalb derer zuvor „heim ins (deutsche) Reich“ ausgesiedelte, dort aber nicht angesiedelte „Litauendeutsche“ in ihrem Heimatland „neuangesiedelt“ wurden – auf Kosten der litauischen, polnischen und russischen Bauern.

Den dominierenden Schwerpunkt des Buches bildet mit 500 Druckseiten die Behandlung der Massenverbrechen der Okkupanten und ihrer litauischen Helfer. In aller Ausführlichkeit werden die Mordkampagnen an den litauischen Juden, der Raub des jüdischen Vermögens, das Leben im Ghetto und die Umwandlung der Ghettos in Konzentrationslager dargestellt. Einen bescheideneren Platz nehmen die Verbrechen an sowjetischen Kriegsgefangenen und sowjetischen Zivilisten ein. Die Zahl der Opfer dieser Massenverbrechen bilanziert Dieckmann auf insgesamt 420.000 Tote. Von den rund 200.000 litauischen Juden des Jahres 1941 blieben etwa 9.000 bis 10.000 über ganz Europa verstreut am Leben, innerhalb Litauens ein paar Hundert. 95 Prozent der litauischen Juden wurden ermordet. Dazu kommen weitere 5.000 Juden, die aus Deutschland, Österreich und anderen Ländern nach Litauen transportiert wurden, um dort ebenfalls erschlagen oder erschossen und in Massengräbern verscharrt zu werden. An den Mordaktionen waren neben SS, Polizei, Zivilverwaltung und Wehrmacht auch wesentliche Teile der litauischen Bevölkerung beteiligt. Allein bis zum Frühjahr 1942 starben in Litauen 170.000 sowjetische Kriegsgefangene und 40.000 sowjetische Zivilisten, 5.000 Polen, Russen und Familien sowjetischer Funktionäre. Während der Besatzung wurden 53.500 litauische Arbeiter nach Deutschland deportiert.

Der Komplex zum Widerstand und zur Partisanenbekämpfung nimmt sich dagegen vergleichsweise bescheiden aus. Dieckmann beschreibt sachlich und detailliert Rekrutierung, Organisation, Aktionen und Probleme der kommunistischen und der jüdischen Partisanen und hebt hervor, daß sie die einzigen waren, die bewaffneten Widerstand gegen die Okkupanten und die litauischen Mordbanditen leisteten. Ihren militärischen und politischen Stellenwert schätzt er gering ein. Seine Sympathie gilt jenen „nationallitauisch“ genannten Kräften, die zwischen Kollaboration und passivem Widerstand oszillierten und niemals den Okkupanten bewaffnet entgegentraten. Im Gegenteil, einige Verbände traten arbeitsteilig mit den Okkupanten den Widerstand leistenden

Partisanen auch bewaffnet entgegen. „Im Schonen der eigenen Kräfte lag der Grund, warum es praktisch keinen nationallitauischen Widerstand gegen die deutsche Besatzungspolitik gab.“ (S. 1409) Der Widerstand jener hier „nationalitauisch“ benannten Kräfte richtete sich in erster Linie gegen die Sowjetunion und nicht gegen die Nazis.

Ein Ausgangspunkt für Dieckmanns Arbeit ist die kraß diametrale Geschichtsschreibung über den Völkermord an den litauischen Juden, die sich seit 1946/47 zwischen den jüdischen Überlebenden und den sog. nationallitauischen Emigranten herausgebildet hat. Der Verband der litauischen Juden ließ 1947 verlautbaren, das Ausmaß der Beteiligung von Litauern sei so breit und das Ausmaß ihrer Eigeninitiative so groß, daß im Grunde das ganze litauische Volk des Mordes an den Juden beschuldigt werden müsse. Litauer hätten zuerst und aus eigener Initiative Juden ermordet, einzig weil sie Juden waren.

Bereits 1946 hatte ein Oberstes Komitee zur Befreiung Litauens aus emigrierten Nationalisten (VLIK) in München ein Dokument verfaßt, daß diese Litauer zu den eigentlichen Opfern der Okkupation stilisierte, Opfern sowohl der Deutschen als auch der Juden. In diesem Dokument waren alle späteren Rechtfertigungen bereits enthalten: Die Juden seien zu Recht mit den Bolschewisten identifiziert worden. Der versuchte Genozid am litauischen Volk 1940/41 erkläre die litauische Beteiligung an der Ermordung der litauischen Juden, die im Kern als Notwehr zu verstehen sei.

Ausgehend von dieser seit 1946 formulierten Position dominierte in den Schriften der litauischen Emigration die Behauptung von zwei Genoziden am litauischen Volk, einem sowjetischen und einem deutschen. Kernpunkt ist die Behauptung: Die litauische Kommunistische Partei und der sowjetische Staatsapparat seien von Juden dominierte Instanzen gewesen. Die Folgen der sowjetischen Politik gegenüber den Litauern werden mit der deutschen Politik gegenüber den Juden gleichgesetzt. Nach 1991 wurden diese Positionen zum Eckpfeiler der Staatsdoktrin des neuen Nationalstaates.

Diese Kontroverse um die Frage der litauischen Mittäterschaft wurde zum Ausgangspunkt der Entstehung verschiedener Historiographien, die heftigen Auseinandersetzungen um das Ausmaß der Beteiligung und die Gründe für die Mitwirkung litauischer Kollaborateure und Antisemiten haben sich bis heute kaum abgeschwächt. Dieckmann nimmt sie auf, um nach dem Zusammenhang zwischen den Massenverbrechen und der deutschen Besatzungspolitik zu fragen. Auch wenn er selbstverständlich die These der zwei Genozide für so absurd hält, daß es nicht der Mühe verlohne, die antisowjetische Unterstellung einer sowjetischen Völkermordabsicht am litauischen Volk im einzelnen zu widerlegen, so lehnt er gleichzeitig die These der litauischen Juden von der eigenständigen und initiativen Rolle der Litauer ab und vertritt die These von der absoluten Priorität der Okkupanten selbst dann und dort, wo die litauischen Faschisten ohne deren Auftrag mordeten.

Methodik

Mit seiner Studie möchte Dieckmann den Zusammenhang zwischen Besatzungspolitik und Massenverbrechen klären, der Frage nach den Gründen für die mörderische Besatzungspolitik nachgehen und die Motive der Deutschen ergründen. Allerdings setzt er Motive und Gründe kurzerhand gleich. Zum Anliegen des Verfassers gehören außer diesen Zielen einige methodische Ansprüche:

1. Dieckmann will in keiner Weise einem nationalistisch-völkischen Paradigma folgen. Er tut es aber doch, indem er die erst durch die Naziverordnungen rassistisch bzw. völkisch begründeten Gruppen Deutsche, Litauer, Juden genau so zum Gegenstand seiner Darstellung macht. Von seinem Vorwurf an andere Historiker, ihre Darstellungen seien vom Nationalitätenparadigma überwölbt, ist der Autor selbst nicht auszunehmen, doch liegt hier keine Überwölbung, sondern eine Strukturierung vor. Das ist keine nationalistische Herangehensweise an die Massenmorde im Sinne der Parteinahme. Doch die von Dieckmann selbst beklagten Grenzen von Kollektivzuschreibungen gelten auch hier, soziale und andere Differenzierungen innerhalb dieser Nationalitäten sind praktisch ausgeschlossen. Der beklagten Gefahr, Deutsche, Litauer und Juden allzu leichtfertig zu Kollektivakteuren zu stilisieren, entgeht der Autor nicht.

2. Dieckmann verspricht, multiperspektivisch vorzugehen, und er hält das für den großen Vorzug seiner Arbeit: „Dieselben Zeiträume werden aus deutscher, litauischer und jüdischer Perspektive erzählt und analysiert.“ (11) Und er verspricht eine Zusammenschau der Perspektiven. Dieser Anspruch ist hohl. Der Autor behandelt zwar die Schicksale der litauischen und der jüdischen Bevölkerung Litauens, aber weder gleichzeitig noch aus drei Perspektiven nacheinander, weder vergleichend noch in der Zusammenschau. Seine Perspektive ist die des wissenschaftlichen Forschers auf seinen Gegenstand. Er verwechselt Erfahrungen und Perspektiven. Er ist bemüht, die unterschiedlichen Erfahrungen der dargestellten Menschengruppen einzubeziehen. Auf welche Erfahrungen sich die jeweiligen Gruppen explizit bezogen, das beeinflusste ihre Perspektiven, aber ihre Erfahrungen und die Perspektiven des Autors sind nicht identisch. Und sie sind auch bei noch so bemühter Berücksichtigung nicht die Erfahrungen des Autors, sondern er bezieht sich analytisch auf sie. Auch seine Perspektive auf die jüdischen Opfer ist nicht die der Opfer selbst, denn diese Opfer konnten nicht wissen, was der Autor weiß. Partei für die Opfer nehmen, kann nicht heißen, ihre Perspektive einzunehmen.

3. Der Autor erklärt, einseitige Begründungen vermeiden zu wollen und das furchtbare Mordgeschehen als Interaktionen der verschiedenen Gruppierungen zu untersuchen: „Das, was sich tatsächlich unter deutscher Besatzungsherrschaft ereignete, war nicht nur Folge deutscher Pläne und deutschen Handelns. Es resultierte aus dem ebenso dynamischen wie komplexen Prozeß der Interaktionen zwischen Besatzern und Besetzten, Deutschen, Litauern und Juden. Dies gilt nicht nur für die übergreifende Besatzungspolitik, sondern auch für die Verfolgung und Ermordung der Juden.“ Der Hinweis auf die Wech-

selwirkung aller Beteiligten bleibt verhängnisvoll, wenn darauf verzichtet wird, die Interessen und Ziele des Handelns zu benennen: Die Ermordeten haben, ungeachtet aller Komplexität und Dynamik der Interaktionen, ihr Leben retten wollen und keinen Anteil an den Zielen der Massenmorde. Hier rächt sich, daß die Okkupationsziele, die für das Mordgeschehen entscheidend waren, nicht explizit benannt und analysiert werden.

4. Um den häufig als Erklärung herangezogenen Gegensatz von Ideologie und Pragmatismus der Naziokkupanten zu vermeiden, will Dieckmann nicht von Ideologie sprechen. Stattdessen bevorzugt er den Terminus „Weltanschauung“. Gewonnen ist damit nichts, denn ob Dieckmann nun von Weltanschauung statt von Ideologie spricht, den angeblich damit vermeidbaren Dualismus von ideologisch bestimmten und praktisch bestimmten Entscheidungen reproduziert auch er. Fatal ist, daß auch die Nazis von ihrer Weltanschauung sprachen, deren irrationalistischer Charakter hier gleich mit dem Terminus mit übernommen wird. Noch fataler, daß auch der Autor erst im Rahmen dieser „Weltanschauung“ nach Zwecken und Interessen fragt.

5. Den aus der Literatur gewohnten Gegensatz von vermeintlich monolithischer Diktatur mit eindeutigen Befehlswegen einerseits und polykratischen Machtgruppen im Zentrum andererseits will der Verf. vermeiden, indem er von einem komplizierten Wechselspiel und Zusammenwirken polykratischer Machtgruppen in der Praxis, d.h. nicht nur im Zentrum, sondern gleichermaßen vor Ort an der Peripherie spricht und nach dessen Folgen fragt. Den vermeintlichen Gegensatz zwischen Zentrum und Peripherie zu überwinden heißt für ihn, die Okkupationsverwaltung in Litauen als zentralen Faktor vor Ort zu begreifen und nach deren konkreter Funktionsweise in jeweiligen Politikfeldern zu fragen. Das ließe auch den Gegensatz von Einzelpersonen und anonymen Strukturen überwinden zugunsten der Frage nach den Einflüssen agierender Gruppen. Soll dies weder bloße Augenwischerei noch ein Kampf gegen Windmühlen sein, müßte dem Autor für seine methodischen Ansprüche ein Mindestmaß an dialektischem Denken zur Verfügung stehen. Doch davon ist nichts zu sehen.

Die Auflistung solcher unerfüllter methodischer Ansprüche ließe sich fortsetzen. Sie stehen unter dem Motto: Jetzt komme ich und rücke Fehlinterpretationen gerade. Doch Kraft und Souveränität der Interpretation und des Urteils entsprechen nicht dem außerordentlichen und ausdauernden Fleiß des Autors. Oft bleibt gerade dort, wo er beansprucht, theoretisch selbständig, methodisch innovativ und begrifflich klar zu sein, dieser Anspruch unerfüllt, und wo er sich direkt polemisch gegen gesicherte historische Erkenntnisse wendet, völlig unangemessen. Die Arbeit konzentriert sich auf Litauen und unterläßt meist den vergleichenden Blick auf die deutsche Okkupationspolitik in den baltischen Nachbarländern.

Quellen

Christoph Dieckmann konnte für das zusammengetragene Material aus verschiedenen archivalischen Quellen schöpfen, im Bundesarchiv aus den Akten

des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete sowie dem Reichskommissariat Ostland und seiner Polizei sowie der involvierten anderen Ministerien und Reichsstellen, im Bundesarchiv-Militärarchiv aus Akten der Heeresgruppen Nord und Mitte, ihren Befehlshabern der Rückwärtigen Heeresgebiete, dem Wehrmachtbefehlshaber Ostland sowie ebenfalls den involvierten anderen militärischen Dienststellen, aus dem Auswärtigen Amt und seiner territorialen Dienststellen, aus allen involvierten Ministerien, des weiteren Personalakten aus dem ehemaligen BDC und dem Münchner Institut für Zeitgeschichte. Von den litauischen Archiven waren das Zentrale Staatsarchiv Vilnius, das Sonderarchiv Litauen sowie das Kreisarchiv Kaunas die wichtigsten, hinzu kommen Archive in Lettland, Rußland, Großbritannien, den Vereinigten Staaten und Israel. Über die genannten Archive hinaus spielten Justizakten von Nachkriegsprozessen in Israel und der BRD eine wichtige Rolle. Für alle Kapitel zur Okkupationspolitik ab 1941 bilden die archivalischen Quellen die wichtigste Grundlage des Bandes.

Für die Kapitel, die die Geschichte Litauens bis 1941 behandeln, stützt sich der Verf. auf die einschlägige Literatur, hier vor allem deutscher, litauischer, israelischer und englischsprachiger Autoren. Dabei knüpft er an die neuere deutsche Forschung zur deutschen Okkupationspolitik an. Das Literaturverzeichnis enthält Titel aus Forschungen zum Faschismus, zum Zweiten Weltkrieg, zur Okkupationspolitik und zum Judenmord. In der Einleitung gibt Dieckmann einen Überblick über die für die Okkupationspolitik in Litauen relevante Forschungsliteratur, deren erster Teil das Verhältnis von nichtjüdischen und jüdischen Litauern behandelt und deren zweiter Teil die Historiographie zur deutschen Besatzungspolitik bespricht. Diese Literaturschau hat mehrere Besonderheiten: Sie erteilt gern Zensuren, was selbst dort arrogant wirkt, wo der Autor sachlich recht hat. Zwar wird wohl immer jede Besprechung der relevanten Forschungsliteratur selektiv bleiben, hier aber bleiben Arbeiten, die der Konzeption des Autors widersprechen, einfach außen vor. Zum Ausgleich für ihr Fehlen taucht im Text ein Titel auf, den es gar nicht gibt.³

Ungeachtet der genannten Mängel und Schwächen, ungeachtet antikommunistischer und antimarxistischer Ressentiments ist Dieckmanns Buch zweifellos die umfassendste Darstellung der deutschen Okkupationsherrschaft in Litauen und bietet einen guten Überblick über deren Aufbau, Tätigkeit und Personen. In der quellengestützten, hochdokumentarischen Darstellung der Massenverbrechen der deutschen Okkupanten und ihrer litauischen Helfer liegt das bleibende Verdienst dieser Arbeit. Sie gehört in jede wissenschaftliche Bibliothek und in die Hand jedes Weltkriegshistorikers.

³ Siehe S. 35, FN 96: Hans Lemberg hat für den Band „Europa unterm Hakenkreuz. Okkupation und Kollaboration“, Berlin 1994, keine Einleitung geschrieben.

Fallstricke der Autonomie

Die Linksfront in Frankreich nach den Parlamentswahlen

Nach zehn Jahren rechter Dominanz konnte die französische Linke bei den Parlamentswahlen vom 10. und 17. Juni mit knapp 48 Prozent der Stimmen eine Mehrheit der Sitze in der Nationalversammlung erringen. Hauptnutznießerin ist die Sozialistische Partei (PS) mit 29,4 Prozent, die im Monat zuvor mit François Hollande die Präsidentschaftswahl gewonnen hatte. Ihre Parlamentsfraktion stellt mit 293 Mitgliedern die Mehrheit der 577 Abgeordneten der Nationalversammlung. Die Fraktionen der mit der PS verbündeten Linksliberalen (Parti Radical de Gauche, PRG) und Grünen zählen weitere 16 bzw. 18 Mitglieder.

I.

Für die Linksfront (FG) war der Ausgang der Wahl eine kalte Dusche. Viele hatten auf ein noch besseres Ergebnis als bei der Präsidentschaftswahl gehofft.¹ Mélenchon hatte mit 11,1 Prozent schlechter als in den Umfragen abgeschnitten und potentielle Wähler hatten sich bereits im ersten Wahlgang für den aussichtsreicheren sozialistischen Konkurrenten Hollande entschieden. Die FG gewann aber nur zehn Mandate – fünf weniger als ihre stärkste Mitgliedsorganisation, die Französische Kommunistische Partei (PCF), 2007 – und konnte nur zusammen mit fünf linken Abgeordneten aus den Überseedepartements Fraktionsstärke erzielen.

Das Ergebnis ist ungewöhnlich, denn die FG hatte mit 6,9 Prozent mehr Stimmen als die PCF 2007 mit 4,3 Prozent erzielt. Das französische Mehrheitswahlssystem bedingt, dass der Anteil an den Mandaten stark vom Stimmenanteil abweichen kann. Nutznießer dieses Systems sind die großen Parteien. Chancen auf eine angemessene Vertretung im Parlament haben kleine Parteien nur, wenn sie Absprachen mit größeren Partnern treffen.

Die Grünen konnten ihre Schäfchen ins Trockene bringen, weil die PS ihnen 63 Wahlkreise überließ und sie so ihr Ergebnis von 3,3 Prozent bei der Parlamentswahl 2007 (4 Mandate) und 2,3 Prozent bei der Präsidentschaftswahl auf jetzt 5,5 Prozent (17 Mandate) steigern konnten. Aber dort, wo sie ohne Absprache kandidierten, erreichten sie nur 3,7 Prozent. Die PS überließ der PRG 29 Wahlkreise, der Republikanischen Bürgerbewegung (MRC) Jean-Pierre Chevènement neun und der Bewegung der Progressiven Einheit (MUP) des ehemaligen PCF-Vorsitzenden Robert Hue einen. Ähnliche Abkommen gab es auch auf der Rechten zwischen der Union für eine Volksbewegung (UMP) des ehemaligen Präsidenten Nicolas Sarkozy und diversen bürger-

¹ Vgl. N. Biver, Präsidentschaftswahlen in Frankreich: Die Renaissance der radikalen Linken, in Z 90, Juni 2012, S. 8-17.

lichen Kleingruppierungen. Die UMP erzielte mit 27,1 Prozent fast das gleiche Ergebnis wie Sarkozy, büßte aber im Vergleich zu 2007 über 12 Prozent ein. Insgesamt bekam das Spektrum der alten Regierungsmehrheit 34,7 Prozent. Die UMP-Fraktion verfügt über 196 Abgeordnete, eine liberale Fraktion über 29.

Die restlichen Parteien hatten das Nachsehen und bekamen mangels Wahlchancen erheblich weniger Stimmen als bei der Präsidentschaftswahl – ein Grund für die seit dem 19. Jahrhundert niedrigste Wahlbeteiligung von 57 Prozent. Während das sozialistische und das rechte bürgerliche Lager weniger als 10 Prozent ihrer Stimmen einbüßten, schrumpfte die zentristische Demokratische Bewegung François Bayrous, der bei den Präsidentschaftswahlen noch 9,1 Prozent erhalten hatte, um 86 Prozent. Sie gewann nur zwei Mandate; Bayrou verlor seinen Sitz.

Die gesunkene Wahlbeteiligung hat vermutlich weniger mit Politikverdrossenheit zu tun als damit, dass die Wahlen zur Nationalversammlung seit 2002 jeweils direkt nach den Präsidentschaftswahlen stattfinden, die im französischen Präsidentsystem ohnehin eine höhere Bedeutung haben. Nach einem Dauerwahlkampf seit Mitte 2011 waren nicht nur die Wahlkämpfer ausgepowert. Auch die Medien und Umfrageinstitute schenkten den Parlamentswahlen nur noch eine geringe Aufmerksamkeit. Während die Wahlbeteiligung bei den Präsidentschaftswahlen sich seit 1969 um die 80 Prozent bewegt, ist sie bei den Parlamentswahlen seit 2002 ständig gesunken.

Die Gewinner der Präsidentschaftswahl haben außerdem den Vorteil einer großen Medienpräsenz durch die Berufung eines Premierministers, die Regierungsbildung und die Ankündigung populärer Maßnahmen, der die Opposition nur wenig entgegensetzen kann. Auch Hollande nutzte die Zeit bis zur Parlamentswahl, um die Wähler von den „guten Absichten“ der PS und ihrer Verbündeten zu überzeugen. Die Regierung von Premierminister Jean-Marc Ayrault, die er am 15. Mai vorstellte, glänzte dadurch, dass sie durch die Berücksichtigung aller Strömungen der Sozialisten und der Bündnispartner Einheit demonstrierte, vollständig quotiert war und die Minister und Ministerinnen ihre Gehälter um 30 Prozent kürzten.

Anschließend standen einige symbolische Maßnahmen und Ankündigungen auf der Tagesordnung: die Erhöhung der Beihilfen zum Schuljahresbeginn um 25 Prozent, ein neues Gesetz gegen sexuelle Belästigung, Rückzug der Kampftruppen aus Afghanistan bis Ende 2012 oder die Senkung der Spitzengehälter in öffentlichen Unternehmen auf das 20fache der unteren Einkommen. Die Regierung habe sich darauf beschränkt, nur Maßnahmen anzukündigen, die nicht auf Ablehnung der FG stießen, erklärte die Linkspartei (PG) Mélenchons nach der Wahl. „Sie hat sich hingegen davor gehütet, solche zu präzisieren, die zwischen der PS und der Linksfrent strittig sind, wie die Erhöhung des SMIC (Mindestlohn; N.B.) und die Rente mit 60 Jahren.“²

Auf der extremen Rechten musste auch die Nationale Front (FN) Federn lassen. Sie verlor 45 Prozent (fast 3 Mio.) ihrer Stimmen gegenüber dem Ergeb-

² Parti de Gauche, Conseil National des 23 et 24 juin 2012. Résolution, S. 2.

nis Marine Le Pens im April, erzielte aber mit 13,6 Prozent ihr zweitbestes Ergebnis bei Parlamentswahlen und erhöhte den Stimmenanteil gegenüber 2007 um fast 10 Prozent.

Die Annäherung zwischen UMP und FN, die sich bereits nach dem ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl ankündigte, war noch nicht so weit gediehen, dass beide Parteien sich bei Stichwahlen mit linken Kandidaten gegenseitig unterstützt hätten. Aber immerhin rief die UMP nicht mehr wie zu Chiracs Zeiten auf, bei Stichwahlen zwischen Sozialisten und FN-Kandidaten für die Linken zu stimmen, sondern plädierte jetzt dafür, weder die einen noch die anderen zu wählen.

Die FN hielt deshalb beim zweiten Wahlgang auch in vielen Wahlkreisen, wo sie schlechter als ein bürgerlicher Kandidat abgeschnitten aber ausreichend Stimmen im ersten Wahlgang erzielt hatte (mindestens 12,5 Prozent der Wahlberechtigten), ihre Kandidaturen aufrecht, was die bürgerliche Rechte um einige Mandate gebracht hat – darunter auch eins, das an die FG ging. Die FN kehrte erstmals seit 1997 – mit zwei Abgeordneten – wieder ins Parlament zurück.

Trotz des Zuwachses gegenüber 2007 war das Ergebnis eine bittere Enttäuschung für die Anhänger der FG. Sie büßte bei der Parlamentswahl über zwei Millionen Stimmen (55 Prozent) gegenüber dem Ergebnis Jean-Luc Mélenchons ein. In der Vergangenheit hatte die PCF stets mehr Stimmen bei Parlaments- als bei Präsidentschaftswahlen erzielt. Mit 6,9 Prozent lag man nur knapp über dem FG-Ergebnis bei der EU-Wahl 2009 (6,1 Prozent) aber unter dem der Kantonalwahlen von 2010 (7,9 Prozent).

Bedenklich ist außerdem, dass der Stimmenanteil aller Kandidaten links der Sozialdemokratie kaum zugenommen hat. Das Ergebnis der „extrême gauche“ – v.a. Neue Antikapitalistische Linke (NPA) und Arbeiterkampf (LO) – hat von 3,4 Prozent 2007 auf jetzt 1,0 Prozent abgenommen. FG und „extrême gauche“ haben zusammen 7,9 Prozent erzielt gegenüber 7,8 Prozent 2007 und 7,7 Prozent 2002.

Die Enttäuschung für die FG war umso größer, als die Anzahl der Mandate zurückging und Mélenchon in seinem Versuch scheiterte, Marine Le Pen im Wahlkreis Hénin-Beaumont im Norden Frankreichs zu schlagen. Er unterlag bereits im ersten Wahlgang knapp gegenüber dem sozialistischen Kandidaten. Da Mélenchon es nicht in die Nationalversammlung geschafft hat, wird seine Rolle als Zugpferd der FG stark beeinträchtigt.

Hier wurde auch deutlich, dass die FG für ihren Beitrag zum Erfolg Hollandes im zweiten Wahlgang kein Entgegenkommen seitens der PS zu erwarten hatte – im Gegenteil. Parteichefin Martine Aubry und Premierminister Ayrault eilten eigens nach Hénin-Beaumont, um den Sozialisten Philippe Kemel zu unterstützen. Trotz eines Zuwachses von 7 Prozent für Mélenchon gegenüber der Präsidentschaftswahl lag der Sozialist 2 Prozent vor ihm. Dieser konnte in der Stichwahl Marine Le Pen nur knapp schlagen.

Die prozentualen Verluste gegenüber der Präsidentschaftswahl sind allerdings nur unwesentlich auf die gesunkene Wahlbeteiligung zurückzuführen. Von

den Wählern Mélenchons gingen 34 Prozent nicht zur Wahl, stimmten ungültig oder weiß. Nur die Wahlenthaltung der Hollande-Wähler lag niedriger, die aller anderen höher.³

II.

Ursache für den niedrigen Stimmanteil der FG ist eine Wählerwanderung zu Sozialisten und Grünen. Während etwa 90 Prozent der Wähler Hollandes und Sarkozys deren Parteien und Verbündete wählten, waren es bei denen Le Pens nur noch 68 Prozent und denen Mélenchons 42 Prozent. 46 Prozent der Wähler Mélenchons haben die Sozialisten oder die Grünen gewählt.⁴

Wenn man sich die Ergebnisse in den einzelnen Wahlkreisen genauer betrachtet, stellt man fest, dass die Verluste gegenüber der Präsidentschaftswahl vor allem dort zu verzeichnen waren, wo die FG-Kandidaten keine Chancen hatten, gewählt zu werden. In den alten Hochburgen der PCF und in den Wahlkreisen ihrer Abgeordneten lagen die Ergebnisse mit wenigen Ausnahmen meist sehr deutlich über denen Mélenchons. Gegenüber 2007 verbesserte man sich in 90 Prozent der Wahlkreise. Die bereits bei der Präsidentschaftswahl zu beobachtende Rückkehr der Linken in der Fläche hat sich fortgesetzt. Statt in 401 Wahlkreisen ist die FG nur noch in 199 unter 5 Prozent. „Die Fundamente verbessern sich, aber das Dach bleibt wackelig“ resümiert Roger Martelli die Entwicklung in einer längeren Wahlanalyse.⁵

Die Mandatsverluste sind auf das Mehrheitswahlssystem zurückzuführen. Anders als die FN auf der Rechten konnte die FG auf der Linken bei Stichwahlen darauf zählen, dass schlechter platzierte Kandidaten nicht erneut antreten, sondern zur Wahl des FG-Kandidaten aufrufen. Dieses Verfahren ist seit 1966 zwischen Sozialisten und PCF Usus. Nach Errichtung der V. Republik 1958 und Einführung des jetzigen Wahlsystems hatten die PCF (1958 10 Mandate mit 21 Prozent der Stimmen), aber auch die Vorgänger der PS unterdurchschnittlich viele Sitze errungen. Wenn allerdings ein Partner in diesem Verfahren erheblich stärker ist als die anderen, kommen die kleineren Parteien nur in Hochburgen in den zweiten Wahlgang – es sei denn, es finden schon für den ersten Wahlgang Absprachen über die Kandidaturen statt.

Anders als die Grünen wollte die FG dies nicht, da ein gemeinsames Wahlprogramm mit der PS die Voraussetzung gewesen wäre. Darauf hatte man verzichtet, weil eine Einigung mit der zunehmend neoliberalen PS nur schwer

³ Sondage OpinionWay – Fiducial, Sondage jour du vote. 1er tour des élections législatives 2012, 10 Juni 2012, S. 8f. Wahltagsumfrage unter 7090 Wahlberechtigten. Bei den wahlsoziologischen Angaben wurde dieser Studie der Vorzug gegenüber einer ähnlichen von Ipsos gegeben, bei der nur 3000 Personen befragt wurden und die Aufschlüsselung der Wahlanteile kleinerer Parteien deshalb zu ungenaueren Ergebnissen führt.

⁴ Ebd., S. 9.

⁵ Roger Martelli, Analyse du premier tour des législatives, 14.6.2012, S. 2. Der Historiker Martelli wechselte 2010 von der PCF zur Föderation für eine soziale und ökologische Alternative (FASE). Mit ihrer Sprecherin Clémentine Autain gibt er die Zeitschrift *Regards* heraus.

möglich erschien (und diese auf der Zustimmung zum Programm Hollandes bestand), man sich als autonome linke Kraft profilieren wollte und man davon ausging, auch eigenständig mehr Mandate zu erzielen.

Das konnte nur in Hochburgen gelingen. Das Problem war aber, dass es bei den alten Hochburgen blieb. Nur in 20 Wahlkreisen schaffte es die FG über 20 Prozent statt in 23 im Jahr 2007. Einige davon gingen durch die Neuaufteilung vieler Wahlkreise verloren, aber es kamen keine neuen dazu. Zum Verhängnis für die FG wurde, dass die Stimmen für die PS stärker zunahmen als die eigenen. Nur in elf Wahlkreisen lag die FG vor den anderen linken Kandidaten, in zehn gewann sie die Stichwahl. Sieben Abgeordnete sind Mitglieder der PCF, einer der PG und zwei, die 2007 für die PCF gewählt worden waren gehören zur Föderation für eine Soziale und Ökologische Alternative (FASE). Zwei ehemalige Abgeordnete der PG, die 2007 für die PS bzw. die Grünen kandidiert hatten, wurden nicht wiedergewählt.

Die Wahlsoziologie bestätigt die Trends, die schon bei der Präsidentschaftswahl zu beobachten waren.⁶ Mit steigendem Bildungsniveau nimmt der Stimmenanteil der FN rapide (von 22 Prozent auf 6 Prozent) und der der FG leicht (von 8 Prozent auf 6 Prozent) ab, während er bei den anderen Parteien stark (Grüne) mittel (UMP) und leicht (PS) zunimmt. Auffällig bei der Unterteilung nach Berufsgruppen ist, dass die FN mit 32 Prozent bei den Arbeitern an der Spitze liegt, gefolgt von der PS und ihren Verbündeten mit 29 Prozent (gegenüber 34 Prozent Stimmenanteil bei allen Wählern) und der FG mit 9 Prozent. Die PS schneidet besonders gut bei den mittleren Berufsgruppen ab (43 Prozent), die UMP bei Unternehmern, Handwerkern und Kaufleuten (49 Prozent).

Während die PS nur leicht überdurchschnittlich bei den unteren Einkommen gewählt wird, ist bei FG, Grünen und FN ein deutlicher Stimmenrückgang mit wachsendem Einkommen festzustellen. Bei der UMP ist es umgekehrt.

Für die Wähler der FG – und weniger ausgeprägt für die der PS – waren die Themen „Soziale Sicherheit“, „Beschäftigung“, „Kaufkraft“, „Bildung“ und „Soziale Ungleichheit“ wahlentscheidend. Für die FN-Anhänger liegen „Einwanderung“ und „Sicherheit“ an der Spitze. Ihre Wähler sind die, die der „Sozialen Sicherheit“ und der „Bildung“ die geringste Bedeutung beimessen. Das Thema „Soziale Ungleichheit“ interessiert nur UMP-Wähler weniger.

Die Umfragen geben auch Hinweise darauf, warum sich so viele Mélenchon-Wähler bei den Parlamentswahlen für die PS entschieden haben. 93 Prozent der FG-Wähler waren mit der Politik Hollandes nach seiner Wahl sehr bzw. eher zufrieden.⁷ 85 Prozent der FG-Wähler wünschten sich eine Beteiligung der FG an der sozialistischen Regierung.⁸

⁶ Sondage OpinionWay – Fiducial, a.a.O., S. 32f.

⁷ Ipsos, 1er tour des élections législatives. Comprendre le vote des Français. Befragung von 3087 Wahlberechtigten vom 7. bis 9. Juni 2012.

⁸ Sondage OpinionWay – Fiducial pour Le Figaro, Sondage jour du vote. 1er tour des élections législatives 2012. Les clés du vote et les perspectives politiques, 10.6.2012, S. 32f.

III.

Bei der Analyse des enttäuschenden FG-Ergebnisses neigten PCF und PG dazu, ihre eigene Rolle im rosigen Licht darzustellen. Die Wahlabteilung der PCF behauptet, dass in 47 der 49 Wahlkreise, in denen die FG besser abgeschnitten hätte als bei der Präsidentschaftswahl, die PCF den Kandidaten stellte.⁹

Aber wenn man die dort genannten Stimmenzahlen der FG- und PCF-Kandidaten von 2012 und 2007 zugrunde legt, wird deutlich, dass der Zuwachs der 411 PCF-Kandidaten mit 40 Prozent erheblich geringer ist als der der anderen Bündnispartner mit 83 Prozent. Darauf macht auch die PG aufmerksam, die behauptet, ihre etwa 100 Kandidaten hätten die Ergebnisse von 2007 um 110 Prozent übertroffen.¹⁰ Das dürfte damit zu tun haben, dass die PG-Kandidaten vor allem dort antraten, wo die PCF 2007 unter 5 Prozent lag, sie aber auch stärker Wähler der Sozialisten und der radikalen Linken gewinnen konnten.

Die Dominanz der PCF-Kandidaturen wird nicht nur von der PG bedauert. Für die FASE sind die Mélenchon-Stimmen nicht verschwunden. Sie seien nicht zum Tragen gekommen, weil die Öffnung der FG zu den Bürgern und neuen Organisationen damit kontrastierte, dass bei den Parlamentswahlen 85 Prozent der Kandidaten aus der PCF stammten.¹¹ Aber das war der Preis für die Zustimmung der PCF zur Präsidentschaftskandidatur Mélenchons. Da in den Wahlkreisen jeweils nur ein Kandidat antreten konnte, kam die Breite des Bündnisses wenig zum Tragen. Dies ist umso schwerwiegender, als die Parlamentswahlen in den Medien nur eine geringe Rolle spielten und die Auseinandersetzungen in den einzelnen Wahlkreisen stark im Fokus standen.

Die PG kritisiert, dass dieses Phänomen durch das „Fehlen einer Nationalen Parlamentswahlkampagne der Linksfrent“ verstärkt worden sei. Die „Kohärenz und die Sichtbarkeit der politischen Aussage der Linksfrent“ sei in 577 verschiedenen Kampagnen verloren gegangen.¹² Die Kritik wird auch von Ian Brossat, erfolgloser Kandidat der PCF in Paris geteilt, der von „577 Kampagnen mit 577 Losungen“ spricht.¹³ Mélenchon konstatierte einen „Mangel politischer Führung“.¹⁴ Der Vorsitzende der PCF Pierre Laurent teilt die Kritik,

⁹ Secteur Elections – Conseil national du PCF, 1^{er} tour des élections législatives. Premiers éléments d'analyse électorale, 15 Juni 2012, S. 5. Laut den Zahlen des Innenministeriums und eigenen Berechnungen lag die FG in 46 Wahlkreisen besser als Mélenchon. Zehn Kandidaten gehörten nicht zur PCF, darunter fünf zur PG, drei zur FASE.

¹⁰ Parti de Gauche, Conseil National des 23 et 24 juin 2012. Résolution, S.2

¹¹ Editorial in: *Cerises*, No. 146, 17.6.2012. *Cerises* ist das Mitteilungsblatt der Einheitskommunisten (Communistes Unitaires) die 2010 die PCF verlassen haben und die Hauptkraft in der FASE sind. Zu ihnen gehören die zwei Abgeordneten Jacqueline Fraysse und François Asensi, der Philosoph Lucien Sève und Roger Martelli.

¹² Parti de Gauche, ebd.

¹³ Stéphane Allières/Lénaïg Bredoux, *Front de gauche: les communistes en pleine analyse*, médiapart, 20.6.2012, <http://www.mediapart.fr>.

¹⁴ Jean-Luc Mélenchon évoque „une carence de direction politique“, in *Le Monde*, 27.6.2012.

dass es an Sichtbarkeit auf nationaler Ebene gefehlt habe, weist aber die Behauptung Mélenchons, in den Wahlkreisen habe jeder in „seiner eigenen Ecke versucht, seine Haut zu retten“ zurück.¹⁵

Die Kandidatur Mélenchons gegen Le Pen in Henin-Beaumont wird im Nachhinein von vielen (außer in der PG) kritisch gesehen. „Die schwache landesweite Wahlkampagne und ihre mangelnde Sichtbarkeit haben es nicht ermöglicht, die Stimme einer Linken, die entschieden demokratisch und alternativ ist, weiterhin mit der notwendigen Lautstärke zu transportieren.“ So Christophe Aguiton, Samy Joshua und Roger Martelli in einer gemeinsamen Stellungnahme. Das habe dazu geführt, dass vor allem der symbolhafte Fall von Hénin-Beaumont das Medieninteresse bestimmt habe. „Obwohl die mutige Kampagne gegen die extreme Rechte ein starkes Symbol verdiente, wurde sie auf Kosten der umfassenden politischen Botschaft der Linksfrente immer mehr zum Kern ihres öffentlichen Auftritts.“¹⁶

Ähnliche Positionen wurden von einigen Teilnehmern der Nationalkonferenz der PCF am 20. Juni geäußert, darunter vor allem von Kritikern der Parteilichkeit, die eine engere Kooperation mit der PS wünschen.¹⁷ Aber andere wie Brossat oder der ehemalige Fraktionsvorsitzende Roland Muzeau, der nicht wiedergewählt wurde, machen deutlich, dass die Entscheidung der Kandidatur Mélenchons nicht ihm zum Vorwurf gemacht werden könne, sondern eine kollektive gewesen sei.¹⁸

Pierre Khalifa, Co-Vorsitzender der anti-neoliberalen Fondation Copernic, ist der Auffassung, dass die Linie „Front gegen Front“ bereits die letzte Phase des Präsidentschaftswahlkampfes negativ beeinflusst habe. Die FG sei überhaupt nicht als Vertreterin politischer Alternativen erschienen, was dadurch verstärkt worden sei, dass sie sich nicht zu den Ankündigungen der neuen Regierung verhalten habe. Im Gegenteil, viele Erklärungen der FG hätten darauf insistiert, dass die Wahl der FG notwendig sei, um eine linke Mehrheit zu bekommen. Dadurch erweckte man den Eindruck, die FG gehöre zu dieser Mehrheit und vertrete keine unterschiedlichen Positionen. Deshalb wäre die institutionelle Logik, die aus der Parlamentswahl den dritten Wahlgang der Präsidentschaftswahl macht, voll zum Tragen gekommen.¹⁹ „Die Wähler haben ein zweites Mal Hollande gewählt“, meint die Co-Vorsitzende der PG Martine Billard.²⁰

¹⁵ Eric Nunès, Pierre Laurent appelle Mélenchon à „se garder de réactions caricaturales, voire insultantes“, in: *Le Monde*, 26.6.2012.

¹⁶ Les invités de Mediapart, Du mouvement dans le Front de Gauche, in: *Médiapart*, 26.6.2012; die Autoren sind prominente linke Aktivisten: Christophe Aguiton ehemals Leitungsmittglied der LCR, war Mitbegründer der Gewerkschaft SUD-PTT und von Attac sowie Vorsitzender der Erwerblosenbewegung AC! Samy Joshua war Führungsmittglied der NPA.

¹⁷ Sylvia Zappi. Le bilan des législatives provoque des tiraillements au sein du Front de gauche, in: *Le Monde*, 26.6.2012.

¹⁸ Stéphane Allières/Lénaïg Bredoux, ebd.

¹⁹ Pierre Khalifa, Le résultat très décevant des législatives renvoie à des phénomènes complexes. 15.6.2012, <http://lafederation.org>.

²⁰ Stéphane Allières/Lénaïg Bredoux, ebd.

Den Grund für den Wählerverlust sehen der Gewerkschafter Claude Debons und der Wirtschaftswissenschaftler Jacques Rigaudiat auch „im ‚revolutionären‘ Diskurs der FG, der es zwar vermocht hatte, Enthusiasmus bei den politisierten Rändern der Wählerschaft zu erzeugen und sie für eine bestimmte Konzeption der Linken zu gewinnen: Er konnte – in einer Situation, die nicht vorrevolutionär ist – nicht in der Breite davon überzeugen, dass wir eine Machtalternative darstellen, oder bescheidener, dass wir in der Lage seien, die Konstellation auf der Linken zu verändern, um bessere Vorschläge durchzusetzen.“²¹

Es lassen sich weitere Widersprüchlichkeiten in der Haltung zur PS aufzeigen: Während Mélenchon schon im Präsidentschaftswahlkampf eine Beteiligung an einer sozialistischen Regierung abgelehnt hatte, und immer wieder die programmatischen Unterschiede zu den Sozialisten betonte, ließ die PCF diese Frage bis nach den Wahlen offen. Während die FG zuerst Wahlabsprachen für den ersten Wahlgang mit der PS und den Grünen ausgeschlossen hatte, verhandelte die PCF und dann auch die PG nach der Präsidentschaftswahl mit den Sozialisten über gemeinsame Kandidaturen in einzelnen Wahlkreisen – nicht nur wo die Gefahr bestand, dass kein linker Kandidat in den zweiten Wahlgang kommen würde und dort die FN freies Feld gehabt hätte.

IV.

Die Parlamentswahlen verdeutlichen die Schwierigkeiten der FG, sich zur neuen Regierung zu verhalten. Khalfa sieht die FG auf einem schmalen Grad zwischen einer linksradikalen Linie, die Sarkozy und Hollande gleichsetze, wodurch die Widersprüche der Regierung nicht ausgenutzt werden könnten und man sich von den Wechselwartungen seiner Wählerschaft isolieren würde, und einer opportunistischen, die die FG ins Fahrwasser der PS bringen würde, die die Bedeutung der ein oder anderen Maßnahme erhöhen würde, um die Logik hinter ihr nicht zu sehen.²² Die Entscheidung, wie stark man sich von der PS absetzt, hängt auch damit zusammen, welche Bedeutung man der parlamentarischen Verankerung beimisst, und welche Rückwirkung diese auf die politischen Einwirkungsmöglichkeiten der FG und auf ihre Entwicklung haben würde. Ein vollständiger Bruch mit der PS kann dazu führen, dass die gegenseitige Unterstützung in den Stichwahlen beendet wird und die FG auch bei Ergebnissen von über 10 Prozent ihre Sitze verlieren würde.

Noch scheint in der FG keine Einmütigkeit zu herrschen, was das Verhältnis zur Regierung angeht. Die PG erklärt, die FG sei zwar Teil der Mehrheit, die Sarkozy geschlagen habe, aber nicht Teil der Regierungsmehrheit. Sie müsse sich ihre Position einer „gewinnenden Autonomie“ („autonomie conquérante“)

²¹ Claude Debons/Jacques Rigaudiat, *Front de Gauche: et maintenant? Premières réflexions à l'issue de la séquence présidentielle-législatives*, 25.6.2012. Debons ist der ehemalige Chef der Transportarbeitergewerkschaft der CFDT; Rigaudiat ist ehemaliger Berater von Michel Rocard und Lionel Jospin, und Mitglied der Fondation Copernic. Beide waren Mitglieder der PG, die sie inzwischen verlassen haben.

²² Pierre Khalfa, ebd.

te“) bewahren. „Wir werden eine positive Kraft in der Mehrheit sein“, erklärte hingegen die Nationalkonferenz der PCF vom 20. Juni, „um die Veränderung soweit wie möglich zu treiben mit der Leitlinie der Ablehnung einer Austeritätspolitik, die den Wünschen der Märkte unterworfen wird.“²³ André Chassaigne, der neue Fraktionsvorsitzende und unterlegene Gegenkandidat Mélenchons in den internen Wahlen der PCF, meinte: „Wir werden nicht die Zeit damit verbringen, Granaten zu entschärfen, um sie den Ministern zwischen die Beine zu werfen.“²⁴

Autain bemüht sich um eine Synthese: „Was sicher ist, ist dass wir nicht in der Opposition sind, denn dort ist die Rechte. Darüber hinaus kann jeder seine Rolle definieren wie er will, in der Mehrheit oder der Autonomie: Uns vereint, ein Stützpunkt zur Durchsetzung sozialer Errungenschaften zu sein.“²⁵

In der Praxis scheint die Gratwanderung zu gelingen. Die PCF, die die Frage einer Regierungsbeteiligung offen gehalten hatte, stimmte am 20. Juni mit großer Mehrheit (93,4 Prozent der Mitglieder) dagegen und schloss sich so der Meinung ihrer Bündnispartner an. Mit dem Gewinn der Präsidentschaft und der absoluten Mehrheit im Parlament verfügt die PS über eine nie dagewesene Machtfülle. Sie ist in der Nationalversammlung nicht auf die FG angewiesen. Deshalb hätte die FG auch kaum Druckmittel, um Akzente in der Regierungspolitik zu setzen. Die PS hatte zudem klar gemacht, dass sie nicht vom Programm Hollandes abweichen wolle.

Die parlamentarischen Einwirkungsmöglichkeiten der FG sind somit beschränkt – auch wenn im Senat die Regierung auf die 20 PCF-Senatoren angewiesen ist. Aber die FG braucht deshalb auch wenige Rücksichten auf die sozialistische Regierung zu nehmen. Und sie wird vor allem nicht für ihre unpopulären Maßnahmen in Haft genommen, wie es bei früheren Regierungsbeteiligungen der PCF der Fall war.

Nach der Regierungserklärung Ayraults hat die FG ihre Zwischenposition bei der Vertrauensabstimmung über die Regierung durch Enthaltung zum Ausdruck gebracht. Damit will sie deutlich machen, dass sie nur einen Teil der angekündigten Maßnahmen mitträgt, vor allem aber, dass die geplante Austeritätspolitik auf ihre Ablehnung stößt. Gleiches gilt auch für den Verzicht auf die Neuverhandlung des EU-Fiskalpaktes und die Ablehnung einer Volksabstimmung zu diesem Thema.

Die Zukunft der FG ist nach wie vor ein Zankapfel vor allem zwischen der PCF und den restlichen Komponenten. Martelli hat sich damit abgefunden, dass die Umwandlung der FG in eine Partei nicht möglich ist. Man müsse aber ihren Doppelcharakter als Parteienbündnis und als Aufnahmestruktur für Einzelper-

²³ Avec vous, réussir le changement. Erklärung der Nationalkonferenz der PCF vom 20.6. 2012.

²⁴ Patrick Roger, Le Front de gauche réussit à constituer un groupe à l'Assemblée, in: *Le Monde*, 25.6.2012.

²⁵ Stéphane Allès/Lénaïg Bredoux, ebd.

sonen „ohne Zugehörigkeit“ anerkennen. Zu diesem Zweck müsse die Organisationsform an der Basis geklärt und Doppelstrukturen auf nationaler Ebene geschaffen werden, die aus Vertretern der Basisorganisationen und der Mitgliedsparteien zusammengesetzt wären.²⁶ Die PG will vor allem in der Frage vorankommen, wie Einzelpersonen zumindest auf lokaler Ebene beitreten können. „Der Wille, Bürgerinnen und Bürger dort zu integrieren, die sich nicht in einer der Parteien engagieren wollen, wird von allen geteilt.“²⁷ Die PCF hält sich in diesen Fragen noch bedeckt. Sie ruft die Bürger auf, sich der Linksfrent anzuschließen, ohne zu sagen, in welchen Strukturen das geschehen soll.²⁸ Gleichzeitig sind PCF und PG bemüht, eigene Mitglieder zu gewinnen.

Die Haltung Martellis widerspiegelt die der kleineren Gruppierungen in der FG, die versuchen einen eigenen Pol zu bilden und verlässliche demokratische Strukturen der FG durchzusetzen, um der Übermacht von PCF und PG beizukommen. Nach der Parlamentswahl haben sie bereits zum dritten Mal Zulauf aus der NPA bekommen. Die Strömung „Antikapitalistische Linke“, die die sektiererische Linie der NPA-Mehrheit gegenüber der FG kritisiert hatte, hat sich der FG angeschlossen.

Die Wahlergebnisse von SYRIZA in Griechenland haben vielen in der Linksfrent nach der Ernüchterung der Parlamentswahlen Hoffnung gemacht. Dabei wird aber leicht übersehen, dass SYRIZA diesen Erfolg nur vor dem Hintergrund einer unglaublich antisozialen Politik der Papandreou-Regierung und des Zusammenbruchs der PASOK erreichen konnte, und dass in Frankreich von der Unzufriedenheit mehr die FN als die FG profitieren könnte. Es bleibt abzuwarten, ob die Hollande-Regierung angesichts der Krise und der Verpflichtung, das Haushaltsdefizit zu senken sich auf Linie der PASOK begeben oder aber eine gemäßigte Austeritätspolitik verfolgen wird, die man den Wählern mit Verweis auf die Schwere der Krise und die Unabwendbarkeit der Maßnahmen schmackhaft machen kann. Welche Linie sie einschlagen wird, wird auch vom Handeln und der Festigung der FG abhängen.

²⁶ Roger Martelli, a.a.O., S. 4.

²⁷ Parti de Gauche, ebd.

²⁸ Avec vous, réussir le changement, a.a.O., S. 2.

Lothar Peter

Postmoderner Linksradikalismus – Aufbruch zu neuen Ufern?*

1. Was heißt „postmoderner Linksradikalismus“?

Das hegemoniale Modell des Neoliberalismus hat, insbesondere seit der Finanzmarktkrise, deutlich sichtbare Risse bekommen. Zutreffend hat deshalb Frank Deppe kürzlich festgestellt, dass die „Systemfrage“ inzwischen nicht mehr nur von „unten“, sondern auch von „oben“ gestellt wird (Deppe 2012: 1), das heißt, auch die herrschenden Eliten beginnen, sich um den Fortbestand des kapitalistischen Systems Sorgen zu machen. Die von der Finanzmarktkrise ausgelösten globalen Verwerfungen haben unter anderem zu einer Renaissance der Kapitalismuskritik, ja sogar zu einer neuen Revolutions- und Kommunismuskritik geführt. Typisch dafür ist eine intellektuelle Strömung, die ich als „postmoderne Linke“ oder genauer „postmoderne Linksradikale“ bezeichnen möchte. Dabei handelt es sich allerdings nicht um eine kohärente Strömung, deren Akteure sich auf ein gemeinsames Paradigma berufen oder einer bestimmten Bewegung oder Partei angehören, sondern um einen Diskurs, in dem von unterschiedlichen Punkten aus der Versuch unternommen wird, Probleme des heutigen Kapitalismus, aber auch der mit ihm verbundenen politischen und kulturellen Formen, neu zu formulieren und einer radikalen Kritik zu unterziehen. Dieser Diskurs eines „postmodernen Linksradikalismus“ wird unter anderem von Alain Badiou, Slavoj Žižek, John Holloway und Michel Onfray repräsentiert. Die Genannten stehen, sieht man von den beiden ersten Namen ab, nicht nur nicht in Verbindung zueinander, sondern würden wahrscheinlich auch ihre Charakterisierung als „postmoderne Linksradikale“ weit von sich weisen. Trotzdem halte ich diese Charakterisierung für gerechtfertigt. Warum?

Zwischen dem Mainstream jenes Denkens, das gemeinhin als „postmodern“ verstanden wird, und den von mir genannten Intellektuellen gibt es einige wesentliche Übereinstimmungen. Das gilt vor allem für die Kritik am Diskurs der Aufklärung, an der Idee eines geschichtlichen Fortschritts, für die „Dekonstruktion“ von Begriffen wie „Staat“, „Nation“ und „Klasse“, also von Begriffen, die als „identitär“ und „essentialistisch“ verworfen werden, oder für die „Dezentrierung“ des Subjekts als vernünftig handelndem Souverän von Geschichte und Gesellschaft (vgl. Kamper/van Reijen 1987; Welsch 1994).

Unterschiede zwischen den Vertretern des postmodernen Mainstreams und den „postmodernen Linksradikalen“ zeigen sich dagegen in folgenden Punkten:

* Diesem Text liegt ein Vortrag zugrunde, den ich am 20. März 2012 im Rahmen des 5. Winterkolloquiums der Heinz-Jung-Stiftung in Biedenkopf bei Marburg gehalten habe.

Letztere lehnen den Kapitalismus als ökonomisches Ausbeutungssystem ohne jede Relativierung ab. Sie bestehen auf der Notwendigkeit einer Rebellion oder Revolution, die das bestehende gesellschaftliche System von Grund auf umwälzt und sie treten für eine kollektiven Emanzipation und/oder den Kommunismus als Perspektive authentischer linker Politik ein. Dabei weisen sie Parallelen zum traditionellen Linksradikalismus auf (vgl. Bock 1969), zu dessen Essentials eine rigorose Ablehnung der bürgerlichen Demokratie im Allgemeinen und des Parlamentarismus sowie der „reformistischen“ Parteien und Gewerkschaften im Besonderen gehören.¹

Im Folgenden will ich die genannten „postmodernen Linksradikalen“, die international vor allem im Spektrum der Bewegungslinken und Globalisierungsgegner auf wachsende Resonanz stoßen², kurz vorstellen, charakteristische Aspekte ihres Denkens beleuchten und danach fragen, ob und inwieweit die politische Linke von ihnen Anregungen erhalten und etwas lernen kann.

2. Alain Badiou: Die „kommunistische Hypothese“

Alain Badiou wurde 1937 in Marokko geboren und stammt aus einem linken familialen Milieu. Der Vater war im französischen Widerstand („resistance“) aktiv und nach 1945 als Mitglied der sozialistischen Partei SFIO lange Jahre Bürgermeister von Toulouse. Alain Badiou, durch sein Herkunftsmilieu frühzeitig politisiert, trat schon sehr jung Anfang der sechziger Jahre in den linkssozialistischen PSU ein. Seine radikalen Anschauungen motivierten ihn zu dem Versuch, innerhalb des PSU eine maoistische Fraktion zu bilden (Badiou et al. 1970). Als Student der renommierten Elitehochschule „École normale supérieure“ (ENS) nahm er an Vorlesungen und Seminaren von Jacques Lacan und Louis Althusser teil. Später wurde er Dozent für Philosophie an der Reformuniversität Vincennes, aber erst 1999 gelang es ihm, eine Professur an der ENS zu erhalten.

Was sein Kommunismusverständnis betrifft, so begründet Badiou Kommunismus nicht historisch-materialistisch, sondern eher neoplatonistisch als „Wahrheitsregime“ (Badiou 2005a). Neben „Wahrheit“ erfüllt in seiner Konzeption der auf Martin Heidegger verweisende Begriff des „Ereignisses“ eine zentrale Funktion. Ein „Ereignis“ ist für Badiou der Einbruch („l’interruptio“) der Wahrheit in das Seiende, also in die gegebene gesellschaftliche Ordnung, ihre Strukturen und Institutionen. Ein „Ereignis“ ist weder empirisch determiniert noch intentional herstellbar oder prognostizierbar. „Wahrheit“ meint eine radikale Differenz zur Vorherrschaft des Bestehenden, eine Differenz, die sich im Ereignis manifestiert, aber nicht aus den empirischen Besonderheiten einer geschichtlichen Situation abgeleitet werden kann. In der

¹ In seiner bekannten Schrift „Der ‘linke Radikalismus’, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ hat W.I. Lenin 1920 die Defizite des Linksradikalismus grundlegend kritisiert (vgl. Lenin 1965: 389-472).

² So stieß die Konferenz „Die Idee des Kommunismus“, die 2009 unter Teilnahme u.a. von Alain Badiou und Slavoj Žižek in London stattfand, auf eine unerwartet große Resonanz (vgl. Desai 2012: 10).

„Wahrheitsprozedur“ wird „die Treue zum Ereignis“ subjektiviert und damit politisch real. Dies aber ist nur möglich, wenn „die Treue zur Wahrheit“ des Ereignisses dessen „Singularität“ mit der Zukunft vermittelt.

Während der letzten Jahre hat Badiou die „kommunistische Hypothese“ als ein theoretisches Konzept entworfen, das sich um die eben genannten zentralen Begriffe herum aufbaut (Badiou 2011). Den Anlass und Ausgangspunkt für die „kommunistische Hypothese“ liefert erstens das Totalitarismusdogma und, so Badiou, der „Ereignisrevisionismus“ (Badiou/Žižek 2005b: 37) der „nouveaux philosophes“ (Bernard-Henry Lévy, André Glucksmann, Alain Finkielkraut u.a.) und anderer Parteigänger des modernen Antitotalitarismus, die wie der Historiker François Furet in der Französischen Revolution oder Stéphane Courtois im Kommunismus nur noch Manifestationen des Terrors sehen wollen. Zweitens setzt Badiou kritisch an den Rechtfertigungsideologien des „selbst-entfesselten liberalen“ und „postmodernen Kapitalismus“, insbesondere an dessen Verschleierungen durch die Formen eines „Parlamentar-Kapitalismus“, an. Demgegenüber will er die „kommunistische Hypothese“ als „Politik der Wahrheit“ verteidigen und eine ideologische Entsorgung des Kommunismus als geschichtlich überholt und moralisch diskreditiert verhindern. Was heißt das genau?

Nach Badiou kann der Kommunismus nicht durch sein konkretes historisches Scheitern widerlegt werden, weil sein Wahrheitscharakter schlechthin unwiderlegbar sei; denn er versteht Kommunismus als ein Projekt im „Raum des möglichen Scheiterns“ und als „Existenz im Inexistenten“ (Badiou 2011: 33, 148), das sich einer Infragestellung durch eine Berufung auf die Macht der Faktizität entzieht. Das Scheitern des Kommunismus sei deshalb nicht absolut, sondern nur „relativ zu seiner Form“, also in seiner konkreten historischen Erscheinung, zu betrachten. Ähnlich wie Irrtümer in der mathematischen Forschung (Badiou selbst ist mathematisch hochgebildet) im weiteren Prozess zu Problemlösungen beigetragen haben, könne auch das konkrete Misslingen des Kommunismus dessen Wahrheitsgehalt zukünftig bestätigen. In der Pariser Kommune, der Oktoberrevolution, der chinesischen Kulturrevolution und im Mai 1968 sieht Badiou Beispiele für die „Wahrheit des Ereignisses“, welche die Universalität des Kommunismus konstituiert. Von der Philosophie und der durch sie zu begründenden Politik erwartet er, die „Treue zur Wahrheit des Ereignisses“ aufrecht zu erhalten und den Kampf um die Unterbrechung des Seienden fortzusetzen. Dabei macht er einen fundamentalen Unterschied zwischen „der Politik“ („la politique“) und „dem Politischen“ („le politique“), der seine gesamte politische Philosophie durchzieht: „die Politik“ interveniert als Praxis einer „Wahrheit des Ereignisses“ in „das Politische“, das die bestehenden institutionellen Herrschaftsstrukturen und -mechanismen organisiert und als Seiendes auf Dauer zu stellen versucht (Badiou 1985: 9-20). Wenn Badiou auf der Wahrheit des Kommunismus besteht, dann bedeutet das jedoch nicht, dass er diese Wahrheit mit den konkreten Formen identifiziert, die im Namen des Kommunismus historisch hervorgebracht wurden. Weder das Regime Stalins noch die Kommunistische Partei Frankreichs (PCF) nach 1945 entspre-

chen seiner „kommunistischen Hypothese“. Deshalb muss „die Politik“ unter den Bedingungen des heutigen Kapitalismus neue Wege beschreiten, indem sie die Universalität des Kommunismus mit „lokalen“ und „singulären Wahrheiten“ konkreter Kämpfe verknüpft (Badiou 2011: 173).

Versucht man den Ertrag der Überlegungen Badiou's für die Perspektiven linker Politik zu bilanzieren, so ist zunächst positiv hervorzuheben, dass er unbeirrt von allen konkreten historischen Fehlentwicklungen und ideologischen Affirmationen oder Negationen an der kontrafaktischen Idee des Kommunismus festhält und sich gegen alle Spielarten liberaler Theorien des Kapitalismus und der Demokratie als resistent erweist. Das ist angesichts des enormen materiellen und symbolischen Integrationsdrucks, der vom „postmodernen Kapitalismus“ ausgeht, eine bemerkenswerte intellektuelle Haltung, die Anerkennung verdient, weil sie gegen den wirkmächtigen Anschein systemischer Unausweichlichkeit die Möglichkeit grundsätzlicher Alternativen offen hält.

Kritisch ist dagegen anzumerken, dass Badiou eine idealistische Ontologie und quasi-religiöse Ethik zur Begründung des Kommunismus liefert.³ Das zeigt sich unter anderem an der Widersprüchlichkeit seiner Beurteilung konkreter historischer Prozesse und Ereignisse, die er als Beispiele für die „Wahrheit des Ereignisses“ anführt. Im Gegensatz zur Behauptung Badiou's, dass die chinesische Kulturrevolution eine „wahre Neuschöpfung“ (Badiou 2011: 71), also eine Revolution im Sinne seines Begriffs von „Ereignis“ gewesen sei, weil sie auf eine fundamentale „Änderung der Subjektivität“ zielte, spricht eine empirische Analyse gegen diese Behauptung. Vielmehr handelte es sich in der Volksrepublik China während der Periode von 1966 bis 1976 nicht um eine Revolution, sondern um Kämpfe und Konflikte gegensätzlicher Akteure und Fraktionen („zweier feindlicher Linien“) *innerhalb* des „Blocks an der Macht“ (vgl. Hoffmann 1978). Der bloße Anspruch der „Revolutionären Garden“, das Bewusstsein der Massen revolutionieren zu wollen, garantiert nicht schon an und für sich eine revolutionäre Qualität der damaligen Ereignisse, die vielmehr die Entwicklung des Landes um Jahre zurückgeworfen und dem Ausbau sozialistischer Produktionsverhältnisse enormen Schaden zugefügt haben. Ähnlich problematisch fällt Badiou's Interpretation der Situation in Frankreich im Mai 1968 aus, wenn er unterstellt, dass damals die Bedingungen für eine revolutionäre Veränderung gegeben gewesen seien (Badiou 2011: 61). Die Tatsache, dass weder die Mehrheit der Arbeiterklasse noch gar der gesamten Bevölkerung 1968 bereit war, grundsätzlich mit der bestehenden Ordnung zu brechen und entsprechend kollektiv zu handeln, deutet Badiou – noch ganz dem seinerzeit verbreiteten ultralinken Klischee verhaftet – in einen angeblichen Verrat durch den PCF und die ihm damals nahe stehende Massengewerkschaft CGT um. Das hält einer sachlichen Analyse jedoch in keiner Weise stand (vgl. Salini 1968). Badiou's Kommunismusver-

³ Diesen Gesichtspunkt betont zu Recht Oliver Marchart in seiner sehr lesenswerten Studie „Die politische Differenz“ (vgl. Marchart 2010: 172ff.).

ständnis, das sich in seiner Unversöhnlichkeit gegenüber den zeitgenössischen Rechtfertigungen des Kapitalismus und der bürgerlichen Demokratie bewährt, tendiert immer wieder zu einem abstrakten Voluntarismus, wo es um Bedingungen und Möglichkeiten politischer Veränderungen geht. Das zeigt sich da besonders schroff, wo Badiou sich gegen den Staat wendet. Dieser ist für ihn der Inbegriff aller Unterdrückung und Verdinglichung, ein metastasartiges institutionelles Geflecht des Seienden. Weder berücksichtigt er dabei die wie auch immer begrenzten Möglichkeiten sozialstaatlicher Funktionen innerhalb des Kapitalismus, noch fragt er danach, ob der Staat oder einzelne staatliche Institutionen unter bestimmten Bedingungen Eingriffe in die Mechanismen der Kapitalverwertung und des Marktes ermöglichen.⁴ Da er ausschließlich auf eine repressive Funktion des Staatlichen fokussiert, vermag er über die Transformation einer „Politik der Wahrheit“ in politische Praxis nur vage Vorstellungen zu entwickeln. Letztere darf sich nicht in einer abstrakten Negation des Staates erschöpfen, wie gegenwärtig zum Beispiel die Auseinandersetzungen um einen gesetzlichen Mindestlohn beweisen.

3. Slavoj Žižek: Revolution als Aktualität

Slavoj Žižek wurde 1949 in Ljubljana in Slowenien geboren, wo er später die gleichnamige Psychoanalytische Schule gründete. Unter anderem beschäftigte er sich intensiv mit Hegel und Lacan. Später ging er nach Paris, wo er seine psychoanalytischen Studien bei Jacques-Alain Miller, dem Schwiegersohn von Jacques Lacan, fortsetzte. Seit 1992 Professor für Philosophie an der Universität Ljubljana hat er zahlreiche Gastprofessuren wahrgenommen und ist seit 2007 als Internationaler Direktor am Birkbeck Institute for the Humanities der Universität London tätig (vgl. Heil 2010: 9f.).

Mit Alain Badiou verbindet Žižek eine enge Freundschaft und wie dieser hält auch er rigoros an der Aktualität der Ideen der Revolution und des Kommunismus fest.⁵ Ähnlich wie für Badiou ist für Žižek die Ablehnung des Totalitarismusdogmas der „nouveaux philosophes“ und die Zurückweisung des ideologischen Narrativs vom „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama) einer der Ausgangspunkte seiner philosophisch-politischen Überlegungen (Žižek 2009: 19). Eine weitere Voraussetzung seines Denkens bildet die Auffassung, dass die gegenwärtige Krise des Kapitalismus nicht bloß eine korrigierbare Abweichung von der globalen Modernisierungsdynamik, sondern einen „Fehler im System als solchem“ (ebd.: 23) darstellt. Zentrale Felder der Kritik Žižeks bilden der Zusammenhang von Kapitalismus und Demokratie, insbesondere die Ideologie des „liberalen Multikulturalismus“ (Žižek 2009a: 68-80), sowie

⁴ Entweder ist ihm die gesamte Diskussion über die möglichen oder tatsächlichen sozialstaatlichen Funktionen des Staates und der damit verbundenen Differenzierungen des Kapitalismus (z.B. der „varieties of capitalism“) unbekannt oder er hält sie für a priori indiskutabel. Beides wäre gleichermaßen zu kritisieren.

⁵ Žižek fordert dazu auf, „Lenin zu wiederholen“, und zwar in dem Sinne, dass, wie auch Badiou denkt, die Revolution unabhängig von bestimmten empirischen Bedingungen, immer aktuell sei.

Theorien des Kapitalismus und der Demokratie, die sich selbst in einem linken Diskurs verorten, von Žižek aber als Verschleierung der wirklichen Verhältnisse bekämpft werden. Das soll an zwei Beispielen verdeutlicht werden.

Das erste Beispiel bezieht sich auf die Auseinandersetzung mit Antonio Negri, insbesondere mit dem Konzept der „Multitude“⁶. Gegen Negri und andere ihm nahe stehende Autoren erhebt Žižek folgende Einwände: Negri suggeriere einen bruchlosen Übergang des „Empire“ zu einer freien Gesellschaft, weil der Kapitalismus angeblich nur noch eine parasitäre Hülle der modernen Produktivkräfte, insbesondere der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien bilde. Indem er den systemischen Charakter kapitalistischer Ausbeutung ausblende, betreibe er einen technologischen Determinismus des kollektiven Emanzipationsprozesses. Die Darstellung des „Empire“ weise außerdem eine starke Affinität zu jener Ideologie aufgeklärter Eliten des internationalen Kapitals (wie etwa der Akteure der Davoser Weltwirtschaftsforen) auf, die Žižek ironisch als „kommunistischen Kapitalismus“ (ebd.: 157) bezeichnet, weil sie die Lösung kollektiver globaler Probleme auf der Basis eines modernisierungsfähigen Kapitalismus propagiere. Mit seiner Polemik trifft Žižek einen entscheidenden Schwachpunkt der „Empire“- und „Multitude“-Theorie, indem er deren Autoren zu Recht vorhält, den ökonomischen Ausbeutungscharakter des Kapitalismus durch eine anonyme und parasitäre Herrschaftsfunktion ersetzt zu haben, die nun angeblich durch die „Multitude“ allmählich abgelöst werde.

Das zweite Beispiel betrifft Žižeks Kritik an der Demokratietheorie von Claude Lefort, Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, die unter dem Label „radikale Demokratie“ bekannt geworden ist (Laclau/Mouffe 1985). Mit wenigen Sätzen soll hier skizziert werden, was das Wesentliche der „radikalen Demokratie“ ausmacht. Ihre Autoren gehen davon aus, dass der Raum der Demokratie niemals ganz geschlossen werden kann, da kein politischer Akteur das Universelle vollständig repräsentieren könne. Letzteres bleibe immer eine leere Stelle, die nur vorübergehend hegemonial besetzt werden könne. Deswegen kann der Kampf um Hegemonie kein Ende finden, sondern setzt sich als politischer Antagonismus stets aufs Neue fort, es sei denn, der Raum der Demokratie würde durch ein totalitäres Regime geschlossen. Das Attribut „radikal“ hat keine inhaltliche politische Bedeutung, sondern will die absolute Unabschließbarkeit von Demokratie hervorheben.

Žižek wirft der Theorie der „radikalen Demokratie“ vor, sie suche einen „bequemen Ausweg“ (Žižek 2002: 167) aus dem Dilemma, einerseits uneingeschränkt Demokratie sein zu wollen, andererseits aber immer etwas Bestimmtes, zum Beispiel den Kommunismus, als nicht-demokratisch ausschließen zu

⁶ Žižek bezieht sich dabei konkret auf Negri/Scelsi 2007. Das Erscheinen von „Empire“ (Hardi/Negri 2002) hatte er noch überschwänglich als das „Kommunistische Manifest für unsere Zeit“ gefeiert.

müssen. Auch widerspricht Žižek dem Primat des Politischen in der Theorie der „radikalen Demokratie“, insofern Demokratie sich nicht selbst konstituiert, sondern immer „die Form einer Staatsmacht von Produktionsverhältnissen“ (ebd., 168) repräsentiert, die durch „fundamentale soziale Antagonismen“ und „Klassenkampf“ determiniert werde. In einer bewusst polemischen Übertreibung ordnet Žižek die Vertreter der „radikalen Demokratie“ sogar in eine Kontinuitätslinie politischen Denkens ein, die von Stalin über Laclau/Mouffe und Hardt/Negri bis zu den Verfechtern eines „dritten Weges“ (wie Anthony Giddens) reiche. Wie erklärt sich diese erstaunliche Konstruktion? Die Antwort Žižeks läuft darauf hinaus, dass allen genannten Theoretikern die Vorstellung gemeinsam sei, dass sie an die Möglichkeit eines evolutionären Übergangs zu einem höheren Zustand der Gesellschaft glaubten und die Singularität der Revolution als „Wahrheitsereignis“ im Sinne von Alain Badiou negierten.

Den Theorien, die sich selbst als links verstünden, aber die Widersprüche des Kapitalismus und der Demokratie letztlich verharmlosten, setzt Žižek im Blick auf die Gegenwart die These von vier Antagonismen des globalen Kapitalismus entgegen: 1. die ökologische Krise, 2. der Widerspruch zwischen kapitalistischem Privateigentum und „geistigem Eigentum“, 3. der Gegensatz zwischen traditionellen ethischen Prinzipien (z. B. in der Bioethik) und wissenschaftlich-technischer Innovation und 4. neue globale Formen von Apartheid (Žižek 2009a: 252ff.).

Auf der Suche nach einem Akteur, der in dieses Widerspruchsszenario zu intervenieren vermag, stößt Žižek auf die Entstehung einer neuen globalen „Gegenklasse“ der Slumbewohner in Megastädten wie Mexiko-City oder Lagos. Diese neue „Gegenklasse“ trete heute an die Stelle des traditionellen Proletariats und repräsentiere den „Anteil der Anteillosen“ (ebd.: 242) und „Nicht-dazu-Gehörigen“, also die vollständig „Ausgeschlossenen“, die sich vom traditionellen Proletariat und dessen integraler Position im Kapitalismus unterscheiden. Weil sie die an den „homo sacer“ Giorgio Agambens (Agamben 2002) erinnernden „lebendigen Toten“ des „modernen Kapitalismus“ sind und dessen radikale Negation verkörpern, wird sich der Kampf um Hegemonie zwischen ihnen und den ökonomisch und sozial Integrierten abspielen. Um diesen Kampf zugunsten der „Anteillosen“ und „Ausgeschlossenen“ entscheiden zu können, müssen vier Prinzipien rigoros befolgt werden, nämlich „egalitäre Gerechtigkeit“, „Schrecken“ (im Sinne drakonischer Zwangsmaßnahmen), „Voluntarismus“ (Kollektivität der Entscheidungen) und „Vertrauen in das Volk“ (Žižek 2009a: 319). Diese Prinzipien erinnern allerdings eher an das jakobinische Ethos des Tugendterrors als an Merkmale marxistischer Revolutionstheorie, auf die sich Žižek immer wieder beruft.

Wie lassen sich seine oft zwischen assoziativen Deutungssprüngen und argumentativer Analyse wechselnden Einlassungen beurteilen und inwieweit bringen sie dem linken Diskurs einen Gewinn?

Wie Badiou verdient auch Žižek für seine kompromisslose Ablehnung aller Spielarten liberaler Ideologie Anerkennung und wie Badiou hält er an der Überzeugung fest, dass trotz des konkreten Scheiterns des sozialistischen Projekts

dessen Notwendigkeit fortbesteht. Seine Kritik beispielsweise an Negri deckt unnachlässig die Mängel eines Denkens auf, das sich radikal und revolutionär gebärdet, aber in seiner Konsequenz nicht einmal das Niveau einer pragmatischen reformistischen Politik erreicht.

Das Problem des Staates und der Staatlichkeit handelt Žižek weniger abstrakt ab als Badiou und erkennt an, dass staatliches Machtpotential auch für Zwecke genutzt werden kann, die der Herstellung von mehr sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit förderlich sind. So befürwortet er die Bildung bewaffneter Einheiten in venezuelanischen Favelas mit Hilfe des Staates und konfrontiert potentielle Kritiker mit der einleuchtenden Frage, ob es etwa besser sei, auf mehr soziale Gerechtigkeit zu verzichten, nur weil sie durch staatliche Machtmittel gewährleistet werde (ebd.: 263f.).

Problematisch ist dagegen sein Revolutionsverständnis insofern, als er, auf die Situation Lenins vor der Oktoberrevolution verweisend, „Hoffnungslosigkeit“ (Žižek 2002: 15) geradezu als die eigentlich adäquate Voraussetzung einer Revolution mystifiziert und so den weit verbreiteten Vergänglichkeitsdiskurs über Möglichkeiten und Sinn von Revolutionen mit einer voluntaristischen Gegenposition beantwortet, die zusätzlich durch sein ambivalentes, zwischen der symbolischen und realpolitischen Ebene hin- und her schwankendes Verständnis von Gewalt belastet wird (Žižek 2009b). Auch die Berufung auf die globalen Slumbewohner als potentiell revolutionäres Subjekt wirft Fragen auf. Reproduziert er hier nicht jene Aporien, die bereits die „Randgruppentheorie“ Herbert Marcuses (Marcuse 1967) aufwies, als sie einen abstrakten Gegensatz zwischen der ideologischen Reinheit der Marginalisierten und „drop outs“ einerseits und den ideologisch scheinbar unwiderruflich ins System Integrierten andererseits unterstellte?

4. John Holloway: Schrei der Empörung

John Holloway, Philosoph und Politikwissenschaftler, wurde 1947 in Dublin geboren. Die Entwicklung seines Denkens wurde u.a. durch Georg Lukács, Ernst Bloch und Theodor W. Adorno, aber auch vom italienischen Operaismus beeinflusst. Mehrere Jahre wirkte er an der „Open Marxism School“ mit, einem linken intellektuellen Netzwerk, das mit Namen wie Richard Gunn, Werner Bonefeld und Kosmas Psychopedis verbunden ist und Berührungspunkte mit der „Neuen Marx-Lektüre“ in Deutschland aufweist. Seit den neunziger Jahren lebt Holloway in Mexiko, wo er mit den Zapatistas zusammenarbeitete. Heute lehrt er an der „Universidad Autónoma de Puebla“ in Mexiko.

Sein international ein starkes Echo auslösendes Buch „Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen“ („Change the World Without Taking Power“) beginnt mit „dem Schrei“ als existentiellstem Ausdruck der Empörung über Herrschaft, Ausbeutung, Entfremdung und Unrecht (Holloway 2002: 10-20). Die diesem „Schrei“ entsprechende kollektive Praxis ist „das Tun“, von dem Holloway eine „praktische Negation“ der bestehenden Verhältnisse erwartet. Für den Kapitalismus ist nach Holloway allerdings das Bestreben kennzeichnend, den „Fluss des Tuns“ mittels instrumenteller Vernunft voll-

ständig in eine Totalität des „Getanen“, also der Verdinglichung, zu verwandeln. Um das zu erklären, greift er auf den Marxschen Begriff des „Fetischcharakters“ zurück und setzt das „Getane“ mit einem permanenten Prozess der Fetischisierung gleich. Ihm müssen, wie Holloway fordert, die Unterworfenen ihre Kreativität als „Anti-Macht“ entgegensetzen, wenn sie sich befreien wollen. Da aber auch die Unterworfenen von Fetischisierung nicht unberührt bleiben, sei es eine Illusion zu glauben, die entfremdende Totalität des „Getanen“ durch Kräfte aufheben zu können, die gleichsam von außen in die Gesellschaft eingreifen. So hätten Lukács, Adorno und Marcuse jeweils auf ihre Weise versucht, das System der Herrschaft von außen in Frage zu stellen: nämlich Lukács mit der allwissenden Partei des Proletariats, Adorno mit dem solitären kritischen Intellektuellen und Marcuse mit den angeblich revolutionären „Randgruppen“ (ebd.: 102-107). Als revolutionäres Subjekt kommt, so Holloway, aber auch die heutige Arbeiterklasse nicht mehr in Frage. Ihre Funktion sei in der bisherigen marxistischen Theorie auf die Produktionssphäre reduziert worden. Das „Tun“ als Basis und Ausdruck des Widerstandes gegen den Kapitalismus gehe aber qualitativ und quantitativ unendlich weit über Arbeit und Produktion hinaus. Deshalb konstituiere sich das zukünftige revolutionäre Subjekt nicht mehr als Arbeiterklasse, sondern als unübersehbare Vielfalt eines „Undefinierbaren“ (ebd., 172) und dementsprechend sei der „Kampf um den Kommunismus“ weder inhaltlich noch zeitlich bestimmbar und begrenzt.

Im Unterschied zu „Die Welt verändern...“ fokussiert Holloway in „Kapitalismus aufbrechen“ („Crack Capitalism“) auf das Problem der „abstrakten Arbeit“ (Holloway 2010). Dieser bekanntlich von Marx stammende Begriff steht nun bei Holloway für den Prozess der Unterwerfung von Mensch und Natur unter die Verwertungslogik des Kapitals. „Abstrakte Arbeit“ trenne die Lohnarbeit von anderen Tätigkeiten und schaffe so die Arbeiterklasse als Personifizierung und Charaktermaske des Kapitalverhältnisses. An dieser Stelle versucht Holloway, eine feministische Perspektive in seine Argumentation einzubauen. Zwar bringe die Charaktermaske „abstrakter Arbeit“ den Typus des männlichen Arbeiters hervor, aber „abstrakte Arbeit“ könne die Fülle schöpferischen „Tuns“ niemals vollständig absorbieren und lasse sich folglich auch nicht auf die Identität des männlichen Arbeiters reduzieren. Schöpferisches Tun sei vielmehr weiblich und deshalb verdecke die Maske der „abstrakten Arbeit“ nicht den Menschen an sich, der ja allgemein männlich konnotiert sei, sondern die „*mulier abscondita*“, die „verborgene Frau“. Sie nämlich repräsentiere als „Tätige“ die Gesamtheit der latenten kreativen Möglichkeiten, deren Verwirklichung der Kapitalismus unterdrücke: „Der Tätige hat nicht dasselbe Geschlecht wie der Arbeiter. Tätigsein ist ein viel reichhaltigerer Begriff, und verweist eher auf die vielfältigen Fertigkeiten und Tätigkeiten, die traditionell mit Frauen verbunden sind, denn auf die engere, eingleisige Tätigkeit, die für Männer typischer ist. Wenn wir der Tätigen ein Geschlecht zuschreiben müssen, dann sollten wir von ihr sicherlich als einer ‘Sie’ denken, nicht als einem ‘Er’: *mulier abscondita*“. (Ebd.: 217)

Die Bewegung des „Aufbrechens“ des Kapitalismus drückt sich nach Holloway praktisch in einer indefiniten Vielfalt des gegen die „abstrakte Arbeit“

aufbegehrenden Tuns aus: Es reicht vom freundschaftlichen Kuchenbacken für die Nachbarn bis zu den Aktionen der „Landlosen“ in Brasilien oder der „piqueteros“ in Argentinien. Obwohl also das kollektive „Tun“ äußerst heterogen sei, befürchtet Holloway nicht dessen Zerfall in zahllose isolierte Mikropolitiken, weil sich alle Akte des „Tuns“ gleichermaßen gegen die Totalität der „abstrakten Arbeit“ richteten. Dabei betont Holloway immer wieder, dass es nicht darum geht, den Kapitalismus durch eine andere Totalität zu ersetzen; denn diese würde die Zwänge des Kapitalismus nur wiederholen. Statt den Kapitalismus immer wieder zu reproduzieren, komme es vielmehr darauf an, anders zu leben: „Das ist Revolution: aufhören, den Kapitalismus zu machen, und stattdessen etwas anderes machen.“ (Ebd.: 236) Revolution wird so zu einem auf Handeln der Subjekte beschränkten Prozess, der von den strukturellen und institutionellen Bedingungen der zu revolutionierenden Gesellschaft abgekoppelt zu sein scheint. Damit nimmt Holloway allerdings eine folgenreiche Umdeutung des Revolutionsbegriffs vor, wie ihn Marx verstanden hat; denn für letzteren war die Idee eines qualitativen Bruchs mit der vorangegangenen Gesellschaftsformation und ihrem spezifischen systemischen Charakter konstitutiv. Was überzeugt an Holloway's Argumentation, was ruft Widerspruch hervor?

Holloway verfügt über ein entwickeltes Sensorium für die Relevanz lebensweltlicher Bedürfnisse als Elemente und Triebkräfte des Kampfes gegen Unterdrückung und Entfremdung. Zu Recht begreift er die Selbstveränderung der Subjekte als eine notwendige Voraussetzung gesellschaftlicher Veränderung. Zustimmung kann man auch seiner Vorstellung, dass es im Kampf um Befreiung keine privilegierten Akteure, geschweige denn Eliten, mehr geben kann, da alle Handlungen der „kreativen Anti-Macht“ prinzipiell gleichwertig seien.

Entschieden zu kritisieren sind dagegen die epistemologischen Prämissen Holloway's und sein Wissenschaftsverständnis. So hält er begriffliche sozialwissenschaftliche Systematisierung a priori für einen Ausdruck verdinglichten Denkens und eines identitären Reduktionismus. Immer wieder wendet er sich dabei gegen Versuche im linken Diskurs, den Begriff der Arbeiterklasse wissenschaftlich zu definieren und sie analytisch von anderen sozialen Klassen und Kategorien zu unterscheiden, was er schon an und für sich für einen Akt intellektueller Barbarei hält. Wie aber linke Politik ohne analytische Kategorien und empirische Befunde auskommen kann, will sie nicht in einen Zustand bloßer Spekulation verfallen, kann Holloway nicht befriedigend beantworten, ganz abgesehen davon, dass er selbst in einer großzügigen Weise mit Kategorien umgeht, die Fragen aufwirft. So fällt seine eigenwillige Interpretation des Marxschen Begriffs der „abstrakten Arbeit“ auf, der ja bei ihm eine zentrale Rolle spielt. Während nämlich für Marx „abstrakte Arbeit“ zunächst nicht mehr und nicht weniger als der ökonomische Begriff für die wertmäßige Vergleichbarkeit der auf dem Markt getauschten Waren durch das Maß gesellschaftlicher Arbeitszeit ist (Marx 1969: 52ff.), deutet Holloway „abstrakte Arbeit“ in eine Metapher allgemeiner Entfremdung um.

Völlig unhaltbar ist außerdem seine Verortung der Arbeiterbewegung am Pol der „abstrakten Arbeit“. Er setzt damit Arbeiterbewegung und Kapitalisten-

klasse faktisch als kollektive Agenten „abstrakter Arbeit“ und damit von Entfremdung gleich. Die konkrete Geschichte der Arbeiterbewegung, die Holloway allerdings keines Blickes würdigt, widerlegt, wie die internationale Forschung beweist, die fatale Behauptung, die Arbeiterbewegung sei immer nur eine Lohnmaschine gewesen, und liefert statt dessen ein Bild eindrucksvoller sozialer, politischer und kultureller Vielfalt.

Wie auch bei Badiou fällt Holloway's Kritik am Staat einseitig und abstrakt aus. Weder historisch noch systematisch vermag er die Entwicklung und Funktion des Staates zu beschreiben, der bei ihm ausschließlich Züge eines postmodernen Leviathans annimmt (Holloway 2002: 110-118). Die umfangreiche internationale Forschung über die Rolle des Staates nimmt er dagegen entweder nicht zur Kenntnis oder kennt sie überhaupt nicht. Kritikbedürftig ist schließlich auch, dass Holloway den von ihm vorgeschlagenen Begriff des „Aufbrechens“ mit dem Begriff der „permanenten Revolution“ besetzt, ohne sich um die unterschiedlichen Bedeutungsgehalte in beiden Fällen zu kümmern.

4. Michel Onfray: Libertärer hedonistischer Antikapitalismus

Michel Onfray wurde 1959 in Argentan in der Normandie geboren und stammt aus bescheidenen Verhältnissen. Er war zunächst Philosophielehrer an einem Gymnasium, schied aber unter Protest gegen den staatlich vorgeschriebenen Philosophieunterricht aus dem Schuldienst aus. Sein Denken ist beeinflusst vom antiken Hedonismus, von Nietzsche, dem revolutionären Syndikalismus Georges Sorels, von Guy Debord, Michel Foucault und Gilles Deleuze. 2002 hat Onfray in Caen/Normandie eine unabhängige „Volksuniversität“ („Université populaire“) aufgebaut. Im Mittelpunkt seines Denkens steht ein intellektuelles Engagement, das einen libertären, hedonistischen Individualismus mit Antikapitalismus und radikaler Staatskritik verknüpfen will.

Onfrays philosophische Position baut auf der Leidensfähigkeit und den Glücksmöglichkeiten des menschlichen Körpers auf.⁷ Letzteres sei aber mit der kapitalistischen Ökonomie ganz unvereinbar und kennzeichne so den für die Gegenwart konstitutiven Widerspruch in der Gesellschaft; denn die gegenwärtige Ökonomie des Kapitalismus werde – dieser Gedanke erinnert an Max Weber, den Onfray jedoch nicht erwähnt – von der „Askese“ des Profistrebens angetrieben, das sich die Vitalität des Menschen einverleibe. Insofern bezeichnet Onfray die kapitalistische Ökonomie auch als „kannibalisch“. Zu ihr biete jedoch der Marxismus keine echte Alternative, weil er nur ein neues Kontrollsystem an die Stelle des kapitalistischen setzen wolle. Statt dessen beruft sich Onfray hier auf die „économie générale“ („allgemeine Ökonomie“) von Georges Bataille (1897-1962), die ausdrücklich dem Lustprinzip und den exzessiven Bedürfnissen des Menschen gewidmet sei, die der Kapitalismus als dysfunktional ausmerzen wolle (Onfray 2001: 122ff).

⁷ Zur philosophiegeschichtlichen Kontextualisierung seiner theoretischen Prämissen vgl. Onfrays Buch über „Philosophie der Ekstase“ (Onfray 1993).

Die libertäre Haltung Onfrays beruht auf der Mentalität einer „linken Mystik“ (ebd.: 132ff) sowie der intellektuellen Orientierung an einem „linken Nietzscheanismus“ (ebd.: 176), der durch die Ideen vor allem von Michel Foucault und Gilles Deleuze inspiriert ist und, wie Onfray meint, seit Mai 1968 noch immer seiner Vollendung harre. Allerdings sei der „libertäre Überhumanismus“, wie sich Onfray unter Anspielung auf Nietzsche ausdrückt (ebd.: 183), ohne „epistemologischen Bruch“ einerseits mit dem Marxismus und andererseits mit dem traditionellen Anarchismus eines Bakunin nicht möglich gewesen. Der in beiden Strömungen angeblich gleichermaßen vorhandenen Fixierung auf den Staat setzt Onfray die Vorstellung einer „Mikrophysik der Macht“ (Michel Foucault) entgegen, da kapitalistische Modernisierung zu einer „Kontrollgesellschaft“ (Michel Foucault) ohne Machtzentrum geführt habe. Sie lasse sich nicht mehr, wie vom Marxismus und traditionellen Anarchismus behauptet, mit der Logik des „Staatsstreichs“ überwinden, sondern nur durch eine „*Revolutionierung der Individuen*“ (ebd.: 201). Zukünftig müsse man, um mit Gilles Deleuze zu sprechen, „zwischen der Zukunft der Revolutionen in der Geschichte und der Revolutionierung der Menschen“ unterscheiden. Letztere voranzutreiben, ist das erklärte Ziel Onfrays.

In diesem Zusammenhang räumt er der Kultur eine eminente Bedeutung in modernen Gesellschaften ein, der ein libertäres politisches Engagement unbedingt Rechnung tragen müsse. Deshalb fordert er die Verwirklichung einer „generalisierten Ästhetik“ und einer „kritischen Kultur“, die gegen den mächtigen Widerstand von Konformismus, Systemloyalität und Manipulation in allen gesellschaftlichen Bereichen verankert werden müsse (ebd.: 231-261).

Aus seinen theoretischen Überlegungen leitet Onfray folgende politische Perspektive ab: Es komme vor allem darauf an, den revolutionären Syndikalismus von Georges Sorel (1847-1922) zu aktualisieren⁸, weil dessen Substanz im unbedingten Willen zum „unaufhörlichen Kampf“ gegen Kapitalismus und autoritäre Herrschaft bestehe. Praktisch könne man heute an diesen revolutionären Syndikalismus anknüpfen, indem man Aktionen wie Leistungsverweigerung in den Betrieben, Warenboykott, Verbraucherwiderstand und Sabotage durchführe. In den sogenannten „coordinations“, die sich als Basisorgane der Streikenden während der großen Streikbewegung 1995 in Frankreich bildeten, sieht Onfray konkrete Organisationsformen, die jenseits der Gewerkschaften einen „wahrhaft subversiven Syndikalismus zu neuem Leben erwecken“ (ebd.: 281) und so die Tradition des revolutionären Syndikalismus der „direkten Aktion“ in der Gegenwart fortsetzen könnten.

Wie lassen sich Onfrays Überlegungen zusammenfassend bilanzieren?

Wie Holloway hebt auch er die Bedeutung subjektiver Erfahrungen und Bedürfnisse für eine antikapitalistische Praxis hervor. Darin kann man ihm ebenso zustimmen wie seiner Erkenntnis, dass Kultur zu einem wichtigen Feld des

⁸ Onfray beruft sich neben Sorel auch auf andere Repräsentanten des Anarchismus und Anarchosyndikalismus wie Pierre-Joseph Proudhon, Auguste Blanqui und Fernand Pelloutier.

Kampfes um gesellschaftliche Hegemonie geworden ist, weil hier die systemkonforme Zurichtung der Individuen besonders wirksam betrieben wird.

So viel für die von Onfray emphatisch verteidigte Rolle der Autonomie der Individuen spricht, so löst seine Tendenz zur Verabsolutierung individuellen Lustgewinns als der angeblich primären politischen Handlungsressource jedoch Widerspruch aus, weil ein längerfristiges linkes Engagement nicht nur die Fähigkeit zum Lebensgenuss, sondern unter Umständen auch das genaue Gegenteil erfordert, nämlich die Fähigkeit zur Einschränkung, zum Verzicht und zur Selbstdisziplin. Nach dem Mai 1968, der Onfray besonders lieb und teuer ist, hat sich an der Karriere nicht weniger einstiger linker Aktivisten gezeigt, dass bald eintretende Frustration und Anpassung an die etablierten Verhältnisse in der vorangegangenen Verabsolutierung des Hedonismus vorprogrammiert waren.

In Anlehnung an Foucault, von dem er sich neben Deleuze vor allem inspiriert fühlt, spricht Onfray von einer Heterogenität einer Macht ohne Zentrum. Diese Sichtweise ist eine Vereinseitigung; denn in modernen kapitalistischen und patriarchalen Gesellschaften bestehen Macht und Herrschaft sowohl aus dezentrierten netzartigen Strukturen und ihren diffusen Wirkungen als auch aus klar lokalisierbaren Zentren wie den staatlichen und militärischen Machtapparaten sowie den „global players“ der kapitalistischen Wirtschaft (z.B. industrielle Großkonzerne, Großbanken, „institutionelle Investoren“ und Ratingagenturen wie Standard & Poor's oder Moody's).

Schließlich reicht Onfrays Hinweis darauf, dass individuelles Handeln durch einen gleichsam emotional ansteckenden „altruistischen Individualismus“ (Albert Camus)⁹ vergemeinschaftet werden könne (ebd.: 287), keineswegs aus, um das schwierigen Problem einer organisierenden Vermittlung der unterschiedlichen linken Bewegungen, Initiativen und Akteure praktisch lösen zu können.

6. Schlussbemerkung

Intellektuelle wie Badiou, Žižek, Holloway und Onfray liefern, so sehr sie sich untereinander auch im Einzelnen unterscheiden mögen, dem heutigen Diskurs der Linken eine Reihe diskussionswürdiger Anregungen. Aber ihre Positionen offenbaren auch gravierende Defizite. Sie liegen sowohl in der Widersprüchlichkeit ihrer epistemologischen und methodischen Voraussetzungen als auch in den Schwierigkeiten, das, was sie denken, mit politischen Perspektiven in Verbindung zu bringen, die sich an der empirischen Wirklichkeit bewähren können. Darin spiegelt sich ein spezifisches Dilemma ihrer Situation als kapitalismuskritische Intellektuelle unter den heutigen Bedingungen wider. Einerseits beanspruchen sie, die Welt des Kapitalismus radikal zu kritisieren, aber andererseits fehlt ihrer Kritik der entscheidende „link“ zu einer politischen Praxis, die an den konkreten Widersprüchen und krisenhaften Entwicklungen der modernen kapitalistischen und patriarchalen Gesellschaft anknüpft. Insofern sind die hier berücksichtigten Ver-

⁹ Onfray stützt sich auf hier auf Albert Camus „Der Mensch in der Revolte“ (Camus 1953), das bei seinem Erscheinen unter den französischen Intellektuellen zu heftigen Kontroversen führte.

treter eines postmodernen Linksradikalismus letztlich auch bloß Philosophen, die „die Welt nur unterschiedlich interpretieren“, zu ihrer praktischen Veränderung aber nur wenig beitragen können, obwohl gerade das ihr erklärtes Ziel ist.

Literatur

- Agamben, Giorgio, 2002: *Homo sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben*, Frankfurt am Main
- Badiou, Alain et al., 1970: *Contribution au problème de la construction d'un parti marxiste-léniniste de type nouveau*, Paris
- Badiou, Alain, 1985: *Peut-on penser politique?*, Paris
- Badiou, Alain, 2005: *Das Sein und das Ereignis*, Berlin
- Badiou, Alain/ Slavoj Žižek, 2005: *Philosophie und Aktualität. Ein Streitgespräch*, Wien
- Badiou, Alain, 2011: *Die kommunistische Hypothese*, Berlin
- Bock, Hans Manfred, 1969: *Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 – 1923*, Meisenheim am Glan
- Camus, Albert, 1953: *Der Mensch in der Revolte*, Reinbek bei Hamburg
- Deppe, Frank, 2012: „nämlich die Systemfrage stellen“, Marburg (unveröff. Text).
- Desai, Radhika, 2012: *Kleinbürgerphantasien*. In: *junge Welt*, Nr. 145, 25. Juni, S.10.
- Hardt, Michael/Antonio Negri, 2002: *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt/New York
- Heil, Reinhard, 2010: *Zur Aktualität von Slavoj Žižek. Einleitung in sein Werk*, Wiesbaden
- Hoffmann, Rainer, 1978: *„Kampf zweier Linien“*, Stuttgart
- Holloway, John, 2002: *Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen*, Münster
- Holloway, John, 2010: *Kapitalismus aufbrechen*, Münster
- Kamper, Dietmar/Willem van Reijen (Hrsg.), 1987: *Die unvollendete Vernunft: Moderne versus Postmoderne*, Frankfurt am Main
- Laclau, Ernesto/Chantal Mouffe, 1985: *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*, 3. Aufl., Wien
- Lenin, W.I., 1965: *Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus*: In: *ders.: Ausgewählte Werke*, Band III, Berlin (DDR), S.389 – 472.
- Marchart, Oliver, 2010: *Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben*, Berlin
- Marcuse, Herbert, 1967: *Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*, Neuwied und Berlin
- Marx, Karl, 1969: *Das Kapital. Erster Band*, Berlin (DDR)
- Negri, Antonio und Raf Valvola Scelsi, 2007: *Goodbye Mister Socialism*, Paris
- Onfray, Michel, 1993: *Philosophie der Ekstase*, Frankfurt/New York und Paris
- Onfray, Michel, 2001: *Der Rebell. Plädoyer für Widerstand und Lebenslust*, Stuttgart
- Salini, Laurent, 1968: *Mai des prolétaires*, Paris
- Welsch, Wolfgang (Hrsg.), 1994: *Wege aus der Moderne. Schlüsseltexte der Postmoderne-Diskussion*, 2. durchgesehene Aufl., Berlin
- Žižek, Slavoj, 2002: *Die Revolution steht bevor. Dreizehn Versuche über Lenin*, Frankfurt am Main
- Žižek, Slavoj, 2009a: *Auf verlorenem Posten*, Frankfurt am Main
- Žižek, Slavoj, 2009b: *Violence. Six Sideways Reflections*, London

Claudius Vellay

Entfremdung aus Sicht der Lukácsschen Ontologie Materialistische Ethik diesseits von Religion und Glaube (Teil I)

Der nachfolgende Artikel stellt sich die Aufgabe, einen groben Überblick über die Entfremdungskonzeption in der Lukácsschen *Ontologie des gesellschaftlichen Seins*¹ zu geben, mit besonderer Berücksichtigung der Religion als dem Archetyp aller vorwiegend ideologisch vermittelten Entfremdungserscheinungen. Dies kann umso weniger umfassend geschehen, da gleichzeitig die Gesamtanlage der Lukácsschen *Ontologie* als Erneuerungsprojekt des Marxismus vorgestellt werden soll, in welche sich das Lukácssche Verständnis der Phänomene Entfremdung, Religion und Glauben einordnet. Die Spezifik des Lukácsschen ontologischen Ansatzes wird dabei in Abgrenzung zu anderen Erneuerungsversuchen des Marxismus herausgestellt.

Projekt materialistische Ethik

Zu Anfang sei in Erinnerung gerufen, dass die *Ontologie des gesellschaftlichen Seins* von Lukács als Vorarbeit zu einer materialistischen Ethik konzipiert wurde, und er darin seinen wichtigsten Beitrag zur schon damals als unabdingbar eingeschätzten Erneuerung des Marxismus sah (vgl. Benseler, Jung 2005. 483). Eigentlich hatte Lukács im Anschluss an die so genannte „große“ *Ästhetik*² vorgehabt, eine materialistische Ethik zu entwerfen, d.h. eine Philosophie der menschlichen Werte und Normen auf materialistischer Grundlage. Es ist ein ambitioniertes Projekt, aus dem, was ist, bzw. genauer: aus dem, wie es geworden ist, dasjenige, was werden soll, ableiten zu wollen. Lukács wendet sich damit gegen Ansätze, ethisches Verhalten entweder mit Bezug auf eine transzendente (göttliche) Macht oder über einen subjektiv-intuitiven bzw. gefühlsmäßigen Zugang zu begründen. Dem stellt er sein Konzept entgegen, Ethik entwicklungs-geschichtlich als Produkt der menschlichen Selbsterschaffung aufzufassen. Auf dem Weg dorthin ist bei Lukács die *Ontologie des gesellschaftlichen Seins* entstanden, da er während der Ausarbeitung feststellte, dass eine materialistische Ethik eine ontologische Grundlegung erfordert (vgl. Benseler 1986. 731 f.).

Der Aufbau der *Ontologie*

Die sich in Anlehnung an Nicolai Hartmann kritisch, als „*Philosophia Ultima*“³, verstehende *Ontologie* von Lukács ist das Projekt einer umfassenden

¹ Als Bd 13 (*Lukács* 1984) einschließlich der *Prolegomena* und Bd 14 (*Lukács* 1986) der Lukács-Werkausgabe veröffentlicht.

² Als Bd 11 *Ästhetik 1*. Die Eigenart des Ästhetischen. 1. Halbband (*Lukács* 1963a) und Bd 12 *Ästhetik 2*. Die Eigenart des Ästhetischen. 2. Halbband (*Lukács* 1963b) der Lukács-Werkausgabe veröffentlicht.

³ „*Philosophia Ultima*“ meint hier, dass sie sich die Ergebnisse der Wissenschaften kritisch an-

Kategorienlehre, welche den Aufbau des Seins in drei Sphären erfasst: Anorganik, Organik und gesellschaftliches Sein (s. neben dem Kapitel zur Ontologie von Hartmann vor allem die *Prolegomena*, vgl. Lukács 1984. 8 ff. u. 421 ff.; zur Lukácsschen kritischen Rezeption von Hartmanns Ontologie vgl. Vellay 2012b). Selbst wenn sein eigentliches Projekt in der Ausarbeitung einer Gesellschaftsontologie mit Zielrichtung auf eine materialistische Ethik bestand, so stellte sich doch zumindest eine grobe Behandlung aller Seinssphären (einschließlich der Naturdialektik) als nötig heraus, allein schon für das Verständnis des Zusammenhangs (dies wird beispielsweise heute besonders deutlich an der Ökologiefrage) und insbesondere der entwicklungsgeschichtlichen Herleitung.⁴

Dabei beansprucht Lukács eigentlich „nur“ die Ausarbeitung der im Grunde genommen schon bei Marx implizit vorhandenen Ontologie, einschließlich der materialistischen Naturontologie, der geschichtlichen Verfasstheit und der Prozesshaftigkeit des Seins sowie der dialektischen Widersprüchlichkeit etc. (vgl. Lukács 1984. 566, s. auch: Lukács 1995. 32). Lukács will die Möglichkeiten und Bedingungen menschlichen Handelns allgemein bestimmen und, abgeleitet daraus, diejenigen der menschlichen Emanzipation aufzeigen.⁵

Marxismus wird hier nicht nur als (ökonomische) Kapitalismusanalyse verstanden, auch nicht nur als aus der Kritik der Religion zu schlussfolgernder kategorischer Imperativ, „*alle Verhältnisse umzuwerfen*, in denen der Mensch ein erniedrigtes, geknechtetes, verlassenes oder verächtliches Wesen ist“ (Marx 1839-1844. 385, Hervorhebung im Original), sondern als umfassende Weltanschauung, d.h. als ein geschichtsphilosophisches System der Welterklärung, welches das große Projekt des bürgerlichen Humanismus der Befreiung und Emanzipation der Menschheit auf eine materialistische Grundlage stellt.

Aufgrund dieses Anspruchs des geschichtsphilosophischen Systems, so urteilt der Pariser Philosoph Nicolas Tertulian (vgl. Tertulian 2006. 30–33; dt.: Tertulian 2008), wird das Alterswerk von Lukács weitgehend übergangen bzw.

eignet und dabei der auf das Sein gerichteten „*intentio recta*“ in der Linie „Alltag-Wissenschaft-Ontologie“ folgt (vgl. Lukács 1984. 425 u. 429), statt als klassische (idealistische) „*Philosophia Prima*“ dogmatisch postuliert zu werden. Davon unbeschadet versteht sich die kritische Ontologie von Lukács – wie diejenige von Hartmann – als grundlegende und insofern erste Philosophie, auf der beispielsweise die Ethik aufzubauen hat (vgl. Tertulian 2005b. 78).

⁴ Mit dem Verwerfen der Dialektik der Natur eigentlich nur das gesellschaftliche Sein als Sein anerkannt zu haben, bezeichnet Lukács als den „grundlegenden ontologischen Fehler“ seines wohl einflussreichsten Jugendwerks *Geschichte und Klassenbewußtsein* von 1923 (als Band 2 der Lukács-Werkausgabe im Jahr 1968 veröffentlicht, s. Lukács 1968a), da dadurch „jene Universalität des Marxismus vollkommen fehlt, die aus der anorganischen Natur die organische ableitet und aus der organischen Natur über die Arbeit die Gesellschaft“ (Vgl. Eörsi 2005. 112) Auf weitere folgenschwere Schwächen von *Geschichte und Klassenbewußtsein* wird im Folgenden noch zurückzukommen sein.

⁵ Einen knappen aber präzisen Überblick über das „Programm“ der Lukácsschen Ontologie findet sich in Benseler, Jung 2005. 483 ff., sowie etwas ausführlichere deutschsprachige Präsentationen in Tertulian 1986 und Hahn 2001. Darüber hinaus sei verwiesen auf die zahlreichen Beiträge in Dannemann, Jung 1995.

abgelehnt – so beispielsweise bei Vertretern der Frankfurter Schule, z.B. Habermas (vgl. Benseler 1986. 747) oder auch bei Lukács' ehemaligen, postmodern gewendeten Schülern Ferenc Fehér, Agnes Heller, György Márkus, Mihály Vajda (vgl. Fehér et al. 1986a u. Fehér et al. 1986b). Deren Kritik lässt sich dahingehend zusammenfassen, dass die Zeit der Utopien und „großen Erzählungen“ in der Tradition des Historischen Materialismus vorbei sei (vgl. Fehér 1994), ganz im Sinne des später von Fukuyama postulierten „Endes der Geschichte“ (Fukuyama 1992)⁶. Abgesehen davon, dass selbst der 1989 erfolgte Zusammenbruch des Projekts Sozialismus ja nicht das Ende von sozialen Kämpfen bedeutete, welches fortan den Kapitalismus als letztes Stadium der menschlichen Entwicklung bestimmt hätte⁷, abgesehen davon also hätte Lukács seinen Kritikern wohl geantwortet, dass die Aufgabe einer integrierten, rationalen Weltanschauung dem Irrationalismus bzw. der „unreinen Vernunft“ Tür und Tor öffne.

Die von Lukács initiierte „ontologische Wende“ im Marxismus (Benseler 1995) versucht insbesondere den Platz des Subjektiven und des Individuums zu rehabilitieren. Im ersten Band der *Ontologie des gesellschaftlichen Seins* widmet sich Lukács im Rahmen des Aufbaus seiner Kategorienlehre im Wesentlichen der Artikulation der Gesellschaftsontologie mit einer allgemeinen Naturontologie (ihre Schnittstelle bilden die jeweiligen Zentralkategorien Teleologie und Kausalität; s. insbesondere die Ausführungen in den *Prolegomena*, vgl. Lukács 1984. 7 ff.) und der philosophiegeschichtlichen Herleitung einer materialistischen Ontologie (in Abgrenzung zur erkenntnistheoretisch dominierten Philosophie mit der Notwendigkeit als Zentralkategorie und im Nachvollzug der Herausbildung der Ontologie von Hartmann und Hegel bis zu Marx, mit dem Sein als Zentralkategorie). Im zweiten Band geht der Argumentationsgang zu den „wichtigsten Problemkomplexen“, von der Arbeit „als Urphänomen, als Modell des gesellschaftlichen Seins“ (Lukács 1986. 10), über die Reproduktion, zur Ideologie und mündet schließlich – als „krönender Abschluß“ (Tertulian 2006. 30) – in das Entfremdungskapitel. Wobei nach Lukács die religiöse Entfremdung den Archetyp aller vorwiegend ideologisch vermittelten Entfremdungserscheinungen bildet (vgl. Lukács 1986. 605)⁸.

⁶ Allerdings bedurfte es nicht erst des Endes des realsozialistischen Experiments, damit die Apologeten der kapitalistischen Gesellschaft das „Ende der Geschichte“ verkündeten. Lukács selbst hat sich wiederholt mit solchen Positionen, insbesondere neopositivistischer Provenienz, auseinandergesetzt (vgl. beispielsweise Lukács 1986. 586).

⁷ Es sei an dieser Stelle daran erinnert, dass Lukács meinte, noch der schlechteste Sozialismus sei besser als der beste Kapitalismus (vgl. Lukács 1969, zitiert nach Eörsi 1981. 10 f.). Trotz aller Einschränkungen sah er den Sozialismus als historisch einen Schritt voraus an, weil in ihm die ökonomische Grundlage der Ausbeutung weitgehend abgeschafft war – womit jedoch nur sehr bedingt etwas ausgesagt ist über den Grad fortdauernder Entfremdung.

⁸ Mit der Untersuchung der Entfremdung und insbesondere der Religion als Entfremdungsphänomen setzt sich Lukács aus ontologischer Perspektive an mehreren Stellen sowohl in der *Ontologie* als auch in der *Ästhetik* auseinander (vgl. insbesondere Lukács 1963b. 675 ff. u. 775 ff., Lukács 1984. 193 ff. u. 398 ff. u. Lukács 1986. 501 ff.).

Drei Beispiele kontroverser Diskussion des Entfremdungsbegriffs

Allerdings ist der Entfremdungsbegriff keineswegs unumstritten in der marxistischen Diskussion, wovon im Nachfolgenden drei Theoriestränge lediglich benannt seien: *Erstens* die in der Tradition des theoretischen Anti-Humanismus und Anti-Historismus von Althusser⁹ stehende völlige Ablehnung des Entfremdungsbegriffs (vgl. Althusser, Balibar 1972. 158, eine Wiederaufnahme der strukturalistischen Ablehnung der Entfremdung findet sich in Heinrich 2006 und in abgeschwächter Form, wonach die Entfremdung ein undeutlicher Begriff sei, „dem man nicht trauen sollte“, im Kritischen Wörterbuch des Marxismus, vgl. Labica 1984. 300)¹⁰. *Zweitens* die Reduktion der

⁹ Lukács polemisiert selbst noch gegen die, auch ohne namentliche Nennung, unschwer auszumachenden Anhänger des Althusserischen Strukturalismus, welche „das Problem der Entfremdung für eine Spezialfrage des jungen (noch philosophischen) Marx halten, über die der reife ‚Ökonom‘ hinweggeschritten sei“ (Lukács 1986. 503). Beispielsweise zitiert er aus den Marxschen *Theorien über den Mehrwert* zur Höherentwicklung der Individualität und der Gattung Mensch unter Aufopferung von Individuen (vgl. Marx 1863. 111), welche in seinen Augen auch den vorgeblich „rein ökonomisch-wissenschaftlichen“ Marx als Theoretiker der Entfremdung ausweisen, die in der fortschreitenden Entwicklung der objektiven bei gleichzeitiger Vergewaltigung der subjektiven Seite bestehe (vgl. Lukács 1984. 193). Tertulian wagt gar die These, dass auf der Grundlage weiterer Bezüge (z.B. zur „Gattungsmäßigkeit für sich“ im *Kapital*) dem „epistemologischen Bruch“ des Althusserischen Marxismus ein gehöriger Schlag versetzt wird, von dem er sich schwerlich erholen werde (vgl. Tertulian 2006. 36 f.; für eine ausführliche Kritik der Reduktion des Entfremdungsbegriffs auf das Marxsche Frühwerk vgl. auch Sève 1974).

¹⁰ Bei Michael Heinrich stützt sich seine Wiederaufnahme der die Entfremdungsproblematik ablehnenden Theorie des konzeptionellen Bruchs bei Marx auf seine zentrale These, wonach (auch die Marxsche) Wesensphilosophie auf dem theoretischen Felde des „Individualismus“ der bürgerlichen Ökonomie verbleibe. Dem Paradigma des „Individualismus“ zufolge leiten sich die Gesellschaftsstrukturen aus dem inneren Wesen der Individuen ab (z.B. könnte eine Lesart sein, die Konkurrenzgesellschaft aus dem – jedem Menschen innewohnenden – Egoismus herzuleiten). Marx' Wesensphilosophie, so sie denn überhaupt noch beim reifen Marx aufscheine, bleibe nun – ambivalent – diesem „Individualismus“ verpflichtet, welchen er doch gerade angetreten sei, mittels seiner *Kritik der politischen Ökonomie* in einer Kuhn'schen wissenschaftlichen Revolution zu überwinden (vgl. Heinrich 2002. 31 ff.).

Aus Sicht von Lakatos versucht Heinrich mit seiner These der Ambivalenz der Marxschen Grundkategorien – legitimer Weise – den „harten Kern seines Forschungsprogramms“ mit starken Hilfhypothesen abzusichern (vgl. Lakatos 1982), während Popper ihm vermutlich vorgeworfen hätte, eine illegitime Immunisierungsstrategie für seine Theorie zu verfolgen (vgl. Popper, Hansen 1994). Heinrichs Ambivalenzthese zufolge wäre Marx auch nach seinem „revolutionären“ Bruch dem theoretischen Feld der (neo-)klassischen Ökonomie noch an vielen Stellen verbunden geblieben: Wenn sich also beim reifen Ökonomen Marx noch „Überbleibsel“ eines Entfremdungsdiskurses bzw. einer menschlichen Gattung(smäßigkeit) ausfindig machen lassen, so belegen (in dieser Theorieanlage) solche Beispiele angesichts der Marx'schen Inkonsequenz nur Heinrichs (vorausgesetzte) Ambivalenzthese, keinesfalls aber die von Lukács (und anderen) behauptete Kontinuität des Entfremdungstopos im Oeuvre von Marx. Wichtiger aber – und hier herrscht sicherlich Einigkeit mit Heinrich – als die Frage der korrekten Marx-Exegese, ist diejenige nach der angemessenen Gesellschaftsanalyse, wozu die *Ontologie des gesellschaftlichen Seins* von Lukács einen tiefgehenden und umfassenden Erklärungsansatz bietet. Weit entfernt vom „methodischen Individualismus“ des Mainstreams bürgerlicher Sozialwissenschaft – von deren zentralem Paradigma des „homo oeconomicus“ man

Entfremdungsphänomene auf vorsozialistische Verhältnisse in den Ländern des Realsozialismus¹¹, und *drittens* die Traditionslinie des „westlichen Marxismus“, welche in Lukács' einflussreichem Frühwerk *Geschichte und Klassenbewußtsein* (1923) eines ihrer Gründungsdokumente sieht¹². Gemeint sind insbesondere Vertreter der Frankfurter Schule, wie Habermas, oder des Existentialismus, wie beispielsweise Sartre (zur Rezeptionsgeschichte vgl. Tertulian 2005a u. Tertulian 2005b). Handelt es sich bei den ersten beiden Interpretationen des Entfremdungsbegriffs um eine Marginalisierung der Entfremdungsphänomene, so zeichnet sich letztere im Gegenteil durch ihre Überdimensionierung aus: Entfremdung wird zur ewigen ‚condition humaine‘ überhöht.

Der Entfremdungsbegriff: von Hegel zum jungen Lukács

Zwar hebt der reife Lukács die „ausschlaggebende Bedeutung“ seines Jugendwerks *Geschichte und Klassenbewußtsein* gerade in Bezug auf die Kategorie der Entfremdung hervor, welche „zum erstenmal seit Marx als Zentralfrage der revolutionären Kritik des Kapitalismus behandelt wird“ (vgl. Lukács 1968b. 24, s. auch Eörsi 2005. 112)¹³. In dieser Schrift bleibe jedoch das Ver-

sich etwa soviel Realitätsgehalt versprechen sollte wie vom christlichen Abendmahlmythos – leitet der reife Lukács weder die Gesellschaftsstrukturen allgemein noch die in wechselseitiger Bedingtheit sich historisch entwickelnden Kategorien wie Entfremdung, (sich entfaltende) Persönlichkeit und menschliche Gattungsmäßigkeit etc. aus der (gegebenen) inneren Verfasstheit der Individuen ab. Allerdings stellt sich die *Ontologie* die Aufgabe, eine materialistische Subjekttheorie zu entwickeln, welche das teleologische Handeln der menschlichen Individuen zum Zentralpunkt des (selbsterschaffenen) gesellschaftlichen Seins macht.

¹¹ Lukács wandte sich gegen die „stalinistische“ Haltung, der zufolge die bloße Einführung des Sozialismus die Entfremdungen überwinde (vgl. Lukács 1986. 551). So wurde im *Philosophischen Wörterbuch* der DDR die Entfremdung auf ein rein kapitalistisches Phänomen reduziert (vgl. Buhr et al. 1975. 326), deren Übertragung auf sozialistische Verhältnisse sie in eine „abstrakte, unhistorische Kategorie“ (Buhr et al. 1975. 330) verwandele. Der Begriff der Verdinglichung hingegen, bei Lukács eine zentrale Vermittlungskategorie der Entfremdung, wurde gar nicht erst aufgeführt.

¹² Insofern irrt Heinrich, wenn er meint feststellen zu können, dass vor der Veröffentlichung der *Ökonomisch-Philosophischen Manuskripte* in den 1930er Jahren „niemand auf die Idee [kam,] im Kapital nach einer Theorie des menschlichen Wesens und der Entfremdung zu suchen“ (vgl. Heinrich 2002. 34). Für Lukács als einem der, wenn nicht gar dem „Gründungsvater“ (1923) des nach-Marx'schen Entfremdungsdiskurses ist die Lektüre dieser *Manuskripte* in den 30ern dagegen der katalytische Ausgangspunkt seiner Hinwendung zur Ontologie (s. nachfolgend) und damit insbesondere zur materialistischen Fassung des Entfremdungskonzepts (vgl. Lukács 1968b. 38).

¹³ Tertulian nennt zusammenfassend in seiner Einleitung zur französischen Ausgabe von Lukács' Schrift *Dialectique et spontanéité* (2001) als weitere wichtige Leistungen des berühmten Jugendwerks, welche Lukács dauerhaft, wenn auch auf neuer ontologischer Basis, zu bewahren trachtete, u.a. den nachhaltigen Anti-Naturalismus bei der Interpretation des gesellschaftlichen Seins, die mächtige Wiederaufwertung der Hegelschen Dialektik, die ausgeprägte Geschichtlichkeit der Kategorien und die Irreduktibilität der Praxis (vgl. Tertulian 2001. 16 f.). Die lange Zeit in Archiven verschollene Schrift *Chvostismus und Dialektik* (1925), in welcher Lukács *Geschichte und Klassenbewußtsein* gegen die unmittelbaren Angriffe der 3. Internationale, insbesondere von Deborin und Rudas in der Zeitschrift Arbeiterliteratur, verteidigte, wurde zwar 1996 in Budapest veröffentlicht (eine engl. Übersetzung folgte im Jahr 2000), aber in Deutschland steht ihre vollständige Publikation noch aus. In Z 31 (September 1997) erschien der einleitende Abschnitt des ersten Teils dieser Studie (vgl. Lukács 1997) und im Lukács-

ständnis der Entfremdung „rein im Hegelschen Geist“ idealistisch, denn ihre „letzte philosophische Grundlage“ bilde „das im Geschichtsprozeß sich realisierende identische Subjekt-Objekt“ des Proletariats. Diese „rein metaphysische Konstruktion“ des identischen Subjekt-Objekts stelle ein „Überhegeln Hegels“ dar, welche „an kühner gedanklicher Erhebung über jede Wirklichkeit objektiv den Meister selbst zu übertreffen“ beabsichtige (vgl. Lukács 1968b. 25).

Bei Hegel ist der Entfremdungsprozess in der Entwicklungsgeschichte des menschlichen Geistes seine Entäußerung in der Vergegenständlichung sowie die Aufhebung der Entfremdung durch die Subjekt-Objekt-Identität in Religion (der Vorstellung) und Philosophie (dem Begriff) (vgl. Lukács 1986. 557). Beim jungen Lukács wurde daraus die Entfremdungsüberwindung durch die – fiktive, wie der späte Lukács zu Recht sagen wird – Subjekt-Objekt-Einheit in der Partei und der Revolution. Fiktiv deshalb, da es einerseits in der realen Welt – im Unterschied zur idealistischen Welt des absoluten Geistes bei Hegel – keine bzw. bestenfalls eine metaphorische Verschmelzung von Subjekt und Objekt geben kann, und andererseits eine mit Vergegenständlichung gleichgesetzte Entfremdung nicht aus der Welt zu schaffen ist – es sei denn, man schafft den Menschen selbst ab. Insbesondere dieser „fundamentale und grobe Irrtum“ der Gleichsetzung von Entfremdung mit Vergegenständlichung „habe sicherlich vieles zum Erfolg“ seines berühmten Jugendwerkes beigetragen (vgl. Lukács 1968b. 26), urteilte Lukács selbst in seinem weithin ignorierten Vorwort von 1967 zur lange verzögerten Neuauflage von *Geschichte und Klassenbewußtsein*.

Rückblickend wertet Lukács das Werk als Ausdruck seiner „Lehrjahre des Marxismus“ (vgl. Lukács 1968b. 11), in welchen er dem Idealismus verhaftet bleibe, da die Analyse ökonomisch-gesellschaftlicher Phänomene nicht in der Arbeit ihren Ausgangspunkt genommen hätte (vgl. Lukács 1968b. 21). Lukács' vollständige Hinwendung zum Materialismus vollzieht sich erst während seines Aufenthalts am Marx-Engels-Institut in Moskau Anfang der 30er Jahre unter dem „umwälzenden Eindruck“ – Lukács spricht gar von einem „Schock“ (Lukács 1968b. 38) –, welchen die wiederentdeckten und zu diesem Zeitpunkt gerade vollständig entzifferten Marxschen *Ökonomisch-philosophischen Manuskripte von 1844* (Marx 1837-1844) auf ihm ausgeübt hatten. Diese neue Marx-Lektüre ließ „alle idealistischen Vorurteile“ von *Geschichte und Klassenbewußtsein* zusammenbrechen (vgl. Lukács 1968b. 38) und begründete seine Hinwendung zur Ontologie, welche mehr als 30 Jahre später in sein philosophisches Hauptwerk, die *Ontologie des gesellschaftlichen Seins*, mündete.

Vergegenständlichung und Entfremdung

Vor allem die Marxsche Auffassung der „Gegenständlichkeit als primär materielle Eigenschaft aller Dinge und Beziehungen“ (Lukács 1968b. 38) und der Vergegenständlichung, des gegenständlichen Schaffens, als „natürliche ... Art

der menschlichen Bewältigung der Welt“ (Lukács 1968b. 38) erschütterten die theoretischen Fundamente von *Geschichte und Klassenbewußtsein*. Während Vergegenständlichung also untrennbar zum Menschen gehört und insofern tatsächlich als eine „ewige“ condition humaine angesehen werden kann, stellt die Entfremdung „eine spezielle Abart“ (Lukács 1968b. 38) dar, welche der reife Lukács (im Anschluß an Marx) als eine sowohl historisch auf einer bestimmten Entwicklungsstufe der Arbeitsteilung erst entstehende (vgl. Lukács 1986. 509) als auch für den Menschen prinzipiell überwindbare und an bestimmte sozio-historische Bedingungen geknüpfte Erscheinung analysiert.

In Anknüpfung an *Geschichte und Klassenbewußtsein* lässt sich hingegen bei Vertretern der Frankfurter Schule sowie bei Sartre und anderen Existentialisten eine Tendenz ausmachen, die Entfremdung als ewige Existenzbedingung des Menschen, als dunkle condition humaine, aufzufassen (vgl. Lukács 1968b. 26), welche (bestenfalls) einer fortwährenden Ideologiekritik zu unterziehen sei.¹⁴ Lukács sieht darin die Fortsetzung der schon von Marx kritisierten Haltung der Linkshegelianer der 1840er Jahre, der zufolge Einsicht, Durchschauen, Entlarven etc. in Bezug auf die Entfremdung gleichbedeutend mit ihrer Aufhebung seien, während es tatsächlich ihrer praktischen Überwindung bedürfe.¹⁵ Für Lukács erscheint die gleiche Haltung der „Suprematie des rein Theoretischen“ im 20. Jahrhundert in Begriffen wie „Geworfenheit, Entideologisierung, Provokation, Happening“ etc. (vgl. Lukács 1986. 563 f.).

In Abgrenzung zu solchen, den Oberflächensymptomen verhafteten Anschauungen beharrt Lukács auf der Kapitalismuskritik von Marx und seiner Perspektive der universellen Befreiung der Menschheit. Der Marxismus bietet nicht nur eine tiefgründige Analyse der gesellschaftlichen Ursachen von Ausbeutung und Unterdrückung, sondern setzt sich darüber hinaus das Ziel der

¹⁴ In ähnlichem Zusammenhang kritisiert Lukács auch die den Tod Gottes proklamierende Position Nietzsches und des Existentialismus im Anschluss an Heidegger als einen „zu nichts verpflichtenden(n) religiöse(n) Atheismus“ (Lukács 1986. 655) – welcher zwar ohne Gott auskomme, aber ansonsten Züge einer quasi-religiösen Vorbestimmtheit zu ewiger menschlicher Entfremdung trage.

¹⁵ Lukács weist die Reduktion von Entfremdung und Verdinglichung auf bloße Bewusstseinsphänomene bzw. lediglich unrichtiges Denken über den Menschen zurück (vgl. Lukács 1986. 642 f.). Auch diese Kategorien sind erst in zweiter Linie – richtige oder falsche – Bewusstseinspiegelungen, primär jedoch real seiende Prozesse. Ähnlich zeigt Heinrich, warum die Auffassung des Fetisch-Begriffs bei Marx als bloß falsches, verschleiernendes Bewusstsein der wirklichen Verhältnisse zu kurz greife (vgl. Heinrich 2004. 71 f.). Dass es Heinrich ebenfalls unter dem Bewusstseinsaspekt ablehnt, Ideologie mit „falschem Bewusstsein“ gleichzusetzen (vgl. Heinrich 2004. 71 f.), wie es beispielsweise von der Frankfurter Schule praktiziert wird, ist dagegen problematisch. Ohne hier in gebührender Ausführlichkeit darauf eingehen zu können, sei die grundsätzliche Position von Lukács zum Ideologiebegriff doch kurz benannt (vgl. Lukács 1986. 397 ff.): Zwar handele es sich bei Ideologien tatsächlich um Bewusstseinsphänomene; die lediglich abschätzigere Verwendung des Ideologiebegriffs als eine die Wirklichkeit verfälschende Auffassung verkürze jedoch die Marxsche Sichtweise, da grundsätzlich jede menschliche Äußerung ideologiefähig sei. Wie Lukács in Auseinandersetzung mit dem Ideologiebegriff von Gramsci zeigt, bestimmt sich der Ideologiecharakter nicht vom bloßen Inhalt eines beliebigen Gedankenkomplexes her, sondern von seiner Funktion in gegebenen sozialen Konflikten.

Überwindung der Entfremdung durch die allseitige Emanzipation der menschlichen Persönlichkeit: Der Kommunismus, verstanden als der Beginn der eigentlichen Menschheitsgeschichte, wird im *Kommunistischen Manifest* als eine Gesellschaft proklamiert, „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“ (Marx, Engels 1846-1848. 482).

Von der Religionskritik zur Kritik der entfremdenden Verhältnisse

Für Marx beginnt jede Kritik mit der Religionskritik und zwar nicht nur im Sinne eines Verständnisses von Religion als kurzschließende „Erklärung“ von Unverstandenem, wie Blitz, Tod usw. – dies ist die vorherrschende Richtung der materialistischen Tradition seit dem Altertum – sondern sie wird als Selbstverwirklichungsersatz kritisiert: Die Menschen flüchten sich in eine phantastische Form der Selbstverwirklichung, da die bestehenden Verhältnisse eine reale Selbstverwirklichung nicht zulassen (vgl. Marx 1839-1844. 378). Lukács zeigt auf, dass Marx über die Feuerbachsche Kritik, wonach der Mensch die Religion erschaffe und nicht umgekehrt Gott den Menschen, hinausgeht: Die Kritik der religiösen Entfremdung als „verkehrtes Weltbewußtsein“ müsse um die Kritik der verkehrten gesellschaftlichen Verhältnisse ergänzt werden. Die tatsächliche Selbstverwirklichung ist nur jenseits des Rahmens der kapitalistischen Moderne möglich. Deren ontologischer Bezugspunkt ist nicht der idealistische ‚citoyen‘, sondern der real gesellschaftliche ‚homme‘, der bürgerlich egoistische Mensch: der Andere, die Gesellschaft, das Gattungswesen stellt nicht eine Möglichkeit der Selbstverwirklichung dar, sondern ist Schranke, Hindernis und Konkurrent (vgl. Lukács 1986. 561).

Marx sieht in der a-geschichtlichen Haltung Feuerbachs (vgl. Marx, Engels 1845-1846. 45) einen wesentlichen Grund dafür, dass er die gesellschaftlichen Bedingungen der Überwindung der Entfremdung allgemein, ebenso wie der religiösen Entfremdung, nicht erkennen konnte. Für Marx wird letztlich nur die praktische Erfahrung des menschlichen Wesens im Kommunismus die theoretische Frage nach dem jenseitigen Wesen überflüssig machen. Wobei für ihn die Erkenntnis der Geschichte des Menschen als Selbsterschaffung durch Arbeit die theoretische Basis der Aufhebung der Religion darstellt. Marx hat daher auch nicht etwa die Religion zum Hauptfeind erklärt, welchen es mittels des anti-religiösen Kampfes aus der Welt zu schaffen gelte.¹⁶ Statt

¹⁶ Insofern ist dem evangelischen Theologen Meyer beizupflichten, dass die Marxsche Kritik der Religion nicht ihre „platte Abschaffung“ meine und man den in ihr ausgedrückten ‚Seufzer der bedrängten Kreatur‘ (Marx) nicht „wissenschaftlich weginterpretieren oder gar staatlich verbieten“ könne (vgl. Meyer 2007. 87 f.). Seiner eigenwilligen Interpretation jedoch, wonach die „materialistische Untersuchung“ von Marx „auch eine kritische Theologie“ sei (vgl. Meyer 2007. 89), lässt sich dagegen kaum zustimmen – nicht nur aufgrund der scheinbar den theologischen Ansatz belegenden, gelinde gesagt großzügigen Auslegung einer Fußnote im Marx-schen *Kapital*. Bei der ideologischen Auseinandersetzung zwischen (idealistischer) Religion und (materialistischem) Marxismus handelt sich eben nicht um eine nur „angebliche“, wie Meyer meint (vgl. Meyer 2007. 87), sondern um eine tatsächliche „Unvereinbarkeit im Welt-

sie zu überwinden, bleibe dieser bürgerliche Atheismus als letzte „Stufe des Theismus, der negativen Anerkennung Gottes“ (Marx, Engels 1844-1846. 116) noch im Dunstkreis der religiösen Entfremdung befangen.

Lukács' Entfremdungsbegriff

Lukács übernimmt von Marx die strikt historische Herangehensweise an alle Phänomene der Wirklichkeit. Er erinnert des Öfteren an den Ausspruch von Marx, dass es im Grunde nur eine Wissenschaft gäbe, nämlich diejenige der Geschichte (vgl. Marx, Engels 1845-1846. 18) und dass man ein Phänomen, zumal ein gesellschaftliches, nur verstehen könne, wenn und insofern man seine Genesis, also sein Gewordensein, begreife (vgl. beispielsweise Lukács 1984. 35 f. u. 562, s. auch Benseler, Jung 2005. 483).¹⁷ Diese historisierende Herangehensweise prägt ebenfalls seinen Entfremdungsbegriff. Der prozesshafte Charakter des gesellschaftlichen Seins tritt deutlich hervor, wenn er die Entfremdung u.a. als Widerspruch zwischen der Vervielfältigung der Eigenschaften sowie der Fähigkeiten und ihrer Zusammenführung in der synthetischen Einheit der Persönlichkeit beschreibt (vgl. Lukács 1986. 504 ff. u. 641 f.).¹⁸ Obwohl auch Lukács beispielsweise schon von Teamspezialisten spricht, „bei denen die raffiniert gezüchteten Spezialgeschicklichkeiten in höchstem Grad als persönlichkeitszerstörend wirken“ (Lukács 1986. 504), ist dieses Phänomen heute wohl noch häufiger zu beobachten als vor 40 Jahren. Während das Tempo der Fähigkeitsaneignung im Computerzeitalter, der Er-

anschaulichen“, bei der Lukács keinen Spielraum für Konvergenz sah (vgl. Lukács 1987. 26) – welche aber durchaus mit der von dem Befreiungstheologen Meyer geforderten „unbedingte(n) Solidarität“ (vgl. Meyer 2007. 87) zwischen Marxisten und fortschrittlichen Christen in den politischen Alltagskämpfen vereinbar ist (vgl. auch Lukács 1987. 41).

¹⁷ Die a-historische Herangehensweise verhindere dagegen ein wahrhaftes Verständnis des gesellschaftlichen, wie letztlich überhaupt jeden Seins, und rufe verdinglichende Vorstellungen bzw. – in der Marxschen Terminologie – Fetischisierungen hervor. Schon in *Geschichte und Klassenbewußtsein* sei allerdings Verdinglichung fälschlicherweise als Synonym für Entfremdung verwandt worden (vgl. Lukács 1968b. 27) – auch dies ein Irrtum von einiger Wirkmächtigkeit. Lange vor der Entstehung der Entfremdungsphänomene – gebunden an die geschichtliche Herausbildung der menschlichen Persönlichkeit (vgl. Lukács 1986. 639) –, gehören „unschuldige“ Verdinglichungen, wie beispielsweise in der sprachlichen Benennung, zur menschlichen Aneignungsform der Wirklichkeit, welche auch auf einem höheren menschlichen Entwicklungsniveau nicht notwendig in entfremdende Verdinglichungen münden (vgl. Lukács 1986. 579). Entgegen den ebenfalls stark durch Lukács' Jugendwerk beeinflussten tragisch-mystifizierenden Verdinglichungstheorien verortet der reife Lukács jedoch in der fixierenden, dinghaften Auffassung der tatsächlich universal prozesshaften Welt das Kernelement der Verdinglichung. Dieser schon im Alltagsbewusstsein (notwendig) vollzogenen Reduktion der Objekte auf ihre Erscheinungsebene der „erstarrenden Dinghaftigkeit“ setzt er den ontologischen Begriff der „prozessierenden Gegenständlichkeit“ alles Bestehenden entgegen (vgl. Lukács 1984. 89 ff. u. Lukács 1986. 576 ff.).

¹⁸ Lukács betont, dass die Entfremdung eine vielfältige, plurale gesellschaftliche Erscheinung sei, deren Momente in ein und demselben Menschen relativ selbstständig nebeneinander existieren, ja sogar im Konflikt miteinander stehen können. Er nennt beispielsweise den in der Arbeiterbewegung häufig zu beobachtenden Fall, dass (männliche) Arbeiter ihre Entfremdung als solche bekämpfen, gleichzeitig ihre Frauen tyrannisch entfremden und sich damit zusätzlich auch einer Selbstentfremdung aussetzen (vgl. Lukács 1986. 528 f.).

wartung der technischen Beherrschung seiner Umwelt an jeden Einzelnen¹⁹, extrem zunimmt, stagniert gleichzeitig – bestenfalls – das Niveau der ethischen Sinngebung verbunden mit entsprechenden gesellschaftspolitischen Perspektiven.

Es ist die strikt historisch-dynamische Dimension des Entfremdungsbegriffs von Lukács, welche den Standardeinwand gegen die Entfremdung, verstanden als Abweichung von einem immer schon vorausgesetzten, metaphysischen Wesen unveränderlicher Substanz (vgl. Jaeggi 2004), ins Leere laufen lässt. Referenzpunkt eines solchen Entfremdungsverständnisses wäre eine dem (einzelnen) Menschen innewohnende Natur bzw. ein festes Menschenbild.²⁰ Eine solche Vorstellung eines festen Menschbildes hätte Lukács wohl eindeutig als Verdinglichung, als einen die eigentlich dynamische Entwicklung des gesellschaftlichen Menschen erstarrenden Fetischismus zurückgewiesen, ebenso wie die isolierende Betrachtung des Individuums. In seiner (umfassenden) Kategorienlehre behandelt er weder Sein und Werden noch Gattung und Exemplar als logische Gegensatzpaare, sondern als gedankliche Ausdrücke von real koexistierenden universellen Seinsbestimmungen (vgl. Lukács 1984. 40 f.).

Bei ihm sind daher auch die Entfremdungsphänomene ebenso wie die men-

¹⁹ Die gängige Modernisierungskritik stellt dagegen, oft treffend die Schattenseiten moderner Gesellschaft ausleuchtend, eher auf die technisch-sachliche Fremdbestimmung und Entfremdung des Menschen ab, im Sinne einer Entkopplung von System und Lebenswelt, welche das Unbehagen in der Moderne hervorruft (vgl. Vellay 2012a). Dieses aus *Geschichte und Klassenbewußtsein* abgeleitete Entfremdungs- und Verdinglichungsverständnis (vgl. Dannemann 1997. 108 ff.) prägt nicht nur die Tradition der Frankfurter Schule (Habermas 1981) bis heute (Honneth 2005 u. Jaeggi 2005), sondern ist auch weit darüber hinaus zum einen in der Wissenschaft anzutreffen, beispielsweise bei Richard Sennett (Sennett 1998), dessen intellektueller Werdegang ebenfalls von der Auseinandersetzung mit Lukács geprägt ist (vgl. Sennett 1982), und zum andern in Literatur und Film, beispielsweise im Roman *Der Wert des Menschen* (Emmanuel 2000), welcher 2007 von Nicolas Klotz unter dem Titel *La Question humaine* verfilmt wurde. Allerdings führen diese sich auf den jungen Lukács stützenden „Traditionsstränge kritischer Theorie, die Modernisierungsprozesse ökonomischer und nichtökonomischer Art als Rationalitätszuwachs und Passionsgeschichte beschreiben“ (Dannemann 1997. 110), auch die Schwächen seines Jugendwerks fort, insbesondere die schon 1923 fehlende Unterscheidung von Vergegenständlichung und Entfremdung. Sie legen daher den Akzent auf die Fremdbestimmung des Menschen durch die „von der instrumentellen Vernunft“ geschaffenen Strukturen. Hinter einer oft (an Rousseau anknüpfenden) romantisierenden und technikzentrierten Modernitätskritik gerät die entscheidende Dimension des Entfremdungsbegriffs als kapitalismuskritisches Topos aus dem Blick und wird – bestenfalls – bis zur Unkenntlichkeit in den Hintergrund gedrängt.

²⁰ Die Vorstellung einer „menschlichen Natur“ und aus ihr abgeleiteter „menschlicher Grundbedürfnisse“ als notwendigem Referenzpunkt für die Erneuerung des marxistischen Entfremdungskonzepts reklamieren derzeit ausdrücklich einige Autoren der Zeitschrift *Actuel Marx* in Frankreich, wie Yvon Quiniou und Tony Andréani (vgl. Quiniou 2006. 79 ff.). Bei Quiniou geht dieses Element einer – voluntaristisch gesetzten – „marxistischen“ Ethik einher mit dem Versuch einer biologistischen Herleitung menschlicher Werte und Moralvorstellungen. Damit meint er, unter Bezugnahme auf Darwin, die Vereinbarkeit von Materialismus und Moral sicherzustellen (vgl. Quiniou 2002). Aus der Sicht von Lukács verfehlt er damit ein wesentliches Merkmal des spezifisch Neuen am gesellschaftlichen Sein. Dagegen analysiert Lukács in seiner *Ontologie* – sich von mechanisch-materialistischen ebenso wie idealistischen Vorstellungen abgrenzend – die Entstehung von Werten (bis hin zu Moral und Ethik) als einen auf der Arbeit basierenden gesellschaftlichen Prozess der menschlichen Selbsterschaffung (vgl. u.a. Eörsi 2005. 196).

schliche Gattungsmäßigkeit und Persönlichkeit gleichermaßen Produkte der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft, die sich mit dieser ständig fortentwickeln. Er lehnt dabei einerseits einen naiv-mechanischen Fortschrittsbegriff ab, welcher die technische Weiterentwicklung der Produktivkräfte als alleinigen Maßstab des Fortschritts vergöttert und dabei die unaufhebbaren, natürlichen Grundlagen des Menschen aus den Augen verliert und zu zerstören droht.²¹ Desgleichen argumentiert er andererseits gegen eine romantische Verklärung früherer, vermeintlich goldener Zustände, wobei er bei deren Vertretern vielfach eine durchaus hellsichtige und beißende Kritik der modernen Entfremdungsphänomene ausmacht (vgl. Lukács 1986. 586 f.).

So ist mit der fortschreitenden gesellschaftlichen Entwicklung ein durchaus steigender Grad der Entfremdung vereinbar, insbesondere in der Form der relativ neuzeitigen Selbstentfremdung (vgl. Lukács 1984. 194): Denken wir nur an das Phänomen weitgehend intrinsischer Motivation und Selbststeuerung im Arbeitsprozess, von Ingenieuren etwa, mittels derer ein höheres Ausbeutungsniveau angestrebt wird. Der höhere Ausbeutungsgrad ist tatsächlich der ökonomische Ausdruck einer gesteigerten Selbstentfremdung. Diese funktioniert dabei umso reibungsloser, je überzeugter der betroffene Ingenieur daran glaubt, seine selbstgesteuerte Produktivitätssteigerung diene eigentlich seiner individuellen Selbstverwirklichung.²² Von neoliberalen Herrschaftsideologen wie Richard Florida werden entsprechende Schichten zur neuen, angeblich hegemonialen „kreativen Klasse“ stilisiert (vgl. Florida 2006). Die Steigerung des Grades der Selbstentfremdung im oberen Segment der Lohnabhängigen geht dabei einher mit der Ausbreitung von zum Teil überwunden geglaubten primitiven Entfremdungsformen im unteren Segment prekarisierter Lohnarbeit (vgl. Altwater, Mahnkopf 2002. 81 ff.). Die beiden gegenläufigen Entwicklungen, welche im Übrigen ein gegenwärtiges Beispiel für die Lukácssche These von der Ungleichmäßigkeit als typische Form sozial-historischer Prozesse (vgl. Lukács 1984. 178) darstellen, dienen dabei letztlich der Steigerung des Ausbeutungsgrades.

Notwendigkeit existiert nur bedingt, niemals absolut

Lukács' Fortschrittskonzeption ist auf die mögliche Entfaltung der *individuellen* Persönlichkeit als Horizont der *gesellschaftlichen* Entwicklung ausgerich-

²¹ So lässt sich der rücksichtslose Raubbau an den natürlichen Lebensgrundlagen, welcher unter dem Primat der Handlungsmaxime „Augen zu und durch zum ... global warming“ zu stehen scheint, durchaus auch als Topos der Lukácsschen Entfremdungstheorie interpretieren. Allerdings hätte Lukács vermutlich die spezifische Prägung der ökologischen Frage durch die kapitalistische Profitmaximierung hervorgehoben.

²² Wenn auch subjektive Bewusstseinsprozesse eine wichtige Rolle in den Entfremdungserscheinungen spielen, insbesondere bei den Versuchen ihrer Überwindung, so können die Entfremdungsphänomene doch keineswegs auf das subjektive Empfinden allein reduziert werden, ja Phänomene und Empfindung stehen sogar oft in einem konträren Verhältnis zueinander: die objektiven Lebenssituationen eines Sklaven, Prostituierten, Proletariers, Ingenieurs oder auch Kapitalisten beispielsweise geben noch keine unmittelbare Auskunft über das subjektive Erleben der jeweiligen sozialen Stellung, wohl aber entsprechen ihnen jeweils spezifische, historisch geprägte Entfremdungsverhältnisse.

tet. Allerdings dürfe man die historische Tendenz zur Höherentwicklung des menschlichen Wesens nicht mit einer irgendwie gearteten Garantie oder gar absolut innewohnenden Notwendigkeit verwechseln. Für Lukács ist der mechanische Materialismus der absoluten Notwendigkeit in der Stalin-Periode – ebenso wie derjenige der zweiten Internationale – selbst eine erstarrende Verdinglichung des Marxismus, welche eine wesentliche Ursache für seinen (vorläufigen) Niedergang bilde (vgl. Lukács 1986. 548). Bei Marx habe es überhaupt keine absolute Notwendigkeit gegeben, sondern nur eine bedingte Wenn-Dann-Notwendigkeit (zur ontologischen Entwicklung dieser Kategorie vgl. Lukács 1984. 103 f. u. 151 ff.), und immer nur das Denken in möglichen Alternativen. Lukács erinnert in diesem Zusammenhang (vgl. Lukács 1984. 179) an die Stelle im *Kommunistischen Manifest*, nach der im Klassenkampf die unterdrückte Klasse letztlich siegreich sein könne – es sei denn, der Kampf ende mit dem Untergang beider Klassen (vgl. Marx, Engels 1846-1848. 463). So gibt es für Lukács letztlich eine Zukunft für die Menschheit zwar nur in einer kommunistischen Gesellschaft, aber diese mögliche Entwicklungsperspektive beinhalte keinen Automatismus, keine den Erfolg dieser Entwicklung absolut garantierende Macht.²³ In diesem Sinne wandte sich Lukács schon lange vor 1989 gegen die gebetsmühlenartig vorgetragene Formel vom „unumkehrbaren Sieg des Sozialismus“. Eine aufgeklärte ontologische Analyse der Wirklichkeit kann Lukács zufolge grundsätzlich nur bedingte Gesetzmäßigkeiten feststellen, absolute Notwendigkeiten gehören für ihn einer verdinglichenden Sichtweise an.²⁴

²³ Diese Ablehnung der Auffassungen von absoluter Notwendigkeit und der einheitlichen und direkt gradlinigen Fortschrittlichkeit ist ein Korrelat der Ablehnung jeglicher Geschichtsteologie und der ihren Verlauf garantierenden, transzendenten Mächte. Obschon die gesellschaftliche Entwicklung eine Vielzahl von teleologischen Einzelakten der Individuen zur Grundlage hat, gibt es nur einen „ausschließlich kausalen Ablauf eines jeden historischen Geschehens, das in seiner Ganzheit nichts Teleologisches kennt“ (Lukács 1984. 189).

²⁴ Eines der Grundmotive in der *Ontologie* von Lukács ist die Ablehnung der metaphysischen Antinomie von Freiheit und Notwendigkeit im menschlichen Handeln (vgl. Lukács 1984. 328), wie sie sowohl im Idealismus als auch im mechanischen Materialismus anzutreffen ist. Im Rahmen der Entwicklung seiner universellen Kategorienlehre, darunter der Modalkategorien, widmet er sich wiederholt ausführlich der Notwendigkeit (insbesondere da sie die – verabsolutierte – Zentralkategorie sowohl der religiösen Ontologien als auch der erkenntnistheoretisch bestimmten idealistischen Philosophie bis hin zum mechanischen Materialismus im „Vulgärmarxismus“ ist) und begründet sowohl für die Natur als auch verstärkt für die Gesellschaft die Konzeption einer Wenn-Dann-Notwendigkeit (vgl. dazu Lukács 1984, insbesondere in den *Prolegomena*: 74 f., 98 f., 103 f. u. 151 ff., sowie zur Rolle des Zufalls: 145 ff., aber auch im Hartman-Kapitel: 462 ff.). So ist beispielsweise der menschliche Zivilisationsprozess (Zurückweichen der Naturschranke in der Entwicklung der menschlichen Gattungsmäßigkeit) durch die universelle Entfaltung des Zufallsmoments im gesellschaftlichen Sein geprägt (vgl. Lukács 1984. 157). Die Herausarbeitung des widersprüchlichen Wechselspiels zwischen der ökonomischen Determiniertheit „bei Strafe des Untergangs“, welche nie völlig eindeutig und absolut „notwendig“, sondern immer nur bedingt ist, und den beständigen, unausweichlichen Alternativenentscheidungen der Individuen in der menschlichen Praxis bildet eine der wesentlichen Stärken der Lukácsschen *Ontologie* (vgl. beispielsweise Lukács 1986. 512f. sowie in Kritik der dualistischen Lesart des Marxismus Lukács 1986. 298 f.).

Literaturverzeichnis

- Louis Althusser, Étienne Balibar (1972): *Das Kapital lesen*. Aus d. Franz. v. Klaus-Dieter Thiem. 2 Bände. Reinbek bei Hamburg.
- Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf (2002): *Globalisierung der Unsicherheit. Arbeit im Schatten, schmutziges Geld und informelle Politik*. Münster.
- Frank Benseler (1986): *Nachwort des Herausgebers*. – In: Georg Lukács: *Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins*. 2. Halbband. *Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins*. Zweiter Teil. Hrsg. v. Frank Benseler. Darmstadt, Neuwied (Werke 14). 731–753.
- Ders. (1995): *Der späte Lukács und die subjektive Wende im Marxismus*. Zur ‚Ontologie des gesellschaftlichen Seins‘. – In: Rüdiger Dannemann, Werner Jung (Hrsg.): *Objektive Möglichkeit. Beiträge zu Georg Lukács‘ ‚Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins‘*. Frank Benseler zum 65. Geburtstag. Opladen. 127–146.
- Ders., Werner Jung (2005): *Nachwort. Von der Utopie zur Ontologie – Kontinuität im Wandel: Georg Lukács*. In: Georg Lukács: *Autobiographische Texte und Gespräche*. Hrsg. v. Frank Benseler und Werner Jung. Bielefeld (Werke 18). 471–487.
- Manfred Buhr, Georg Klaus (Hrsg.) (1975): *Philosophisches Wörterbuch*. 11. Aufl. 2 Bände. Leipzig.
- Rüdiger Dannemann (1997): *Georg Lukács zur Einführung*. Hamburg.
- Ders., Werner Jung (Hrsg.) (1995): *Objektive Möglichkeit. Beiträge zu Georg Lukács‘ ‚Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins‘*. Frank Benseler zum 65. Geburtstag. Opladen.
- François Emmanuel (2000): *Der Wert des Menschen*. Roman. Übersetzt von Leopold Federmair. München.
- István Eörsi (1981): *Das Recht des letzten Wortes. Einführung*. In: Georg Lukács: *Gelebtes Denken. Eine Autobiographie im Dialog (1971)*. Red.: István Eörsi; Aus dem Ungarischen von Hans-Henning Paetzke. Hrsg. v. István Eörsi. Frankfurt. 7–34.
- Ders. (2005): *Gelebtes Denken. G. Lukács im Gespräch über sein Leben. [1969-71]*. In: Georg Lukács: *Autobiographische Texte und Gespräche*. Hrsg. v. Frank Benseler und Werner Jung. Bielefeld (Werke 18). 49–223.
- Ferenc Fehér (1994): *Lehrmeister Lukács. Anfang und Ende des ‚grossen Narrativs‘*. – In: *Frankfurter Rundschau*. Ausgabe 289 vom 13.12.1994.
- Ders., Agnes Heller, György Márkus, Mihály Vajda (1986a): *Aufzeichnungen für Genossen Lukács zur ‚Ontologie‘ (1968-1969)*. In: Rüdiger Dannemann (Hrsg.): *Georg Lukács – Jenseits der Polemiken*. Frankfurt a.M. 232–253.
- Ders., Agnes Heller, György Márkus, Mihály Vajda (1986b): *Einführung zu den ‚Aufzeichnungen für Genossen Lukács zur Ontologie‘*. In: Rüdiger Dannemann (Hrsg.): *Georg Lukács – Jenseits der Polemiken*. Frankfurt a.M. 209–231.
- Richard Florida (2006): *The rise of the creative class. And how it's transforming work, leisure, community and everyday life*. [Nachdr.]. New York, NY.
- Francis Fukuyama (1992): *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?* München.
- Jürgen Habermas (1981): *Theorie des kommunikativen Handelns*. 2 Bde. Frankfurt a.M.
- Erich Hahn (2001): *Georg Lukács – eine marxistische Ontologie*. In: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, Jg. 12, H. 48, 112-127.
- Michael Heinrich (2002): *Weltanschauungsmarxismus oder Kritik der politischen Ökonomie. Replik auf Martin Birkner, Der schmale Grat (grundrisse 1/2002)*. In: *grundrisse*, H. 3, 27–39.
- Ders. (2004): *Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung*. Stuttgart.
- Ders. (2006): *Die Wissenschaft vom Wert. Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition*. 4., korr. Aufl. Münster.
- Axel Honneth (2005): *Verdinglichung. Eine anerkennungstheoretische Studie*. Frankfurt a.M.
- Rahel Jaeggi (2004): *Unschärf am Rand. Entfremdung*. In: *Freitag* vom 20.02.2004.

- Dies. (2005): Entfremdung. Zur Aktualität eines sozialphilosophischen Problems. Frankfurt (Frankfurter Beiträge zur Soziologie und Sozialphilosophie 8).
- Georges Labica (1984): Entfremdung. In: Georges Labica, Gérard Bensussan (Hrsg.): Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Cäsarismus bis Funktionär. Hrsg. d. dt. Fassung Wolfgang Fritz Haug. Hamburg, 300.
- Imre Lakatos (1982): Die Methodologie der wissenschaftlichen Forschungsprogramme. Braunschweig (Philosophische Schriften/Imre Lakatos, 1).
- Georg Lukács (1963a): Werke. Bd. 11: Ästhetik 1. Die Eigenart des Ästhetischen. 1. Halbband. Hrsg. v. Frank Benseler. Berlin, Neuwied.
- Ders. (1963b): Werke. Bd. 12: Ästhetik 2. Die Eigenart des Ästhetischen. 2. Halbband. Hrsg. v. Frank Benseler. Berlin, Neuwied.
- Ders. (1968a): Werke. Bd. 2: Frühschriften II. Geschichte und Klassenbewußtsein. Hrsg. v. Frank Benseler. Berlin, Neuwied.
- Ders. (1968b): Vorwort (1967). In: Werke Bd. 2: Frühschriften II. Geschichte und Klassenbewußtsein. Hrsg. v. Frank Benseler. Berlin, Neuwied. 11–41.
- Ders. (1984): Werke. Bd. 13: Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins. 1. Halbband: Prolegomena & Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins. Erster Teil. Hrsg. v. Frank Benseler. Darmstadt, Neuwied.
- Ders. (1986): Werke. Bd. 14: Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins. 2. Halbband: Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins. Zweiter Teil. Hrsg. v. Frank Benseler. Darmstadt, Neuwied.
- Ders. (1995): Die ontologischen Grundlagen des menschlichen Denkens und Handelns. – In: Dannemann, Jung 1995. 31–47.
- Ders. (1996): Chvostismus und Dialektik (1925). Ausgabe der Zeitschrift Magyar Filozófiai Szemle. Mit einem Geleitwort und Anmerkungen von László Illés. Budapest.
- Ders. (1997): Probleme des Klassenbewußtseins. In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Jg. 8, H. 31, 121–135.
- Ders. (1999): Chvostismus und Dialektik (1925/26). In: Frank Benseler, Werner Jung (Hrsg.): Lukács 1998/99. Jahrbuch der Internationalen Georg-Lukács-Gesellschaft. Jg. 3, 119–159.
- Ders. (2001): Dialectique et spontanéité. En défense de Histoire et conscience de classe. Traduction de l'allemand par Pierre Rusch. Paris.
- József Lukács (1987): Die Probleme von Religion und Irrationalität im Schaffen von Georg Lukács. In: Manfred Buhr, József Lukács (Hrsg.): Geschichtlichkeit und Aktualität. Beiträge zum Werk und Wirken von Georg Lukács. Berlin. 26–46.
- Karl Marx (1839-1844): Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung. [1844]. – In: Marx-Engels-Werke (1956 ff.). Berlin. Bd. 1. 378–391.
- Ders. (1863): Theorien über den Mehrwert. In: Marx-Engels-Werke. (1956 ff.). Berlin. Bd. 26, 2.
- Karl Marx, Friedrich Engels (1844-1846): Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik. Gegen Bruno Bauer & Consorten. In: Marx-Engels-Werke (1956 ff.). Berlin. Bd. 2. 3–223.
- Dies. (1845-1846): Die deutsche Ideologie. In: Marx-Engels-Werke. (1956 ff.). Berlin. Bd. 3. 11–530.
- Dies. (1846-1848): Manifest der Kommunistischen Partei. In: Marx-Engels-Werke (1956 ff.). Bd. 4. 459–493.
- Otto Meyer (2007): Theologie der Befreiung. Etikettenschwindel oder Schritte zur Emanzipation. In: Marxistische Blätter, Jg. 45, H. 6, 84–93.
- Karl R. Popper, Troels E. Hansen (1994): Die beiden Grundprobleme der Erkenntnistheorie. 2., verb. Aufl. Tübingen (Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften 18).
- Yvon Quiniou (2002): Études matérialistes sur la morale. Nietzsche, Darwin, Marx, Habermas. Paris.

- Ders. (2006): Pour une actualisation du concept d'aliénation. In: *Actuel Marx* (Nanterre), H. 39 (Nouvelles aliénations), 71–88.
- Richard Sennett (1998): *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*. Berlin.
- Ders. (1982): *The frog who dared to croak*. London.
- Lucien Sève (1974): *Analyses marxistes de l'aliénation: Religion et économie politique*. – In: *Centre d'études et de recherches marxistes* (Hrsg.): *Philosophie et religion. Cycle de conférences, [1972-1973]: avec la participation d'Olivier Bloch, Guy Besse, Jacques Milhau... [et al.]*. Paris. 203–254.
- Nicolas Tertulian (1986): *Die Ontologie Georg Lukács'*. In: Rüdiger Dannemann (Hrsg.): *Georg Lukács. Jenseits der Polemiken*. Frankfurt a.M. 159–180.
- Ders. (2001): *Avatars de la philosophie marxiste. À propos d'un texte inédit de György Lukács*. In: *Georg Lukács: Dialectique et spontanéité. En défense de Histoire et conscience de classe*. Traduction de l'allemand par Pierre Rusch. Paris. 7–25.
- Ders. (2005a): *De l'intelligibilité de l'histoire*. – In: Vincent Charbonnier, Eustache Kouvélakis (Hrsg.): *Sartre, Lukács, Althusser : des marxistes en philosophie*. Paris (*Actuel Marx Confrontation*). 63–77.
- Ders. (2005b): *Lukács – Adorno. Polemiken und Missverständnisse*. Übersetzt von Claudius Vellay. In: Frank Benseler, Werner Jung (Hrsg.): *Lukács 2005. Jahrbuch der Internationalen Georg-Lukács-Gesellschaft*, Jg. 9, 69–92.
- Ders. (2006): *Aliénation et désaliénation. Une confrontation Lukács-Heidegger*. In: *Actuel Marx* (Nanterre), H. 39 (Nouvelles aliénations), 29–53.
- Ders. (2008): *Entfremdung und ihre Überwindung: eine Konfrontation Lukács - Heidegger*. Übersetzt von Claudius Vellay. In: *Marx-Engels-Stiftung* (Hrsg.): *Konturen eines zukunfts-fähigen Marxismus*. Köln.
- Claudius Vellay (2012a): *Sozialontologie oder Kommunikationstheorie? Die Konzepte von Jürgen Habermas und Georg Lukács zur Grundlegung des Historischen Materialismus*. In: *junge Welt vom 11.04.2012* (Beilage: marxismus kontrovers), 9–10.
- Ders. (2012b): *Von Hartmann über Harich zu Lukács. Einige Besonderheiten der ontologischen Wende im Marxismus*. In: Heike Friauf, Andreas Heyer (Hrsg.): *Politische Utopie oder philosophische Tradition? Marxismus nach Wolfgang Harich*. Berlin. (upcoming)

Ein Votum für die Monopoltheorie*

Den Hintergrund der zunehmenden Beschäftigung mit Marx in der Gegenwart bildet die aktuelle Situation des Kapitalismus. Wir erleben seit 2007 die seit Jahrzehnten schwerste und anhaltende Weltwirtschaftskrise mit einem riesigen Finanzdebakel – Ausdruck der Systemkrise des Kapitalismus. Und wir erleben mit neuen Kräftekonstellationen in der Welt zunehmende internationale Spannungen und kriegerische Auseinandersetzungen sowie neue, die gesamte Menschheit bedrohende Probleme wie Armut, Hunger, Klimawandel. Für viele Menschen ist diese Situation nicht fassbar oder erklärbar.

Wenn man daher die heutigen Verhältnisse grundsätzlich verstehen will, ist die Beschäftigung mit Marxens Ideen und Theorien, vor allem die Kenntnis seiner historisch-dialektischen Methode, nach wie vor von zentraler Bedeutung. Und nicht nur das. Die marxistische Analyse des Kapitalismus in seinen innergesellschaftlichen und internationalen Dimensionen hatte über Jahrzehnte Tradition, wenn auch mit Defiziten und Verengungen behaftet. Aber die Zeit ist reif, sie wieder produktiv zu machen und zu fragen, was von den früheren Erkenntnissen noch Bestand hat und weiterentwickelt werden sollte.

Für Uwe-Jens Heuer war die *Organisierung* einer marxistisch orientierten Theoriebildung immer ein wichtiges Anliegen. In seinem Sinne sollten wir uns deshalb auch den neuen Realitäten zuwenden.

Zur Frage „Wie sollte der Marxismus erneuert werden?“

Ein greifendes gesellschaftstheoretisches Verständnis setzt eine fundierte Analyse der gegebenen kapitalistischen Welt voraus. Sie hat sehr verschiedene Bereiche zu bedienen. Thomas Metscher ist auf der Veranstaltung „Marxismus kontrovers“ im April dieses Jahres aus philosophischer Sicht auf den „Marxismus als Denken des Gesamtzusammenhangs“ eingegangen. Für die heutige Zeit geht er von einem *weltgesellschaftlichen Charakter als konstitutiven Bestandteil des Imperialismus* aus und charakterisiert den „heute nicht unumstrittenen“ Begriff des Imperialismus als Phase einer bestimmten gesellschaftlichen Formation.¹ Mir scheint dieser Ansatz des „Denkens des Gesamtzusammenhangs“ für die Erneuerung der marxistischen Theorie die richtige methodologische Vorgehensweise zu sein. Allerdings würde ich aus *politökonomischer* Sicht eher Georg Fülberth folgen, der den Ansatz für eine Erneuerung des Marxismus in einer konsequenten Weiterführung der marxischen Akkumulationstheorie sieht. Und das ist möglich, wenn man sich dabei auf

* Vortrag zum Thema „Marxistische Erneuerung – aber wie?“ auf einer Veranstaltung des „Marxistischen Forums“ und des „Geraer Sozialistischen Dialogs“ (5. Mai 2012) im Gedenken an Uwe-Jens Heuer.

¹ Vgl. junge Welt v. 11.04.2012.

deren Fortsetzung, die *marxistische Monopoltheorie*, als eine tragende Teiltheorie stützt und diese weiterentwickelt. Gerade sie kann wesentliche Komponenten des heutigen kapitalistischen Entwicklungsstadiums in seiner Gesamtheit national und international erfassen und auch längerfristige Tendenzen mit ihren Wirkungen sichtbar machen.

Bekanntlich führt die historische Linie der Kapitalakkumulation bei Marx von der ursprünglichen Akkumulation über den permanenten Prozess der Akkumulation als Konzentration und Zentralisation von Produktion und Kapital bis zum Entstehen von mächtigen Monopolen. Lenin prägte den Begriff des „ökonomischen Monopols als Kern der ganzen Sache“. Daran ist auch heute anzuknüpfen. Das Monopol ist nach wie vor ein entscheidendes konstituierendes Element der gesellschaftlichen Zusammenhänge in der kapitalistischen Gegenwart. Ohne diese Kategorie ist auch der so genannte „*neue Imperialismus*“ theoretisch nicht zu erfassen; denn es geht mit der Expansion der Monopole um die ökonomischen und politischen Bedingungen, unter denen sich der Kapitalismus auf der einen Seite neue Entwicklungspotentiale erschließt, auf der anderen Seite zugleich neue, riesige Zerstörungspotentiale produziert. *Die Kategorie des Monopols ist daher m. E. der politökonomische Zugang zum „Denken des Gesamtzusammenhangs“.*

Man könnte im Sinne einer marxistischen Erneuerung ohne weiteres daher an die Monopoltheorie der 60er und 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts anknüpfen. In einer ganzen Reihe von Veröffentlichungen wurden wesentliche Erkenntnisse publiziert, wie z. B. zum Monopol und Wertgesetz, zum Monopolprofit, zum Zusammenhang von Monopol und Krise sowie als Weiterentwicklung die Theorie des staatmonopolistischen Kapitalismus. In den letzten Jahrzehnten klafft jedoch eine große Lücke in der weiteren theoretischen Erfassung der Monopolbildung, obwohl uns heute eine bisher nie gekannte Monopolmacht vor allem in Form der Finanzgiganten gegenüber steht. In diesem Zusammenhang möchte ich hier auf drei wesentliche Aspekte dieser Theorie kurz eingehen:

1. Das Monopol als weiterentwickeltes Kapitalverhältnis

Der erste Punkt betrifft das Verständnis des Monopols als eine historische Kategorie, als ein *weiterentwickeltes Kapitalverhältnis im Ergebnis der Kapitalakkumulation*. Das ökonomische Monopol ist nicht einfach nur eine „Marktform“, auch wenn es sich als solch eine Organisationsform des Kapitals realisiert. Aus dem Zeitgeschehen sind uns solch organisierte Monopolformen geläufig, wie die Internationalen Konzerne, Kartelle, Wirtschaftsvereinigungen, Banken, Handelskonzerne, Versicherungen, Investmentfonds, Hedgefonds usw. Sie beherrschen die Welt heute mit größerer Macht und Wirkung als je zuvor.

In ihrem Agieren auf den Märkten geht es nicht schlechthin um die Herausbildung neuer Größenordnungen, sondern darum, wie sich die Aneignung von Profit mit ökonomischer und außerökonomischer Gewalt unter diesen ver-

schiedensten Organisationsformen und Netzwerken maximieren lässt – was letztlich alle anderen Sphären der Gesellschaft tangiert.

So ist dieses Erfassen des ökonomischen Monopols in seinen entwickelten Kapitalformen in erster Linie Voraussetzung, *um die sozialökonomische Grundstruktur* des heutigen Kapitalismus genauer zu bestimmen. Es lässt sich analysieren, in welcher Weise die Monopolmacht auf die Produktivkraftentwicklung, auf die soziale Lage der arbeitenden Menschen, auf den großen Sektor der Klein- und mittleren Unternehmen, auf politische Konstellationen und Klassenverhältnisse sowie auf die internationalen Beziehungen wirkt. Im Rahmen sich wandelnder Organisationsformen des monopolistischen Kapitals realisiert sich die erdrückende Macht des Finanzkapitals, der Ausbau seiner Herrschaftsmechanismen und die Ausprägung seiner Diktatur zur Durchsetzung seiner imperialen Zielstellungen – verbunden mit gravierenden Verfall der bürgerlichen Demokratie.

2. Das Monopol als Eigentumsproblem des entwickelten Kapitalismus

Das Wesen des ökonomischen Monopols als ein sich weiterentwickelndes Kapitalverhältnis liegt in der Entwicklung des kapitalistischen Eigentums – mit dem *Kernproblem der für die weitere Akkumulation notwendigen Enteignungsprozesse*. Marx sprach im dritten Band des Kapitals von der Expropriation „als Aneignung des gesellschaftlichen Eigentums durch wenige“.

Wir wissen: Nur die Verfügungsmacht der Monopole über anwachsende, gewaltige gesellschaftliche Kapitalien gestattet eine weitere Entwicklung der Produktivkräfte, die Beherrschung von materiellen und Wissens-Ressourcen, die Verfügung über die Organisation der Produktion und die Aneignung seiner Resultate und damit letztendlich die Realisierung der Profite.

Dieser marxistische Monopolbegriff beinhaltet, wie Peter Hess schrieb, den auf ökonomischer und außerökonomischer Macht beruhenden und für die weitere Akkumulation notwendigen Enteignungsprozess aller anderen Eigentümer, eine mehr und mehr zentralisierte Verfügung über das kapitalistische Eigentum². *Ohne neue Formen derartiger kapitalistischer Enteignungsprozesse kann sich der Kapitalismus nicht behaupten und weiterentwickeln. Akkumulation und Enteignung sind daher zwei Seiten ein und desselben Prozesses in der Entwicklung des überreifen Kapitalismus.*

Das ökonomische Monopol konstituiert sich seit seiner Herausbildung im „imperialen Zeitalter“ des vorigen Jahrhunderts ständig aus dieser Symbiose heraus. Gerade im letzten Jahrzehnt hat dieser Prozess mit der Internationalisierung des Kapitals solche Wucht und Breite erreicht, dass der marxistische Wissenschaftler David Harvey den „neuen“ Imperialismus als *Akkumulation*

² Peter Hess, Zur Aktualität der Imperialismustheorie, in :Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 4 (Dezember 1990), S. 73f.

durch Enteignung charakterisiert.³ Besonders das finanzkapitalistische Monopol in seinen neuartigen Formen ist heute das entscheidende Instrument der Eigentumszentralisation und der gnadenlosen Enteignung geworden – sichtbar auch im jetzigen Krisendilemma in Europa.

Akkumulation durch Expansion des monopolistischen Eigentums und Enteignung zeigen sich in vielfältigsten Formen, sozusagen „klassisch“ mit der zunehmenden Verwandlung von Privatkapital in „Gesellschaftskapital“. Dies ist im heutigen „Börsenkapitalismus“ mit der Zusammenballung der Verfügung von Kapital in wenigen Händen bei einem gleichzeitigen Anwachsen einer immer größeren Anzahl von Aktionären mit hohem Enteignungsrisiko verbunden. Zugleich werden auch alle anderen Eigentümer außerhalb der eigentlichen monopolistischen Eigentumssphäre in ihren Einkommens- und Gewinnansprüchen über den staatsmonopolistischen Regulierungs- und Umverteilungsmechanismus beschnitten. Das betrifft sowohl das Einkommen der arbeitenden Klasse und nicht mehr arbeitender Schichten als auch kleinere und mittlere Unternehmen. Ausdruck dafür sind das sichtbare Zurückbleiben der Lohn- gegenüber der Profitentwicklung oder das Schröpfen der kleinen und mittleren Unternehmen über das monopolistische Kreditwesen, über Finanzmärkte und andere Marktmechanismen.

In den letzten Jahren ist die Privatisierung des öffentlichen Sektors, kommunaler Betriebe und Dienstleistungen zu einem entscheidenden Mittel monopolistischer Akkumulation und Enteignung geworden. Letztlich werden auch durch die enorme internationale Expansion des Monopolkapitals die Ressourcen anderer Völker zugunsten einer überragenden Machtelite umverteilt, oft als so genannte „kalte Enteignung“ bezeichnet.

3. Das Monopol als Initiator polarisierender Konkurrenz

Der dritte Punkt betrifft das Wirken der Konkurrenz der mächtigsten Monopole um neue Anlagesphären und Ressourcen im Verbund mit den sie vertretenden Großmächten. Daraus ergeben sich die wesentlichsten Konflikte, Widersprüche und Rivalitäten in der heutigen Welt, daraus resultieren die zwischenimperialistischen politischen Kontroversen, die „hegemoniale Überdehnung“ der USA-Politik und das wachsende hegemoniale Anspruchsdenken der EU, insbesondere das neue imperiale Streben Deutschlands.

Aus marxistischer Sicht konstituiert das ökonomische Monopol wesentlich die Konkurrenzverhältnisse. Es durchbricht zwar den Konkurrenzmechanismus, negiert ihn aber keinesfalls als „innere Natur“ des Kapitals. Mit der Einschränkung der Konkurrenz durch den Ausbau von Monopolstellungen entsteht andererseits vielmehr die Form einer Synthese von Monopol und Konkurrenz, die zu einer Verschärfung des Konkurrenzkampfes führt. Jörg Huffschmid hat einmal geschrieben: „Monopole sind nicht in der Konkurrenz

³ David Harvey, *Der „neue“ Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung*, Supplement der Zeitschrift Sozialismus, Hamburg, Nr. 5, Mai 2003.

begründet, aber als Erscheinungsform des konzentrierten und zentralisierten Kapitals sind sie wie alle anderen Kapitale Resultat der Konkurrenz, Element und Instrument der Konkurrenz.“⁴

Diese monopolistische Konkurrenz wirkt zwischen den internationalen Monopolgruppen und Konzernen im nationalen und internationalen Maßstab um Beherrschung von Wissenschaft und Technik, um Marktpositionen, um Rohstoff- und Finanzressourcen, sie wirkt zwischen den verschiedenen Größenklassen der Unternehmen um Existenz und Expansion und sie wirkt auch im Hinblick auf Intensität, auf Art und Weise von Staatsinterventionen zugunsten profitablerer Kapitalverwertungs- und Standortbedingungen sowie auf die Gestaltung nationaler und internationaler Einflussphären zugunsten des Monopolkapitals. Ohne Zweifel liegen deshalb auch die Wurzeln der heutigen imperialistischen Strategien in der polarisierenden Konkurrenz der dominanten Monopole begründet.

Die rigorosen Konkurrenzkämpfe in der Welt entwickeln sich dabei in Abhängigkeit von den jeweiligen konkreten objektiven Bedingungen für die Akkumulation des Kapitals. Gerade in den letzten Jahrzehnten hat es bedeutende Einschnitte für die Kapitalverwertung und damit auch für die Konkurrenzverhältnisse gegeben. Dazu zählen

- die seit Mitte der 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts zu konstatierende, langfristige Überakkumulationskrise des Kapitals,
- der Wegfall der viele Jahrzehnte den Kapitalismus zähmenden Systemkonkurrenz,
- der bedeutende Wandel in den Machtkonstellationen zwischen den Großmächten mit der sukzessiven Verlagerung des Gravitationszentrums der Weltpolitik von den USA nach Asien sowie dem Aufstieg neuer regionaler Mächte im politischen Weltsystem wie die BRICS-Staaten und Russlands Kampf um neue Weltpositionen,
- und die Bestrebungen der EU als kapitaldominiertes Integrationsgebilde, international ihre Ansprüche in der Weltpolitik und auch immer stärker militärisch geltend zu machen.

Es zeigt sich eine völlig neue Stufe des Kampfes der internationalen Monopole, der Staaten und Staatengruppen um die *Neuaufteilung der Welt*, um geopolitische Macht, um Märkte und Rohstoffe – und das eben auch in äußerst aggressiven Formen bis hin zu imperialistischen Kriegen.

Zum Schluss möchte ich mein Anliegen zu der heutigen Thematik einer marxistischen Erneuerung nur noch einmal unterstreichen: Ich habe mich aus politökonomischer Sicht auf die marxistische Monopoltheorie konzentriert. Dies ist mein Votum dafür, dass bei einer Erneuerung des Marxismus diese Theorie

⁴ Jörg Huffschmid, Der marxistische Monopolbegriff, in: Das Argument, AS 6, Berlin 1975, S.37.

einen Platz haben sollte. Sie ist ein Ansatz zum Denken des Gesamtzusammenhangs, denn sie stellt einen wichtigen Pfeiler zur Erforschung gesellschaftlicher Prozesse sowie zur Aufhellung grundlegender Veränderungsoptionen auch im heutigen Entwicklungsstadium des Kapitalismus dar. Sie hat einen direkten Bezug zur gegenwärtig stark diskutierten Imperialismustheorie, bietet Grundlagen zur Erforschung der äußerst engen Verflechtung von Staat und Monopolen oder der weiteren staatsmonopolistischen Entwicklung und damit auch zum Erfassen des gegenwärtigen Standes und des Abbaus der Demokratie. In engem Kontext mit der Expansion der Monopole und ihrem Agieren stehen die großen, die ganze Menschheit bedrohenden ökologischen und globalen Probleme.

Der Bezug auf diesen marxistischen theoretischen Ansatz und seine Fundierung durch konkrete Analysen würde auch praktikable alternative Gestaltungsmöglichkeiten und gesellschaftliche Veränderungen diskutabel oder möglich machen. Konkret ist hier nur die Eigentumsproblematik zu nennen. Sie hat im neuen Erfurter Programm der Partei DIE LINKE immerhin einen beachtenswerten Platz, auch wenn das Programm noch viele Fragen unbeantwortet lässt. Zweifelsfrei muss die Lösung der Eigentumsfrage als Machtfrage und als Grundlage zum Systemwechsel mehrere Facetten nichtkapitalistischen Eigentums haben – entsprechend der Entwicklung der Monopolstruktur. „Wiedergewinnung des Öffentlichen“ oder „Re-Kommunalisierung“ sowie Verstaatlichung oder Vergesellschaftung der Banken und Energiemonopole sind gegenwärtig politisch-strategisch tragfähige, antimonopolistische Forderungen. Andere Vergesellschaftungsformen wie das Belegschaftseigentum bedürfen weiterer Diskussionen.

DAS ARGUMENT ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

297 Krisen-Lektüren des marxischen Kapital

E.JAMESON: Eine neue Kapital-Lektüre

J.CHASOGLOU: Ricardo und die Kritik der Politischen Ökonomie

H.J.KRYSMANSKI: Jamesons Versuch, das Kapital mit den Denkmitteln unserer Zeit zu entschlüsseln

B.RÖTTGER: Grundprobleme materialistischer Kapitalismus- und Krisenanalyse

D.HARVEY: Geschichte vs. Theorie. Zur Methode des Kapital

W.-D.NARR: Kapitalismus höchster Stufe. Haugs Krisenlektüre der Gegenwart

W.F.Haug: David Harveys amerikanischer Marx

R.SORG: Hans Heinz Holz und die Dialektik

C.FERNÁNDEZ LIRIA U. L.ALEGRE ZAHONERO: Warenproduktion und kapitalistische Aneignung. Zum Aufbau des Kapital

CH.SIEFKES: Subversives Gelächter – Hacker, Ethik und virtueller Kampf

Doppelheft 24 € ; Abo: 6 Hefte pro Jahr 59 € (ermäßigt 45 €) zzgl. Versand

Abo & Versand · versand-argument@t-online.de

Redaktion DAS ARGUMENT · Argument-Verlag

Reichenberger Str. 150 · 10999 Berlin

Glashüttenstraße 28 · 20357 Hamburg

Tel: +49-(0)30-611-3983 · Fax: -4270

Tel: +49-(0)40-401800-16 · argument@inkrit.org

Jürgen Kuczynskis Leben und Werk in Elberfeld (Wuppertal)

Wissenschaftliches Kolloquium der Marx-Engels-Stiftung,
Wuppertal, 12. Mai 2012

Die in Wuppertal ansässige Marx-Engels-Stiftung e.V. hatte am 12. Mai 2012 zu dem Kolloquium eingeladen. Mehr als 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer – unter ihnen auch eine indische Dozentin der Bergischen Universität, die die Ausstellung in ihrem Heimatland zeigen wird und ein Seminar dazu plant – sind der Einladung gefolgt.

Sie wurden Zeugen eines historischen Ereignisses, denn es war die erste wissenschaftliche Annäherung an Leben und Werk von Jürgen Kuczynski in seiner Geburtsstadt. Kuczynski hatte zwar im Mai 1970 auf Einladung der Stadt an einer internationalen wissenschaftlichen Konferenz zu Ehren des 150. Geburtstages von Friedrich Engels teilgenommen und auch referiert, sein Leben und sein Werk wurde in Wuppertal aber bewusst („er war jüdischer Kommunist“) dem Vergessen anheim gegeben. Die Versuche der ortsansässigen DKP, ihn zu einer Veranstaltung nach Wuppertal zu bewegen, scheiterten.

Sein Vater, Robert René Abraham Kuczynski, hatte am 4. Februar 1904 einen Brief des Oberbürgermeisters der damals noch selbstständigen und bedeutenden Industriestadt Elberfeld erhalten. Darin wurde ihm die „Stelle des Direktors des hiesigen Statistischen Amtes gegen das Anfangsgehalt von 5000 Mark zunächst auf ein Probejahr“ angeboten. René Kuczynski nahm das Angebot an und bezog mit seiner Frau Bertha eine Wohnung im Zoo-Viertel, in der Jaegerstraße 16. Hier wird am 17. September 1904 ihr Sohn Jürgen geboren. Sein Büro bezog René Kuczynski im Elberfelder Rathaus.

René Kuczynski hatte sich als Städtestatistiker national wie international profiliert. Er untersuchte vor allem die erbärmliche Wohnungssituation und Wohnungsnot der werktätigen Bevölkerung. Mit Ausbruch des Ersten Weltkriegs wandte er sich Fragen der Volksernährung zu. Seine wissenschaftlich bedeutendste Leistung war die Begründung der modernen Bevölkerungsstatistik. Er war aber nicht ausschließlich als Wissenschaftler tätig. Politisch spielte er zusammen mit Helene Stöcker und Ludwig Quidde eine entscheidende Rolle bei der Kampagne zur Durchführung des Volksentscheids für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten (1926). Sie wurde zur letzten gemeinsame Aktion von SPD und KPD.

Sein ganzes Leben zeichnet den parteipolitisch ungebundenen René Kuczynski als einen fortschrittlichen Wissenschaftler und Politiker aus. Das wird eindrucksvoll belegt auch durch seine Aktivitäten in der Emigration in Großbritannien. Sein Sohn, Thomas Kuczynski, schreibt in der von ihm verfassten Biografie: „Neben Einstein war Kuczynski in dem Halbjahrhundert vor 1945 der einzige deutsche bürgerliche Wissenschaftler von internationalem Ruf, der der Arbeiterklasse wirklich verbunden und durch diese Verbundenheit in die

Lage versetzt war, unserem Volke und der Gesellschaftswissenschaft nicht unbedeutende Dienste zu leisten.“

Das Kolloquium wurde vom Vorsitzenden der Marx-Engels-Stiftung, *Lucas Zeise*, eröffnet. Nach Grußworten von *Thomas Kuczynski*, von *Eberhard Illner*, dem Leiter des Historischen Zentrums und des Stadtarchivs der Stadt Wuppertal und von *Gunhild Böth*, der Vizepräsidentin des NRW-Landtags, wurden drei wissenschaftliche Referate vorgetragen: *Herbert Meißner* aus Oranienburg sprach zu dem Thema „Zur wissenschaftsgeschichtlichen Leistung von JK“, *Jörg Roesler* aus Berlin zum Thema „JK als Wissenschaftler und Journalist in der Weltwirtschaftskrise“ und *Georg Fülberth* aus Marburg über den Bestseller „Dialog mit meinem Urenkel“ und das Nachfolgebuch „Fortgesetzter Dialog mit meinem Urenkel“.¹

Ihre Ausführungen belegten ihre langjährige Beschäftigung mit Leben und Werk von JK, ihre häufigen Begegnungen und intensiven politischen, vor allem aber ihre wissenschaftlichen Diskurse mit dem Chronisten der Arbeiterbewegung. Alle Referenten und auch die an der Diskussion Beteiligten würdigten JKs außerordentliche wissenschaftliche Leistungen. Sein Werk sei ein unschätzbarer Fundus für alle, die sich den Kämpfen der Arbeiterklasse verpflichtet fühlten. Seine zahlreichen theoretischen Abhandlungen hätten nichts von ihrer aktuellen Bedeutung verloren. Daneben setzten sich die Referenten an der einen oder anderen Stelle auch kritisch mit seinen theoretischen Ansätzen auseinander.

Meißner führte aus, dass „Jürgen Kuczynski der erste deutsche Wirtschaftswissenschaftler (war), der auf der Grundlage des Historischen Materialismus und einer Vielzahl von orientierenden Hinweisen von Marx und Engels eine neue Betrachtung der Theoriegeschichte demonstrierte.“ Das zeige sich besonders an seinen außergewöhnlichen Kenntnissen zur Geschichte seines Fachgebietes und an seiner Methodologie. Er habe immer den „Zusammenhang einer zu einer bestimmten Zeit vorhandenen Wirtschaftstheorie mit den jeweiligen ökonomischen Verhältnissen, die hinter einer jeden Theorie stehenden Interessen und den wechselseitigen Einfluss von Wirtschaftstheorie und Wissenschaftspolitik“ beachtet und aufgedeckt.

Roesler zufolge war Jürgen Kuczynski „der Überzeugung, dass die offiziellen Wirtschafts- und Sozialstatistiken in den Krisenjahren aufgrund bewusster oder unbewusster methodischen Mängel die wirkliche Lage der Arbeiter nicht ausreichend widerspiegeln, vielmehr den Bedürfnissen des Kapitals nach Information untergeordnet waren. Aus diesem Grunde begnügte er sich nicht mit den veröffentlichten Angaben über Nominal- und Reallohn. JK ging vom Bruttorealloon, genau genommen von Bruttorealariflohn, aus und entwickelte ihn zum Instrument der Einschätzung der materiellen Lage der Arbeiter weiter. Er arbeitete mit Nettoeallöhnen, Realwochenlöhnen und dem Reallohn für beschäftigte Arbeiter.“ Ein Gegenstand der Betrachtungen der Referenten war JKs Fähigkeit zur ge-

¹ Die Beiträge erscheinen in: Marxistische Blätter, H. 4/2012

nauen Beobachtung der ihn umgebenden politischen Realitäten, die sehr häufig einen Widerspruch zwischen Wissenschaft und Politik ergaben und die JK oft zu kritischen Bemerkungen und zu kritischem Eingreifen in die Politik der KPD und später der DDR motivierten. Das habe ihm nicht nur Freunde eingebracht, sondern auch heftige, maßlose, unsolidarische und auch völlig unwissenschaftliche Anfeindungen, gegen die er sich auch selbst zur Wehr setzte. Seinen Memoiren 1994-1997 gab er den programmatischen Titel „Ein treuer Rebell“ und am Ende seiner illegalen antifaschistischen Tätigkeit im faschistischen Deutschland 1933 bis 1936 bemerkt er: „Seitdem war die Parteiführung zwar oft mit mir unzufrieden, hat mir ernste Vorwürfe in dieser oder jener ideologischen Beziehung gemacht – aber niemals hat sie an meiner Parteitreue gezweifelt.“

Georg Fülberth vertiefte diese Sicht mit seinem Bekenntnis, dass er den „Dialog mit meinem Urenkel“ und den „Fortgesetzten Dialog mit meinem Urenkel“ in Vorbereitung auf das Kolloquium erneut und mit „anderen Augen“ gelesen habe. Er führte aus: „Das Verhältnis der einzelnen Komponenten des Buches ‚Dialog mit meinem Urenkel‘ lässt sich so qualifizieren: 49 Prozent Autobiografie, 49 Prozent Festrede, 2 Prozent Kritik“ und fährt fort: Im „Fortgesetzten Dialog mit meinem Urenkel“ komme er, JK, zu Ergebnissen, die seinen früheren Aussagen völlig widersprechen. Die DDR sei kein Sozialismus, sondern eine Art feudaler Absolutismus gewesen, einmal spreche er sogar von einer „verkommenen Gesellschaft“.

Seine Ausführungen riefen eine lebhafte Diskussion um die Frage nach dem Verhältnis von Wissenschaft und Politik hervor. Zu den Ursachen für diesen schroffen Gegensatz konnten in der Diskussion nur Vermutungen geäußert werden. Thomas Kuczynski schaltete sich mit ganz grundsätzlichen Bemerkungen zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik in die Diskussion ein und machte auf den Widerspruch aufmerksam, in den diese beiden Bereiche menschlichen Handelns in der Vergangenheit und der Gegenwart geraten seien und immer wieder geraten. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an die „Göttinger Sieben“ von 1837 und an den „Göttinger Appell“ vom 12. April 1957. Das treffe auch auf seinen Vater zu. Diese Diskussion werde geführt und müsse mit Blick auf die zukünftige gesellschaftliche Gestaltung weiter geführt werden.

Die Referate von *Dirk Krüger* zu Kuczynskis antifaschistischem Wirken in der Illegalität in Deutschland von der Machtübertragung an Hitler bis zu seiner Emigration nach Großbritannien Anfang 1936 und zu seinem Wirken in der Emigration bis zu seiner Rückkehr nach Deutschland 1945 in die SBZ, die spätere DDR, konnten aus Zeitmangel nicht gehalten werden. Sie werden mit den gehaltenen Beiträgen in den „Marxistischen Blättern“ veröffentlicht.

Bei der Tagung wurde eine mit Hilfe der Zentral- und Landesbibliothek Berlin (die den umfangreichen Nachlass von JK betreut) zusammengestellte „Ausstellung zu den Kuczynskis“ gezeigt; sie war ständig umlagert. Ein Novum war der stadtgeschichtliche Spaziergang „Auf den Spuren der jüdischen Familie Kuczynski in Wuppertal“, den *Reiner Rhefus* und *Dirk Krüger* leiteten. Er begann im ehemaligen Elberfelder Rathaus, der Arbeitsstelle von René Kuczynski,

und endete mit einer anrührenden Begegnung mit den jetzigen Bewohnern im Geburtshaus von JK, in der Jaegerstraße 16, im Zoo-Viertel von Wuppertal. Die Hausbewohner werden sich dafür einsetzen, dass eine Hinweistafel für René Kuczynski vor dem Haus angebracht wird.

Der Berichterstatter erarbeitet derzeit eine umfangreiche Würdigung der Familie Kuczynski, die in der nächsten Ausgabe der gemeinsam vom Bergischen Geschichtsverein, dem Historischen Zentrum, dem Stadtarchiv und der Stadtbibliothek herausgegebenen Schriftenreihe „Geschichte im Wuppertal“ erscheinen wird.

Dirk Krüger

Gramsci-Tagung

XVI. Internationale InkriT-Konferenz „Aktualisierung Gramscis“, 7. bis 10. Juni 2012, Esslingen

Vor gut 75 Jahren, am 27. April 1937, ist Antonio Gramsci an den Folgen der Haft, zu der ihn das faschistische italienische Regime in einem terroristischen politischen Prozess verurteilt hatte, gestorben. Das Berliner Institut für Kritische Theorie (InkriT) hat mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung dieses Datum zum Anlass genommen, um bei seiner diesjährigen, XVI. Konferenz neben den Arbeiten an zahlreichen Artikeln für das „Historisch-Kritische-Wörterbuch-Marxismus“ (HKWM) die Lebenskraft des gramscianischen Denkens an theoretischen und praktischen Fragen der Gegenwart aufzuzeigen.

Mehr als 80 TeilnehmerInnen aus 10 Ländern (Bundesrepublik Deutschland, Finnland, Österreich, Dänemark, Ungarn, Italien, Schweden, Schweiz, Großbritannien, USA) nahmen an den drei Abteilungen „Gramsci-Plenum“, „Gramsci-Werkstatt“ und „Wörterbuch-Werkstätten“ im Rahmen von achtundzwanzig Einzelveranstaltungen teil.

Die übergreifende Thematik der Tagung „Aktualisierung Gramscis“ beinhaltete die beiden Aspekte der auch heute gegebenen Aktualität des Denkens von Gramsci und die damit verbundene Notwendigkeit, sein Denken weiterzudenken und fortzuentwickeln. Dementsprechend wurden in den drei Zusammenkünften der „Gramsci-Plenen“ unterschiedliche Problematiken unter der Fragestellung behandelt: „Funktioniert Gramscis Begrifflichkeit und Denkweise noch in Zeiten der sozialen Netzwerke und der Großen Krise, bzw. wie müssen sie weiterentwickelt werden?“ Dazu gab es Vorträge mit durchaus kontroversen Diskussionen zu den Thematiken „Actualization of Gramsci with the reference to Egypt“ (Peter Gran, Philadelphia), „Occupy Wall Street – A Gramscian Analysis“ (Jan Rehmann, New York), „Gramscis Kategorie der ‚Subalternität‘ in der Welt von heute“ (Ursula Apitzsch, Frankfurt am Main) und zu der Problematik „Versuch, die Krise der US-Hegemonie mit Gramsci zu begreifen“ (Wolfgang Fritz Haug, Esslingen und Los Quemados).

Gleiches gilt für die „Gramsci-Werkstätten“ „Was bringt Gramsci für das Ringen um eine feministische Politik in der Linken“ (Frigga Haug, Esslingen u. Los Quemados), „Zwischen Krise, Restauration und (blockierter) Umwälzung. Gramsci und das ‚Modell Deutschland‘“ (Bernd Röttger, Braunschweig), „Der Gramsci des Peter Weiss“ (Werner Schmidt, Huddinge/Schweden) und „Gramscis kultur- und literaturtheoretischen Überlegungen – heute“ (Ingo Lauggas, Wien).

Werkstätten zu HKWM-Artikelentwürfen behandelten die Stichworte „Kritik“ (W. F. Haug; P. Jehle; W. Küttler), „Macht I“ (W. Goldschmidt), „Markt“ (R. Pirker), „Mätresse“ (S. Müller), „Kybertariat“ (M. Candeias), „Macht II“ (R. Haude), „Lohnarbeit“ (H.-J. Bontrup), „Landwirtschaft“ (F. Forster), „Linkssozialismus“ (A. Diers), „Kunstmarkt / Kunst der Außenseiter“ (U. Meckler), „Materialismus, geographischer“ (R. Czeskleba-Dupont), „Lesbenbewegung“ (S. Shulman, T. P. Farley, C. Leidinger), „Mammon“ (T. Veerkamp), „Mindestlohn“ (N. Dimmel), „Mafia“ (E. Roggero), „Medienästhetik“ (D. Salomon), „Massenkunst“ (O. K. Werckmeister), „feministische Kritik“ (F. Haug). Bemerkenswert war die intensive aktive Beteiligung fast aller TeilnehmerInnen an den Diskussionen und die ergebnisorientierte, kollektive Projektarbeit, die die InkriT-Konferenzen von vielen wissenschaftlichen Kongressen und Konferenzen unterscheidet, deren Referate, Round-Tables etc. zumeist unverbindlich aufeinander folgen, häufig kaum aufs allgemein vorgegebene Thema bezogen sind und schließlich bestenfalls in Protokoll-Bändern gebündelt veröffentlicht werden. Ein wesentlicher Vorzug dieses Projekts besteht nicht zuletzt auch darin, dass die TeilnehmerInnen während der InkriT-Konferenzen seit dem Jahr 1994 regelmäßig zusammenkommen und in den vielen unterschiedlichen Facetten der gemeinsamen Arbeit am HKWM-Projekt die Herausbildung einer internationalen, marxistisch orientierten wissenschaftlichen Community theoretisch und sinnlich erleben sowie mitgestalten.

Neben den politischen und wissenschaftlichen Veranstaltungen gab es persönliche Berichte der beiden ZeitzeugInnen Frigga Haug und Wolf-Dieter Narr zum Thema „Wie wir politische Wendepunkte erfahren haben“, eine Lesung von Gerhard Schoenberger aus seinem Gedichtband „Fazit“, Gesangsvortrag des „Freien Chors Stuttgart“ sowie eine Wanderung durch die Umgebung Esslingens.

Die Konferenz 2013 wird wiederum über Fronleichnam in Esslingen stattfinden (nähere Informationen unter <http://www.inkrit.de/>).

Andreas Diers

Gewerkschaftsforschung

„AK Strategic Unionism“ – 29. bis 30. Juni 2012, Jena (Friedrich-Schiller-Universität)

„Strategic Unionism. Von der Krise zur Erneuerung“ lautet der Titel eines vom Arbeitskreis „Strategic Unionism“ herausgegebenen Buches aus dem

Jahre 2008, dem ein weiteres folgen soll. Der Arbeitskreis (AK) traf sich am 29. und 30. Juni, um das im Buch vertretene Ziel einer Erneuerung der Gewerkschaften und der Gewerkschaftsforschung weiter zu thematisieren. Auch oder gerade für junge Forscher_innen scheint dies interessant zu sein, wie der große Anteil an Promovierenden zeigt, die mit einigen Studierenden und bekannten Protagonist_innen der Gewerkschaftsforschung wie Frank Deppe, Beverly Silver oder Heiner Dribbusch diskutierten.

Ein wichtiger Bezugspunkt für den AK ist die Studie „*Forces of Labor*“ von Beverly Silver (dt. Ausgabe 2005), die den Eröffnungsvortrag der Tagung hielt. Sie machte klar, dass ihr Fokus nicht auf der Analyse der Hemmnisse, sondern der Möglichkeiten von Arbeitskämpfen liegt. Ihre sehr breite Perspektive erlaubt die räumlich und zeitlich umfassende Analyse von „labor unrest“ und den Machtressourcen von Lohnabhängigen – hier unterscheidet sie strukturelle und Organisations-Macht – mit Blick auf die Transformation der Qualität und Quantität von Kämpfen, die ihr zufolge mit einem Wandel des Kapitalismus verknüpft sind.

Für eine Perspektive, die u.a. auch nicht-normierte Konflikte, andere Aktionsformen und die Wahrnehmungen der Akteure in den Blick nimmt, braucht es jedoch eine Weiterentwicklung des Ansatzes (*Stefan Schmalz, Luigi Wolf*). Dies wollen die Forscher_innen des Arbeitskreises mit ihrem Machtressourcenansatz (MR-Ansatz) vorantreiben.

Dass neben der Analyse struktureller Faktoren die Erforschung individueller Handlungsmöglichkeiten nicht vernachlässigt werden sollte, fand allgemeine Zustimmung. Ebenso die Annahme, mit einem Blick auf die Geschichte könne untersucht werden, unter welchen Bedingungen vorhandene Machtressourcen von Lohnabhängigen und Gewerkschaften auch realisiert werden können.

In der folgenden Diskussion „Back to the 70s?“ wurde festgestellt, dass der Fokus auf Potenziale gewerkschaftlicher Politik seit den 1970ern im Mainstream der deutschen Industriesoziologie nicht mehr häufig anzutreffen ist. Mit Blick auf die Frage nach deren heutiger Relevanz wurden Texte von Walther Müller-Jentsch zu Gewerkschaften als „intermediäre Organisationen“ sowie Eberhard Schmidts Konzept der „betriebsnahen Gewerkschaftspolitik“ diskutiert. Frank Deppe stellte eindrücklich dar, in welchem Ausmaß sich Kapitalismus und Gewerkschaften seit den 70ern gewandelt haben und inwieweit gewerkschaftliche Forderungen im System der industriellen Beziehungen anerkannt und integriert wurden. Deppe forderte einen neuen historischen Block der Linken, der z.B. auch Prekarisierte zusammenschließt und die Fragen nach systemischer Veränderung stellt.

In der anknüpfenden Debatte wurde argumentiert, dass infolge von Enttäuschungen, materiellen Zwängen auf die Protagonist_innen der Kämpfe der 70er Jahre, und Zweifel an der Arbeiterklasse als revolutionärem Subjekt der „utopische Überschuss“ verloren gegangen sei. Die anhaltende Bedeutsamkeit der Gewerkschaftsforschung ergebe sich auch aus deren Beharren auf der sozialen Frage und der Betätigung auf einem der Schauplätze im Kampf um ein würdiges Leben. Dies, so einige Diskussionsbeiträge, sollte auch das Ziel kri-

tischer Wissenschaft sein. *Catharina Schmalstieg* (Abendvortrag) griff ein Element von Gewerkschaftserneuerung auf, das in gewisser Weise schon seit Beginn der Arbeiterbewegung eine Rolle spielt: Partizipation und Demokratisierung in Gewerkschaften und deren Effekte auf den Ausgang von sozialen Konflikten. In ihrem Vergleich von zwei Bezirken US-amerikanischer Gewerkschaften und einem ver.di-Bezirk stellte sie unterschiedliche Formen der Einbindung von Mitgliedern dar. Partizipation erhöhe Streikfähigkeit und Organisationsgrad, jedoch bestehe immer ein Spannungsverhältnis zwischen dem tatsächlichen Einfluss der Entscheidungen von Mitgliedern und (akzeptierter) Führung, die auch Eigeninteressen verfolge.

Im weiteren Verlauf setzte sich die Tagung mit verschiedenen Aspekten des Jenaer Machtressourcenansatzes auseinander, der die verschiedenen Quellen gewerkschaftlicher Macht betrachtet. Der im Buch von 2008 entwickelte Ansatz wurde unter Berücksichtigung eigener, neuer Forschung kritisch überdacht; mehrere Erweiterungsansätze wurden diskutiert. Dies betraf zunächst die schon angesprochene Ressource „*institutionelle Macht*“. Als Ergebnis gewerkschaftlicher Auseinandersetzungen stellt sie Handlungsräume für folgende Konflikte bereit; zugleich kann sie aber auch Kämpfe vorstrukturieren und damit Akteure in ihren Handlungsmöglichkeiten einschränken. „*Organisationsmacht*“ beruht als Machtressource auf der Organisations- und Mobilisierungsfähigkeit von Lohnarbeiter_innen und schließt dabei Betriebs- und Aufsichtsräte ein, denen auch Arbeitnehmervertreter_innen angehören. Ausgeblendet blieben dabei jedoch potenzielle Bündnispartner, die außerhalb der Kernstruktur der betrieblichen und gewerkschaftlichen Organisation der Lohnabhängigen stehen. Solche gesellschaftlichen Bündnispartner könnten z.B. beim Kampf mit global agierenden Unternehmen oder für Gruppen mit wenig anderen Machtressourcen entscheidenden Einfluss auf den Ausgang eines Konfliktes haben. Insofern wurde dafür plädiert, entsprechende Machtressourcen, die die Kooperationsfähigkeit der Gewerkschaften einschließen, zu berücksichtigen. Ausgehend von Jennifer Jihye Chuns Buch *Organizing at the Margins* (2009) wurde der Begriff der „*Symbolischen Macht*“ diskutiert – die Fähigkeit, Konflikte in die Öffentlichkeit zu transportieren und „*public dramas*“ zu inszenieren. Kritik betraf Unschärfe und voluntaristischen Charakter dieses Begriffs sowie ähnlicher Kategorien, die das gleiche Phänomen fassen. Der Begriff gewinne jedoch an Erklärungskraft bei Betrachtung als Analyseebene und mache zugleich auf einen blinden Fleck des MR-Ansatzes aufmerksam, die fehlende Einbeziehung der öffentlichen Arena.

Der Ansatz der *Strategic Capabilities* wurde anhand des Versuchs von Christian Lévesque und Gregor Murray aus dem Jahre 2010 vorgestellt, Erkenntnisse der sozialen Bewegungsforschung für die Gewerkschaftsforschung nutzbar zu machen und zwischen Machtressourcen und den Fähigkeiten ihrer Realisierung zu unterscheiden. Auf Kritik stieß, dass die Autoren allein organisationsbezogene Dimensionen behandeln und den Faktor der Produktionsmacht ignorieren. Mit der Einbeziehung sozialer Bewegungsforschung könne das Zusammenspiel von Struktur, Handlung und Akteuren besser gefasst werden, so ein weiterer

Vorschlag.

Zum Abschluss des Treffens referierte *Bernd Röttger* zur „Politischen Ökonomie der Gewerkschaftsmacht“. Er betonte, dass die Handlungsspielräume gewerkschaftlicher Kämpfe sehr eng seien. Die verschiedenen Ebenen der Kämpfe (Betrieb, überbetriebliche und gesellschaftliche Arena), müssten miteinander verknüpft werden. Daneben wandte Röttger sich auch der gegenwärtigen Krise und ihren systemischen Ursachen mit Schwerpunkt auf dem „Modell Deutschland“ zu, welches von den DGB-Gewerkschaften mitgetragen wird. Entgegen der Annahme, dass Krisen auch Handlungsmöglichkeiten eröffnen, konstatierte er, dass Krisen im Kapitalismus keine Bestandsgefährdung, sondern -sicherung darstellen. Gewerkschaften könnten ihren Teil zu gesellschaftlicher Veränderung beitragen, könnten jedoch nicht deren alleiniger Ausgangspunkt sein. In der Diskussion fanden Röttgers Aussagen weitgehende Zustimmung, wobei auch auf Beispiele progressiver Gewerkschaftsarbeit verwiesen wurde. Der MR-Ansatz könne nicht erklären warum Gewerkschaften soziale Einschnitte und eine Politik mittragen, die Interessen von Lohnabhängigen entgegensteht. Allerdings könne mit der Analyse von Machtressourcen aufgezeigt werden, wie diese Situation überwunden werden kann.

Die Diskussion bezog sich v.a. auf Kämpfe von DGB-Gewerkschaften; es könnte sich jedoch lohnen, auch auf Konflikte außerhalb des DGB zu schauen (z.B. die Arbeitskämpfe der GDL oder von Cockpit), die durchaus Impulse für Gewerkschaftserneuerung geben könnten. Der AK bereitet ein Buch mit Beiträgen zu verschiedenen Regionen und Bereichen vor. Es darf gehofft werden, dass dort einige der im Juni aufgenommenen Fäden zusammengeführt werden können.

Maria Diedrich / Thomas Möller

Eine neue Engels-Biographie

Tristram Hunt, Friedrich Engels. Der Mann, der den Marxismus erfand. Aus d. Engl. v. Klaus-Dieter Schmidt. Propyläen Verlag, Berlin 2012, 573 S. m. Ill. u. Abb., 24,99 Euro

Der Autor schreibt zum Glück nicht über den „Mann, der den Marxismus erfand“. Sein Thema ist vielmehr: Der gutbetuchte Kommunist – das revolutionäre Leben von Friedrich Engels.¹ Da die Übersetzung des Textes selbst dem Original adäquat ist, werden wohl die Marketingstrategen des Verlages den auf Mainstream getrimmten Untertitel erfunden und damit zugleich den dem originalen eigenen revolutionär-widersprüchlichen Gusto eliminiert haben.

Hunt liefert das, was zunächst von jeder brauchbaren Biographie zu verlangen ist, eine über weite Strecken sehr lesbare Beschreibung der Lebensstationen und Lebensumstände eines Mannes, der politisch seit seiner Jugend stets Revolutionär war und sozial zunächst Junior in der väterlichen Firma, dann deren Prinzipal und schließlich Rentier. Es war eine ungeheure Gratwanderung, die Engels über viele Jahre zu absolvieren hatte, und gerade in den so genannten besten Mannesjahren (zwischen 30 und 50) war er „diesem hündischen Commerce“ ausgeliefert, „der mich mit seiner

Zeitverschwendung vollständig demoralisiert.“² Marx wird auch und vor allen andern Engels im Sinne gehabt haben, als er im Vorwort zum *Kapital* strikt zurückwies, „den einzelnen verantwortlich zu machen für Verhältnisse, deren Geschöpf er sozial bleibt, sosehr er sich auch subjektiv über sie erheben mag.“³

Und so beginnt auch Hunt das Einführungskapitel zu seiner Lebensbeschreibung mit Engels' letztem Arbeitstag in der Firma, weist Engels' Verantwortlichkeit zurück, allerdings nicht nur für die damaligen kapitalistischen, sondern ebenso für die zwischenzeitlich sozialistischen Verhältnisse (die gegenwärtigen in China eingeschlossen), eine Problematik, auf die er auch in seinem Epilog zurückkommt, und genauso fertigt er die Legende ab, dass Engels Marx verflucht habe und überhaupt dafür verantwortlich zu machen sei, was spätere Marxisten aus dem gemacht haben, was ihnen Marx hinterlassen hatte. Umgekehrt scheut er sich nicht, auch Schwächen und Fehlverhalten zu benennen, damals übliche Alltagsrassismen, auch in Veröffentlichungen, ebenso wie ein – zweifellos durch sein Doppelleben verstärktes – Alkoholproblem. Dagegen ist Hunts Bild vom „Frauenhelden“ Engels ziemlich schief, da es keine Belege dafür gibt, dass dieser nach 1850, nach einem bis dahin allerdings ziemlich bewegten Jugendleben, seinen irischen Lebensgefährtinnen „Seitensprünge“ zugemutet hätte; auch liegt er ganz falsch bei seiner Interpretation von Engels' Beziehungen zu

¹ Vgl. Tristram Hunt, *The Frock-Coated Communist. The Revolutionary Life of Friedrich Engels*. London 2009. – Zwar ist klar, daß in der Marx'schen Formel „20 Ellen Leinwand = 1 Rock“ kein Frauenrock gemeint ist, sondern der Ausgehrock des Mannes, aber außerhalb dieses Kontexts ist der Terminus zu antiquiert, um – auch noch für einen Buchtitel! – verwendet werden zu können.

² Engels an Marx am 27. April 1867. Vgl. MEW, Bd. 31, S. 293.

³ Vgl. MEW, Bd. 23, S. 16.

den Pariser *Grisettes* als Bordellbesuche, denn das waren junge, selbstbewußte, emanzipierte und sich der freien Liebe hingebende Frauen.

Die Beschreibung von Engels' Lebensumständen gehört zweifellos zu den stärksten Seiten des Buches. Hier bewegt sich der linksliberale Sozialhistoriker Hunt auf eigenem Terrain, selbstverständlich bei denen in Manchester, aber auch bei denen im Wuppertal. Ebenso sicher ist sein Urteil über die sozialen Analysen des jungen Engels, nicht nur die in der berühmten *Lage der arbeitenden Klassen in England*, sondern auch schon die in den *Briefen aus dem Wuppertal*. Das soziale wie das mentale Umfeld des „Baumwoll-Lords“ wird kenntnisreich geschildert, dessen Anerkennung in den gesellschaftlichen Oberschichten von Manchester eingeschlossen. Dass er ein allseits respektierter Geschäftsmann gewesen sein muss, versteht sich von selbst, angesichts seines Aufstiegs vom einfachen Kommis zum Prinzipal der Firma, aber was nach wie vor fehlt, ist eine wirkliche Analyse seines Verhaltens im eigentlichen Business, oder gegebenenfalls der Hinweis, dass die dazu notwendigen Quellen nicht mehr vorhanden sind.

Die Darstellung wird ausgesprochen schwach, sobald Hunt das ihm eigene Terrain der Sozial- und Mentalitätsgeschichte verlässt und sich in seinen Urteilen auf von ihm gelesene Sekundärliteratur stützt. Das beginnt schon mit seiner blassen Abschilderung der europäischen Revolutionen von 1848/49 und endet keineswegs mit seinen dünnen Worten zur Pariser Kommune, beides Ereignisse, die für Engels Leben von einschneidender

Bedeutung waren, an denen er und Marx lebhaften Anteil nahmen. Einen Tiefpunkt historischer Entstellung erreicht Hunt mit seiner Aussage: „Für Marx und Engels erwies sich diese Vielfalt der Ideen und Einflüsse als Vorteil, konnten sie doch, als die Kommune gescheitert war, anderen die Schuld geben.“ Dies verwundert nicht, wenn man ihn in den Kontext seiner Ausfälle gegen Lenin und die Oktoberrevolution stellt.

Ähnlich ergeht es den Überlegungen des „Generals“ zum Militärwesen. Man muss ja nicht unbedingt der etwas reißerischen Aussage von John Green zustimmen, Engels sei der Che Guevara des 19. Jahrhunderts gewesen,⁴ aber seine – sich auch auf diesem Feld durchaus wandelnden – Auffassungen darauf zu reduzieren, dass er in späteren Jahren Zweifel über den möglichen Erfolg von Guerillataktiken und Barrikadenkämpfen hatte, ist allzu einfach. Dass als Verfasser von Engels' anonym erschiener Untersuchung des italienisch-französischen Krieges (*Po und Rhein*) ein Mitglied des preußischen Generalstabs vermutet wurde, sagt einiges über seine von Hunt nicht analysierten Qualitäten als Militäranalytiker aus.

Von Sachkenntnis ungetrübt sind die Ausführungen zu Engels' naturwissenschaftlich-philosophischen Studien. Natürlich ist es sehr einfach, sich über jene Hagiographen lustig zu machen, die da meinten, Quantentheorie, Relativitätstheorie usw. seien „Konkretisierungen“ von Engels' „Naturdialektik“, und niemand kann diese Fragmente

⁴ Vgl. John Green, Engels – A Revolutionary Life. A Biography of Friedrich Engels. London 2008.

heute ernsthaft als „der Weisheit letzter Schluss“ betrachten. Aber es ist einfach ungehörig, Albert Einsteins wohl- abgewogenes Urteil dahingehend zu verfälschen, dass dieser die „Darlegungen – insbesondere die mathematischen und physikalischen – konfus fand“, denn Einstein schrieb: „Meine Ansicht ist folgende: Wenn dieses Manuskript von einem Autor herrührte, der als historische Persönlichkeit nicht interessierte, würde ich zu einer Drucklegung nicht raten; denn der Inhalt ist weder vom Standpunkt der heutigen Physik noch auch für die Geschichte der Physik von besonderem Interesse. Dagegen kann ich mir denken, daß diese Schrift für eine Publikation insofern in Betracht käme, als sie einen interessanten Beitrag für die Beleuchtung von Engels' geistiger Persönlichkeit bildet.“⁵ Zwar wissen wir nicht, welche Manuskriptteile Einstein damals von Eduard Bernstein vorgelegt worden waren,⁶ aber sicher ist, dass in den überlieferten Zeilen weder von Mathematik noch von Konfusion die Rede ist. Vielleicht gibt es ja neunzig Jahre nach Einstein kompetente Fachleute, die diesen Aspekt von Engels' Schaffen einer Analyse aus naturwissenschaftlich-philosophischer Sicht unterziehen können.

⁵ Nach einer (im damaligen Zentralen Parteiarchiv beim ZK der KPdSU vorhandenen) Abschrift, zitiert im Apparat von Band I/26 der Marx-Engels-Gesamtausgabe, S. 597. Wie mir Barbara Wolf (Einstein Archives Jerusalem) dankenswerterweise mitteilte, konnte das Original des auf den 30. Juni 1924 datierten Schreibens bislang nicht aufgefunden werden.

⁶ So schon David Rjazanov in der Einleitung zur Erstausgabe in: Marx-Engels-Archiv, Bd. II, Frankfurt a. M. 1927, S. 141.

Auch wenn es kein Ruhmesblatt für Hunt ist, unter dem Gesichtspunkt relativer Inkompetenz ist es ein Glück, dass er keine nähere Analyse der Resultate von Engels' jahrelanger Herausgeberarbeit am Torso gebliebenen *Kapital* vorgenommen hat.

Aller Kritik zum Trotz bleibt zu wünschen, dass das Buch im deutschsprachigen Raum, wo die letzte Engels-Biographie vor über vierzig Jahren erschienen ist,⁷ eine Wirkung hat und bislang nicht so an Engels' Leben und Werk Interessierte veranlasst, sich intensiver damit zu beschäftigen. Die englische Ausgabe, in deren Index die für Engels und Marx relevanten Werke und Themen verzeichnet sind, bietet dafür einen zusätzlichen Anhaltspunkt; die deutsche dagegen enthält nur den wegwerfenden Hinweis, dass beider Namen nicht in das Register aufgenommen worden sind.

Thomas Kuczynski

Anthropologie statt Ökonomie

David Graeber, Schulden. Die ersten 5.000 Jahre, Klett-Cotta Verlag, Stuttgart 2012, 536 S., 26,95 Euro

Während die Ökonomen im Angesicht der Finanz- und Wirtschaftskrise sprachlos in einer Art von Schreckstarre verharren, ergreifen Anthropologen, Ethnologen, Historiker, Soziologen, Kulturphilosophen und andere Nichtökonomien mutig das Wort und erklären der Welt, warum es dazu gekommen ist und worin die Lösung zu sehen ist. Der US-

⁷ Friedrich Engels. Eine Biographie. Berlin 1970 (Autorenkollektiv unter Leitung von Heinrich Gemkow).

Amerikaner David Graeber ist einer von ihnen. Mit seinem Schulden-Buch legte er 2011 eine umfassende Untersuchung über die Schuldenproblematik in der bisherigen Geschichte der menschlichen Zivilisation vor. Der Zeitpunkt war denkbar günstig, das Thema en vogue wie kein zweites. Schon wenige Monate später erschien das Werk in deutscher Übersetzung und gilt seitdem laut *Spiegel* als „antikapitalistisches Standardwerk der neuen sozialen Bewegungen“ (Klappentext). Sein Autor kann sich vor prominenten Einladungen und Lobpreisungen kaum retten: Seine Schrift gilt als „Offenbarung“ (FAS), als ein „furioses und gelehrtes Buch“ (Die Zeit).

Die positive Aufnahme und wohlwollende Rezeption vollzieht sich vor dem Hintergrund der ansonsten eher theoriarmer Occupy-Bewegung u.a. an der Wall Street und im Frankfurter Bankenviertel. Die globale Finanzkrise und die Staatsschuldenkrise im Euro-Raum verleihen dem Buch von David Graeber eine besondere Aktualität und Brisanz. Aber hält das Werk tatsächlich, was es verspricht? Kann es auch unabhängig von der aktuellen Wirtschaftslage und der aufgeheizten Diskussion um die Schuldenproblematik einen besonderen Platz im Bücherregal beanspruchen? Oder füllt es bloß eine temporäre Lücke im ökonomischen Erklärungsspektrum? Vielleicht erweist sich die Aufregung um das Buch schon bald als bloßes Medienspektakel. Eine aufmerksame Lektüre des Textes dürfte jedenfalls bei vielen Leserinnen und Lesern schnell für Ernüchterung sorgen, vielleicht sogar für Enttäuschung – auch wenn man dabei ganz sicher eine Menge lernen kann.

Allein schon die 44 Seiten Literaturverzeichnis zeigen, dass es sich hier um ein Werk mit wissenschaftlichem Anspruch handelt, um ein „gelehrtes Buch“, keinesfalls also um ein politisches Pamphlet, auch wenn es gegenwärtig für politische Zwecke instrumentalisiert wird.

Graeber sieht in der Schuldenproblematik die *zentrale Frage* sozialer Auseinandersetzungen: Seit „mindestens 5000 Jahren“ wird „der Kampf zwischen Reichen und Armen überwiegend in Form von Konflikten zwischen Gläubigern und Schuldner ausgetragen...“ (14). Volksaufstände beginnen in der Regel mit der „rituellen Zerstörung von Schuldverzeichnissen“ und die Streichung bestehender Schulden erscheint durchweg als Vorbedingung für einen Neuanfang. Damit wird bereits eine „Lösung“ für die aktuelle Problematik der Verschuldung extrem armer Länder angedeutet, aber auch für die Beendigung der Staatsschuldenkrise in Europa. Zuvor aber entwickelt der Autor auf über 400 Seiten, wie es überhaupt dazu kommt, dass Schulden entstehen und welche Formen diese im Zeitverlauf annehmen. Bei der Behandlung dieser Problematik lässt er sich stark von Gefühlen leiten, insbesondere von seiner Abscheu gegenüber der Praxis des Geldverleihens und Zinsnehmens: „In der gesamten Weltliteratur finden wir kaum eine freundliche Darstellung eines Geldverleihers ... Ich bin nicht sicher, ob es eine andere Berufsgruppe (Henker vielleicht?) mit einem so konstant schlechten Image gibt.“ (16). Dieses Vorgehen, das stark an Nietzsches Diktum, wonach „die Gedanken die Schatten unserer Empfindungen“

sind, erinnert, dürfte für eine wirtschaftshistorische Analyse eher fehl am Platze sein. Ähnlich verhält es sich mit der Herleitung des Geldes: Der Autor unterscheidet zwei Formen von Geld, „virtuelles Geld“ und „materielles Geld“, und meint dann, die Geschichte pendele zwischen Phasen, in denen Edelmetalle dominieren und Phasen, in denen Geld etwas Abstraktes, etwas Virtuelles, sei. Die Entwicklung verlaufe jedoch „offenbar rückwärts“, das heißt am Anfang stand das virtuelle Geld (Kreditgeld), darauf folgte materielles Geld (Gold) und seit 1971 befinden wir uns wieder im „Zeitalter des Kreditgeldes“ (24). Dieser merkwürdige Umgang mit dem Geldbegriff findet seine Fortsetzung in den Ausführungen zur Genesis des Geldes: Die „wahren Ursprünge des Geldes“ verortet Graeber bei „Verbrechen und Vergeltung“ (25), wobei Geld, Kredit und Schulden im Geschichtsverlauf immer gleichzeitig auftreten.

So richtig es ist, das „Tauschparadigma“ als Mythos der Politischen Ökonomie zu entlarven und die Entstehungsgeschichte des Geldes komplexer aufzufassen und früher anzusetzen, als dies die Ökonomen gewöhnlich tun, so problematisch erscheint es doch, die bisherige Reihenfolge einfach umzukehren und Kreditverhältnisse an den Anfang zu setzen. Geld wird dadurch seinem Wesen nach etwas *Außerökonomisches*. Es erfolgt keine Bereicherung der wirtschaftswissenschaftlichen Gelddefinition durch Hinzuziehung weiterer Aspekte, sondern eine Ersetzung derselben durch eine anthropologische Geldbestimmung. Dies kann bei Ökonomen nur Kopfschütteln hervorrufen und führt darüber hinaus zu

Fehlern und Irrtümern im Detail, worauf noch einzugehen ist. Zunächst aber soll Graebers sachkundiger Versuch, zwei theoretische Zugänge zum Geld einander gegenüberzustellen, die staatliche oder chartalische Geldtheorie und die Kredittheorie des Geldes, gewürdigt werden (52). Anhand wichtiger Quellen werden zentrale Aussagen der Theorien überzeugend referiert und es wird gezeigt, welchen Erklärungswert die jeweilige Theorie für die Geschichte und für die Gegenwart besitzt. Das Problem dabei ist jedoch der überzogene Anspruch des Autors, die Reichweite der Theorien zu überdehnen und bestimmte Begriffe des 19. und 20. Jahrhunderts in die ferne Vergangenheit zu projizieren. Dabei verschwimmen die Unterschiede zum Beispiel zwischen Mesopotamien im 3. Jahrtausend oder Rom im 1. Jahrtausend v.u.Z. und England sowie den USA im 20. Jahrhundert u.Z. Es gehört vielleicht zu den Spezifika der anthropologischen Forschung, in großen Zeiträumen und historischen Kontanten zu denken. Die Geschichte der Menschheit jedoch ist durch Veränderungen und Entwicklungsprozesse gekennzeichnet, was sich unter anderem in der Historizität der wissenschaftlichen Kategorien reflektiert. Dies macht Zeitsprünge und historische Parallelen zwar interessant, zugleich aber höchst problematisch und führt mitunter dazu, dass Geld eben nicht gleich Geld ist und Kredit nicht gleich Kredit, sofern wir unterschiedliche Gesellschaftsordnungen und verschiedene Zeitperioden betrachten.

Schulden haben begrifflich etwas mit „Schuld“ zu tun. Letzterer Terminus gehört jedoch in die Moraltheorie. Graeber bietet dem Leser zur Ver-

deutlichung dieses Zusammenhangs eine „Abhandlung über die moralischen Grundlagen ökonomischer Beziehungen“. Bemerkenswert ist, dass Schulden hier als eine „Schöpfung der Reziprozität“ (128) behandelt werden, aber an keiner Stelle erklärt wird, worin das Pendant zu den Schulden besteht, die andere Seite des Schuldverhältnisses also. Da wird lang und breit referiert, wie viele Hundezähne für eine Braut zu bezahlen sind (138), was eine „Blutschuld“ bedeutet (144) und was „Fleisschulden“ sind (152), aber man erfährt nichts über Guthaben und Forderungen. Geldschulden aber sind Verbindlichkeiten. Sie existieren nicht „für sich“, sondern immer nur in Verbindung mit entsprechenden Forderungen. Dieser kapitale Fehler, die Geldschulden losgelöst von ihrem Pendant, von den Guthaben, zu behandeln, wurzelt im etymologischen Herangehen des Autors. Er zieht sich durch das ganze Buch hindurch. Es gibt nur eine einzige Ausnahme: Auf Seite 372 ist von „Schulden und Kredit“ die Rede, was dem Kaufmännischen „Debit und Kredit“ entspricht und damit der Logik von Forderungen und Verbindlichkeiten nahe kommt. Was aber sind im Verständnis des Autors überhaupt „Schulden“? – „...nichts weiter als die Perversion eines Versprechens, das von der Mathematik und der Gewalt verfälscht wurde“ (410). Die Lösung des Problems sieht Graeber folglich im Schuldenerlass (410). Was das aber für die Forderungen bedeutet, für die akkumulierten Guthaben, lässt er offen. Hier hätte etwas mehr ökonomischer Sachverstand sicher gut getan.

Geld und Kredit sind zentrale Kategorien der kapitalistischen Produktionsweise. Ihre Genesis ist aber wesentlich älter; das vermag die anthropologische Forschung heute überzeugend zu demonstrieren. Die damit verbundenen Erscheinungen weisen jedoch Spezifika auf, die man, sofern man sich in Fachkreisen verständigen will, auch als Anthropologe beachten sollte. Hierzu gehört zum Beispiel die Definition der *Münze* als eines *geprägten* Metallstücks und ihre Abgrenzung vom Barren als gegossenem Metall. Graeber ignoriert diese Unterscheidung und erklärt alles Metall zur „Münze“ (224, 235, 444). Ein anderes Beispiel für einen wenig sorgfältigen Umgang mit monetären Kategorien betrifft die Unterscheidung von Banknoten und Papiergeld (285). Marx differenziert hier, sowohl was die Entstehung beider Geldformen anbetrifft als auch bezüglich ihrer funktionalen Bestimmung, sehr genau.¹ Graeber hingegen vermischt beide Geldformen unentwegt, spricht davon, dass in China Wechsel „zu einer Art Papiergeld“ wurden (355) und dass die Bank of England 1694 „echtes Papiergeld“ in Gestalt von „Noten“ ausgegeben habe (357), dass in den USA die Zentralbank „Papiergeld“ emittiere, es sich dabei aber technisch um „Banknoten“ handle (472) usw. Dass moderne Banknoten in Gestalt von gesetzlichen Zahlungsmitteln faktisch eine Symbiose beider historischen Formen darstellen, der Banknote und des staatlichen Papiergeldes, steht auf einem anderen

¹ Karl Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, MEW Bd. 13, S. 89, 93ff., 98, 119f.

Blatt und wird von Graeber durchaus richtig gesehen (382f.). Seine Projektion dieser Verschmelzung aber in die Vergangenheit führt zu einem Begriffswirrwarr und ist aus geldwirtschaftlicher Sicht und unter aktuellem Aspekt nicht zu akzeptieren.

Natürlich zielt Graebers Kritik letztlich auf den Kapitalismus als einem auf Schulden basierenden Wirtschaftssystem, einer „Schuldengesellschaft“ (172), wie er schreibt. Seine Kritik richtet sich insbesondere gegen die Banken, die in seinen Augen einfach „böse“ sind, weil sie „aus nichts etwas“ machen (362), was nur Gott zukommt, ferner die Schulden verwalten und damit das zerstörerische Wirtschaftswachstum finanzieren. Als Alternative stellt er dem kapitalistischen System „seinen Kommunismus“ gegenüber, einen Kommunismus ohne Tauschbeziehungen, ohne Geld und ohne Schulden, eine solidarische Gesellschaft, „in der die Menschen weniger arbeiten und mehr leben“ (409). Als „Vorreiter“ für diese neue Wirtschaftsordnung sieht er die „untüchtigen Armen“, als Voraussetzung für ihre Verwirklichung den Verzicht auf Wirtschaftswachstum und, wie kann es anders sein, die Streichung aller Schulden. – Das ist mutig gedacht und auch radikal, jedoch wenig realistisch. Aber der Autor ist ja auch nicht nur ein belehrender Anthropologe, sondern zugleich bekennender Anarchist und Vordenker der Occupy-Bewegung. Da darf man schon einige unorthodoxe Überlegungen und originelle Lösungsvorschläge erwarten. Und die liefert das Buch in der Tat, überdies einiges Bedenkenswerte und viel anthropologischen Ballast, wozu auch der größte

Teil des Anhangs gehören dürfte. Ökonomisch vorgebildete Leser können aus dem Buch von David Graeber einiges lernen, weniger kundige jedoch dürfte es eher verwirren. Ob es die Debatte über Schulden wirklich voranbringt, bleibt abzuwarten.

Ulrich Busch

Agenten des Finanzkapitals: die Rating-Agenturen

Christoph Prager, Ratingagenturen. Funktionsweisen eines neuen politischen Herrschaftsinstruments, Mandelbaum, Wien 2012, 188 S., 14,90 Euro

Werner Rügemer, Rating Agenturen. Einblicke in die Kapitalmacht der Gegenwart, transcript, Bielefeld 2012, 196 S., 18,80 Euro

Beide Autoren konstatieren und belegen, dass die Rolle der Ratingagenturen mit der stürmischen Entwicklung der Finanzmärkte seit Mitte der 1970er Jahre des letzten Jahrhunderts ebenso stürmisch gewachsen ist. Es ist logisch, dass, je gewaltiger Volumen und Einfluss von Geld und Vermögen, von Kredit und Schulden sich aufblähen, umso größere Bedeutung den Agenturen zuwächst, die die Wahrscheinlichkeit von Kreditausfällen bei Unternehmen und Staaten bewerten und Gütesiegel für die Vielzahl neuer und immer komplizierterer Finanzprodukte ausstellen.

Vor allem Werner Rügemer zeichnet minutiös nach, wie die „Politik“ den privaten Agenturen zu ihrem Gewicht als quasi-hoheitliche Schiedsrichter und Bewerter der Finanzmärkte verhalf. Schon im Rooseveltischen New Deal der 1930er Jahre

mit seiner offensiven Geldpolitik wurde an die Ratingagenturen die Lizenz vergeben, zu unterscheiden in Papiere mit „investment grade“ und „non investment grade“. Diese fundamentale Richtschnur für Investoren wurde 1975 in den USA für noch verbindlicher erklärt, da Börsenmakler nun ihre Kapitalrückstellungen danach zu richten haben, ob ihre Wertpapiere „investment grade“ oder nicht aufweisen. Anleihen und verbriefte Hypotheken-Kredite kommen im vereinfachten Verfahren auf den Markt, wenn zwei Ratingagenturen ihnen „investment grade“ zuerkennen. Pensionsfonds, ein schnell wachsender institutioneller Investor, dürfen nur Wertpapiere kaufen, die mindestens mit A bewertet werden. Investment- und andere Fonds dürfen nur begrenzt in spekulative Anleihen investieren. Unternehmen müssen höhere Zinsen zahlen, je schlechter ihr Rating ausfällt.

Diese gewaltige, staatlich abgesicherte und für alle Finanzmarktakteure existentielle Macht verlied die US-Börsenaufsicht 1975 an zunächst sieben Ratingagenturen, die schnell zu den „Großen Drei“ fusionierten: Standard & Poor's mit einem Marktanteil von 44 Prozent, Moody's mit 38 und Fitch mit 15 Prozent (so die Angaben bei Rügemer; Prager hat leicht abweichende Daten, beide sind sich mit der allgemeinen Publizistik aber einig, dass die Drei auf gut 95 Prozent des Gesamtmarktes kommen). Prager zitiert Thomas Friedman von der *New York Times*, der schon 1996 feststellte, dass es „zwei Supermächte“ gibt: „Einerseits die USA, andererseits 'Moody's Bond Rating Service'. Die USA können

Dich zerstören, indem sie Bomben auf Dich abwerfen, Moody's kann Dich zerstören, indem sie deine Staatsanleihen abwerten. Und glauben Sie mir, es ist nicht klar, wer von beiden mächtiger ist.“ (Prager, S. 15)

Die Deutungsmacht auf den Finanzmärkten liegt bei bloß drei global wirksamen Agenturen, deren „zutiefst korruptes System“ schon in ihrem Bezahlmodus steckt: Seit 1971 zahlen bei Moody's, wie mittlerweile bei allen, nicht mehr die Anleger, sondern die Verkäufer der Wertpapiere für die Ratings. Was bedeutet, dass sich diese Verkäufer die Agenturen aussuchen, die ihnen die gewünschten Gütesiegel auch verleihen, wofür dann allerdings höhere Gebühren fällig werden. Hoch bezahlte Ratings werden freundlicher benotet als niedrig bezahlte, allerdings liegen sie dann auch öfter weit daneben. So erwies sich ein Drittel aller Ratings für strukturierte Wertpapiere innerhalb von fünf Jahren als zu positiv (Rügemer, S. 96). 93 Prozent aller auf Hypotheken bezogenen Sicherheiten in den USA, die 2006 ein AAA-Siegel, also die oberste Kategorie, erhalten hatten, zählen heute zu den Schrottpapieren (Prager, S. 12).

Beide Autoren machen deshalb die Ratingagenturen mitverantwortlich für die Finanzkrise. Doch ist ihre Erklärung für das Wirken der Agenturen grundverschieden. Prager kommt zwar auch der Verdacht, „dass sich hinter der Hervorhebung von Objektivität und Unabhängigkeit Interessen des Finanzmarktes verstecken.“ Doch er meint, „diese Frage ist mit dem vorgegebenen Material und theoretischem Rahmen nicht zu beantworten“. (Prager, S. 20) Deshalb formu-

liert er eine andere Frage, nämlich: „woher ergibt sich die Akzeptanz für die Beurteilungen dieser Institution“. Und fängt mit Pierre Bourdieus Frage an: Wie kommt soziales Handeln zustande, um dann zu dessen Theorie von Habitus und Feld, von symbolischer Macht überzugehen. Die Ratingagenturen sind ihm nach Bourdieu „symbolisches Kapital“ als Form, die Herrschaftsformen absichert, die die Abhängigkeit jener einschließt, „die es zu beherrschen erlaubt“, eine Machtform, die so ausschließlich in der reinen Anerkennung besteht. (Prager, S. 30)

Was Prager nicht sieht, ist, dass das reale Finanzkapital der Märkte sich das symbolische Kapital, das sein Finanzmarkt-Wirken absichert, selbst organisiert. Diesen Nachweis zu führen, ist der große Vorzug der Arbeit von Rügemer. Er geht der Frage nach, „wem gehören die drei großen Ratingagenturen“, und er belegt: „Es sind dieselben Eigentümer, die auch Miteigentümer der großen Banken und multinationalen Konzerne sind... Sie handeln nicht selbständig, wie die veröffentlichte Meinung unterstellt, sondern sie sind der verlängerte Arm ihrer Eigentümer.“

So gehört Standard & Poor's seit 1966 dem Konzern McGraw Hill, der aber seinerseits überwiegend den Hedgefonds Capital World, Blackrock, State Street, T. Rowe Price, Washington Mutual, Fidelity, Oppenheimer Funds, Morgan Stanley und Allianz Global Investors gehört. Die Vorstände von Moody's kommen von der Chase Manhattan Bank, von der Federal Reserve Bank of New York, von der Citygroup, von Dow Jones & Company (erstellt den

Börsenindex der Wall Street), von Bankers Trust, vom Wirtschaftsprüfer Ernst & Young, von American Express und von Lehman Brothers. Fitch gehört zwei Eigentümern: der französischen Finanzholding Fimalac und dem US-Medienkonzern Hearst. Fimalac-Chef de Lacharriere war Mitglied des Beirats der französischen Nationalbank Banque de France und gehört dem Leitungsgremium der Nationalstiftung für die Politischen Wissenschaften an. Die Vizepräsidentin Morali wechselte von der staatlichen Finanzaufsicht Frankreichs zu Fimalac, zudem ist sie Mitglied der französischen Investmentbank Rothschild und von Coca Cola in Atlanta/USA.

Doch nicht nur über die unmittelbaren Eigentümer der Agenturen üben die Finanzmarkt-Institutionen ihren Einfluss aus, sie sind auch selbständige Eigentümer der Ratingagenturen. Sechs Hedgefonds sind bei Moody's mit 41,5 Prozent und bei Standard & Poor's mit 27,9 Prozent beteiligt. Rügemers Fazit, dass die Rating-Agenturen keine selbständigen und „objektiven“ Bewerter sind, sondern ausführendes Organ ihrer Eigentümer, ist angesichts dieser Sachlage zwingend. Allerdings ist auch seine düstere Zukunftssicht einleuchtend. Von einem Wendepunkt im Umgang mit Ratingagenturen könne nicht die Rede sein. Sie, die an vorderster Stelle geholfen haben, die Kultur der Verantwortungs- und Haftungslosigkeit zum handlungsleitenden Prinzip in Wirtschaft und Politik werden zu lassen, seien heute mächtiger als vor der Finanzkrise.

Conrad Schuhler

Unsicherheit als Profitquelle

Hermannus Pfeiffer, Der profitable Irrsinn – Was auf den Finanzmärkten geschieht und wer dabei gewinnt, Ch.Links Verlag, Berlin 2012, 256 S., 16,90 Euro

Die Wiederherstellung des Vertrauens der Finanzmärkte und deren Stabilisierung ist zum zentralen Orientierungspunkt der Politik geworden. Die Demokratie soll marktkonform gemacht werden, wie es die Bundeskanzlerin treffend ausdrückte. Der ordnungsliebende Bürger ist nicht unbedingt dagegen, auch er wird durch täglich neue Hiobsbotschaften über Kurseinbrüche, Währungsschwankungen und Kreditausfälle beunruhigt. Hermannus Pfeiffer stellt die Frage anders: Was, wenn die Akteure der Finanzmärkte selbst überhaupt kein Interesse an Ruhe und Stetigkeit hätten, was, wenn sie an permanenter Instabilität, an hektischen Preis- und Kursschwankungen in Wirklichkeit bestens verdienen? Der Titel des Buches zielt auf diesen Tatbestand: Die von Politik und Medien viel kritisierten irrationalen Fehlentwicklungen sind oft jene Ereignisse, bei denen die ‚player‘ der Märkte erst richtig profitieren. Diesen Grundgedanken verfolgt Pfeiffer über die drei Hauptabschnitte der Buches hinweg, die dem Leser einen gut strukturierten und flott geschriebenen Überblick über die nunmehr fünf Jahre anhaltende Krise verschaffen: Der erste, umfangreichste Abschnitt befasst sich mit den „Akteuren“ der Finanzmärkte, also den Banken, Versicherungen, Fondsgesellschaften und Ratingagenturen, die gleichzeitig die Profiteure der

Krise sind. Im zweiten Abschnitt werden die „Werkzeuge“ vorgestellt, worunter Pfeiffer vor allem die diversen Finanzprodukte wie Derivate, Termingeschäfte usw. versteht. Im letzten Teil wird der Verlauf der „Grossen Krise“ seit 2007 skizziert und es werden einige Eckpunkte einer demokratischen Alternative genannt.

Es liegt in der Natur der Sache, dass ein solches, alle relevanten Aspekte der Krise behandelndes Buch nicht überall in die Tiefe gehen kann. Trotzdem taucht ein zentrales Thema, nämlich das Verhältnis zwischen der scheinbar verselbständigten Finanzsphäre und der so genannten Realwirtschaft, immer wieder auf. Schon im ersten Teil, in dem der Autor sich mit dem Verhältnis zwischen Banken und Industrie am Beispiel der deutschen Verhältnisse beschäftigt, spitzt er zu: Obwohl sich die klassischen Beteiligungs- und Beherrschungsverhältnisse zwischen Banken und Großkonzernen in Deutschland – begünstigt durch ein von der rot-grünen Regierung Schröder/Fischer durchgesetztes Steuer-sparmodell für die Banken – in den 1990er Jahren weitgehend aufgelöst haben, hat das nach Ansicht von Pfeiffer die Macht der Banken eher noch gestärkt: „Mittlerweile war für die Geldgiganten die ‚neue‘ Macht der Banken wichtiger als die alte geworden. Die Modernisierung hat den alten, elitär verschlossenen Industriekapitalismus in einen neuen, offenen Finanzkapitalismus verwandelt.“ (S. 35/36) Das wirft allerdings die Frage nach dem neuen Verhältnis zwischen Bankkapital und Industriekapital auf – gibt es hier Interessenkonflikte oder sind diese inzwischen

einem einheitlichen, finanzkapitalistischen Verwertungsinteresse gewichen? Im dritten, den Ursachen und dem Verlauf der Krise gewidmeten Teil taucht diese Fragestellung in anderer Form auf: „Wie können aber ‚verselbständigte‘ Finanzmärkte auf die Realwirtschaft wirken und eine Krise verstärken oder hervorrufen?“ fragt der Autor mit Recht und verweist vor allem auf den Zusammenhang zwischen der Geldsphäre und den Realinvestitionen in Gestalt von Kreditklemmen. Ob dies aber wirklich der wichtigste Punkt des Krisen-Übertragungsmechanismus ist, kann bezweifelt werden: Angesichts des gestiegenen Anteils der Eigenfinanzierung in vielen Unternehmen wurde in den meisten Ländern selbst im Höhepunkt der Krise nur wenig über Kreditknappheit geklagt. Die anhaltende Investitionsschwäche in den alten Industrieländern wird nicht durch fehlendes oder gar zu teures Kapital verursacht. Der schwere realwirtschaftliche Einbruch von 2009 dürfte jedenfalls so nicht erklärbar sein. Heute spielt sicherlich der Zusammenhang von Bankenrettung, Staatsverschuldung und restriktiver Wirtschaftspolitik die Hauptrolle.

Das Buch diskutiert in knapper Form auch weitere Grundfragen, wie z.B. die Bedeutung von Inflation und Inflationsbekämpfung, die Rolle der Zentralbanken (für deren politische Unabhängigkeit der Autor plädiert, eine sicherlich diskussionswürdige Position), die Staatsverschuldung (dass diese kein Übel an sich ist). Die Manipulationsanfälligkeit wichtiger Finanzmarkt-Indikatoren wie Libor und Euribor durch die Banken stellt der Autor dar und folgert: „Zumindest

in Krisenzeiten dürfte dabei schon mal geschummelt werden“ (54), ein schönes Understatement des Hamburgers, der beim Schreiben noch nicht wissen konnte, dass diese jahrelange ‚Schummelei‘ einige Wochen später die Londoner City erschüttern und – neben Geldbußen in Höhe von fast einer halben Milliarde Dollar und weiteren Strafverfolgungen – dem Chef einer der größten Banken der Welt, Bob Diamond von Barclays, den Job kosten würde.

Auch wenn man dem Autor nicht in allen Details zustimmen muss: Hier bekommt man in gut lesbarer Form (die durch kurze Zusammenfassungen an den Kapitelenden und ein Glossar am Schluss des Buches noch erhöht wird) einen Überblick über alle relevanten Aspekte der Krise und ihrer Ursachen.

Jörg Goldberg

Katze und Krokodil

Wolfgang Pohrt, Kapitalismus Forever. Über Krise, Revolution, Evolution, Christentum und Islam. Edition Tiamat, Berlin 2012, 111 S., 13 Euro.

Vor drei Jahrzehnten machte Wolfgang Pohrt sich einen Namen als Kritiker von Denk-Bequemlichkeiten innerhalb der Linken, insbesondere in der Friedensbewegung, wo er Populismus aufspürte. Diesen Gestus behält er in seiner neuesten Schrift bei. Die Kritik gilt Occupy, den Protesten gegen Stuttgart 21, der neuen Marx-Lesebewegung und der Auffassung, der Kapitalismus befinde sich in einer Endkrise.

„Kapital“-Lektüre ist für den Autor Zeitverschwendung, denn es halte

von gelebtem Leben ab. (S. 12) Er räumt ein, dass er früher anders darüber dachte. Das sei aber schon das Abfallprodukt einer gescheiterten Hoffnung gewesen: auf Revolution. Jene war für ihn „ein Lebensgefühl, das ich selbst nicht mehr in meinem Kopf, sondern nur noch in meinen Notizen wiederfinde.“ (15) Zeitgeschichtlich materialisiert sah er es in einer Art Künstler-Revolution, die ihren Höhe- und Endpunkt in der Westberliner Vietnam-Demonstration vom Februar 1968 gehabt habe. Danach verlief sich die Bewegung in die „Dominanz der Partikularinteressen“, (23) und die Unüberwindlichkeit des Kapitalismus trat hervor. So habe z.B. die „Frauenbewegung das Kapital vom Arbeitskräftemangel befreit“ (25). Die Revolution, die allenfalls möglich war, sei schon im 19. Jahrhundert versäumt worden. „Hat die Menschheit das Zeitfenster nicht genutzt? Wissen wird man das nie, aber man kann es sich wenigstens vorstellen.“ (69) Heute befinde sich die materielle Produktion in einer Verfassung, „von der ich mir beim besten Willen nicht mehr vorstellen kann, wer anders sie noch lenken und leiten kann als das Kapital selbst.“ (Ebd.)

Die Überlebensfähigkeit des Kapitalismus erklärt der Verfasser sich mit dessen Primitivität. Hierin sei er dem Krokodil vergleichbar: „Welches ist das älteste noch lebende Wirbeltier auf dieser Erde? Es ist das Krokodil, seit 450 Millionen Jahren. Das Erfolgsgeheimnis dieses mächtigen, großen Tieres ist sein winziges Hirn. Es besitzt das Volumen eines Hühneris. Bei so wenig Hirn kann man nichts falsch machen. Das Krokodil macht es immer richtig: Lauern, zu-

schnappen, und dann nicht mehr loslassen, komme was wolle. Ich fürchte, das Kapital hat die gleiche Lebenserwartung, wenn nicht von Seiten der Natur was dazwischen kommt.“ (70) Es stütze sich nicht auf den Egoismus der Menschen, sondern treibe ihnen diesen vielmehr aus. Sonst verhielten sie sich nämlich wie Katzen: „Der perfekte Egoist ist eine Katze, wie sie friedlich an einem warmen, weichen Plätzchen schläft, das rosige Näschen ins eigene Fell gekuschelt, wie sie sich dann ausgiebig räkelte, wie sie ihre Gliedmaßen bis zu den Pfoten und Krallen reckt und streckt, wie sie dann anfängt, sich zu putzen und ihr Fell abzuschlecken und damit unendlich viel Zeit verbringen kann. Da ist also jemand, dem es richtig gut geht, der mit sich selbst allein restlos zufrieden und glücklich ist. Faszinierend. Man muss einfach zuschauen, mit einer Mischung aus Hingerissensein und Neid. Kapitalisten sind das genaue Gegenteil. Sie sind keine Egoisten, eher könnte man von hyperaktiven Idealisten sprechen. Sie sind Getriebene. Sie häufen mehr Reichtum an, als sie je werden genießen können, weil die Genussfähigkeit des Menschen durch seine physische Natur sehr beschränkt ist. Die Kapitalisten stellen ihr Leben in den Dienst des Erwerbs von einem Reichtum, mit dem sie als natürliche Personen nichts anfangen können. Desgleichen die Lohnabhängigen, bei denen wiederum der Genuss umgekehrt proportional zum Einkommen ist.“ (71) Wenn der Verfasser an einem Sommertag in Stuttgart „durch die teuren Viertel in Halbhöhelage spaziert – lauter Villen mit viel Grün ringsum“,

findet er sie ausgestorben. „Kein Wunder, in solchen Hütten kann man nicht wohnen, wenn man sie besitzen will. Dann hat man Pflichten und Termine, um die Kohle ranzuschaffen. Kommt man auf seinem Spaziergang dann wieder runter in die Tal-lagen, wo die ärmeren Leute wohnen, sind trotz Autoabgasen und Autolärm alle Fenster offen, die Kinder sind unterwegs, etc.“ (71f.) In Konsequenz solcher Überlegungen hält Wolfgang Pohrt die Liquidierung aller Guthaben und ein bedingungsloses Grundeinkommen für sinnvoll (65).

Erstaunt stellt er fest, dass er schon seit Jahrzehnten – wohl nach jener Vietnam-Demonstration – eine Art Rentner sei. Diese Menschengruppe stelle auch ein großes Kontingent in der Bewegung gegen den Neubau des Stuttgarter Hauptbahnhofs. Die Parole „Oben bleiben!“ als der „kategorische Imperativ aller Arrivierten“ erhalte dadurch einen zusätzlichen Sinn, zumal der Vorstandsvorsitzende der Bahn-AG ja Grube heiße. (29) Dies ist schönes Feuilleton, ebenso wie das Argument, der Nachteil der Alphabetisierung bestehe darin, dass sie erst Verblödung durch den „Stürmer“ und die „Bild“-Zeitung ermöglicht habe. (13)

Marx habe sich im „Kapital“ letztlich nur die Einsicht in die Unüberwindbarkeit des Kapitalismus erarbeitet. Krisen seien wie „Jungbrunnen“ (50). Diese Auffassung findet sich nicht nur bei Pohrt, sondern tatsächlich auch bei Marx, im Übrigen bei der Mehrheit derer, die sich gegenwärtig mit der ökonomischen Entwicklung befassen. Der Autor fokussiert seine Angriffe auf die Wenigen, die anderer Meinung sind, zum Bei-

spiel Robert Kurz, den er offenbar für den Vertreter eines bekämpfenswerten Mainstreams hält. Zutreffend stellt Pohrt fest: „In Wahrheit ist jeder Kapitalist Spekulant“ (59) und wendet sich gegen eine zurzeit gängige Aufregung allein über „Gier“ in der Zirkulationssphäre. Allerdings steht er auch mit dieser Kritik nicht völlig allein.

Seine frühere kontrafaktische abstrakte Negation ließ sich nicht durchhalten und ist jetzt in eine Naturalisierung des Kapitalismus umgeschlagen: „Die Natur kennt also keine Katastrophen. Und die ‚zweite Natur‘, das Kapital, auch nicht. Geradezu wunderbar, wie es mit Naturkräften ausgestattet ist. Etwa so, wie ein Vulkan-ausbruch oder ein riesiger Waldbrand dafür sorgen, dass auf der Asche das eben noch von Lava oder Feuer vernichtete Grünzeug nachher umso prächtiger wächst.“ (57) Auch in dieser zweiten Natur sind die Menschen Naturwesen: „Vielleicht ist der Mensch einfach so gebaut, dass er seine Erfüllung im Kapitalismus findet. Früher hätte ich einen solchen Verdacht empört zurückgewiesen. Heute, nach dem Zusammenbruch des Ostblocks, kann ich nur sagen: Ich weiß es wirklich nicht.“ (79) Der Unterschied zwischen Einst und Jetzt bestehe in einer „Digitalisierung der Steinzeit“ (95), ansonsten: „Überhaupt ist alles wie immer.“ (Ebd.)

Auffällig ist die Redewendung „Es ist doch so“ (43), auch dort, wo Pohrt sich „die Frage stellt, ob es nicht eben doch so ist, dass die Gattung Mensch im Kapitalverhältnis zu ihrer artgerechten Bestimmung gefunden hat. Könnte ja sein, wer weiß.“ (58) Auch sonst wird die

Konjunktion „doch“ häufig im Sinne der Bekräftigung, nicht der Abweichung gebraucht (z.B. 92). Zweimal, S. 84 und 85f., stellt der Verfasser eine „spannende Frage“ und folgt damit einem seit einiger Zeit modischen Sprachgebrauch. Charakteristisch ist auch die Verwendung von „einfach“ in der Formulierung: „Man muss sich einfach mal die Geschichte angucken.“ (57) Die zutreffende Feststellung, dass Marx im „Kapital“ vor allem gezeigt habe, wie der Kapitalismus funktioniert (und nicht, wie er untergeht), verbindet Wolfgang Pohrt mit folgendem Verweis: „Das Kapitel über den Kommunismus am Ende vom dritten Band des Kapitals ist ganz kurz.“ (61) Dieses letzte Kapitel von MEW 25 – es hat tatsächlich nur eineinhalb Seiten – handelt nicht vom Kommunismus. Seine Überschrift lautet: „Die Klassen“.

Georg Fülberth

Kapitalismustransformation ohne Linke?

Paul Mattick, Business as Usual. Krise und Scheitern des Kapitalismus, Edition Nautilus, Hamburg 2012, 154 S., 12,90 Euro

Paul Mattick, geb. 1944, ist der Sohn des weitestgehend vergessenen Räte-theoretikers Paul Mattick und lehrt Philosophie in New York. Mit diesem auf Englisch bereits 2011 erschienen Buch ist ihm eine insgesamt lesenswerte, sprachlich leicht verständliche und kurzweilige Betrachtung der Krise seit dem Jahr 2007 gelungen, die sich auch an Leser wendet, die über keine großen Kenntnisse wirtschaftlicher Zusammenhänge verfügen.

Ausgangspunkt der Argumentation ist die Feststellung, dass nur die Analyse der „langfristige[n] Dynamik des Kapitalismus“ (10) die derzeitige Krisenlage erklären könne. Bei der Frage nach den Gründen für die kapitalistische Krise diskutiert Mattick zunächst die verschiedenen Versionen der Mainstreamklärungen. Im Zentrum seiner Kritik stehen insbesondere keynesianische Erklärungs- und Lösungsmodelle. Zu diesen zählt Mattick auch den populären, linken Theoretiker David Harvey mit seinem Buch *The Enigma of Capital* (27).

Quellen seines Werkes sind zahlreiche Zeitungsartikel und wissenschaftliche Beiträge, insbesondere von führenden Ökonomen wie etwa Paul Krugman. Mattick untermauert zudem seine Argumentation durch Verweise auf verschiedenste Statistiken. Insgesamt findet sich ein starker Marx-Bezug, insbesondere bei der Frage nach der Rolle des Geldes in der kapitalistischen Gesellschaft. Mattick ist der Meinung, dass Marx' Ausführungen für die heutige Zeit unbedingte von Nutzen sind.

Sodann stellt Mattick ein alternatives Erklärungsmodell vor: Seiner Ansicht nach sind die Gründe für die gegenwärtige Krise des Kapitalismus im Mangel an ausreichendem Profit zu suchen, denn die Frage der Profitabilität stehe im Zentrum des Kapitalismus und sei Ausgangspunkt für wirtschaftliches Wachstum und Entwicklung. Dies würde allerdings von den heutigen Wirtschaftstheoretikern nicht ausreichend beachtet werden, da der Profit nur als ein Faktor unter vielen angesehen würde (44f.). Die Erhöhung von Staatsausgaben biete keine Lösung für die Krise, da Mattick zufolge auf

diese Weise kein Profit erzeugt wird. Mattick argumentiert, dass der Staat über kein eigenes Geld verfüge, sondern seine Ausgaben über Steuereinnahmen bestreite oder qua Aufnahme von Schulden, die wiederum mit Steuergeldern beglichen würden. Dieses Geld stamme somit in beiden Fällen aus der Privatwirtschaft und würde dort entsprechend abgezogen und gewissermaßen einfach nur staatlich umverteilt (100f.). Diese Argumentation ist indes wenig überzeugend, lässt sie bspw. keinen Raum für politische Entscheidungen, etwa Banken und andere Unternehmen zu verstaatlichen oder gar zu vergemeinschaften. Laut Mattick könne nur die Depression selbst eine Lösung herbeiführen, indem sie die Erhöhung der Profite durch Senkung der Kosten für die Arbeitskraft, Steigerung der Produktivität durch Erneuerungen der Technologien und anderes herbeiführt (102).

Mattick stellt in einem zweiten Strang seiner Überlegungen den gesellschaftlichen Bedeutungsverlust der ehemals sehr einflussreichen Linken fest, worunter er die organisierte Arbeiterbewegung in all ihren Facetten versteht (120). Er bedauert diesen Zustand nicht und trauert den in seinen Augen längst vergangenen Zeiten nicht nach. Er bemerkt lediglich, dass deren Überreste, bspw. in Form der bundesrepublikanischen Linkspartei, nirgends mehr der Vision einer neuen anzustrebenden Form der Gesellschaft Ausdruck verleihen würden (124).

Der Autor sieht in dem absehbaren Ende des Öl-Zeitalters sowie dem zunehmenden Klimawandel die Ankündigung einer kommenden gesamtgesellschaftlichen Krise, die über rein ökonomische Zusammenhänge hi-

nausgehe und auf – inhaltlich nicht weiter bestimmte – chemischen wie physikalischen Gesetzen beruhe. Nur diese beiden Vorgängen – das Ende des Öl-Zeitalters und die Klimakrise – könnten die radikale Transformation der Gesellschaft auslösen (131). Diese Krise würde der Menschheit neue Handlungsmöglichkeiten geben, um auf Grundlage gegenseitiger Hilfe ganz konkrete Lebensumstände zu verändern (133). In diesem Zusammenhang sei das bereits erwähnte Verschwinden einer organisierten Linken auch nicht als Hindernis anzusehen, denn diese würde der freien, ideenreichen Entfaltung der Menschen nur hinderlich sein und sich selbst im Zentrum der Veränderungen und ihrer erfolgreichen Durchführung verorten (136). Einer von linken Organisationen aller Art, inklusive der Gewerkschaften, vorangetriebenen Bewegung erteilt Mattick also eine klare Absage.

Er geht davon aus, dass neue Wege der Entscheidungsfindungen jenseits des monetären Marktaustausches gefunden werden, die aber dennoch im globalen Maßstab stattfinden. Ausgangspunkt hierfür sei aber die notwendige Aufhebung der Trennung von Produktionskontrolle und Produktionsdurchführung. Wie diese praktisch durchzuführen sein könnte, bleibt ungeklärt. Die Umweltprobleme würden erst einmal bestehen bleiben. Mattick erwartet jedoch deren Überwindung durch die „Anwendung jener kreativen Energien [...], die eine radikale gesellschaftliche Transformation freisetzen würde“ (137). Jenseits dieser nebulösen Formulierungen vertieft Mattick seine Überlegungen zur zukünftigen Organisation einer nichtkapitalistischen Gesellschaft nicht.

Der Verfasser übergeht andere grundlegende gesellschaftliche Konflikte wie etwa die Geschlechterfrage, die Existenz patriarchaler Herrschaftsverhältnisse, Rassismus und Nationalismus, die der Freiheit des Menschen entgegenstehen. Er fragt nicht nach deren Verhältnis zu einer kapitalistisch verfassten Gesellschaftsformation. Mattick geht auch nicht der Frage nach, inwiefern diese nicht nach dem Ende des Kapitalismus weiter bestehen würden. Die Frage nach gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen wird ebenso wenig gestellt.

Der letzte Teil des Buches zur Frage des Endes des Kapitalismus sowie der Zukunft der Menschheit bleibt somit hinter den anderen Teilen des Textes zurück. Während er Gründe für die Krise des Kapitalismus nennt, kann er dessen tatsächliches Scheitern sowie seinen eigenen Entwurf einer neuen, anderen Welt und den Übergang zu dieser nicht überzeugend begründen.

Sebastian Klauke

Feindbild Islam

Werner Ruf, Der Islam – Schrecken des Abendlands. Wie sich der Westen sein Feindbild konstruiert. PapyRossa-Verlag, Köln 2012, 129 S., 9,90 Euro

Der ausgewiesene Politikwissenschaftler und Kenner der islamischen Welt, Werner Ruf, wendet sich mit dieser Publikation einem Thema zu, das für westliche Gesellschaften struktureller Natur ist und wesentlich mit über deren künftige Verfasstheit als Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit achtende Demokratien entscheidet. Sowohl nach innen als auch nach außen. Er stellt sich der Aufga-

be, den Ursachen auf den Grund zu gehen, warum hier bis in deren Mitte hinein islamfeindliche Einstellungen und anti-islamische Stereotype in Besorgnis erregender Weise verfestigt sind. So stoßen nicht nur den Islam dämonisierende Pamphlete notorischer Islamkritiker unterschiedlichster Provenienz auf breite Resonanz. Auch innerhalb der politischen Klasse scheinen offenkundig Negativkonnotationen in Bezug auf den Islam mehrheitlich verbreitet. Ansonsten würden verschiedene in Regierungsverantwortung stehende Politiker wohl kaum so vehement gebetsmühlenartig zu postulieren suchen, dass der Islam nicht zu Deutschland gehöre, sondern lediglich die hier lebenden Muslime – gerade so, als ob es die einen ohne den anderen überhaupt geben könnte. Würden sie nicht so lautstark und öffentlich sogar gegen eigene Parteigänger zu Felde ziehen, wenn diese, wie Christian Wulff noch als Bundespräsident in einer Rede 2010, absolut gerechtfertigt den Islam als eine Realität in Deutschland bezeichnen.

Das in 12 Abschnitte untergliederte Büchlein rankt im Wesentlichen um zwei inhaltliche Fragestellungen: Zum einen, wie sich philosophisch-soziologisch das Beziehungsgefüge zwischen dem Eigenen, dem „Wir“, und den „Anderen“, dem Fremden, sowie dessen Wirkungsmechanismen, speziell auch unter den Bedingungen der Globalisierung, gestaltet. Zum anderen, inwieweit der Westen versucht, den Islam als neues kollektives Feindbild zu instrumentalisieren, nachdem ihm sein früheres mit dem Ende der bipolaren, west-östlichen intersystemaren Aus-

einandersetzung abhanden gekommen ist.

Den Ausgangspunkt – und seine Abhandlungen wie ein „roter Faden“ durchziehend – bildet eine kritische Analyse der Elemente bzw. Grundbausteine der Konstruktion kollektiver Identitäten (Nation, Rasse, Religion etc.) und darin sui generis implizierter Abgrenzung des „Wir“ von den „Anderen“. Gerade dieser gewählte Ansatz ist das Bestechende an dem Buch; eröffnet er doch die Möglichkeit einer intellektuell anspruchsvollen Durchdringung des Wesens und der Hintergründe westlicher Islamfeindlichkeit, sowohl in deren historischer als auch aktueller Ausformung. Offen oder unausgesprochen transportiere, so der Autor, die Debatte über das „Wir und die Anderen“ immer auch die Legitimation von Herrschaft. Oder anders gesagt, die moralische Rechtfertigung von Überlegenheitsansprüchen. So sei gerade der Imperialismus nicht im Gewande dessen einher gekommen, was er war, nämlich Herrschaft und Ausbeutung, sondern er hätte sich vielmehr als moralische Pflicht und zivilisatorische Mission zu präsentieren gesucht. Interessant in dieser Hinsicht ist die Überlegung von Ruf, dass vielleicht gerade deshalb der Diskurs über den Islam so vehement geführt werde, weil hier das „Wir“ von einem „Anderen“ abgegrenzt werden müsse, dessen zivilisatorische Leistungen in vergangener historischer Zeit dem Westen überlegen waren, ja weil gerade dieser „Andere“ unserem „Wir“ historisch, religiös und kulturell besonders nahe stehe.

Ein weiterer Gewinn des Buches ist die fundierte kritische Auseinander-

setzung mit dem von Samuel P. Huntington 1993 verfassten Aufsatz *The Clash of Civilization*. Dessen Sinngehalt der Verfasser völlig zu Recht als kulturalistisch verbrämten Rassismus klassifiziert. Es sei nicht nur grotesk, dass der sich im Zeitalter der Globalisierung vollziehenden Internationalisierung des Kapitals – als eine Art Konterstrategie – die Ethnisierung und damit letztlich Fragmentierung der Gesellschaft entgegengesetzt werde. Mehr noch werde mit diesem abstrusen theoretischen Konstrukt des *Clash of Civilization* der Islam in die Feindbildrolle für den Westen katalpultiert. Folgerichtig kämpften „Wir“ gegen „das Böse“, gegen „das Reich des Bösen“, gegen „Terroristen“, gegen „Schurkenstaaten“, in denen ja Schurken leben, oder hätten „Wir“ zumindest über Demokratieunfähigkeit zu herrschen. Demnach ist also der „Krieg gegen den Terror“ als Reaktion auf die Anschläge vom 11. September 2001 in jeder Hinsicht als gerechtfertigt anzusehen; ebenso sind per se auch „gezielte Tötungen“ aus westlicher Sicht legitimiert. Und es haben also die zweifellos großartigen Errungenschaften des Westens – Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit – für diesen betreffenden Rest nicht zu gelten.

Gleichfalls hervorhebenswert ist die Herstellung des Zusammenhangs zwischen der imperialistischen Expansion in die islamische Welt und der dortigen Ausprägung und Radikalisierung des politischen Islam bzw. Islamismus – und zwar nicht nur durch die Muslime selbst, sondern ganz wesentlich auch durch die Praxis des Imperialismus und die mit ihm verbundene Diskriminierung der Muslime. Zwar sei die Re-

ligion beiderseits schon in den Kreuzzügen und während der Reconquista auf der iberischen Halbinsel politisch instrumentalisiert worden; jedoch handele es sich beim Islamismus um eine Erscheinung der Moderne. Wie auch der islamistische Salafismus, der nach Wiederherstellung der gesellschaftlichen Ordnung wie zu Zeiten des Propheten Mohammed trachtet. Hier allerdings hätte der Autor durchaus noch präziser sein können; sowohl hinsichtlich der Definition der Moderne als auch in Bezug auf die betreffenden Vertreter. Auf jeden Fall jedoch sollte die Entstehung des Salafismus wohl doch schon auf das 18. Jahrhundert beziffert werden und mithin ein Jahrhundert früher. Und zwar mit dem Erscheinen und Wirken des 1703 geborenen Mohammed Ibn Abdel-Wahhab, dem Begründer der puritanischen wahhabitischen Lehre im Islam, die in Saudi-Arabien bis heute Staatsdoktrin ist und auch anderswo Salafisten als Orientierungsrahmen dient. Dementsprechend können auch die von Werner Ruf genannten Jamal ed-Din al-Afghani und Mohammed Abduh schwerlich weder als Begründer noch als Hauptvertreter des Salafismus angesehen werden. Gilt insbesondere Mohammed Abduh doch gemeinhin als Vertreter jener Reformströmung im Islam, die zu ihrer Zeit Islam und Moderne nicht als Gegensatz begriff, sondern als ein sich gegenseitig bedingendes und ergänzendes Beziehungsgefüge, und die dementsprechend dafür warb, es zu harmonisieren.

Ein unbestreitbarer Vorzug der Rufschen Abhandlung sind seine Darlegungen zum Zusammenhang zwischen dem Drang des Westens nach Kontrolle über die reichen Ressourcen

innerhalb der islamischen Welt und der Konstruktion des Islam als Feindbild. Konzentriert ausgedrückt im US-amerikanischen „Project of the Greater Middle East“. Schon unmittelbar nach dem Ende des Ost-West-Konflikts sei es dem Westen gelungen, das neue Feindbild Islam als kollektive Bedrohung zu etablieren. Dafür gäbe es vor allem zwei Gründe: „1. Die Latenz eines lange vorhandenen Feindbildes, das seine Wurzeln in alten antisemitischen Klischees und in den Legitimationsmustern imperialistischer Dominanz hat ... 2. Die mit der Globalisierung einhergehenden Prozesse, in deren Folge nicht nur staatliche Handlungsspielräume schrumpfen, sondern auch durch die Transnationalisierung der Ökonomie und durch Prozesse der Migration und multikulturelle Lebensformen neue gesellschaftliche Herausforderungen entstehen.“ Wobei der Autor auch die Ambivalenz des Umgangs damit keinesfalls ausspart. So sei der Islam während des Ost-West-Konflikts als wichtige ideologische Gegenkraft gegen den gottlosen Kommunismus instrumentalisiert worden. Sei es nun in Gestalt der Unterstützung für Gruppierungen des politischen Islam gegen arabisch-nationalistische und sich am Ostblock orientierende Richtungen; oder der militärischen Aufrüstung der afghanischen Mujahidin gegen die sowjetische Militärpräsenz in Afghanistan. Was im Prinzip auch aktuell zu beobachten ist, wo im Dienste der eigenen Interessenwahrung sehr schnell mit Vertretern des politischen Islam, die im Zuge des „Arabischen Frühling“ sichtlich an Einfluss gewonnen haben, politische Kooperationen angestrebt werden. Zuvor noch

als missliebig betrachtet, scheint nunmehr durchaus normal zu sein – wie übrigens von Außenminister Guido Westerwelle verlautet –, wenn sich in der islamischen Welt Parteien mit einem islamischen Wertekompass profilierten.

Als intellektuell besonders anregend – und gleichermaßen verdienstvoll – erweist sich, dass Werner Ruf den Bogen von der internationalen Politik zu den inneren gesellschaftlichen Verhältnissen spannt; also die Brücke schlägt vom international kolportierten Feindbild hin zu damit einhergehenden Bedrohungen für westliche Gesellschaften und Lebensweisen selbst. In diesem Kontext wendet er sich höchst aktuellen Streitpunkten und extremsten antiislamischen Auswüchsen zu.

So nimmt er kritisch Stellung zu dem seit neuestem von der politischen Klasse in Deutschland strapazierten Slogan, wonach die abendländische Kultur jüdisch-christlich geprägt sei und der Islam keinesfalls zu deren Erbe zähle. Beginnend mit einer Hinterfragung dieser Sprachschöpfung auf deren historische Tragfähigkeit; vor allem auch in Anbetracht des Tatbestandes, dass keine Gesellschaft in der Geschichte so sehr vom Judenhass erfüllt war wie speziell die abendländische. Unbedingt beizupflichten ist ihm gleichfalls in seiner Feststellung, dass der Terminus „jüdisch-christliche Kultur“ eine Wir-Identität konstruiere, der nun als neue (und gemeinsame!) Bedrohung „der Islam“ gegenübergestellt werde. Damit jedoch entledigte man sich zugleich auch der Notwendigkeit, die geschichtlichen Kontinuitäten zu ergründen und die Verbindungen zwi-

schen Judenhass und Hass auf Muslime in ihren realen Zusammenhang zu stellen. Interessant wäre vielleicht noch der Hinweis darauf gewesen, dass der als genuin bezeichnete jüdisch-christliche Charakter der abendländischen Kultur genauso orientalischen Ursprungs ist wie der Islam. Ergo allen drei Komponenten analoge kulturhistorische Wurzeln immanent sind, was zu Zeiten der Aufklärung und in nachfolgenden Jahrzehnten offenkundig als selbstverständlich angesehen worden war. Nicht zuletzt in dem damaligen Bewusstsein, dass islamisches Denken im 11./12. Jahrhundert den geistigen Weg bereitet hat für die Epoche des Humanismus und der Renaissance in Europa. Versinnbildlicht in Lessings „Nathan der Weise“, bei dem den drei abrahamitischen Religionen – Judentum, Christentum, Islam – nicht nur vorurteilslos begegnet, sondern das gleiche Recht zugestanden wird. Oder auch in dem Goethe-Vers aus dem West-Östlichen Diwan: „Wer sich selbst und andere kennt, wird auch hier erkennen, Orient und Okzident sind nicht mehr zu trennen.“

Des Weiteren entlarvt er die wie eine Reinkarnation des Geistes mittelalterlicher Kreuzzugstimmung anmutende, in Deutschland wie in anderen europäischen Ländern betriebene Islamhetze sowie deren Akteure. Im Fokus dabei stehen sowohl die kruden Positionen eines Thilo Sarrazin, Henryk M. Broder und Ralph Giordano als auch die der „Antideutschen“ und antiislamischer Websites beziehungsweise der „Islamkritischen Postkarten“. Sie alle, so Ruf, nutzten und schürten zugleich das Gespenst der Angst vor dem und des

Hasses auf „den Islam“, welches sich in die Poren der Gesellschaft eingemischt habe und das gesamte Spektrum auch der alten antisemitischen Vorurteile abdecke, die da reichten von „kultureller Fremdheit“ oder der „Nicht-Integrierbarkeit“ bis hin zum „Sozial-schmarozertum“. Welche verheerenden Wirkungen derartige Denkweisen haben können, zeigt die abscheuliche Tat des Osloer Amokschützen Anders Behring Breivik, die von ihm gleichfalls entsprechend eingeordnet und geächtet wird.

Nicht zuletzt dokumentiert der Autor am Beispiel des Bestrebens der extremen europäischen Rechten, demonstrative Freundschaft und Solidarität mit Israel zu zeigen, in welchen eigenartigen Erscheinungsformen sich islamfeindliche Auswüchse inzwischen präsentieren. Für die europäischen Rechten ginge es in erster Linie um zweierlei: sich einerseits gegen den Vorwurf des Faschismus zu verwahren und andererseits umso vehementer den Hass auf den Islam predigen zu können. Was auf den ersten Blick paradox erscheinen möge, dass nämlich Betreffende, die jahrzehntelang den Antisemitismus propagierten, sich nun mit israelischen Politikern trafen, habe auf den zweiten Blick durchaus eine gewisse Logik. Auch Israel sei insofern ein ganz „normaler Staat“, als es auch dort – neben linken und gemäßigten bürgerlichen – rechtsextreme Strömungen gäbe. Der gemeinsame Gegner, „der Islam“ werde so zum einigenden Band, und für die europäischen Rechten ließe sich die Freundschaft zu Israel sogar noch zur Aufwertung ihrer eigenen Respektabilität nutzen.

Im Schlusskapitel konfrontiert Ruf

westliche Gesellschaften noch einmal explizit mit den für sie selbst aus diesem bislang gültigen Topos des (guten) „Wir“ gegen die (bösen) „Anderen“ resultierenden nachhaltig negativen Konsequenzen. Indem Angehörige anderer Kulturen oder Religionsgemeinschaften ausgegrenzt und deren Rechte und Freiheiten eingeschränkt würden, nähmen die demokratischen Grundrechte auch der Mehrheitsgesellschaft Schaden. Genau das jedoch sei das Projekt der Rechten, für die die Hetze gegen den Islam und die Muslime kein Selbstzweck sei, sondern Mittel zum Zwecke für die Schaffung einer anderen Gesellschaft. Rassismus sei und bleibe Rassismus, ganz gleich, ob ihm Juden, Afrikaner, Türken oder Griechen zum Opfer fielen. Auf internationaler Ebene drohe mit der in vielerlei Fällen zu beobachtenden Relativierung oder gar Außerkraftsetzung des Rechts als einer zentralen Errungenschaft der modernen Zivilisation der Rückfall in Anarchie vorhobbesianischer Zeiten.

Sein Schlussplädoyer lautet: „Eine Abschottung des ‚Westens‘ vom ‚Rest‘, verbunden mit der Negation der Gültigkeit der zivilisatorischen Werte für ‚die Anderen‘, ist objektiv obsolet geworden. Das Beschwören ewig-gestriger Kategorien, sei es ‚Nation‘ oder ‚Kultur‘ im Zeitalter der Globalisierung ist und bleibt nicht nur reaktionär, es ist kontraproduktiv für eine Welt, die trotz aller Anstrengungen der Verfechter einer ‚Leitkultur‘ zusammenwächst. Die Frage dabei bleibt, ob dieses Zusammenwachsen friedlich und auf der Grundlage geltender zivilisatorischer Standards erfolgt oder zum Rückfall in globale Anarchie führt.“ Wie die Hoffnung

des Autors, so sollte es die aller sein, dass bei westlichen Politikern wie Gesellschaften ein Umsteuern erfolgt und für alle Menschen die Gleichheit und Anerkennung ihrer Würde als unumstößliche Kategorie gelten und nicht „eben jene Barbarei, die den ‚Anderen‘ zugeschrieben wird und dabei uns selbst entmenslicht“.

Karin Kulow

Militarisierung und zukünftige Rohstoffkonflikte

Ralph-M. Luedke/Peter Strutyński (Hrsg.), Kriege um Wasser, Energie & Rohstoffe. Die Plünderung der Welt stoppen – Die Politik entmilitarisieren, Kasseler Schriften zur Friedenspolitik, Band 18, Verlag Winfried Jenior, Kassel 2011, 172 S., 12,00 Euro

Der Sammelband vereint Beiträge von Vorträgen und Referaten, die auf dem Friedenspolitischen Ratschlag und während der Friedensvorlesungsreihe 2011 an der Uni Kassel gehalten wurden. Schwerpunkte sind Militarisierung der Außenpolitik, Reform der Bundeswehr, die Ereignisse rund um den „arabischen Frühling“, Hegemoniekonflikte im Nahen Osten, derzeitige und absehbare Kriege um Rohstoffe, Rechtstendenzen in Europa. Der einleitende Beitrag von Peter Strutyński reflektiert eine aktuelle Krise der Friedensforschung bzw. deren Anpassungstendenzen gegenüber hegemonialen Politikkonzepten. Maybritt Brehm und Christian Koch zeichnen die Militarisierung deutscher Außenpolitik anhand der Entwicklung der Bundeswehr in den letzten 20 Jahren nach. Sie machen 3 Phasen aus, in

denen die Bundeswehr an immer mehr Auslandseinsätzen beteiligt und schrittweise zu einer weltweit einsatzfähigen Interventionsarmee umgebaut wurde. Werner Ruf entlarvt in seinem Beitrag die Doppelmoral westlicher Regierungen und Medien in ihrer Haltung bzw. Berichterstattung gegenüber den Geschnehnissen während des „arabischen Frühlings“ und hält eine Entwicklung für wahrscheinlich, die er als „regime change light“ (35) bezeichnet: „Eine Lösung der Krise und der ihr zugrunde liegenden sozialen, politischen und kulturellen Blockaden könnte in der klassischen Kombination von politischem und ökonomischem Liberalismus, sprich der Durchsetzung marktwirtschaftlicher Prinzipien in einem bürgerlichen System liegen.“ (34-35) Arne C. Seifert behandelt die islamischen Bewegungen in Zentralasien und diskutiert den Ansatz, die islamischen politischen Kräfte ernst zu nehmen und als politischen Partner zu respektieren. Über die neue Rolle der Türkei als Ordnungsfaktor im Nahen Osten berichtet Murat Cakir. Er konstatiert, dass sich die Türkei trotz aller Widersprüche in die imperiale Strategie des Westens einfüge. Eine Interpretation der lateinamerikanischen Entwicklung liefert Achim Wahl. „Sowohl politisch wie auch wirtschaftlich nimmt der Kontinent Kurs auf eine Integration ohne USA, aber unter Einbeziehung Kubas. Der zentrale Gedanke: Eine lateinamerikanische Integration hat Vorrang, da erst so Voraussetzungen für eine positive Entwicklung jeder Nation geschaffen werden können. Bei allen Problemen, die die Entwicklung Brasiliens

aufweist, verfolgt die von der PT geführte Regierung das Ziel, eine breite Allianz Gesellschaft – Regierung – Militär zu schaffen.“ (67) Zivadin Jovanovics kurzer Beitrag behandelt den Balkan. Im Fokus seiner Betrachtung stehen Bosnien-Herzegowina und das Kosovo. Die Spaltung des Balkans führt dazu, dass man gegenwärtig „eine Vermehrung von Marionetten-Staaten mit nicht-nachhaltigen Ökonomien, nationalen Minderheiten mit ungleichen Rechten, politischen Partei basierend auf ethnischen und religiösen Kriterien, und Flüchtlinge und Vertriebene“ habe, „ohne den politischen Willen, Bedingungen für eine freie und sichere Rückkehr in ihre Heimat herzustellen.“ (71). Ein thematisch ganz anders gelagerter Beitrag kommt von Jürgen Nieth über die zukünftig zu erwartende intensive Ausbeutung der Arktis. Jürgen Wagner analysiert den vor nicht allzu langer Zeit gegründeten Europäischen Auswärtigen Dienst, mit dem sich die EU eine Superbehörde schafft, die diplomatische, entwicklungspolitische und militärische Strategien der Außenpolitik unter einem Dach vereint und somit militarisierte Machtprojektion forciert. Michael Schulze von Glaßer beschreibt die gegenwärtigen Strategien der Bundeswehr bei Nachwuchswerbung und Kooperation mit Schulen. Kritisch bilanziert Rolf Weck die sogenannten Millenniums-Entwicklungsziele der UN von 2000. Er stellt fest, dass keines der Ziele – trotz kleiner Verbesserungen – wirklich erreicht worden ist. Uli Mäder diskutiert den Zusammenhang zwischen sozialer Ungleichheit und globalen Konflikten, während Bernhard

Nolz unter Bezugnahme auf einen Artikel aus der *jungen Welt* zeigen will, was nötig ist, um gegen ungerechte Sozialpolitik gewaltfreien Widerstand zu organisieren. Des Weiteren fasst Ulrich Schneider die in vielen europäischen Ländern auszumachende Tendenz zusammen, dass rechtspopulistische Parteien zunehmend Wahlerfolge oder gar Regierungsbeteiligungen verbuchen können. Er sieht in deren Aufschwung keinen Widerspruch zur neoliberalen Entwicklungsrichtung der EU, sondern die Funktion dieser Parteien und Bewegungen, Kritik zu kanalisieren sowie linken Alternativentwürfen zuzuvorkommen. Etwas aus dem Rahmen der Thematik fallen, obwohl ein klassisches Thema der Friedensbewegung, die Beiträge von Hans Mausbach und Heinrich Hannover. Als eine Art Lehrstück gedacht, berichtet Hannover, wie er 1964 als Rechtsanwalt den Publizisten Lorenz Knorr vor Gericht mit Erfolg verteidigte. Knorr hatte bei einer öffentlichen Rede ehemalige Nazi-Generale, die bei der Bundeswehr diente, als Massenmörder bezeichnet. Helge von Horn widmet sich den zahlreichen Versuchen deutscher und europäische Neonazis, sich in die Friedensbewegung respektive die Antikriegs-Aktivitäten der letzten Jahre einzuklinken und klärt auf über deren nicht überraschend ganz anders gelagerten Motive. Zu guter letzt fasst Detlev Bimboes wesentlichen Bedingungen zusammen, wie eine vollständige Transformation der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise aussehen könnte und welche Schritte nötig und gangbar wären.

Florian Flörsheimer

Autorinnen und Autoren, Übersetzer

Dr. Friedrich-Martin Balzer – Marburg, Editor und Autor

Prof. Dr. Gretchen Binus – Berlin, Wirtschaftswissenschaftlerin

Dr. Joachim Bischoff – Hamburg, Wirtschaftswissenschaftler, Z-Beirat

Nico Biver – Marburg, Dipl. Volkswirt, Wahlkreismitarbeiter

Dr. Hermann Bömer – Dortmund, Wirtschaftswissenschaftler

Dr. Bernd Brouns – Berlin, Dipl.-Umweltwissenschaftler, Referent für Energiepolitik bei der Bundestags-Fraktion DIE LINKE

Klaus Busch – Berlin, europapolitischer Berater von ver.di

Dr. Ulrich Busch – Berlin, Wirtschaftswissenschaftler, Hochschullehrer

Maria Diedrich, B.A. – Jena, Studentin der Soziologie und wiss. Hilfskraft

Dr. Andreas Diers – Bremen, Jurist und Historiker

Klaus Dräger – Brüssel, Mitarbeiter der Linksfraktion (GUE/NGL) im Europäischen Parlament

Miren Etxezarreta – Barcelona, Wirtschaftswissenschaftlerin, Hochschullehrerin

Florian Flörsheimer – Berlin, Politikwissenschaftler

Prof. Dr. Georg Fülberth – Marburg, Politikwissenschaftler

Dr. Vladimiro Giacché – Rom, Wirtschaftswissenschaftler, Leitartikler, Mitglied des politischen Büros und Sekretariats der Partei der italienischen Kommunisten

Dr. Jörg Goldberg – Frankfurt/M., Wirtschaftswissenschaftler, Z-Redakteur

Dr. Dierk Hirschel – Berlin, Bereichsleiter Wirtschaftspolitik bei ver.di

Prof. Eric Hobsbawm – London, Historiker

Alan Ruben van Keeken – Gießen, Student der Musikwissenschaften

Sebastian Klauke – Kiel, Doktorand im Bereich politische Soziologie

Dr. Dirk Krüger – Wuppertal, Lehrer i.R., Vorstands-Mitglied VVN/BdA Wuppertal

Prof. Dr. Thomas Kuczynski – Berlin, Wirtschaftswissenschaftler und Historiker

Prof. Dr. Karin Kulow – Berlin, Politikwissenschaftlerin, Arabistin

Costas Lapavitsas – London, Wirtschaftswissenschaftler, Hochschullehrer

Sabine Leidig – Hanau/Berlin, Biologielaborantin, ehem. Geschäftsführerin ATTAC, MdB DIE LINKE, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion

Prof. Dr. Mohssen Massarrat – Osnabrück, Politikwissenschaftler, Hochschullehrer

Prof. Dr. Jannis Milios – Athen, Wirtschaftswissenschaftler, Hochschullehrer

rer, Mitglied des ZK und Beauftragter für Wirtschafts-Politik von SYRIZA

Thomas Möller, B.A. – Jena, Student der Gesellschaftstheorie

Francisco Navarro – Barcelona, Wirtschaftswissenschaftler, Hochschullehrer

Prof. Dr. Lothar Peter – Bremen, Sozialwissenschaftler

Ramón Ribera – Barcelona, Wirtschaftswissenschaftler, Hochschullehrer

Prof. Dr. Werner Röhr – Berlin, Historiker

Prof. Dr. Josef Schleifstein (1915-1992) – Historiker, ehem. Leiter des IMSF, Frankfurt/M.

Dr. Conrad Schuhler – München, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung isw

Victòria Soldevila – Tarragona, Wirtschaftswissenschaftlerin, Hochschullehrerin

Prof. Dr. Karl Hermann Tjaden – Kassel, Sozialwissenschaftler

Dr. Claudius Vellay – Argenteuil, Dipl. Volkswirt, Philosoph

Norbert Weber – Osterholz (Schwanewede), Bankbetriebswirt

SoZ Sozialistische Zeitung

Monatlich mit mindestens
24 Seiten Berichten und Analysen
zum alltäglichen kapitalistischen
Irrsinn und den Perspektiven linker
Opposition

Im Juni 2012 u. a.:

- Staaten entschulden! Ein Vorschlag von Erlassjahr
- Wahlen in Griechenland und Frankreich
- Der Wachstumspakt und seine falschen Versprechungen

Probeausgabe kostenlos
Probeabo (3 Ausgaben) gegen
10-Euro-Schein

SoZ, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln,
redaktion@soz-verlag.de
www.sozonline.de

isw institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

www.isw-muenchen.de



Wieso ist die Euro-Zone heute das Epizentrum der globalen Krise? Warum verfolgt Berlin eine Politik der Euro-Rettung, die das Scheitern des Euro in Kauf nimmt? Wie hoch wären die Kosten bei einer Trennung der Euro-Zone? Zerbricht der Euro? Welche Ideen präsentieren die Ökonomen. Wie müsste ein "anderes Europa" aussehen?

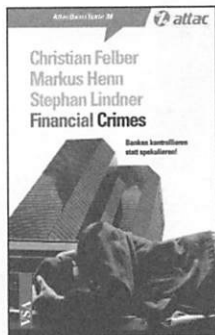
isw-report 90 Sept. 2012 / 28 S. / 3 EUR + V.

isw e.V., Joh.-v.-Werth-Str. 3, 80639 München
fon 089-130041, fax 089-168 94 15
email: isw_muenchen@t-online.de

VSA: Europa – was tun?!



**karl heinz roth
griechenland –
was tun?**
eine flugschrift
2. aktualisierte Auflage
96 Seiten | € 8.80
ISBN 978-3-89965-524-7
Gegenperspektiven für
eine Gesellschaft am
Abgrund



Christian Felber/Markus
Henn/Stephan Lindner
Financial Crimes
Banken kontrollieren
statt spekulieren!
Wie Banken funk-
tionieren, spekulieren und
welche Alternativen
notwendig sind!
AttacBasisTexte 38
96 Seiten | € 7.00
ISBN 978-3-89965-454-7



Steffen Lehndorff
(Hrsg.)
**Ein Triumph
gescheiterter Ideen**
Warum Europa tief in
der Krise steckt – zehn
Länder-Fallstudien
288 Seiten | € 19.80
ISBN 978-3-89965-511-7



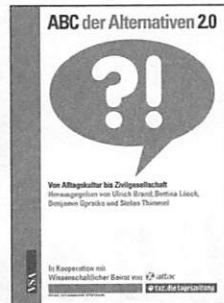
Die Monatszeitschrift
Sozialismus, das Forum
für die politische und
theoretische Debatte
der Linken: jeweils ca.
65 Seiten, Einzelpreis
€ 6.50, Jahresabo
€ 62,- (nur € 44,- für
Arbeitslose, Studieren-
de, Sozialhilfeempfänge-
rInnen, RentnerInnen).
www.sozialismus.de



david harvey
kapitalismuskritik
die urbanen wurzeln der
finanzkrise | den antika-
pitalistischen übergang
organisieren. Aus dem
Amerikanischen von
Christian Frings.
96 Seiten | € 8.80
ISBN 978-3-89965-527-8



R. Blaschke/A. Otto/
N. Schepers (Hrsg.)
Grundeinkommen
Von der Idee zu einer eu-
ropäischen politischen
Bewegung
Mit einem Vorwort
von Katja Kipping
352 Seiten | € 15.00
ISBN 978-3-89965-543-8



Ulrich Brand/Betti-
na Lösch/Benjamin
Opratko/Stefan
Thimmel(Hrsg.)
**ABC der Alternativen
2.0**
Von Alltagskultur bis
Zivilgesellschaft
352 Seiten | € 15.00
ISBN 978-3-89965-500-1



Das Sozialismus-Abo
enthält alle zwei Mo-
nate ein Supplement,
das auch separat be-
stellt werden kann. Im
Juli 2012 erschien:
Joachim Bischoff
**Dauerzustand
Schuldenkrise**
Die endlose Kurzfrist-
»Reparatur« des Euro-
Systems
52 Seiten | € 4.20
ISBN 978-3-89965-968-9

LENIN ODER GRAMSCI?

[www.jungewelt.de/
aktionsabo](http://www.jungewelt.de/aktionsabo)

**EIN ABO
FÜR ZWEI:
AKTIONSABO
PRINT & ONLINE
3 MONATE**

FÜR NUR 55 €*

* Das Abo verlängert sich nicht
automatisch.

Die Tageszeitung
junge welt

Gegründet 1947 · Dienstag, 19. Juni 2012 · Nr. 140 · 1,30 Euro · PVS: A11002 · Entgelt bezahlt

Referendum

2 | Erfolgreicher Bürgerentscheid gegen den Ausbau des Münchener Flughafens. Interview mit Doris Kraeker

Protestaufakt

5 | Am Berliner Uniklinikum Charité startet ver.di Kampagne zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen

Siegesfeier

7 | Ägypten: Muslimbrüder erklären ihren Kandidaten zum Gewinner der Stichwahl um das Präsidentenamt

Rosa Welle:
Frankreich: Die Sozialisten
siegte in der zweiten
Parlamentswahlen. Lin
Front de Gauche kommt a
Mandate. Regierung stimm
zungspolitik ein

Merkel siegt in Athen

Konservative Nea Dimokratia Sieger in Griechenland
gegen SYRIZA hat Erfolg. Pro Euro

Se
An
10

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG



Linke Politik braucht ein solides theoretisches Fundament. **Z.** liefert dazu unentbehrliche Bausteine. Sie versteht sich als pluralistische marxistische Publikations- und Diskussionsplattform

2012

Z. 91: Euro-Krise und Alternativen der Linken / Energie, Klima, Wachstumskritik **Z. 90:** Konservatismus unter Modernisierungsdruck / Ideologie-Theorie / Neuorientierung in Frankreich **Z. 89:** Zur Theorie globaler Machtverschiebungen / China

2011

Z. 88: Krise, Empörung, Opposition / Kapitalismus-Analyse - methodische Aspekte **Z. 87:** EU-Schuldenkrise / Klassen und Krisenbewusstsein **Z. 86:** Medien- und Meinungsmacht / Umwälzungen im Arabischen Raum **Z. 85:** Verschiebungen im Weltssystem II / Programmdebatte

2010

Z. 84: Verschiebungen im Weltssystem I / Sozialökologischer Umbau **Z. 83:** Die neoliberale Stadt / Krise der Kommunalfinanzen **Z. 82:** Klimakrise und Klimapolitik **Z. 81:** Krisenanalysen und Politik / Kapitalismuskritik heute - Jörg Huffschild zur Erinnerung

2009

Z. 80: Die Kosten der Krise / Handlungsmöglichkeiten - Subjektives und Objektives **Z. 79:** Geschichtsmythen nach 1989 **Z. 78:** Wirtschaftskrise: Folgen und Alternativen / Militarisierung: NATO und EU **Z. 77:** Novemberrevolution: Aktualität und Geschichte

Z. erscheint vierteljährlich mit je 224 S. Der Abonnementpreis beträgt 33,50 Euro (Ausland 40 Euro). Das Einzelheft kostet 10 Euro. Abonnement zum reduzierten Preis (Studierende u.a., gegen Nachweis) 26,50 Euro (Ausland 34 Euro).

Bestellung per Tel./Fax unter 069/530 544 06 oder unter www.zme-net.de
Postfach 500936, 60397 Frankfurt/M., E-Mail: redaktion@zme-net.de

2008

Z. 76: Hunger und Nahrungsmittelkrise der Dritten Welt **Z. 75:** Linke Parteien in Europa **Z. 74:** Kritik der neoliberalen Bildungspolitik **Z. 73:** Kapitalismus im 21. Jahrhundert / Marx-Engels-Forschung

2007

Z. 72: Faschismus: Geschichte, Forschung, Medien / Oktoberrevolution / Medien: Hegemonie und Gegenhegemonie **Z. 71:** Energie, Rohstoffhunger, Geostrategie / Internationaler Kapitalismus / Nanotechnologie **Z. 70:** Intellektuelle im Neoliberalismus / Demokratie, Staat, Linke / China-Diskussion **Z. 69:** Demokratie - Herrschaft der Eliten / Demokratie und Sozialismus im 21. Jahrhundert

2006

Z. 68: Prekärer Sektor - Erfahrungen, Einstellungen, Gegenstrategien / Staat - Imperialismus - Ideologie **Z. 67:** Kapitalistische Schwellenländer - Aufstieg der Peripherie? / Wolfgang Abendroth zum 100. Geburtstag **Z. 66:** Brecht: Nur was ich verändere, begreife ich / Neoliberaler Umbau - soziale Protestbewegungen / Debatte um Keynes **Z. 65:** Alternativen der Opposition - Organisationsfragen der Linken / Klassentheorie V / China-Studien

